

# DISS Journal

▶ DISScourse  
▶ DISSagree  
▶ DISSorder

#51

Juli 2026

Technologien und Wettbewerb lösen das Klimaproblem am besten.

Wetterberichte liegen oft falsch, warum sollte ein Klimawandel mess- und vorhersagbar sein?

Extreme Wetterlagen sind eine direkte Folge des Klimawandels.

Der Klimawandel wird große grenzüberschreitende Bewegungen vom globalen Süden in den globalen Norden auslösen.

Solaranlagen verursachen Hitzewellen.

Klimawandel ist ein natürlicher Zyklus.

Der Klimawandel lässt sich eh nicht mehr aufhalten. Jetzt geht es nur noch darum, wie wir uns am besten anpassen.

(Un-)Truth

Neue Studie stellt fest: CO<sub>2</sub> als Hauptursache der Erderwärmung 'physikalisch unmöglich'.

Der Klimawandel ist real und der Mensch ist Hauptverursacher.

Die Globale Erwärmung muss unter 2°C bleiben, um Risiken von Kipppunkten zu begrenzen.

Geo-Engineering ist keine Lösung.

Es gibt keinen Klimawandel – das ist einfach das Wetter.

Hohe Geburtsraten im globalen Süden sind schuld und das eigentliche Problem.

Methan ist das Problem, nicht CO<sub>2</sub>.

CO<sub>2</sub> ist doch wichtig für die Bäume und deren Wachstum.

1,5 Grad Erwärmung machen noch keinen großen Unterschied.

Klimaschutz ist unfair, Ärmere werden am stärksten belastet.

Elektroautos sind schlimmer für die Umwelt als Diesel.

Deutschland ist nur für zwei Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

# DISS-Journal #51

Juli 2026

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

**DISS**  
Journal

## IMPRESSUM

DISS-Journal  
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249  
info@diss-duisburg.de

Homepage: [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de)

## REDAKTION

Guido Arnold  
Wolfgang Kastrup  
Helmut Kellershohn  
Anna-Maria Mayer  
Benno Nothardt  
Jobst Paul

## LAYOUT

Guido Arnold  
Jobst Paul (Fotografie - Serie: *Tiles*)  
<https://www.jobst-paul-graphics.com/>

## HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de  
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 6 EUR  
kostenfrei für Mitglieder  
des DISS-Förderkreises

# Inhalt

5	<b>WELTTAG DER PRESSEFREIHEIT 2026</b>	Von Jobst Paul
10	<b>DIE DISKURSIVE KONSTRUKTION »GEISTIGER BRANDSTIFTER«</b>	Von Tino Heim
18	<b>ZUNEHMEND DICHTER NEBEL</b>	Von Guido Arnold
25	<b>SCHWARZE JUDEN, WEIÙE JUDEN</b>	Von Benno Nothardt
28	<b>VON DEN STERNEN BIS ZUM VOLK?</b>	Von Jason Michalek
34	<b>„TRUMP’S TRUTH“ VS. DIE „VERIFIZIERTE WAHRHEIT“ DER BBC</b>	Von Robert Tonks
38	<b>TRUMP INCORPORATED</b>	Von Jobst Paul
41	<b>DAS PROJEKT „JUNGE FREIHEIT“ WIRD 40</b>	Von Helmut Kellershohn
44	<b>ZENTRUM UND AFD</b>	Von Mathias Hoose und Tim Ackermann
52	<b>ZWISCHEN FEMINISMUS UND FEINDBILD</b>	Von Emma Ludwig
56	<b>SOZIOÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE WAHL DER AFD IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2025</b>	Von Peter Höhmann
59	<b>INDOKTRINATION VERSUS NEUTRALITÄT</b>	Von Verena Zink
62	<b>AFGHANISCHER FILM IN DEUTSCHLAND</b>	Von Martin Gerner
66	<b>ZUR BEDEUTSAMKEIT DES RECHTS FÜR DIE LEBENSREALITÄT GEFLÜCHTETER</b>	Von Rike Laifer
70	<b>BLOG ZUM MIGRATIONSDISKURS DER DISKURSWERKSTATT IM DISS</b>	Von der Diskurswerkstatt & Benno Nothardt
74	<b>STATEMENT GEGEN DAS ABSCHALTEN DES RADIOSENDERS COSMO</b>	Von Inessa Dobler
76	<b>ZUR KRISE DER SOZIALDEMOKRATIE: UNGLEICHHEIT BEKÄMPFEN?</b>	Von Wilfried Schollenberger
84	<b>JUGEND UND ZIVILGESELLSCHAFT</b>	Von Isabel Berkemeier, Elina Prager und Anna-Maria Mayer
88	<b>WIDER DIE APATHIE!</b>	Von Jobst Paul
89	<b>„MULTIPLE KRISE UND NEUE KONSTELLATIONEN DES KAPITALISMUS“</b>	Von Wolfgang Kastrup
97	<b>„DER REST UND DER WESTEN – KAPITAL UND MACHT IN EINER MULTIPOLAREN WELT“</b>	"
103	<b>WIE DIPLOMATIE FUNKTIONIERT(E)</b>	Lesetipp von Wilfried Schollenberger
104	<b>„MARX ALS DEMOKRAT“</b>	Lesetipp von Wolfgang Kastrup
105	<b>„WOZU NOCH KRITISCHE WISSENSCHAFT“</b>	"
106	<b>AUS DEM INSTITUT</b>	Von Benno Nothardt



## Vorwort

Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung veranstaltete ihre diesjährige Frühjahrstagung unter dem Titel „Freundschaft in Zeiten des Streits“. Das Treffen der Akademiemitglieder fand in Halberstadt statt, einer kleinen, aber altherwürdigen Stadt in Sachsen-Anhalt. Dort steht das Gleimhaus, das älteste deutsche Literaturmuseum, benannt nach dem Aufklärer und Dichter Wilhelm Ludwig Gleim (1719-1803). Aus Halberstadt stammt aber auch das jüngst verstorbene Akademiemitglied Alexander Kluge. Über Gleim, der patriotischen Tönen keineswegs abhold war, schrieb er: „Die Menschheit, so Gleim, ist kein Schützenverein und kein Soldatenkorps, sondern ein Bund verträglicher, durch Empathie miteinander verbundener Landpfleger oder Baumpfropfer.“

Dass dieser „Leitsatz vom Zustand dieser Welt [weit] entfernt ist“, wird sicherlich nicht nur die Auffassung der FAZ-Berichterstatterin (FAZ 2.6.2026) sein. Der Blick braucht nicht in die Ferne zu schweifen, es reicht schon der Gang vor die Haustür, in diesem Fall in Sachsen-Anhalt, wo die AfD sich anheischig macht, im September die Regierungsgewalt zu übernehmen. Zu diesem Zweck hat sie ganz unbescheiden kein Wahl-, sondern ein „Regierungsprogramm“ entworfen, in dem es nur so von Feinderklärungen wimmelt, sei es, dass unerwünschte Personengruppen angegriffen werden, sei es, dass wie vormals 1933 der „undeutsche Geist“, in diesem Fall der „perverslinke, radikal feministische und individualistische Ungeist“ oder die „antideutsche Kunst und Kultur“ gebrandmarkt werden (siehe Heftrücken). „Teutomanismus“ nannte das Heinrich Heine rückblickend auf die Bücherverbrennungen im Anschluss an das „Wartburgfest“ 1817. Heute will der Teutomanismus der sachsen-anhaltinischen AfD, von ihr als „Deutsch denken!“ propagiert, die Wissenschaft ‚säubern‘ von „Genderismus, Postkolonialismus und sonstiger poststrukturalistischer Phrasendrescherei“.

*Jobst Paul*, langjähriges Mitglied unserer Redaktion, hat aus Anlass des diesjährigen Welttags der Pressefreiheit einen Vortrag u.a. vor „Journalisten ohne Grenzen“ gehalten (in diesem Heft dokumentiert), in dem er die von verschiedenen Seiten vorgetragenen Angriffe auf das zentrale Rechtsgut der Pressefreiheit anspricht, darunter die bekannten Diffamierungen der Presse als „Lügen“- oder „Systempresse“. Die AfD in Sachsen-Anhalt erklärt die Umwandlung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu einem „Grundfunk“ zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Staatsumbau-Projekts. Auf vergleichbare Vorgänge in Großbritannien mit den Angriffen auf die BBC geht *Rob Tonks* in diesem Heft ein. Zu guter Letzt sei auf den Beitrag von *Tino Heim* verwiesen, der in einer das Bild des DISS in der Öffentlichkeit berührenden Angelegenheit die Einschränkung des Sagbarkeitshorizontes, in diesem Fall betrieben von Teilen der sog. „Qualitätspresse“ selbst, diskursanalytisch unter die Lupe nimmt: Substanzielle Kapitalismus- und Technikkritik wird verschwörungstheoretisch als Zuarbeit zu den Anschlägen in Berlin („Vulkangruppe“) dargestellt.

Ich hoffe, das ist Anreiz genug, das neue, sehr umfangreich gewordene DISS-Journal mit Interesse zu lesen. Die Ausweitung der „Freundschaftskultur“ in Zeiten eines um sich greifenden Kulturkampfes, heute eher firmierend unter dem Label „gesellschaftlicher Zusammenhalt“, mag idealistisch klingen, aber über die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen eines solchen Projekts nachzudenken, ist allemal wichtiger als den Obsessionen „innerstaatlicher Feinderklärung“ (Carl Schmitt) das Feld zu überlassen.

*Helmut Kellershohn*



# Welttag der Pressefreiheit 2026

## STATEMENT VON DR. JOBST PAUL AM 3. MAI 2026

Essen, Journalisten ohne Grenzen e.V.; Human Restart Organization e.V.

Der *World Press Freedom Day* wurde am 20. Dezember 1993 von der UN-Generalversammlung ausgerufen, und zwar auf Initiative der UNESCO, der *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*.

Die Pressefreiheit erscheint dadurch als Freiheitsrecht eingeordnet in den großen Bereich von Bildung, von Wort, Information, Wissenschaft und humaner Kultur. Dies ist nicht ohne Bedeutung, denn zwei Bereiche treten dabei unausgesprochen in den Hintergrund – Ökonomie und Politik. Doch dazu gleich mehr.

Zuvor kehre ich noch einmal zurück zur Entstehung des heutigen Jahrestags. Denn die UNESCO regte ihn an, aber auch sie ließ sich ihrerseits zu ihrem Vorschlag anregen: Und zwar von einem Seminar von afrikanischen JournalistInnen, das zwischen 29. April und 3. Mai 1991 in Windhoek, der Hauptstadt Namibias, stattfand.<sup>1</sup>

Unter dem Dach der UNESCO berieten sie zum Thema: "Promoting an Independent and Pluralistic African Press" und veröffentlichten am 3. Mai die *Windhoek Declaration* – daher der UN-Welttag der Pressefreiheit am heutigen Tag.

Diese *Declaration* wurde zur ‚Blaupause‘ weiterer, ähnlicher Deklarationen, so zur Deklaration von Santiago de Chile für Südamerika (1994), zur Sanaa-Erklärung von 1996 für den Bereich arabischer Nationen, wobei übrigens erstmals die Rolle von JournalistInnen betont wurde – und im Jahr 1997 zur Deklaration von Sofia.

All diese Deklarationen haben ein gemeinsames Merkmal, das ich schon zu Beginn andeutete: Sie berufen sich auf frühere Dokumente, hier auf die Verfassung der UNESCO und von dort wiederum auf die Charta der UN, der Vereinten Nationen. Letztlich stützt sich der *World Press Freedom Day* also auf die Charta der UN.

Nun – was soll daran besonders sein? Ich denke, dies wird sofort klar, wenn wir die zeitlichen Daten betrachten, an denen diese früheren Dokumente entstanden.

1945 (8. Mai):	Kriegsende / Kapitulation Deutschlands
1945 (26. Juni):	Charta der UN
1945 (2. September):	Kapitulation Japans
1945 (24. Oktober):	UN-Charta tritt in Kraft
1945 (16. November):	Verfassung der UNESCO
1948	Deklaration der Weltärzteschaft
1950 (November):	Europäische Menschenrechtskonvention

Im Fall der Charta der UN, die sich den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Menschenrechte auf die Fahnen schrieb, ist dies der 26. Juni 1945 – unterzeichnet in San Francisco. Da lagen der Zusammenbruch des NS-Regimes und die deutsche Kapitulation am 8. Mai 1945 gerade 6 Wochen zurück. Übrigens trat die Charta am 24. Oktober 1945, also wenige Woche nach der Kapitulation Japans (am 2. September) in Kraft.

Und wiederum nur drei Wochen später, am 16. November 1945 wurde in London, unter dem Eindruck der von deutschen Raketen verursachten Kriegstrümmer in der Stadt, die Verfassung der UNESCO verabschiedet. Kurz danach, im November 1950, folgte die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Rom.

Die enge Abfolge dieser Ereignisse, kurz nach der Katastrophe, führt eines dramatisch vor Augen: Welche Energie, welche Entschlossenheit – aber auch welches Entsetzen muss die Verantwortlichen angetrieben haben, so dass sie im Namen der ganzen Menschheit in so kurzer Zeit so grundlegende Texte formulieren konnten, die es in dieser Form wohl noch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte gegeben hat?

<sup>1</sup> Vgl. den Bericht von Alain Modoux, ehemaliger Vize-Generaldirektor der UNESCO, zu den weltpolitischen Umständen der Entstehung der Deklaration: <https://www.youtube.com/watch?v=ff7lJeUIZvU>.



Oder ganz konkret: Der heutige *World Press Freedom Day* ist weiterhin unmittelbar zusammengebunden mit Ereignissen, die sich vor über 85 Jahren in diesem Land – und von diesem Land ausgehend – ereignet haben – ein verbrecherischer Krieg, ein jede Vorstellungskraft übersteigender Völkermord an den europäischen Juden und der Massenmord an einer Vielzahl weiteren Opfergruppen. Und ein totalitäres Regime, das all dies organisierte.

Lassen Sie mich kurz hinzufügen: Diese Verbrechen führten nach dem Krieg auch im Bereich der Medizin zu zwei weltweit gültigen Deklarationen (von 1948 und 1964), in denen die Achtung vor dem Leben, das Wohlergehen der Patienten, die ärztliche Verschwiegenheitspflicht, die Wahrung der Menschenwürde und ethische Grundsätze in der medizinischen Forschung am Menschen festgelegt wurden. Wir sollten daher am heutigen Tag, dem *World Press Freedom Day*, diesen umfassenden und schwerwiegenden Hintergrund mitbedenken.

Doch dann drängt sich natürlich die Frage auf, **wie** man das Wissen um diesen Hintergrund umsetzen soll und kann. Welche Schlüsse drängen sich auf?

Die UNESCO hat dazu im Jahr 1945, also nun vor 81 Jahren, in ihrer Verfassung folgende Überlegungen angestellt: „Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss – wenn er nicht scheitern soll – in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden.“ – „Da Kriege im Geist der Menschen (*minds of men*) entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“

In diesen Sätzen sind zunächst Orientierungen enthalten, die über Rolle der Presse und der Pressefreiheit hinausgehen:

*Erstens:* Deklarationen und Übereinkünfte von Regierungen allein werden uns nicht weiterhelfen, übrigens auch nicht feierliche Zustimmungen der Staaten der Welt zu UN und UNESCO.

*Zweitens:* Demokratische Strukturen, die Bereitschaft zu Frieden und Verständigung sind nicht deckungsgleich mit politischen und ökonomischen Interessen und Kalkülen (ich wies zu Beginn schon darauf hin). Es kommt aus der Sicht der UNESCO auf die *minds of men* an, auf den Frieden „im Geist der Menschen“, auf Kultur außerhalb von ökonomischer und politischer Verwertbarkeit.

*Drittens* kann man aus diesem Gedanken schließen, dass demokratische Arbeit geduldige, individuelle, kleinschrittige, nachhaltige, kommunikative Bildungsarbeit auf Augenhöhe ist. Mit Deklarationen, Bekundungen, Verlautbarungen von oben allein richtet man nichts aus und schafft auch keine Kultur.

Was bedeutet all dies nun für den Status von Presse und Pressefreiheit? Ich denke, dass der Hinweis auf die Distanz zu ökonomischen und politischen Interessen wohl zentral

ist. Ich will dazu einen kurzen Blick in die Geschichte werfen, in den totalitären NS-Staat zuerst, dann aber auch in die Entwicklung davor.

Im NS-Regime stand die sogenannte ‚Gleichschaltung‘ der Presse obenan. Denn sie sollte als ‚Lautsprecher‘ des Regimes fungieren. Der Organisator war ein tatsächlich so genanntes ‚Propagandaministerium‘. Man griff übrigens zunächst nicht zu direkten Repressionsmaßnahmen, sondern zwang die Redaktionen und AutorInnen, NS-Pressen-Organisationen beizutreten, oder sie würden die berufliche Grundlage verlieren. Der Markt wurde mit NS-Pressen überschwemmt.



Zeitungskiosk in Dresden, 1940. Aus der Sammlung von SLUB / Deutsche Fotothek

Und – da half jemand nach, der Oligarch Alfred Hugenberg. Er hatte seit 1916 die Hälfte der deutschen Presse zusammengekauft und stellte sie nun in den Dienst Hitlers und seiner Propaganda. Nicht zu vergessen, dass 1945 zwar das NS-Regime zusammenbrach, aber nur für Westdeutschland bedeutete das einen demokratischen Neubeginn. In Ostdeutschland etablierte sich bis 1989 eine neue Diktatur.

Aber es muss nicht Totalitarismus sein, um die Presse ökonomischen, ideologischen und politischen Interessen zu unterwerfen.

Die politisch-diplomatischen Nachrichtendienste, das Nachrichtennetz der katholischen Kirche, die Nachrichtendienste der großen Handelshäuser und andere Netzwerke mehr, die sich über Jahrhunderte bis 1800 zu einem weltweiten, engen Netz aus Korrespondenzen verdichteten, hatten mit freier Presse natürlich nichts zu tun.

Wie sich z.B. in der Berichterstattung der „Unparteiischen Universal-Kirchenzeitung“ aus dem Jahr 1837 niederschlägt, scheinen sich die Dienste auch gegenseitig zugearbeitet zu haben: Auf der einen Seite erscheinen dort Berichte von der Ausbreitung der christlichen Missionsstätten hinein in die entferntesten Regionen der Welt, nachfolgend aber auch Be-

richte zu ökonomisch-kolonialistischen Akteuren, die diese Stätten prompt als Brückenköpfe nutzen.

Eine ‚freie Presse‘ im heutigen Sinn, die sich als Institution neben Parlamenten, Regierungen und Monarchen als Stimme von ‚Öffentlichkeit‘ versteht, bildet sich wohl erst nach der französischen Revolution. Zumal in Deutschland wird vor allem nach 1815 schnell klar, dass genau diese Parlamente, Regierungen, Monarchen die errungenen Freiheitsrechte – und sei es mit Gewalt – wieder ersticken wollen.

Ein Modell dieses neuen journalistischen Selbstbilds, das wohl eine ganze Generation junger politischer Rebellen in Deutschland und Europa teilt, ist gewiss Heinrich Heine.



**Heinrich Heine**  
Journalist  
Publizist  
Schriftsteller  
(1797-1856)

Aber es ist kein gelungener Lebensentwurf als ‚Journalist‘, sondern ein Leben des Leidens, ein ständiger Kampf um Existenz und Anerkennung und gegen die Angst: Manche der jungen AktivistInnen verbringen Jahre in Kerkern.

Heine flieht 1831 aus Deutschland nach Paris. Er wird „Frankreich-Korrespondent“ für die Augsburger Allgemeine Zeitung, d.h. er wird für abgelieferte Artikel einzeln bezahlt – mehr nicht. Aber auch die geschützte Position in Paris nützte ihm nicht: Die deutschen Fürsten verbieten 1835 seine Schriften in Deutschland.

Wie aber stand es heute vor 35 Jahren, als die Autoren der Windhoek-Declaration die Aufgabe und den Anspruch einer freien Presse formulierten? Dies wird in den ersten Paragraphen ihrer Declaration deutlich: [<https://www.unesco.org/en/memory-world/declaration-windhoek-promoting-independent-and-pluralistic-african-press-1991>]

1. *The establishment ... of an independent, pluralistic and free press is essential to the development and maintenance of democracy in a nation ...*
2. *... we mean a press independent from governmental, political or economic control or from control of materials and infrastructure essential for the production of newspapers, magazines and periodicals.*
3. *By a pluralistic press, we mean the end of monopolies of any kind and the existence of the greatest possible number of newspapers ... (and the) widest possible range of opinion within the community.*
4. begrüßen die AutorInnen, *“that an increasing number of African States are now undergoing towards multiparty democracies”*

5. begrüßen die Autoren sogar *“the worldwide trend towards democracy and freedom of information and expression”* als *“fundamental contribution to the fulfilment of human aspirations.”*

Welch ein entschiedener Ton, welche Entschlossenheit! Letztlich haben sich in diesen Forderungen die geschichtlichen Erfahrungen aus totalitären, aber auch feudalen und autokratischen Verhältnissen in aller Kürze niedergeschlagen:

- Die freie Presse erscheint als Garant für Demokratie. Dass Regierungen und Parlamente überhaupt nicht erwähnt werden, lässt unmittelbar an Heinrich Heine denken. Offenbar sind Regierungen und Parlamente nicht von Natur aus Freunde der Freien Presse.
- Das wird in Punkt 2 dann direkt ausgeführt: Hier erscheinen sie sogar offen als potenzielle Gegner. Aber noch mehr: Gefordert wird die Unabhängigkeit der Produktionsmittel, eine unabhängige Infrastruktur, und das heißt auch: gesicherte Beschäftigungsverhältnisse.
- In Abschnitt 3 werden nicht nur Pressemonopole abgelehnt, sondern umgekehrt eine breiteste mögliche Vielfalt von Medien gefordert.
- Schließlich zeichnen die Punkte 4. und 5. ein sehr helles Bild der demokratischen Entwicklung nicht nur in Afrika, sondern weltweit.

Nur - unmittelbar danach folgt unter Punkt 6 und 7 der ‚Absturz‘ in die Realität:

6. *In Africa today... in many countries journalists, editors and publishers are victims of repression - they are murdered, arrested, detained and censored, and are restricted by economic and political pressures. ...*

7. *Today, at least 17 journalists, editors or publishers are in African prisons, and 48 African journalists were killed in the exercise of their profession between 1969 and 1990.*

Dies ist nicht nur der Stand der Dinge im Jahr 1991 und nicht nur in Afrika. Am World Press Freedom Day werden jedes Jahr die bedrückenden Zahlen zu Morden an und zu Willkür- und Gewaltmaßnahmen gegen JournalistInnen zusammengetragen.

Ich will dazu einen grundsätzlichen Gedanken äußern und die aktuelle Entwicklung mit der Situation vor über 200 Jahren vergleichen, von der Heinrich Heine ja Zeugnis ablegt:

Auf der einen Seite ist da in Paris die epochale Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789. Auf der anderen Seite – ich deutete das an – ist da der erbitterte Kampf der früheren hegemonialen Kräfte in Europa, diese Errungenschaft so schnell es geht wieder zu kassieren. Der verbissene Kampf währte letztlich das gesamte 19. Jahrhundert hindurch – und er resultiert in Deutschland im Zusammenbruch der deutschen Demokratie im Vorfeld des NS-Staates vor über 100 Jahren.

In ähnlicher Weise haben die Menschenrechtsdeklarationen von 1945 den prinzipiellen Widerstand jener Institutionen,



Für einen der US-Philosophen dieser Revolution, Hugo Tristram Engelhardt, der das Prinzip des freien Marktes zunächst fürs Gesundheitswesen konzipiert, steht dabei zwar Gewaltfreiheit obenan, d.h. niemand dürfe etwas aufgezwungen werden, alles müsse freiwillig vor sich gehen. Aber das bedeute nicht, auf unfeine Mittel zu verzichten, bzw. rücken gerade sie in den Mittelpunkt: Die Marktkräfte hätten das Recht, ja es sei geradezu das Merkmal einer friedfertigen Gesellschaft, andere zu ‚verleiten‘. Denn wer sich verleiten ließe, im Sinn: „Komm, wir wollen uns betrinken oder gegenseitig verführen“ würde ja freiwillig auf die freie Wahl verzichten: Das meint *public education*. Es versteht sich übrigens stillschweigend von selbst, dass in dieser Vorstellung von ‚Markt‘ nur jene vorkommen, die anbieten oder bezahlen können, nicht aber jene, die bei der natürlichen Lotterie (Zufall von Krankheit oder Behinderung) und der sozialen Lotterie (Armut) Pech hatten ...

Diese Ideologie, die wir ab den 1990er Jahren als Neoliberalismus kennen und fürchten lernten, hat sich inzwischen zum ‚libertären Autoritarismus‘ radikalisiert. Namen wie Elon Musk, Peter Thiel, Javier Milei, Curtis Yarvin, Marc Andreessen, und gewiss auch Donald Trump stehen für die zunehmende Politisierung und Oligarchisierung (und d.h. Individualisierung) der Marktmacht: In den Social Media sind ihnen mediale Werkzeuge einer früher nicht für möglich gehaltenen ‚Verleitungsindustrie‘ zugewachsen, die sich mit autokratischen Interessen kurzschließen und die mitten hineinführen in die tiefe, aktuelle Krise der Pressefreiheit.

Akteure und Schichten des Westens auf den Plan gerufen, die ihre autoritäre Macht verloren hatten oder zu verlieren drohten. Wie aus Papieren und Debatten schon der späten 1960er Jahre hervor geht, stießen diese Gruppen auf eine künftige Patentlösung für ihre Interessen, nämlich die ‚Entfesselung des freien Marktes‘. Dem Motto folgend „Wenn ihr Freiheit wollt, dann könnt ihr sie kriegen!“ wurde seit Mitte der 1970er Jahre insbesondere in der USA, später weltweit, ein Heer von *paid philosophers* rekrutiert, wurden Institute gegründet, um die Öffentlichkeit entsprechend zu umzupolen (man sprach von *public education*).

Die Konzeption besteht aus drei Elementen.  
*Erstens:* Man will mit der staatlich-totalitären Vergangenheit abschließen und proklamiert daher demonstrativ den ‚freien Bürger‘.  
*Zweitens:* Man proklamiert die ‚totale Demokratie‘ in Form des total freien Marktes: Der ‚freie Bürger‘ könne nun – über seinen Konsum – selbst über seine ‚Werte‘ entscheiden, wodurch Verfassungen und ‚fundamentalistische‘ Normen eigentlich obsolet werden.

Allerdings wird - *drittens* - eine Gegenleistung fällig: Ebenso, wie die ‚Marktkräfte‘ die ‚totale Freiheit‘ bieten, reklamieren sie auch ihrerseits ‚totale Freiheit‘, und zwar beim Einsatz eben jener Mittel, die früher den autokratischen Kräften und Obrigkeiten vorbehalten waren, d.h. beim Einsatz von Werbung, Propaganda, Beeinflussung – kurz: beim Einsatz der Medien.

Entsprechend nennt das diesjährige Pressefreiheits-Ranking von *Reporter ohne Grenzen* [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2026] in seinem aktuellen Bericht als Negativfaktoren die Methoden der Social Media, gesteuerte Algorithmen, gesteuerte Inhalte, Meinungen und Themen – kurz: *public education*. Hinzu kommen atemberaubende Monopolprozesse in der internationalen Presselandschaft, zunehmend prekäre Lebensgrundlagen für den unabhängigen Journalismus, Drohungen und Angriffe gegen Medienschaffende durch rechte und rechtsextreme Akteure, die Brandmarkung der Presse als ‚Handlanger der Eliten‘ und die Schimpfwörter „Lügenpresse“ oder „Systempresse“ – letzteres übrigens ein NS-Begriff. Hinzu kommen Diffamierungen und Online-Hetzkampagnen im Zusammenhang der Nahostberichterstattung, polizeiliche Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich von Datenerhebungen, die den Quellenschutz untergraben.

Dass Deutschland im weltweiten Presseranking auf Platz 14 abgesackt ist, ist nicht etwas Nebensächliches: Denn es gibt ein Dokument, das ganz besonders dazu verpflichtet, die freie Presse zu schützen, noch mehr als die Dokumente der UN, der UNESCO, und der Europäischen Union: Es ist das deutsche Grundgesetz, das am 24. Mai 1949 in Kraft trat: Angriffe auf die unabhängige Presse sind Angriffe auf dieses Dokument.

Auf Initiative des Mitteldeutschen Rundfunks haben sich – unter dem Titel Leipziger Appell [https://www.mdr.de/unternehmen/informationen/gemeinwohl/leipziger-appell-freiheit-unabhaengigkeit-medien-demokratie-102.



html] vor wenigen Tagen eine große Anzahl von Medien-Institutionen zusammenschlossen, um den Kampf aufzunehmen.

Aber welche Optionen gibt es dabei?

Auch hier ist der Mitteldeutsche Rundfunk vorbildlich:

In einer Begleitaktion zum heutigen Welttag der Pressefreiheit gehen JournalistInnen in die Schulen, um ihre Expertise weiterzugeben und für Sprache und kritische Lektüre zu werben. [<https://www.mdr.de/presse/tag-der-pressefreiheit-mdr-staerkt-medienkompetenz-an-schulen-100.html>]

Dies sollte uns einerseits bewusst machen, welche großartige Errungenschaft der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist und welches riesige Potenzial in der Kooperation des Journalismus mit Schulen und PädagogInnen liegt.

Bildung, vor allem textkritische Bildung in den jungen, von *public education* besonders betroffenen Generationen steht obenan. Der Niedergang der Bildungsniveaus seit 30 Jahren ist kein Naturereignis – sondern Teil der neoliberalen Revolution.

Aber es gibt noch andere Institutionen. Ich denke dabei ganz besonders an die Gewerkschaften und Berufsverbände. Eine Einheitsgewerkschaft wie der DGB und die Mediengewerkschaft ver.di haben immense Möglichkeiten und bieten großen Schutz.

Vor kurzem wurden wir vom Essener Verband *Journalisten ohne Grenzen* (Dr. Ali) auf Institutionen mit großem Gewicht hingewiesen, die wir bisher nicht wirklich im Blick hatten und die wir viel mehr beachten sollten. Ich habe von ihnen gesprochen: Es sind die UN und die UNESCO. Auch wenn sie – wie wir derzeit erleben – insbesondere von der US-Regierung sabotiert werden, sind sie eine bleibende Machtbasis, die direkt politisch gegen die neoliberale bzw. libertäre Revolution genutzt werden sollte.

Schließlich möchte ich auf eine Bewegung hinweisen, mit der autokratische Strukturen schon immer unterlaufen werden konnten. Es handelt sich um regionale, wie überregionale genossenschaftliche Organisationsformen des Journalismus: Im Jahr 2025 wurde das von der UN anerkannte Jahr der Media Cooperatives ausgerufen. [<https://2025.coop/mediakit/>]

Genossenschaftliche Organisationsformen bringen einerseits JournalistInnen und ihre Leser in basisdemokratischer Weise zusammen. Sie erlauben aber auch, bzw. fördern sogar einen nebenberuflichen Journalismus und damit die Politisierung und die Partizipation in breiteren Schichten der Bevölkerung.

Vielen Dank!

**VERLAG WESTFÄLISCHES  
DAMPFBOOT**

**Jetzt in der 3. Auflage**

Heide Gerstenberger

**Markt und Gewalt**

Die Funktionsweise des  
historischen Kapitalismus

(Theorie und Geschichte der  
bürgerlichen Gesellschaft, Band 25)

3. Auflage 2026 – 739 Seiten – 50,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-125-4

Für Bibliotheken auch als  
EBook-Campuslizenz zu bestellen:  
eISBN 978-3-98634-159-6

Bernd Belina / Alex Demirović /  
Susanne Heeg /

Sebastian Klauke /

Thomas Sablowski / Aisha Salih  
(Hrsg.)

**Multiple Krise und neue  
Konstellationen des  
Kapitalismus**

Elemente einer  
Bestandsaufnahme

Herausgegeben im Auftrag der AkG

2026 – 291 Seiten – 30,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-140-4

Für Bibliotheken auch als  
E-Book-Campuslizenz zu bestellen:  
eISBN: 978-3-98634-194-7

Jonas Frick

**Downtime**

Literatur, Digitalisierung und  
Klassenkampf

2025 – 283 Seiten – 30,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-144-5

auch Open Access





# Die diskursive Konstruktion »geistiger Brandstifter«

## WAS EINE KAMPAGNE GEGEN G. ARNOLD UND DAS DISS ÜBER DEN ZUSTAND DER »QUALITÄTSPRESSE« AUSSAGT

Von Tino Heim

Hinter der Brandstiftung, die Anfang 2026 in Berlin zum größten Stromausfall seit 1945 führte, vermuten Medienberichte ein »Sabotage-Netzwerk« (Dinge et al. 2026b) bzw. ein »steuerfinanziertes Ökoteror-Netzwerk« (Karon/Winter 2026), in welches auch das »radikal linke Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung« involviert sei: G. Arnold, Mitarbeiter des »weit linken« DISS, sei »Stichwortgeber« des Ökoterors und »Schlüsselfigur« des technologiekritischen Kollektivs *Çapulcu*, das »Infrastruktur und technisches Wissen [...] für terroristische Aktionen« bereitstelle (Winter 2026). Im *Spiegel* gilt Arnold unspezifisch als »Vordenker der ›Vulkangruppe« (Schrader 2026). Extrem rechte Medien nennen ihn einen in »Grauzonen zwischen wissenschaftlicher Öffentlichkeit und konspirativem Anarcho-Aktivismus« agierenden »geistigen Brandstifter«, dessen »Umfeld beim DISS« wohl von seinen »außerberuflichen Agitationen« wusste, die im Netz leicht nachverfolgbar seien (Hintz 2026) – soviel zur »Konspiration«. Der *Unrast*-Verlag, der Arnold, *Çapulcu*, die *Edition DISS und andere* »ökoterroristische Schriften« vertreibt, habe zudem 2025 mit dem *Deutschen Verlagspreis 50.000 Euro* »Staatshilfe für Extremismus-Handbücher« erhalten.<sup>1</sup>

All dies durch Gegendarstellungen ad rem zu widerlegen oder de jure zu entkräften, wäre eine leichte Übung, die aber, indem sie die von den Verleumdenden gesetzten Regeln akzeptiert, einen Defensivcharakter hätte. Verteidigungen laufen dabei Gefahr, haltlosen Vorwürfen performativ den Anschein irgendeiner Substanz zu verleihen. Die »mediale Hetzkampagne« zunächst »auszusitzen«, statt ihr »neues Futter« zu liefern, um sich erst zeitverzögert zur Sache zu äußern bzw. sich mit ähnlich Betroffenen kollektiv zu solchen Kampagnen zu positionieren (vgl. Arnold 2026a & b), ist hier eine sinnvolle Entscheidung. Unabhängig davon bietet die Kampagne für die Forschungs- und Debattenzusammenhänge des DISS aber auch ein dankbares Material für kritische Diskursanalysen. Einige diesbezügliche Perspektiven werden im Folgenden konturiert.

Ein knapper »Faktencheck« hält zunächst fest, was (unabhängig von der zu analysierenden Kampagne) als gesichertes und überprüfbares Wissen über die Sabotageakte und ihre Hintergründe gelten kann. Ausführlicher wird dann an konkreten Diskursfragmenten analysiert, mit welchen Argumentationsstrategien, Rhetoriken und sprachlichen Mitteln hochspekulative, empirisch und juristisch nicht belegbare Zusammenhänge so präsentiert werden, dass sie einen Anschein von Plausibilität gewinnen. Im Zentrum der

Analyse stehen Beiträge der sog. Qualitätspresse, die sich von für Fake-News und enthemmtes Bullshitting bekannten extrem rechten Onlineportalen durch den Anspruch unterscheiden, größere (Rest-)Rücksichten auf überprüfbare Fakten zu nehmen. Dass eine Kampagne wie die im Folgenden zu analysierende nicht nur von NIUS, sondern von hegemonialen Leitmedien (v.a. der *Welt* und z.T. dem *Spiegel*) getragen wurde, verweist insofern auf längerfristige Verschiebungen innerhalb des mediopolitischen Interdiskurses, die abschließend schlaglichtartig sondiert werden.

### FAKTCHECK

Wo die *Welt* und *NIUS* Spekulationen über Sabotagenetzwerke als Quasi-Gewissheiten ausgeben, bleiben gesicherte Kenntnisse rar: Brandstiftung an einer Kabelbrücke in Berlin-Lichterfelde führte am 3.1.2026 zu ca. 45.000 Haushalte sowie 2.200 Betriebe betreffenden Strom- und Heizungsausfällen im Südwesten Berlins, die bei anhaltenden Tieftemperaturen erst am 7.1. behoben waren. Am 4.1. bekannte sich dazu eine »Vulkangruppe«, die die Tat am 6.1. erneut für sich reklamierte, um Spekulationen über russische Sabotage zurückzuweisen. Andere Autor\*innen, die sich »Vulkangruppe der Jahre 2011« nannten, kritisierten am 7.1. hingegen Ziele, Methoden und Strategien dieses Angriffs auf zivile Infrastrukturen und distanzierten sich »ausdrücklich von allen Aktionen der letzten Jahre, die unter unserem Namen oder mit Bezug auf uns durchgeführt wurden.«<sup>2</sup>

Authentizität und Herkunft der Schreiben sind umstritten. Die Täter\*innen bleiben unbekannt. Sicher ist bezüglich der »Vulkangruppen« nur, dass ab 2011 diverse Bekenner-schreiben zu verschiedenen Anschlägen (mit durchweg ungeklärten Täter\*innenschaften) Varianten des Namens nutzten. Der Verfassungsschutz Berlin (2020: 152f.) vermutete einen »(teil-)identischen Autorenkreis« aus anarchistischen Kontexten mit unklaren Organisationsformen. Sprachforensische Analysen deuten auf verschiedene Urheber\*innen hin. Berlins Polizeipräsidentin vermutet »mehrere Strukturen, die den Namen bewusst als Dachmarke nutzen« (Dinger/Pfahler 2026a). De facto wissen Medien und Ermittlungsbehörden über die »Vulkan-Phantome« (Litschko 2024) also nichts. Unklar ist auch ihre Verankerung in breiteren linken Zusammenhängen. Trotz einzelner Sympathiebekundungen zu *Tesla*-Sabotagen, trafen bei anderen Anschlägen die Wahl der Zielobjekte und die Außenkommunikation auch in linken Kontexten eher auf Ablehnung. Bekenner-schreiben be-

1 <https://citizengo.org/de/ot/17521-keine-staatliche-f%C3%B6rderung-f%C3%BCr-%C3%B6ko-terrorismus>  
2 Online: <https://de.indymedia.org/node/566531>.

klagen diesbezüglich ein »Vermittlungsproblem« (vgl. ebd.). Das spricht eher gegen größere Unterstützungsnetzwerke.

»Verwirrung« um die Hintergründe des jüngsten Anschlags konstatierte am 7.1. auch der Ressortleiter *Investigation und Reportage der Welt am Sonntag* (Dinger 2026). Insofern schien seinem Team ein journalistischer Supercoup gelungen, als es am 9.1. weitgehende Aufschlüsse zu »Tätern hinter [dem] Berliner Stromausfall« nahelegte: Die »Fährte« führe »in ein konspiratives Milieu, das Wissenschaft und radikale Ideologie vermengt« (Dinger et al. 2026a). Obwohl Ermittler\*innen erklärtermaßen alle Hinweise auf »konkrete Täter oder belastbare Beweise fehlen«, versprach ein späterer Artikel, durch »[e]xklusive Recherchen« zu zeigen, wie »ein konspiratives Milieu [...] seit Jahren offen [sic!] zur Sabotage von staatlicher und wirtschaftlicher Infrastruktur aufruft« (Dinger/Pfahler 2026a). Der Spiegel (Nr. 5/2026) wollte auf derselben Fährte den »Vordenker der ›Vulkangruppe«« identifiziert haben (Schrader 2026). Die »monatelange Recherche« des *Welt*-Investigativteams gipfelte im Anspruch, ein »bundesweites, abgeschirmtes Netzwerk – mit regionalen Schwerpunkten« und »klar verteilten Rollen« (Dinger et al. 2026b) – dingfest zu machen. Rechte Online-Portale schmückten das weiter aus, brachten jedoch wie schon die *Welt* nichts ans Licht, was sich nicht über konventionelle Internetsuchen finden ließ. Die Eigenleistung lag in beiden Fällen im Mutmaßen unbelegter Zusammenhänge. Während die Suche nach Belegen für die »Sabotage-Netzwerke« ins Leere läuft, verdient ihre davon unabhängige diskursive Konstruktion größere Beachtung.

## ZUR KONSTRUKTION »GEISTIGER BRANDSTIFTER«

Bereits in der »Switch off«-Kampagne, die seit 2023 eine ebenfalls unaufgeklärte Sabotageserie begleitet, glaubte die Welt in »auffällige[n] Formulierungen« eine »mysteriöse Spur der militanten Klimaaktivisten« ins »akademische Milieu« zu erkennen (Dinger/Pfahler 2024) – konkret ins DISS: »Bekennerschreiben« seien »mit dem Schlagwort ›Biopolitik‹ versehen, das auch Arnold nutzt« (ebd.) – wie Millionen an Foucault anknüpfende Akademiker\*innen. Zudem werde der »Kampf gegen die Klimazerstörung« übereinstimmend als »Kampf entlang von Klassenfragen« gedeutet (ebd.) – aufgrund empirischer Zusammenhänge eine soziologische Binsenweisheit – und ein »Festhalten« an der »kapitalistischen Wirtschaftsweise« als Ursache der »Beschleunigung« ökologischer Krisen »in Richtung Kollaps« (ebd.) interpretiert (was etliche wissenschaftliche Befunde und mediale Debatten nahelegen). Jenseits solcher ›Indizien‹, die jede kritische Forschung und Publizistik verdächtig machen, zeigte der Artikel keine Verbindung. Die Kampagne von 2026 verwies dennoch auf ihn zurück, als belege er Tatsachen, um (wo offizielle Ermittlungen ergebnislos blieben) wenigstens neue »Ähnlichkeiten« zu suchen (vgl. Dinger et al. 2026a).



Als Ankerpunkt fungiert die Rede vom »technologischen Angriff« in »Vulkangruppen«-Texten, die auf *Çapulcu* und Arnold zurückgehe (vgl. ebd.). *Çapulcu* (u.a. 2015: 6ff.) griff aber nur Konzepte auf, denen zufolge technologische Innovationen politisch-ökonomische und soziokulturelle Disruptionen fördern und Herrschaftsverhältnisse zu Ungunsten lohnarbeitsabhängiger Bevölkerungsmehrheiten verschieben helfen. Analytisch vertraten das u.a. operaistische Debatten oder Theorien der *Frankfurter Schule*. Es ist aber auch Teil tech-kapitalistischer und -faschistischer Selbstbeschreibungen: »Technology must be a violent assault«, paraphrasiert der Venture-Kapitalist und Trump-Berater M. Andreesen (2023) programmatisch Marinettis profofaschistisches *Manifesto del Futurismo*.<sup>3</sup> Wenn ein Brandstifter linken Ökoterors ist, wer in »Vorträgen und Publikationen [...] Technologie als Herrschaftsinstrument gebrandmarkt« (Dinger/Pfahler 2026b) hat, beträfe das nach dem Generalisierungsprinzip etliche politisch liberale (Weber) bis ultrarechte (Gehlen) soziologische Klassiker. Der weitere Vorwurf, *Çapulcu* verbreite »Bekennerschreiben der ›Vulkangruppen«« (ebd.), bezieht sich auf deren Dokumentieren und Zitieren, womit im Selbstanwendungsprinzip auch das Investigations-Ressort der Welt Teil des »Sabotagenetzwerks« wäre. Wenn schließlich bloße zeitliche Nähe zweier Ereignisse als Indiz eines Kausalnexus gilt, reduziert sich die ›investigative Reportage« auf ein Verschwörungsnarrativ: »Brisant: Im April 2020 veröffentlichte ›Çapulcu‹ einen kritischen Aufsatz über die Corona-Warnapp. Neun Tage später bekannte sich eine ›Vulkangruppe« zum Anschlag auf das beteiligte Heinrich-Hertz-Institut« (ebd.).

Schwerwiegender klingt, dass *Çapulcu* und Arnold »zum Widerstand gegen ein ›autoritäres Zukunftsprojekt« aufrufen, das »direkt und unmittelbar« anzugreifen sei (Dinger et al. 2026b). Dies ist auch der Angriffspunkt des *Spiegels*. Anders als die *Welt*, die alle Inhalte und Sachaussagen als Demagogie abtut – Arnold »polemisiert gegen« oder »fabuliert von« (vgl. ebd.) –, charakterisiert der *Spiegel* seine analytische Kritik als legitime und fundierte Diskursposition: »Arnold entfaltet mit ruhiger Stimme eine Kritik an künstlicher Intelligenz und US-Techkonzernen« (Schrader 2026), die die

<sup>3</sup> Andreesens (2023) Manifest verortet sich dabei explizit innerhalb des Kamps einer neuen Rasse von »Technological Supermen« gegen ihre (mit »Nietzsche's Last Men« synonymisierten) Feinde (alle für Umverteilung, Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung, Risikokontrolle und Vorsorge stehenden Gruppen).



Rebecca Folke

»Von der Wiege bis zur Bahre«  
Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, ISBN: 978-3-89771-781-7

Edition DISS 51

128 Seiten, Softcover, 16,00 €

Innerhalb der völkisch-neonazistischen Szene gilt das Prinzip »Von der Wiege bis zur Bahre«. Familienverbände erziehen über Generationen hinweg, zum Teil seit dem Nationalsozialismus, ihre Kinder nach biologistisch-rassistischen und nationalsozialistischen Prinzipien. Völkisch-nationalistische und neonazistische Jugendbünde übernehmen an der Seite der Eltern einen gewichtigen Teil der ideologischen Sozialisation und schaffen für ihre Mitglieder eine abgeschottete, ideologisch und sozial geschlossene Parallelwelt. Die Erziehung der Kinder erfolgt nach der völkischen Maxime der Unterordnung der individuellen Person unter die Bedarfe der angenommenen Volksgemeinschaft. Ein Ausstieg aus diesem spezifischen Teil der organisierten neonazistischen Szene ist extrem selten und für Kinder und Jugendliche nahezu unmöglich.

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde 2009 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Dennoch steht sie bis heute exemplarisch für diese spezifische Form institutionalisierter völkischer Erziehung. Das Buch *Von der Wiege bis zur Bahre* liefert eine systematische Untersuchung der Erziehungsprinzipien, -inhalte und -praktiken der HDJ auf Grundlage der schriftlichen Selbstdarstellungen der verbotenen Organisation mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Kindeswohlgefährdung genau beleuchtet und aufgezeigt, dass in diesem Spektrum die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Implikationen für erziehungswissenschaftliche Forschung und Praxis werden diskutiert.

Online-Version durch Hyperlinks zu Spiegelartikeln in etablierte Sagbarkeitsfelder einordnet. Nur die politische Handlungsperspektive gilt als problematisch: »Radikal wird er bei der Frage, was sich dagegen tun lässt.« (ebd.) Tatsächlich wiesen Çapulcu (2015) im Verhältnis zum »technologischen Angriff« den »Gegenangriff auf die Praxis und die Ideologie« als »zwingend notwendig« (ebd.: 3) aus, wobei viel von »Widerstand« und teils von »Sabotage« (ebd.: 17 & 54) die Rede ist. Primär meinen »Gegenangriffe auf allen Ebenen« (ebd.: 49) hier aber Formen der Verweigerungen gegen digitale Zumutungen und Zugriffe; Entwicklung digitaler Verschlüsselungen und alternativer Kommunikationsplattformen; öffentliche Skandalisierungen von Überwachung und Manipulation; Nutzung von Klagemöglichkeiten und anderen Rechtsmitteln oder nicht-justiziable subversive Umwidmungen und Störungen von Kommunikationsmedien. Auch Diskussionen von Strategien zivilen Ungehorsams oder von Hacks, die in Grauzonen der (Il-) Legalität führen, fügen sich in moderne zivilgesellschaftliche Diskurse, die die politische und moralische *Legitimität* von Aktionsformen unabhängig von ihrer Legalität verhandeln. Statt auf Handlungsanleitung zielt das auf Beiträge zu offenen Diskussionsprozessen. Angriffe auf kritische zivile Infrastrukturen, die v.a. Zivilbevölkerungen treffen, werden nirgends gefordert oder befürwortet.

Um zu verstehen, wie eine Kampagne, die sich derart leicht entkräften und ad absurdum führen lässt, eine Plausibilität und Anschlussfähigkeit generiert, die sie in hegemonialen Leitmedien platzierbar macht, ist eine Feinanalyse sinnvoll. Dafür wird ein Dossier der *Welt am Sonntag* vom 30.3.2026 gewählt, da es Versatzstücke früherer Artikel zu einer Art Summa der ganzen Kampagne recycelt und so alle zentralen Argumentationsmuster, rhetorischen Strategien und Narrative versammelt. Das fortgesetzte Fehlen jeder Faktenbasis wird kompensiert, indem bereits publizierte Verdächtigungen und Mutmaßungen ein selbstreferentielles Netz von Quellenbelegen ergeben.

Der Titel **»Nach dem linksextremen Anschlag bleiben Herrn Thomsen noch 6 Stunden zu leben«** (ebd. Herv. i.O.) bezieht sich auf einen vom Stromausfall betroffenen 68-jährigen ALS-Patienten. Die ersten 5 Absätze schildern den Wettlauf der Rettungskräfte gegen die Uhr bzw. die verbleibende Akkulaufzeit seines Beatmungsgeräts und heben mehrfach die bedrohliche Zeitverknappung hervor – z.B.: »Minuten vergehen. Minuten, die Thomsen nicht hat.« (Abs. 4); »Panik kommt hoch. Auf dem Display schrumpft die verbleibende Zeit.« (Abs. 5). Die emotionale Identifikation mit diesem Betroffenen des Anschlags verstärkt der Titel durch die Suggestion eines Todesopfers. Erst der 5. Absatz klärt, dass Thomsen überlebte. Dass Unschuldige wie er *hätten sterben können, wiederholt der Text mehrfach*, um am Ende daran zu erinnern, »was Anschläge konkret anrichten. Sie bleiben keine Theorie, kein Debattenthema – sie treffen Menschen [...] wie [...] den Mann vom Wannsee, dessen Beatmungsgerät kurz vor dem Versagen stand.« (ebd.)

Der Untertitel verweist die Verantwortung in eine »linksextreme Szene«, die »bundesweit schlagfähig« sei und »im Schatten« agiere, um anzukündigen, dass eine »monatelange Recherche« zeige, »wie weit die Sabotage-Netzwerke reichen« (ebd.). Ohne auf andere Schreiben einzugehen, wird dazu das erste Bekenntnis der »Vulkangruppen« als authentisch charakterisiert. Explizit wird aber nur ein Satz erwähnt, demzufolge sich das »Mitleid mit den Villenbesitzern im Berliner Südwesten [...] in Grenzen« halte. Der Kontrast zur vorangestellten Fallgeschichte, die zeige, dass »mehrere Menschen nur knapp dem Tod entkommen« seien (Abs. 6), präsentiert die »linksextreme Szene« als ignorant, menschenverachtend und skrupellos. Die Absätze 7-12 generalisieren das aufgebaute Bedrohungsszenario<sup>4</sup> und behaupten (ohne

4 »Kritische Infrastruktur liegt vielerorts offen«, was »[e]ntschlossene Täter [...] seit Jahren« ausnutzen (Abs. 7).

Quantifizierung): Die »Angriffe nehmen zu, ihre Ziele werden vielfältiger« (Abs. 8), während Behörden über die »wie Phantome« (Abs. 9) agierenden Täter\*innen nichts wissen<sup>5</sup> und »Details des Blackouts [...] ungeklärt« seien (Abs. 12). In Kontrast dazu wird behauptet, dies sei im März »anders« gewesen, als »ein seltener Schlag [...] gegen mutmaßliche Drahtzieher« (Abs. 10) gelungen sei. Die Formulierungen legen (ohne Belege) nahe, bundesweite Polizei-Razzien am 24.3.2026 (im Zuge der Verdachtsermittlung zu anderen Sabotagen an Strommasten in Berlin Johannisthal im September 2025) hätten die allgemeine Kenntnislage verbessert. Darauf baut die Ankündigung auf, dass eigene »Recherchen [...] zeigen: Ermittler gehen davon aus, dass die Brandstifter von Johannisthal und die Täter des Anschlags im Berliner Südwesten demselben Milieu entstammen.« (Abs. 13) Diese diffuse *Annahme* wird Ausgangspunkt der Behauptung, »erstmal« ein »geschlosseneres Bild der Tateserie« zu präsentieren, das auf ein »bundesweites, abgeschirmtes Netzwerk« verweise – »mit regionalen Schwerpunkten, klar verteilten Rollen und einer bemerkenswerten Fähigkeit der Akteure zu Konspiration und Tarnung.« (ebd.). Da es im Folgenden bei *Mutmaßungen* und *Suggestionen* unbelegter Zusammenhänge bleibt, erlaubt diese Charakterisierung auch eine für Verschwörungsnarrative zentrale Strategie der Selbstimmunisierung gegen Zweifel: Wenn die Konspiration *nicht* belegbar ist, *beweist* das, wie perfide sie verschleiert wird – eine »paranoide Interpretation« i.S. Ecos (1995: v.a. 119f. & 76f.).

Spezifiziert werden mögliche Rollen im mutmaßlichen »Netzwerk« wie folgt: »Personen aus dem Umfeld liefern die ideologischen Stichworte: Sie schreiben Texte, halten Vorträge, schaffen das theoretische Fundament für Angriffe [...]. Andere übernehmen die operative Seite: kleine, eingespielte Gruppen«, die stets dort »auftauchen, wo es brennt.« (ebd. Abs. 14). Der konkrete Charakter der suggerierten Beziehungen vermeintlicher Stichwortgeber\*innen zu mutmaßlichen Sabotage-Gruppen bleibt auffallend in der Schwebe. Bereits die Formulierung »Personen aus dem Umfeld« lässt im Unklaren, was »Umfeld« meint und wie weit es reicht: Wäre ein soziales Nahfeld gemeint, *könnte* das persönliche Kontakte oder konzeptionelle Mitverantwortung als Teil der »Sabotage-Netzwerke« einschließen. Das Wort kann aber ebenso meinen, Schreibende und Referierende gehörten im denkbar weiten Sinne zum »Umfeld« möglicher Netzwerke, da sie (aufgrund ihrer Kapitalismus- und Technologiekritik) dem »linken Milieu« zurechenbar sind. Konkrete Beziehungen im ersteren Sinne zeigt der Text nirgends auf. Er raunt stattdessen von einer »Puzzlearbeit mit vielen fehlenden Teilen«, die unterschiedlichste »Versatzstücke und Ereignisse« verbinde, aber »nur einen Schluss« zulasse: »Die Spur führt ins Herz der linksextremistischen Szene.« (Abs. 15) Mangels belastbarer Rechercheergebnisse eigene Spekulationen als einzig logischen Schluss auszuweisen, ist erneut ein klassisches Element von Verschwörungsnarrativen.

Unter der Zwischenüberschrift »**Berlin, 24. März 2026**« (ebd. Hervh. i.O.) gelten dann Polizeirazzien als solche (unabhängig von gerichtsfesten Ergebnissen) als konkrete

»Spur«. Herausgehoben werden zwei Zielobjekte: die »anarchistische Bibliothek *Kalaballk* in Berlin-Kreuzberg und eine kleine Bücherei der Anarchoszene in Wedding« (Abs. 17). Die bloße Existenz solcher Orte des nicht-digitalen Austauschs erhärtet den Konspirationsverdacht: Was »antiquiert wirkt«, sei »für klandestine Anarchisten Teil ihrer Überlebensstrategie«. Bibliotheken seien ideale »Treffpunkte eines konspirativen Milieus« (ebd.): »Kommunikation erfolgt analog, teils werden Schriftstücke ausgetauscht. Hier entsteht der ideologische Überbau« (Abs. 18). *Anscheinend gelten Bücher dem Welt-Team (ähnlich wie dem Regime in Bradburys Fahrenheit 451) ohnehin als Quelle unkontrollierbarer Subversion*. Aber »es gibt noch einen Verdacht: Was, wenn über Bibliotheken nicht nur Bücher, sondern auch Pamphlete verschickt werden, die sich wie Handlungsanleitungen für Anschläge lesen? Das wäre eine Art Amazon für Anarchisten.« (ebd.)

Möglich ist alles. Wo Zutaten und Bauanleitungen für Brandsätze und Übleres leicht via Internet zugänglich sind, fragt sich nur, was Papier so viel bedrohlicher macht. Argumentationsstrategisch dient die Gefahrenkulisse zur Scheinkonkretisierung der »Spur«. Die dramatische Schilderung einer Bibliotheksstürmung, bei der die Polizei »Bretterregale voller Bücher« fand, hebt ein Asservat heraus: »»Disconnect« steht auf dem Titelblatt.« Dass breit rezipierte linke Technologiekritik in linken Bibliotheken steht, gilt als »Spur, die tief ins Sabotage-Milieu« führe (Abs. 19). Der Fund ist eine *Çapulcu*-Publikation von 2015, die Formen und Folgen der privatwirtschaftlichen Kontrolle neuer digitaler Medien im Kontext breiterer technologiekritischer Diskurse analysiert. Dinger et al. erklären sie hingegen zum »Aufruf zum Kampf [...], notfalls mit Gewalt« (Abs. 20). Plausibilisiert wird das mit wenigen dekontextualisierten Wortlauten: »»Çapulcu« fabuliert von »Menschen, die Maschinen stürmen« und der »Sabotage des informationellen Nervensystems«« (Abs. 21). Die zitierten Überschriften dienen als Anlass für freie Assoziationen, die alle Inhalte der Originalpassagen ignorieren: Dort diskutiert das Kapitel »Menschen die Maschinen stürmen« innerhalb eines kybernetischen Modells Chancen, Effekte und Grenzen von Widerstand. Konkret verhandelt werden z.B. »Verweigerung« (Rückzug vom »digitalen Dauersenden«), aber auch »Sabotage des informationellen Nervensystems«, was hier jedoch Störung eines Informationssystems durch »widerständiges Rauschen« meint (*Çapulcu* 2015: 16f.). Die Welt assoziiert hingegen einen Aufruf zu »Angriffen auf Datenkabel und IT-Infrastruktur« (Abs. 21), die *Çapulcu* (vgl. 2015: 55) nur an ganz anderer Stelle an historischen Beispielen dokumentieren – ohne zu Taten aufzurufen oder diese anzuleiten.

Die so konstruierte Verdachtskulisse wird nun auf einen »Autoren des Kollektivs« gelenkt, der sich »Lars Wentzke oder – nach seinem bürgerlichen Namen – Guido Arnold« nenne, und dem die *Welt* »bereits 2024« (mit den erwähnten Spekulationen zur »Switch-off«-Kampagne) »auf die Spur« gekommen sei (Abs. 22), die zur DISS-Homepage führt. Mangels anderen Belastungsmaterials wird ein offizielles Vi-

5 »Mal werden sie in der linksextremen Szene verortet, mal sollen ausländische Akteure dahinterstehen.« (Abs. 9)



deo, in dem Arnold ein Forschungsprojekt vorstellt, auf der Bildebene nahezu phänomenologisch seziiert,<sup>6</sup> um zugleich alle Inhalte des Projekts (zur Veränderung von Gesellschaft durch digitalisierte Entscheidungsprozesse) als irrelevant auszuweisen: »Was akademisch klingt«, sei nur »Teil eines politischen Kampfauftrags. In deutschen Sicherheitskreisen ist man sicher: Was Arnold schreibt [...] oder [...] vorträgt, dient Saboteuren als Inspiration und Handlungsanleitung.« (Abs. 24). Als »Adressat« gelten auch die »Vulkangruppen« (Abs. 25).

lin-Johannisthal. Fünf Monate später im Berliner Westen.« Und die »Vulkangruppe« erkläre: »Es sind die Superreichen, die die Welt in Brand setzen.« (Abs. 27 & 28) Kritische Berichte zu faschistoiden Tech-Oligarchen und KI-Bullshit waren 2025 jedoch kein Refugium der »extremen Linken«. Sie prägen auch die deutsche Qualitätspresse bis weit ins konservative Lager. Dabei ging es ebenso um kaum zu leugnende Tatbestände wie bei der Aussage, dass v.a. politische Einflüsse, Wirtschaftspraktiken und Lebensstile der »Superreichen« ursächlich für den Klimawandel sind. Dies auszusprechen, heißt nicht, Anschläge anzuleiten.



Selbst den Spuren(er)findern der Welt scheint an diesem Punkt aufzugehen, dass die Indizien kaum reichen, um ihre eiskalte »Spur« als heiß auszugeben. Der übrige Text verfolgt sie nicht weiter. Es folgen Dramatisierungen bekannter Details des Januar-Anschlags (vgl. Abs. 29-34), nebst Lob der Behördenarbeit bei der Krisenbewältigung, Kritik am Versagen bei der Prävention (vgl. Abs. 35-39) und Hoffnungen auf eine »Zäsur«, die das »Muster« des »Schulterzuckens« im Umgang mit dem »Linksterror« überwinde (Abs. 40 & 41). Dass der »Berliner Anschlag selbst Teilen der linksradikalen Szene zu weit« gehe (Abs. 42) und Spaltungen befördere, gilt dabei als neue »Chance, an Informationen zu kommen« (Abs. 43). Dass der Kenntnisstand dennoch dünn bleibt, bringe »ins Grübeln« und veranlasst, eine neue Nebelkerze zu zünden: »Was wäre, wenn deutsche Anarchisten [...] Unterstützung hätten – von einem mächtigen ausländischen Staat?« (Abs. 44) Russland habe »die Fähigkeiten und ein Motiv« (Abs. 44-46). Jedoch fehle »der Beweis. Keine belastbare Spur führt nach Moskau« (Abs. 46). Anders als bei eigenen Netzwerkspekulationen

Obwohl es das Wort Arnolds sein soll, das in mutmaßlich linksextremen Sabotagen materielle Gewalt wird, lässt der Text im Dunklen, was genau dieser schreibt. Es genügt die erneute Behauptung diffuser Ähnlichkeiten, die »Switch-off«-Bekennerschreiben »nahezu wie aus der Feder Arnolds« klingen lassen, da von »Herrschaftstechniken« des »technologischen Angriffes« die Rede sei (Abs. 26). »Ähnliche Versatzstücke« nutze die »Vulkangruppe« (Abs. 27). Die Aufbietung aller Investigativkräfte deutet dann lose Koinzidenzen erneut als Kausalität: Im August 2025 »hält Arnold einen Vortrag im Berliner Szeneladen »Lunte«. Darin polemisiert er gegen eine »rechtsextreme Tech-Oligarchie«, »zerstörerischen KI-Bullshit«, die Milliardäre Elon Musk und Mark Zuckerberg [...]. Einen Monat später brennt es in Ber-

folgt daraus: »Die russische Spur bleibt kalt – weil es sie nicht gibt.« (ebd.) Die Sicherheitsbehörden lasse das »nicht gut aussehen«, da sie »kein übermächtiger Staat«, sondern eine »Gruppe entschlossener Linksextremer« seit »Jahren zum Narren« halte. Im »Katz-und-Maus-Spiel« (»Ermittler gegen Aktivisten«) habe »die Szene [] gelernt, sich zu behaupten« (Abs. 47), was eher uninspiriert aneinandergereihte Episoden illustrieren: Gegen Tesla gerichteten Sabotagen 2024 (Abs. 48-54), Straßenkämpfe und Nachhutgefechte zu G20 2017 (Abs. 55-61) und eine Ausgabe des Münchner »Zündlumpens« von 2021, die aus Hamburger Erfolgen und Fehlschlägen Strategien für den Umgang mit Überwachung und Tipps zur Spurenverwischung ableitet (Abs. 62-67). All das »enthüllt« über die operative Seite mutmaßlicher »Sabotage-

<sup>6</sup> Arnold sitze »vor einer Bücherwand[!]. Seine Augen zucken hinter den kleinen ovalen Brillengläsern hin und her, während er seinen Sprechtext von einem Bildschirm abliest.« (Abs. 23) Das soll wohl skandalisieren, dass der Technologiekritiker selbst Technik nutzt.

netzwerke« nur, dass Linke aus verschiedenen Städten sich mitunter kennen und austauschen. Die Autofahrt eines am Tesla-Protest Beteiligten mit einem Mitglied der sog. »Hammerbande« 2020 zeigt schließlich, dass Ökaktivist\*innen manchmal Antifaschist\*innen treffen (Abs. 68-70). Inwiefern das ein Netzwerk abgibt, wie es aufgebaut ist und welche Rolle vermeintliche Stichwortgeber\*innen spielen, bleibt unklar.

Das einzige substantielle Ergebnis des Textes, den ein Rückgriff auf die Betroffenen-Story und ein moralisierender Appell beenden (Abs. 71 & 72), lautet: Es gibt Personen, die kapitalismus- und technologiekritische Texte schreiben, und es gibt Bekenner schreiben zu Sabotagen, die sich teils ähnlich äußern. Der Nachrichtenwert scheint ebenso minimal wie die Rechercheleistung: Auch ohne die beanspruchten Einblicke in Ermittlungsinterna führt eine oberflächliche Internetsuche nach Positionen, die kapitalismus- und technologiekritische Analysen mit Aktivismus verbinden und spezifische Formulierungen nutzen, rasch zu *Çapulcu* – nicht, weil es das einzige aktivistische Recherche-, Analysekollektiv wäre, sondern weil es dank seiner Bekanntheit<sup>7</sup> die Trefferliste anführt. Etwas mehr Scrollen hätte zu weiteren Gruppen geführt. Relevante Texte von Arnold zu finden und mit *Çapulcu* in Verbindung zu bringen ist ebenso leicht. Echte Kenntnis der so gefundenen Texte lässt sich aus den Investigativreportagen nicht ableiten. Dekontextualisierte Schlagworte und Überschriften genügen. Der Rest ist freie Erfindung.

*Vor klaren (als Verleumdung justiziablen) Falschaussagen schreckte die Welt-Kampagne lange zurück und gab unscharfen Andeutungen und Suggestionen den Vorzug. NIUS und Apollo-News kleideten ihr noch ungehemmteres Bullshitting eher in Form eindeutiger Falschaussagen und klaren Unsinn. Ein neuerlicher Artikel der Welt vom 13.4.2026 zur Konferenz »Cables of Resistance« zeigt allerdings auch bei der Qualitätspresse wachsenden Mut zum »Mehr Bullshit wagen«. »Wie linke Tech-Gegner in Berlin einen Angriff planen«, titeln Dinger und Pfahler (2026b), um eine öffentliche Konferenz zur Diskussion gesellschaftlicher Problemkonstellationen und politischer Strategien als konspirative Sabotagevorbereitung auszugeben. Der Untertitel behauptet, »Sicherheitsbehörden hatten das Event im Blick. Denn sie halten einige Teilnehmer für Vordenker von Sabotage-Zellen wie den Vulkangruppen.« (ebd.) Der Text konkretisiert: Unter den Teilnehmenden sei »ein Mann, dessen Worte in der Sabotage-Szene großes Gewicht haben: Guido Arnold« (ebd., Hervh. i.O.) Verweise auf frühere Weltartikel sind die einzigen Belege. Dass einer Kampagne jede Sachgrundlage fehlt, ist offenbar kein Grund, sie nicht weiterzutreiben.*

## DIE FUNKTION UND ROLLE VON »QUALITÄTSMEDIEN« IN ZUGESPITZTEN KRISEN UND KONFLIKTDYNAMIKEN

Dass konsequente Analysen kapitalistischer Produktions-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sowie ihrer sozialökologischen Widerspruchs-, Krisen- und Katastrophendynamiken (radikale Wissenschaft also) leicht unter »Extremismus«- und »Terrorismus«-Verdacht geraten, ist in der Logik sicherheitsdienstlicher und politischer Extremismusbekämpfung kein Betriebsunfall, sondern systematische Notwendigkeit. Unschärfe und unterbestimmte Begriffe und Konzepte des »Extremismus« kennen keine klaren Grenzen zwischen »normalen« und »extremen« Formen der Kritik oder des Engagements. Vielmehr zielen die dynamischen und relationalen Definitionen der akademischen Extremismustheorie wie die operative Praxis des Verfassungsschutzes auf fließende Übergänge zwischen Randzonen politischer Normalität (z.B. radikale Analyse und Kritik) und den Anormalitätszonen von »Militanz« und »Terror«. Dominante Kollektivsymboliken des »Abrutschens« auf einer »schiefen Bahn«, die von der kritischen Analyse zur Ablehnung und schließlich zur Bekämpfung »unserer Gesellschaftsordnung« führt, erlauben es, prinzipiell jede kritische Wissenschaft zur Vorstufe des Terrors zu stempeln – zumal wo sie mit Aktivismus einhergeht. In der Extremismustheorie wie im kreativen Gebrauch ihrer variablen und unscharfen Kriterien durch den Verfassungsschutz braucht es dafür keinerlei justiziablen und illegales Verhalten. Erklärter Dreh- und Angelpunkt einer »wehrhaften Demokratie« ist stattdessen die Frage, wie ein »Legalitätskurs [...] zu vereiteln« (Backes/Jesse 1993: 417) und »der Legalitätstaktik von Extremisten ein Riegel vorzuschieben« (ebd.: 432) ist. Eine erweiterte »Vorfeldbekämpfung« zielt dabei gerade auf kritische und politisch engagierte Personen und Gruppen, die vorsätzlich legal handeln und verdächtig sind, sich keiner justiziablen Vergehen schuldig zu machen.<sup>8</sup>

BRD-Behörden nahmen auf dieser Basis wiederholt vage Indizien (z.B. ähnliche Formulierungen in akademischen Texten und Bekenner schreiben) zum Anlass für weitreichende Überwachungs- und Zersetzungsmaßnahmen gegen kritisch Forschende. Als klassischer Fall gilt das Vorgehen von Verfassungsschutz und BKA gegen einen Stadtsoziologen 2007: Eine Google-Suche nach dem (BKA-Mitarbeitenden unbekanntem) Wort »Gentrifizierung«, das die sog. »militante Gruppe« (mg) in Bekenntnissen zu Brandstiftungen nutzte, führte zu akademischen Arbeiten Andrej Holms. Ein Verfassungsschutzgutachten – das der BGH 2010 als »nicht ausreichend mit Tatsachen belegt« kritisierte – bestätigte, dass Holm zu »anschlagsrelevanten Themen« forsche, einschlägige Fachworte nutze und sich zudem kritisch äußere. Als potentielle mg-Mitglieder galten laut einem »Personenraster« des BKA Personen, die fähig seien, »wissenschaftlich/analytisch zu arbeiten und komplexe Texte zu erstellen«, wobei sie der Polizei »bisher nicht aufgefallen« und »keine klassischen Autonomen« seien (zit. in: Hipp et al. 2007). Auf dieser Basis leitet die Bundesanwaltschaft Ermittlungen gegen mehrere Soziolog\*innen ein, die sie u.a. damit begründete, dass einem Verdächtigen »als Mitarbeiter eines Forschungszentrums Bibliotheken zur Verfügung« stünden,

7 Gründe dieser Bekanntheit sind die unbestreitbare Vorreiterschaft im kritischen Agendasetting und die Qualität der Recherchen, Analysen und Darstellungen der Gruppe, die auch durch zahlreiche Publikationen (u.a. im Unrastverlag) über linke Szenekontexte hinaus in linksintellektuellen und akademischen Zusammenhängen anschlussfähig waren.

8 Vgl. zu weiteren Selbstaussagen: Backes/Jesse 1993: 411, 440, 429, 463 u.ö.; zur Analyse der dahinterstehenden Logiken, operativen Praktiken und Paradoxien: Heim/Wöhrle 2015: v.a. 27-63.



die er zu den für Bekennerschreiben »erforderlichen Recherchen« jederzeit »unauffällig nutzen« könne (zit. in Rada 2007). Am 31.7.2007 drang ein Sondereinsatzkommando mit vorgehaltenen Schusswaffen in die Wohnung Holms und seiner Familie ein, um ihn wegen Verdachts auf »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« zu verhaften. Als Begründung dienten erneut Fachtexte, die »Schlagwörter« enthielten, die auch die *mg* nutzte. Erst nach 23-tägiger Untersuchungshaft wurde er entlassen. Am 24.10.2007 hob der BGH den Haftbefehl endgültig auf, die Einstellung des Ermittlungsverfahrens wurde jedoch bis Juli 2010 verschleppt.

Anlässe und Rechtfertigungen der damals von Bundesbehörden entfesselten Verdachtskaskaden ähneln jenen der aktuellen Presse-Kampagne. »Die *Welt* hat offensichtlich Lust auf eine neue Causa Andrej Holm«, bemerkte die *Antifa* Frankfurt bereits zum ersten *Welt*-Artikel.<sup>9</sup> Allerdings unterscheidet sich die Rolle der Medien deutlich vom historischen Vergleichsfall: 2007 ging es um *behördliche* Kriminalisierung kritischer Wissenschaft, die medial direkt nach Holms Verhaftung durchgängig und einhellig skandalisiert wurde. »Die Gedanken sind Freiwild« lautet eine Schlagzeile der *SZ* am 22.8.2007. In einer Erklärung zur Jahrestagung der *ASA in New York protestierten international renommierte Soziolog\*innen gegen die Konstruktion eines »Tatbestands Soziologie«, mit dem BRD-Behörden engagierte »wissenschaftliche Tätigkeit [...] als intellektuelle Mittäterschaft in einer angeblichen terroristischen Vereinigung«* werten (zit. in: Rada 2007). Unter dem zugespitzten Titel »Guantánamo in Germany« rückten R. Sennett und S. Sassen im *Guardian* vom 21.8.2007 den Fall auch in den Fokus der internationalen Presse. Hier ging es also um Behördenwillkür, dergegenüber die »vierte Gewalt« der Medien als kritisches Korrektiv auftrat, um die Wissenschaftsfreiheit und bürgerliche Freiheitsrechte gegen die staatliche Exekutive, Judikative und Legislative zu verteidigen. Im aktuellen Fall agieren Flaggschiffe deutscher »Qualitätsmedien« (als die *Welt* und *Spiegel* fortgesetzt gelten) *hingegen als Sprachrohr und Katalysator eines massiven Angriffs auf kritische, unabhängige und engagierte Wissenschaft und Publizistik. Sie markieren Zielscheiben für erwünschte staatliche Repressionen und fordern Behörden auf, alle Mittel polizeilicher und sicherheitsdienstlicher Einschüchterung, Überwachung und Kontrolle konsequenter zu nutzen, auch wo strafrechtliche Verfolgung kaum Erfolgsaussichten hätte.*

Das ist exemplarisch für breite (politisch reaktionäre) Allianzen, die auf »Delegitimierung und Einschüchterung progressiver Politik« zielen. Über bloße »Kulturkämpfe« hinaus geht es dabei um die Zerstörung der Basis kritischer Forschung – durch Entzug von Fördermitteln, »Gesinnungsprüfungen« oder die Einschränkung öffentlicher Handlungs- und Wahrnehmungschancen. (Vgl. Arnold 2026a & b) Dass auch vormalige Vertreter des progressiven Neoliberalismus (SPD und Grüne) oder einstige Aushängeschilder der (links-)liberalen Presse die Verschiebung des mediopolitischen Interdiskurs in Richtung einer postliberalen Öffentlichkeit mit autoritären Tendenzen aktiv vorantreiben, deutet auf eine von

politischen Lager-Verortungen unabhängige Strukturkrise hin.

Im DISS wie in der kultuRRevolution werden jüngere aktualhistorische Konstellationen vielfach im Kontext einer eskalierenden »Polykrise« analysiert: Die wachstumsgetriebene kapitalistische Wirtschaftsweise und normalistische Dispositive des politisch-kulturell-sozialen Managements ihrer Widersprüche und Krisendynamiken geraten in der wechselseitigen Verschärfung interdependenter ökonomischer, sozialer, kultureller und ökologischer Krisen ersichtlich an Grenzen. Die Klimakrise und der aus zugespitzten globalen Verteilungskämpfen um Ressourcenzugriffe und die Abwälzung von Krisenlasten resultierende Trend zur gewaltförmigen »Lösung« geopolitischer Konflikte zeigen deutliche Potentiale zur Eskalation bis zum systemischen Kollaps. Politik und Medien, von denen die reflexive Kontrolle und der moderierende Ausgleich von Widersprüchen erwartet werden, geraten ihrerseits in den »Polykrisenstrudel«. War der mediopolitische Interdiskurs in liberalen Staaten des kapitalistischen Zentrums lange an einer normalisierenden Entschärfung und Entnennung von Antagonismen oder an deren Ausgleich (qua Umverteilung, Konfliktmediation, Kompromissbildung etc.) orientiert, strukturieren ihn nun vermehrt (Schein-)Antagonismen, was mit Polarisierungen und Verengungen der Sagbarkeitsfelder einhergeht. Deutlich ist das an Trends zum binären Reduktionismus entlang wertender Gegensatzpaare, die die Form von Freund/Feind bzw. WIR/DIE-Differenzen annehmen (»Maßnahmenbefürwortung« vs. »Coronaleugnung«; »Patriotismus« vs. »Lumpenpazifismus« etc.). Das hebt auch klassische journalistische Trennungen von Berichterstattung und Kommentar tendenziell aus, da binär reduzierte »Einordnungen« auch die Isotopien vermeintlicher Faktenberichte prägen.<sup>10</sup> Komplexere Analysen, ambivalente Haltungen oder Vermittlungskonzepte, die sich binären Reduktionen widersetzen, werden in ihnen zwingend auf die Feind-Seite sortiert: Wer die NATO kritisiert oder die komplexe geopolitische Vorgeschichte des russischen Angriffskriegs analysiert, ist ein »Putinversther«. Wer in der Binärunterscheidung von Arbeitsethos und Faulheit auf der »Work-Life-Balance« beharrt, ist »arbeitsscheu« etc.

Diese Tendenz zeigt sich verstärkt im Umgang der Gesellschaftsformation mit ihren Kritiker\*innen. Historisch spielte Kritik für den Kapitalismus oft eine funktionale Rolle beim Erkennen und Managen zyklischer Krisen und als Impulsgeber gesellschaftlicher Restrukturierungen zur Überwindung tiefer säkularer Krisen (was u.a. Boltanski und Chiapello detailliert untersuchten). Im flexiblen Normalismus der Nachkriegszeit spielte sich ein Modus Vivendi von kapitalistischer Wirtschaft und normalistischer Politik ein, in dem radikale Kritik nicht nur toleriert, sondern kultiviert, gefördert und bedarfsweise genutzt wurde. Unter Bedingungen eskalierender, in gegebenen Parametern der Produktions- und Eigentumsverhältnisse nicht mehr lösbarer Polykrisen ist Kritik hingegen immer schlechter integrierbar. Die Toleranzfähigkeit schrumpft daher so weit, dass ökonomische und medio-

<sup>9</sup> <https://www.antifa-frankfurt.org/2024/02/24/anschlagsserie-die-mysterioese-spur-der-militanten-klimaaktivisten/>

<sup>10</sup> Am deutlichsten entscheidet in der Kriegsberichterstattung die Einordnung in Freund/Feind- und WIR/DIE-Differenzen, ob »Brutalität gegen die Zivilbevölkerung« oder ein »bedauerlicher Kollateralschaden«; ein »Angriffskrieg« oder ein »Präventivschlag« vorliegt.



politische Funktionselementen tendenziell bereits analytisch-empirische Befunde abwehren, die zeigen, wie Maßnahmen zur Profit- und Wachstumsstabilisierung die Krisen verschärfen oder die auf ökologische, soziale und ökonomische Krisenzuspitzungen hinweisen, die präkollapsive Zustände indizieren. Der Trend zur Abschottung gegen potenziell irritierende Informationen drängt auch den normalistischen »Wille[n]« zur möglichst totalen statistischen Selbsttransparenz« (Link 2013: 21) zurück: Bedenkliche Daten werden nicht nur aus politisch-ökonomischen Kalkülen zurückgehalten, sondern gar nicht erst erhoben. Jüngste Versuche, nicht nur Debatten um Befunde der Klimaforschung durch andere Agendasettings mediopolitisch zu verdrängen, sondern schon die Datenerhebung zu behindern und zu erschweren, sind eines von vielen Beispielen.

Eine Kriminalisierung von Kritik, die jedes Benennen von Missständen unter Verdacht stellt, Gewalt und Terror anzuleiten, ist ein besonders deutliches, aber keineswegs neues Symptom der Tendenz, auf eskalierende Krisen mit aktiver Informationsabwehr zu reagieren. Bereits Proteste zum Hamburger G20-Gipfel veranlassten 2017 selbst linksliberale Leitorgane zur Forderung härterer »Vorfeldbekämpfung« vermeintlicher »linksextremer« Bedrohungen. Symptomatisch nahm dazu die ZEIT nicht nur linke Hausprojekte und Kulturzentren ins Visier, sondern auch den an Universitäten und im Feuilleton krassierenden Linksintellektualismus. Es reiche nicht, Gewalt zu verurteilen, vielmehr müsse »die Linke« ihre »apokalyptischen Formen der Kapitalismuskritik« revidieren. Das richtete sich hier schon gegen jede Analyse, die nahelegt, der »westliche Konsumkapitalismus sei Teil eines globalen [...] Ausbeutungssystems«, das soziale und ökologische Zerstörungen verursache. Es seien »diese Diskurse, die bis weit in die politische Mitte hinein abgenickt werden, die dem Protest überhaupt erst seine Plausibilität verleihen.« (Mangold 2017)

Dieser Logik folgend müssten auch die Weltreichtumsberichte des Bankhauses Merrill&Lynch oder sämtliche OECD-Statistiken künftig unterdrückt werden, um Kritik und Protest vorzubeugen. Ob das lebensweltliche Protestanlässe ausräumt, ist fraglich. Zumindest waren Staatssozialistische Regime mit dieser Strategie in ihrer Endphase wenig erfolgreich. Versuche, analytische Fragen nach Formen und Ursachen von Kriseneskalationen, nach Gegenstrategien und nach postkapitalistischen Alternativen zu blockieren, verweisen so auf Konstellationen, in denen es notwendiger den je ist, sie weiter zu verfolgen. Repressiv agieren gesellschaftliche Systeme und ihre Funktionsagenten v.a. in Stadien des Niedergangs und Zerfalls, die stets auch Chancen für Suchbewegungen nach Alternativen bergen. Insofern ist die aus der diskutierten Kampagne zu ziehende Konsequenz für das Verhalten des DISS, Guido Arnolds oder Çapulcus mit dem Wort zusammenzufassen, das H. Marcuses Grabstein zielt: »weitermachen!«

Tino Heim ist Sozialwissenschaftler und schreibt u.a. regelmäßig in der Zeitschrift KultuRRévolution.

## LITERATUR:

- M. Andreessen 2023: The techno-optimist manifesto. Online: [s//a16z.com/the-technooptimist-manifesto/](https://a16z.com/the-technooptimist-manifesto/)
- G. Arnold [im Interview mit M. Monroy] 2026a: »Ein orchestrierter Ausstieg ist eine harte Nuss«. In: ND 31.3.2026.
- G. Arnold 2026b: Vorwurf Vulkangruppen-Vordenker. »Im engeren Sinne ist das Bullshitting«. In: taz 9.4.2026.
- U. Backes/E. Jesse 1993: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- A. Dinger 2026: Keine Beteiligung Russlands. In: Welt 7.1.2026.
- A. Dinger/L. Pfahler 2024: Die mysteriöse Spur der militanten Klimaaktivisten. In: Welt 19.02.2024.
- A. Dinger/L. Pfahler 2026a: Polizeipräsidentin warnt nach Stromschlag vor Gefahr weiterer Sabotage. In: Welt 26.1.2026.
- A. Dinger/L. Pfahler 2026b: Wie linke Tech-Gegner in Berlin einen Angriff planen. In: Welt 13.04.2026.
- A. Dinger/L. Pfahler/P. Woldin 2026a: In der Nähe der szenebekanntenen Linken fanden die Polizisten Benzinanker und Einweghandschuhe. In: Welt 09.01.2026.
- A. Dinger/L. Pfahler/P. Woldin 2026b: Nach dem links-extremen Anschlag bleiben Herrn Thomsen noch 6 Stunden zu leben. In: Welt 30.3.2026.
- U. Eco 1995: Die Grenzen der Interpretation. München.
- T. Heim/P. Wöhrle 2015: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus. In: J. Ackermann et al.: Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit. Wiesbaden, 13-70.
- A. Hintz 2026: Geistiger Brandstifter: Dieser linksradikale Physiker inspirierte die Vulkangruppe. In: Apollo-News 21.1.2026.
- D. Hipp/C. Schmidt/M. Sontheimer 2007: Gebildet, unauffällig, verdächtig. In: DER SPIEGEL 47/2007.
- J.A. Karon/J. Winter 2026: Neue brisante Details zum steuergeldfinanzierten Ökoteror-Netzwerk. In: NIUS 15.1.2026.
- J. Link 2013: Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart. Konstanz.
- K. Litschko 2026: Die Vulkan-Phantome. In: taz 6.3.2024.
- I. Mangold 2017: Es ist doch nur ein Twingo. In: ZEIT Nr. 29/2017.
- U. Rada 2007: Tatbestand Soziologie. In: taz 15.8.2007.
- H. Schrader 2026: Dieser Quantenphysiker ist der Vordenker der »Vulkangruppe«. In: DER SPIEGEL 5/2026.
- J. Winter 2026: Er plant Anschläge: Mutmaßlicher »Vulkangruppen«-Stichwortgeber unterrichtet an staatlicher Hochschule »Aktivismus«. In: NIUS 16.1.2026.
- Verfassungsschutz Berlin 2020: *Verfassungsschutzbericht 2019*. Berlin.



# Zunehmend dichter Nebel

## „KI‘-ANGRIFF AUF DIE KONSTRUKTION VON WAHRHEIT

Von Guido Arnold

Der Weltrisikobericht des Weltwirtschaftsforums sieht 2025 erneut die *Desinformation*, also die klassische Lüge, auf dem ersten Platz der weltweit größten globalen Risiken – noch vor Klimakatastrophen und Kriegen.<sup>1</sup> Die Desinformation gilt als Brandbeschleuniger; sie erhöhe die Wahrscheinlichkeit für sämtliche anderen Katastrophen.

Die These dieser kleinen Abhandlung über den ‚KI‘-Angriff auf Wahrheit ist: Der aktuelle ‚Normalzustand‘ digitaler Kommunikation und Wissensproduktion, in dem die *großen ‚KI‘-Sprachmodelle* mit den *sozialen Medien* als Resonanz- und Trainingsdatenraum dominieren, zersetzt Wahrheit in deutlich größerem Ausmaß als die ‚Ausnahme‘ der Desinformations-Angriffe auf eben diesen ‚Normalzustand‘. Dieser Zersetzungsprozess ist grundlegender und schwerer abzuwehren. Die eigentliche Krise der Wahrheit und mit ihr die Krise der politischen Öffentlichkeit kommen ganz ohne die klassische Lüge aus.

Die Krisen basieren auf systematischem *bullshitting*, also der massenhaften Produktion von Inhalt ohne jegliche Berücksichtigung dessen Wahrheitsgehalts – in der (politischen) Absicht, das Konzept Wahrheit abzuwerten, also die Frage „wahr oder falsch?“ machtvoll für irrelevant zu erklären.

### UNBEQUEME WAHRHEITEN

Der US-amerikanische Energieminister Chris Wright wies 2025 sein Ministerium an, das unter anderem für den Klimaschutz zuständig ist, die Website mit den *National Climate Assessments* abzuschalten. Damit wurden sämtliche Berichte, in denen USA-weit detailliertes Klimawissen gesammelt wird, unzugänglich gemacht mit dem lapidaren Pressestatement des Energieministers; „Wir überprüfen sie und werden Updates und Kommentare zu den Berichten vorlegen.“

Eine seit 1980 gepflegte Datenbank der Klimabehörde *Noaa* über Extremwetterereignisse und die dadurch verursachten Schäden<sup>2</sup> wird nicht mehr weitergeführt. Hunderte ihrer Mitarbeiter\*innen wurden entlassen, darunter auch die Wissenschaftler\*innen des Teams hinter der Webseite *climate.gov*, das um Aufklärung von Ursachen und Folgen des Kli-

„Wenn jeder dich immerzu anlügt, dann ist die Folge nicht, dass du die Lügen glaubst, sondern vielmehr, dass keiner mehr irgendetwas glaubt.“  
(Hannah Arendt, 1974)

mawandels bemüht war. Die staatlichen Webseiten erwähnen einen menschengemachte Klimawandel nicht mehr. Erläuterungen zu diesem Thema wurden gelöscht. Das Orwellische Löschen & Verboten von Begrifflichkeiten durch die Trump-Regierung (weit über „Klimawissenschaft“ hinaus) soll die Thematik Klimabewusstsein und die dahinter stehenden Ideen im umfassenden Sinn unsichtbar machen.

Auf so einem hohen Niveau von Verlogenheit durch das für alle offensichtliche Negieren unbequemer Wahrheiten lassen sich weitere innere Widersprüchlichkeiten nicht einmal mehr skandalisieren. Wie zum Beispiel jener Widerspruch zu Trumps erstem Dekret der zweiten Amtszeit mit dem Titel „Wiederherstellung der Redefreiheit und Beendigung der bundesstaatlichen Zensur“, womit sich die Regierung selbst zur Wahrerin des Rechts auf freie Rede macht. An dieser Form der Dreistigkeit findet die *Lüge als Machtdemonstration* Gefallen. Quasi als Gegenentwurf zu Debatten um Political Correctness kostet Trump leicht erkennbare Lügen in der Unterredung mit anderen Regierungschefs als Zeichen seiner Macht aus. Wer devot zustimmt und nickt, während Trump offenkundig und absichtsvoll groben Unsinn erzählt, unterwirft sich – sichtbar für Millionen von Zuschauer\*innen. Wer die Lüge hingegen nicht schluckt und widerspricht, markiert sich als Feind.

Auch die Chefstatistikerin der US-Regierung Erika McEntarfer wird als vermeintliche Feind\*in des wirtschaftlichen Aufschwungs entlassen. Trump definiert für ihren Ersatz, den Chefökonom E.J. Antoni der erzkonservativen Heritage Foundation (maßgeblich verantwortlich für das „Project 2025“ zur ultrarechten Neuausrichtung der US-Administration) die Zielvorgabe: „*Unsere Wirtschaft boomt, und E.J. wird sicherstellen, dass die veröffentlichten Zahlen EHRlich und GENAU sind.*“ Die Entlassung von Statistiker\*innen als Überbringer\*innen schlechter Nachrichten ist historisch übrigens weit verbreitet. Erdogan feuerte 2022 ohne Begründung den Statistikchef, der eine Inflation von 20 Prozent gemeldet hatte. Der oberste Gerichtshof in der Amtszeit der linken griechischen Syriza-Regierung verurteilte den Chefstatistiker Andreas Georgiou zu zwei Jahren Haft auf Bewährung, als er 2015 wahrheitsgemäß immer noch satte 15 Prozent Defizit des Staatshaushalts vermeldete. Stalin ließ den

<sup>1</sup> [https://reports.weforum.org/docs/WEF\\_Global\\_Risks\\_Report\\_Press\\_Release\\_2025\\_GER.pdf](https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_Press_Release_2025_GER.pdf)

<sup>2</sup> Noaa, Billion-Dollar Weathers and Climate Disasters, <https://www.ncei.noaa.gov/access/metadata/landing-page/bin/iso?id=gov.noaa.nodc:0209268>



obersten Statistiker aus Enttäuschung über ein ausbleibendes Bevölkerungswachstum 1937 gleich hinrichten.

Noch effektiver ist es, kritische Daten, die unpässliche Wahrheiten untermauern, also z.B. die fortschreitende Klimazerstörung belegen, gar nicht erst erheben zu lassen. Trump, der den menschengemachten Klimawandel für „eine der größten Betrügereien aller Zeiten“ hält, wies die NASA an, einen Satelliten, der die Konzentration von Kohlendioxid aus dem All misst und die derzeit genaueste Datenquelle darstellt, unwiderruflich abzuschalten.<sup>3</sup>

## AUTOMATISIERTE DESINFORMATION

Die klassische Lüge, die schon immer konstitutiver Bestandteil des Politikbetriebs war, lässt sich in ihrer Wirkung durch automatisierte Vervielfältigung gezielt verstärken. Mithilfe von ‚KI‘-Sprachmodellen können Millionen Texte, mit spezifischer Desinformation gespickt, in ausreichenden Variationen erstellt werden, um nicht als Kopie einer gemeinsamen Basis erkannt und herausgefiltert zu werden.

2024 entdeckte das französische „Kompetenzzentrum für die Überwachung und den Schutz vor digitaler Einflussnahme aus dem Ausland“ *Viginum* ein Moskauer Desinformationsnetzwerk namens *Prawda* (Wahrheit), welches allein in dem Jahr 3.600.000 ‚KI‘-generierte Artikel ins Netz flutete. Allerdings nicht auf Webseiten oder Social-Media-Portalen, die echte Menschen jemals zu Gesicht bekämen, sondern an für deren Nutzer\*innen unsichtbaren Stellen, die jedoch von den *Webcrawlern* der großen Sprachmodelle als Trainingsmaterial für die nächste Generation eben dieser entdeckt und (ohne Berücksichtigung des fragwürdigen Ursprungs) verwertet werden. Diese Texte reihen sich damit ein in den statistischen Mix aller Informationsquellen. Die konzertierte Desinformation verändert also die statistischen Gewichte bei der zukünftigen ‚KI‘-Erzeugung von Texten, Bildern, Audios und Videos und beeinflusst damit den Output der großen Sprachmodelle, der wiederum Niederschlag in den sozialen Netzen und auf sonstigen Webseiten findet.

Auch die hoch personalisierte politische Einflussnahme auf das Wahlverhalten und die politische Stimmung im Wahlkampf bleibt nicht auf dem Niveau des *Cambridge-Analytica*-Skandals stehen. Das gleichnamige Datenanalyse-Unternehmen nutzte 2014 Millionen von Facebook-Profilen um per *Microtargeting* (hier: personalisierte politische Werbeanzeigen) Einfluss zu nehmen auf das individuelle Wahlverhalten u.a. bei der US-Präsidentenwahl und dem Brexit-Referendum (beides 2016). Heute lässt sich über große Sprachmodelle *dynamische*, individualisierte Desinformation erzeugen, die sich an Tonfall, Gewohnheiten und Interessen der social media Nutzer\*in anpasst. Derartig

(über Monate hinweg) erzeugte Desinformationen nimmt so *wiederholt* und *adaptiert* Einfluss auf das Verhalten und die politische Überzeugung der Nutzer\*in. Das chinesische Unternehmen *GoLaxy* war das erste, das dies in größerem Stil einsetzte bei der Wahl in Taiwan 2024.<sup>4</sup>

*Die bis hier diskutierten Einflussnahmen gehören in die Schublade gezielter Desinformation, die gleichbedeutend ist mit der klassischen Lüge, also der interessengeleiteten Verbreitung von Unwahrheiten bzw. dem Leugnen von Wahrheiten. Die Politik spricht hier je nach Freund-Feind-Zuordnung der Akteur\*in von Desinformationskampagnen oder informationeller Kriegsführung und interpretiert diese als Angriffe auf einen informationellen Normalbetrieb. Im Folgenden geht es um eben diesen ‚Normalbetrieb‘ und dessen Veränderung durch ‚KI‘.*

## BULLSHIT-KRISE

‚KI‘-Sprachmodelle wie ChatGPT, Claude, Gemini u.a. sind keine Wissensmodelle. Sie erstellen Texte in einem Wissensblindflug und liefern lediglich assoziative Wortfolgen auf der Basis eines statistischen *Remixes* sämtlicher Trainingstexte. Aufgrund der konzeptionellen Unfähigkeit der Programme, den statistisch erwürfelten Wortkombinationen irgendeine *Bedeutung* im Sinne eines semantischen Verständnis zuzuordnen, fehlt den Sprachmodellen ebenfalls die Fähigkeit, die Bedeutung von wahr und falsch zu ‚erfassen‘.

Damit handelt es sich bei generativen Sprachmodellen um *Bullshit-Generatoren* im engen Wortsinn. Zur Erinnerung: *Bullshitter* sind nach Harry Frankfurt<sup>5</sup> Diskursteilnehmer\*innen, denen der Wahrheitsgehalt ihrer Aussage egal ist. In Abgrenzung zur klassischen Lügner\*in wird Unwahrheit nicht zur neuen Wahrheit erklärt, sondern bleibt ununterschieden neben der Wahrheit stehen und sorgt für diskursive Inkonsistenz und Verunsicherung.

Sprachmodelle werden zunehmend als Ersatz für die klassische Internet-Suche und damit wie Wissensmodelle genutzt. Auch die neuesten Kopplungen von Sprachmodellen mit klassischen Wissensmodellen ‚*halluzinieren*‘<sup>6</sup> unvermeidlich: Eine internationale Studie der EBU (Oktober 2025) findet heraus, dass 45 Prozent aller Chatbot-Antworten zu Nachrichtenrecherchen mindestens einen erheblichen Fehler enthalten. 31 Prozent liefern erfundene Quellen und 20 Prozent ‚halluzinierten‘ so schwerwiegend, dass die Antworten im engeren Sinne irreführend waren.

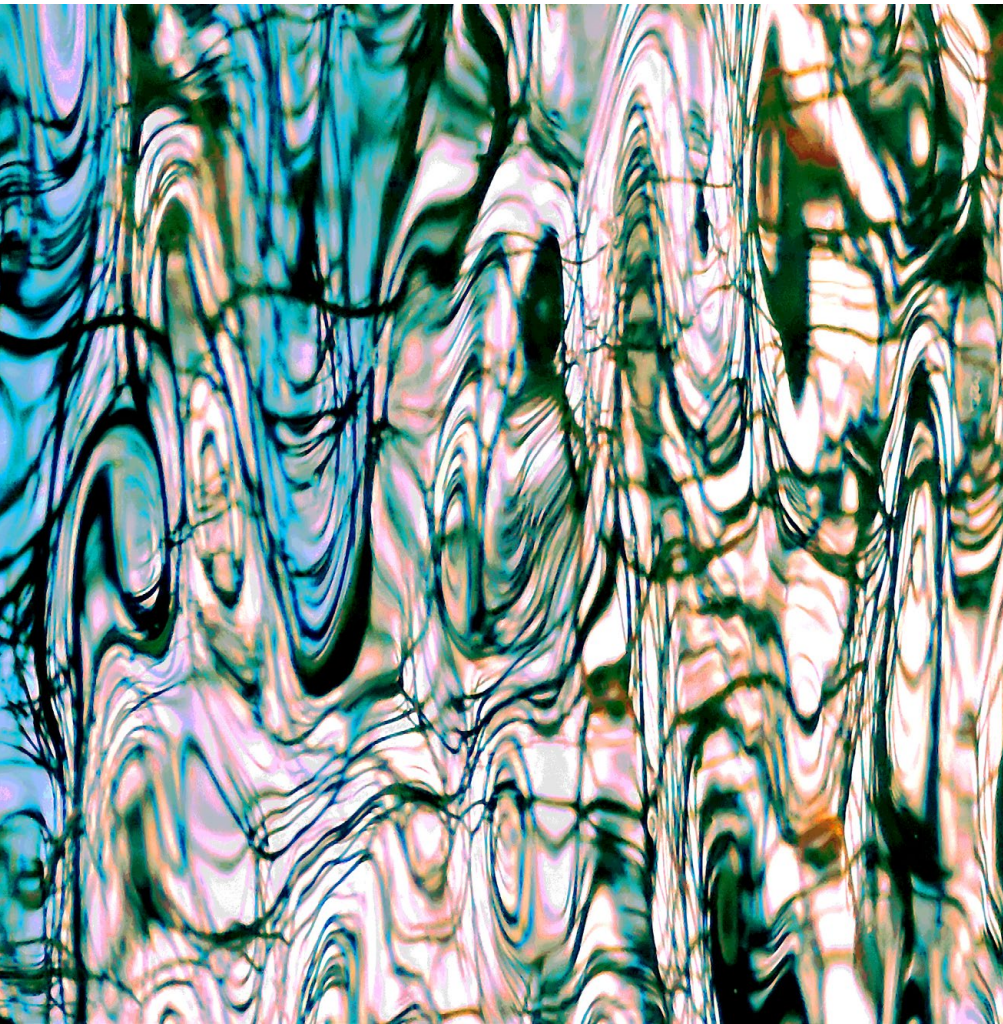
Statt Zugang zu *Wissen* zu bieten, wird die statistisch häufigste Wortbeziehung (höchste Korrelation) als wahrscheinlichstes Muster ‚erlernter‘ Text-*Erfahrung ohne jedes Verständnis* entkontextualisiert (= aus dem Textzusammenhang herausgerissen), amplifiziert und hegemonisiert.

<sup>3</sup> <https://www.spiegel.de/wissenschaft/donald-trump-wie-die-usa-versucht-den-klimawandel-mit-aller-macht-zu-ignorieren-a-ffa30401-d7b3-400e-80e9-a070f4061b59>

<sup>4</sup> <https://news.vanderbilt.edu/2025/08/25/ai-propaganda-has-arrived-vanderbilt-experts-call-for-action/>

<sup>5</sup> Harry Frankfurt, 2005, *On Bullshit*, Princeton University Press

<sup>6</sup> Unter ‚Halluzinieren‘ versteht man das Produzieren von Falschinformation durch das im engen Wortsinn sinnfreie, statistische Würfeln von Wortkombinationen durch die großen Sprachmodelle. Die Psychologie spricht von ‚Konfabulationen‘. Beide Begriffe sind in Bezug auf ein mathematisches Modell unzulängliche Anthropomorphismen.



Im Bullshit-Output werden Fakten, Meinungsäußerungen, Unsinn (Misinformation) und aktive Lügen (Desinformation) stochastisch miteinander verknüpft. Damit entzieht er sich (per Konstruktion) dem Anspruch von Wirklichkeitsbezug und ist *kein geeigneter Referenzpunkt für die Konstruktion von Wahrheit*.

Die ‚KI‘-Bullshit-Generatoren generieren mittlerweile rund die Hälfte aller Inhalte im Netz – seit März 2025 liegt der Anteil beständig bei etwa 50 Prozent<sup>7</sup>. Bei einem hohem Anteil an synthetisch erzeugten Inhalten als Trainingsbasis für die nächste Generation der Sprachmodelle entsteht repetitiv ein Verlust an Qualität (bei Texten: mehr Unsinn = weniger Wirklichkeitsbezug) bis hin zum Modell-Kollaps. Dieser Effekt ist bei allen ‚KI‘-Modellen, die auf maschinellem Lernen basieren, unter dem Begriff der *model autophagy disorder* bekannt – eine degenerative Selbstverdauungsstörung.<sup>8</sup> Über diesen selbst-verstärkenden Effekt normalisieren die

‚KI‘-Sprachmodelle zunehmend Misinformation.<sup>9</sup>

Maschinelles Lernen reproduziert nicht nur den Mainstream der Trainingsdaten, es verstärkt ihn nachweislich. Ob bei der lernenden Gesichtserkennung oder der Erzeugung von Bildern – die häufigsten statistischen Muster werden zusätzlich verstärkt. Bei den ‚KI‘-Sprachmodellen sind das die häufigsten vorkommenden Wortmuster der Trainingstexte. Diese Hegemonieverstärkung führt zusammen mit der Normierung der Gesamtwahrscheinlichkeit (irgendein Wortmuster aus den Trainingstexten zu reproduzieren) zu einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit eines selteneren, randständigen Wortmusters. Weniger häufig zu findende Muster werden noch stärker unterrepräsentiert – die Diversität, nimmt ab.<sup>10</sup> Nach Interpretation der Wortmuster durch die Leser\*in ergibt sich so eine Abnahme der semantischen Bandbreite über die Gesamtheit aller ‚Inhalte‘.

Überdies werden die großen Sprachmodelle (in zunehmender Konkurrenz untereinander) „auf menschliche Zustimmung trainiert“ mit dem

Ziel, als vermeintlich ‚freundlichere‘ bzw. ‚empathische‘ ‚KI‘ mehr Nutzer\*innen für sich zu gewinnen. Selbst auf offensichtlich unsinnige Vorschläge der Nutzer\*in antworten die Modelle vielfach mit unterstützender Zustimmung. Diese *Gefälligkeitsantworten*, die in der ‚KI‘-Forschung unter dem Begriff der *Sycophancy* (Speichelleckerei) firmieren, verstärken den Anteil an Misinformation weiter.<sup>11</sup>

## WAHRHEITS(DE)KONSTRUKTION

Wie lassen sich Wahrheiten finden, die ein möglichst nahes Abbild der unzugänglichen Wirklichkeit abgeben? Selbstverständlich lässt sich keine vorgebliche Vertrauensinstanz mit der Unterscheidung von wahr und falsch beauftragen. Diese Form der Kompetenz-, aber vor allem Machtzuweisung wäre hochgradig gefährdet, missbraucht zu werden. Das liberale Wahrheitsregime bzw. die soziale Epistemologie schlägt eine

7 <https://graphite.io/five-percent/ai-now-writes-as-many-online-articles-as-humans-do>

8 Shumailov, I. et al. Nature 631, 755–759 (2024), AI models fed AI-generated data quickly spew nonsense, <https://doi.org/10.1038/d41586-024-02420-7>

9 KI-Sprachmodelle können keine Desinformation produzieren, da sie a) keine Unterscheidung von wahr und falsch vornehmen können und b) mangels Bewusstsein nicht absichtsvoll agieren können. Daher besteht die von ihnen generierte Falschinformation (= Fake) ausschließlich aus Misinformation. Einschränkung: Sie können natürlich Desinformation wiedergeben, die bereits in den Trainingstexten enthalten war.

10 G. Arnold, ChatGPT – ein politisches Desaster, *DISS-Journal*#45 (Juni 2023), <https://diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/06/DISS-Journal-45-2023.pdf>

11 M. Cheng et al, Sycophantic AI decreases prosocial intentions and promotes dependence, Science Volume 391, Issue 6792, 26. März 2026, <https://news.stanford.edu/stories/2026/03/ai-advice-sycophantic-models-research>, <https://doi.org/10.1126/science.aec8352>



Prozedur vor, in der es nötig ist, unterschiedliche Perspektiven zu diskutieren, um (1) eigenständige Positionen zu erarbeiten und diese (2) mit weiteren vertrauenswürdigen Positionen abzustimmen und diese dann (3) mit etwaiger „wissenschaftlicher Erkenntnis“ abzugleichen.

Dieses Vorgehen grenzt sich sowohl gegen einen Wahrheitsabsolutismus, als auch gegen einen Wahrheitsrelativismus ab. Wahrheit bleibt dabei unerreicht, doch eine so konstruierte Wahrheit stellt eine Art gemeinschaftlich erzeugtes ‚Fürwahrhalten‘ dar und *kann* sich im Idealfall iterativ der Wirklichkeit annähern. Die Prozedur lebt von der Kritik und der permanenten Möglichkeit, falsche ‚Wahrheiten‘ zu verwerfen: Die Klassische Mechanik galt der Physik lange Zeit als Wahrheit, obwohl sie es nie war. Mit der Quantenmechanik konnte eine neue Wahrheit konstruiert werden, die aufgrund weiterer unbeschriebener, aber beobachtbarer Phänomene ebenfalls nicht ‚vollständig‘ und damit nicht uneingeschränkt wahr ist. Daher konvergiert der Erkenntnisgewinn einer solchen iterativen Prozedur zur Wahrheitskonstruktion in der Regel *nicht stetig* gegen die gesuchte *Wirklichkeit*, die sich unserem (naturwissenschaftlichen, sozialen, etc.) Zugang entzieht.

Aber welchen (wissenschaftlichen) Kontexten und Quellen trauen wir (selbst-)kritische Kompetenz beim Wissensabgleich in (3) zu? Hier entpuppt sich das ungerechtfertigte Vertrauen in die seit 2022 rasant an Beliebtheit gewinnenden ‚KI‘-Sprachmodelle in der Nutzung für die Wissenssuche als fatal. Wissenschaft ist und war schon immer interessen- und machtgeleitet, doch die ‚KI‘-Sprachmodelle als kondensierte, generative ‚Wissens‘quellen sind ein noch stärker verengender *Gatekeeper* für den ‚Wissens‘zugang. Entgegen der breit diskutierten konzeptionellen(!) Unzulänglichkeiten verlagert sich die Wissenssuche zunehmend weg von der *Recherche referenzierter Einträge per klassischer Suchmaschine* und anschließendem Studium der relevant erscheinenden Dokumente im oberen Segment der vorsortierten Trefferliste hin zur Gewöhnung an *eine* fertig gemixte Bullshit-Antwort per ‚KI‘-Sprachmodell. In der Regel verwendet das ‚KI‘-Sprachmodell deutlich mehr Quellen aus den Trainingsdaten, als eine gewöhnliche manuelle Suchmaschinenrecherche an Einträgen aus der Trefferliste nutzen würde. Dennoch ist das Ergebnis des ‚KI‘-Sprachmodells in der Regel deutlich weniger faktenbasiert. Der so gelieferte Sprachmodell-Output wird als post in sozialen Plattformen, als Blogbeitrag oder Textbeitrag auf Webseiten verbreitet, um dann von den *Webcrawlern* der Sprachmodelle als Input zur erneuten assoziativen ‚Wissens‘produktion beim nächsten Trainingslauf genutzt zu werden.

Diese Form der Wahrheitskonstruktion (also mit den ‚KI‘-Sprachmodellen in der prominenten Position (3) des Wissensabgleichs) kann zunehmend an Wirklichkeitsbezug verlieren – und zwar wegen der Zeit- und Kontextabhängigkeit der ‚Suche‘ und insbesondere ihrer *Stochastizität* (stark

variierende Ergebnisse des stochastischen Würfeln) der Sprachmodelle in Richtung einer unkontrollierten Streuung.<sup>12</sup> Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich *eine* stabile, ‚falsche Wahrheit‘ als neuer Konvergenzpunkt ergibt. Der wahrnehmbare Effekt ist vielmehr eine Normalisierung des *Perspektivismus* als Nebeneinander von (individuellen) ‚Wahrheiten‘, die eine (kollektive) Frage nach wahr oder falsch unsinnig erscheinen lassen. Wahrheit erscheint dann (unsinnigerweise) standpunkt- und blickwinkelabhängig – das ist eine fatale Konsequenz einer durch ‚KI‘-Sprachmodelle referenzierten Wahrheitsfindung.

Insbesondere weil die Art der so gewonnenen ‚Wahrheit‘ es verunmöglicht, zu eruieren, welche dominanten Einträge in der ‚Wissens‘gewinnung zu dieser Wahrheit geführt haben, können wir eine *Dekonstruktion dieser Wahrheit zur Untersuchung ihres Machtanspruchs* schwerlich durchführen. Alle Quellen im Training des jeweiligen Sprachmodells sind ihres Kontextes beraubt und für niemanden(!) nachvollziehbar gemixt. Eine Verortung der relevant beitragenden Quelleneinträge ist schlicht nicht mehr möglich.

## BULLSHIT-ASYMMETRIE-PRINZIP

*Der Aufwand, Bullshit zu widerlegen ist (mindestens) eine Größenordnung größer als der Aufwand ihn zu produzieren.* (Brandolinis Gesetz)

Diese *Bullshit-Asymmetrie* stellt z. B. die Online-Enzyklopädie *Wikipedia* vor wachsende Probleme: Es dauert zwei Sekunden und ist nahezu voraussetzungslos, per ChatGPT einen neuen, komplexen Wikipedia-Artikel inklusive zahlreicher ‚Quellenverweise‘ zu generieren. Es kostet die ehrenamtlich Tätigen hingegen im Durchschnitt mehrere Stunden und erfordert basales Kontextwissen, um den Text auf Sinnhaftigkeit und die Referenzen auf Stimmigkeit zu überprüfen. Das Detektieren und Zensieren von potenziell Unsinn (Misinformation) ist also um einen Faktor 1000 bis 10.000 aufwändiger als dessen Erzeugung. In einer Studie der Cornell University schätzt Wikipedia den Anteil synthetischer, also ‚KI‘-generierter Artikel (der englischsprachigen Seite) auf 5 Prozent der neu erstellten Artikel *innerhalb eines Monats*.<sup>13,14</sup> Ohne derartige Überprüfungen würde das Vertrauen und damit der Nutzen der Enzyklopädie schnell akkumulativ zersetzt – ganz im Sinne eines Elon Musk, der politisch motiviert einen rein ‚KI‘-basierten Wikipedia-Ersatz namens *Groklopedia* als alternatives ‚Wissens‘- und Machtinstrument aufbaut. Dieses Nachschlagewerk erzeugt seine Inhalte mit dem Sprachmodell *Grok*, das maßgeblich trainiert wird über das rechtslastige soziale Netzwerk X.

Misinformation aus *Groklopedia* ist dabei kein lokal einzuwendendes Problem und diffundiert nachweislich auch in andere

12 E. Kirsten et. al, Characterizing Web Search in the Age of Generative AI, Ruhr-Universität Bochum, preprint, 31. Mai 2026, <https://arxiv.org/pdf/2510.11560>

13 C. Brooks et. al, Computation and Language, The Rise of AI-Generated Content in Wikipedia, (Okt 2024), <https://doi.org/10.48550/arXiv.2410.08044>

14 Verbot KI-generierter Wikimedia-Artikel: [https://en.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Writing\\_articles\\_with\\_large\\_language\\_models](https://en.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Writing_articles_with_large_language_models)



### Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik.  
Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi



Sara Madjlessi-Roudi  
Ordnen und Regieren  
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.

Sprachmodelle. Analysen zeigen, dass ChatGPT, Gemini und Perplexity ebenfalls das Pseudo-Lexikon nutzen, um Antworten zu generieren.<sup>15</sup>

### MÜDES FAKTENCHECKEN

Die Bullshit-Asymmetrie macht das Einfangen von Misinformation besonders aufwändig. Die adhoc als pragmatisch erscheinende Idee, Korrekturen zu diesen Misinformationen im Netz abzulegen und auf die Kraft des besseren Arguments zu hoffen, entpuppt sich als wenig Hoffnung machend und naiv. Solche Faktencheck-Hinweise sind schwach besucht, während der Unsinn, auf den sie kritisch Bezug nehmen, weiter mit viel Aufmerksamkeit bedacht wird und mit deutlich höherer Reichweite und Geschwindigkeit durchs Netz propagiert. Zusätzlich verbleibt das konzeptionelle Problem, welcher Instanz denn die Autorität der Entscheidung über den Faktencheck überantwortet werden soll.

Auch sogenannte *community notes*, mit Hilfe derer die Nutzer\*innenschaft der meisten social media Plattformen sich selbst moderieren soll, stellen keine sinnvolle Lösung dar. Bei der vorgeblich ‚demokratischsten‘ Version der Zensur können ausgewählte Nutzer\*innen aus unterschiedlichen politischen Spektren Beiträge kommentieren, bewerten und (bei Übereinstimmung mit anderen aus der *community*) in der Reichweite beschränken, um darüber Misinformation einzudämmen. Alex Mahadevan, Leiter des *MediaWise* beim Poynter Institute: „We’re so polarized that nobody can agree anymore.“<sup>16</sup> Eine hochgradig polarisierte Nutzer\*innenschaft zur unbezahlten Selbstkorrektur einzusetzen, funktioniert erwartbar schlecht.<sup>17</sup>

Für das eigenständige Faktenchecking gibt aber zudem ein schwerwiegendes, praktisches Problem der zunehmend schlechter werdenden („frei“ verfügbaren) Recherche-Instrumente: Eine Google-Suche nach einem Zitat des Medientheoretikers Marshall McLuhan, aus einem Medieninterview von 1966: „*McLuhan Alles verstehen, was passiert, es kontern, neutralisieren, möglichst viele Knöpfe abstellen, und sie frustrieren, wo immer es geht.*“ liefert in der Google-‘KI‘-Zusammenfassung namens „Übersicht mit KI“ Folgendes:

„*Ich kann Ihnen helfen, die Ideen von Marshall McLuhan zu verstehen, aber Ihre Anfrage scheint auch persönliche Strategien zu beinhalten, um Technologie und Medien zu ‚kontern‘ oder zu ‚neutralisieren‘. McLuhan war ein Medientheoretiker, kein Leitfaden zur Frustration von Systemen. Hier sind die Kernkonzepte McLuhans, die Ihnen helfen, zu verstehen, was passiert, wenn Sie Medien nutzen (...)*“

In der weiter unten folgenden Treffer-Liste sind nur noch drei zudem wenig brauchbare Einträge zu finden. Wir sehen an diesem Beispiel, dass sich die klassische Google-Suchmaschine stark verändert hat und eine Antwort liefert, die wenig weiterhilft. Die gewohnte Trefferliste wird nicht nur um die ‚KI‘-Zusammenfassung ergänzt, sondern die Qualität und Bandbreite der Trefferliste ist stark eingeschränkt. Somit verlagert sich das inhaltliche Gewicht der Antwort auf die (in diesem Fall stark wertende und bevormundende) ‚KI‘-Zusammenfassung.

Der *manuelle Faktencheck per klassischer Suchmaschine* hat massiv an Qualität eingebüßt. Die im Abschnitt *Bullshit-Krise* beschriebenen Unzulänglichkeiten bei der Nutzung von ‚KI‘-Sprachmodellen als ‚Wissens‘modelle sind daher zunehmend schwer manuell auszugleichen. Denn die Zukunft der Suchmaschinen sieht einen wachsenden Einfluss der ‚KI‘-Modelle bei der Informationsbeschaffung vor.

15 Robert Hart, The Verge, 31. Januar 2026, <https://www.theverge.com/report/870910/ai-chatbots-citing-grokikipedia> bzw. im Archiv unter: <https://archive.ph/Dh5yk>

16 Kate Conger, 25.07.2024, New York Times, Elon Musk Wants People on X to Police Election Posts. It’s Not Working Well, <https://archive.ph/TLwf6>

17 Anna-Lena Schou, Spiegel, 16.10.2025, Die Probleme des Faktenchecks von Elon Musk, <https://archive.ph/ey2sP>

Googles neuer ‚KI‘-Modus<sup>18</sup> liefert keine Suchtreffer mehr, sondern imitiert eine Art *Such-Chatbot* und integriert die Suchergebnisse in einen Frage-Antwort-Dialog, der vollständig auf der Google-Seite abläuft und keine Notwendigkeit bzw. Gelegenheit liefert, sinnvoll auf ursprüngliche Quellen-Seiten zu wechseln. Diese werden nicht mehr angezeigt. Die Abhängigkeit von Googles ‚KI‘-Sprachmodell Gemini bei der Informationsbeschaffung nimmt damit um Größenordnungen zu. Bei einem Marktanteil der Google-Suche in Deutschland über die letzten 15 Jahre bei zwischen 80 bis weit über 90 Prozent<sup>19</sup> wird diese Weichenstellung massive negative Auswirkungen haben für die Konstruktion von Wahrheit. Googles Entwickler\*innen-Konferenz I/O im Mai 2026 sieht eine vollständige *Neuaufrichtung der Suchmaschine*<sup>20</sup> vor, die sich komplett auf Gemini stützt und keinerlei Interaktion mit den Webseiten vorsieht, von denen Google die Information bezieht.<sup>21</sup>

### ‚KI‘-ZERSETZUNG POLITISCHER ÖFFENTLICHKEIT

‚KI‘-Sprachmodelle + ‚soziale‘ Medien stellen für den politischen Diskurs die wesentlichen Informations- und Debatten-Infrastrukturen dar. Selbst die klassischen Medien sind (in ihrem Bedeutungsverlust) zunehmend durch Plattformen wie X und TikTok getrieben. Hier posten politische Entscheider\*innen und hier orientieren sich Journalist\*innen, welche Nachrichten *trenden* könnten.

Die ‚sozialen‘ Medien stellen *einen* dominanten Resonanzraum für den ‚KI‘-generierten Bullshit dar. In Wechselwirkung mit der algorithmischen Reichweitensteuerung der ‚sozialen‘ Medien (TikTok, X, Instagram, Facebook, Youtube, ...) werden neben Abgrenzung, Hass, Hetze, Herabwürdigung auch Fake (also sowohl Misinformation als auch Desinformation) in *Reichweite* und *Ausbreitungsgeschwindigkeit* nachweislich verstärkt. Zugunsten einer erhöhten *sozialen Temperatur* in den ‚sozialen‘ Netzen, denn nur diese ist für die Kommunikationsplattformen monetarisierbar. Fake-Inhalte (Mis- und Desinformationen) werden zudem nach politischer Neuaufrichtung mehrerer Plattformen seit Beginn der zweiten Amtszeit von Trump und der Einführung neuer Moderationsmechanismen seltener gelöscht. Das bedeutet, dass die Wechselwirkung zwischen den großen Sprachmodellen (mit ihrem bereits hohen Anteil an Misinformation im Output) und den ‚sozialen‘ Plattformen für einen noch höheren Anteil an Misinformation im Netz sorgt. Die resultierende Dynamik ist die einer Fragmentierung von Wahrheit in einen *Perspektivismus*.

Eine Gemeinschaft, die immer weniger Wahrheit im Sinne eines gemeinsam erzeugten ‚Fürwahrhaltens‘ teilt, verliert zunehmend die Grundlage für einen politischen Aushandlungsprozess über den Austausch von Argumenten. Das Resultat sind vielfach: Verunsicherung, Rückzug, weitere Polarisierung. Diese Tendenz bildet sich bereits in der Nutzung

der Kommunikationsplattformen ab: der Diskurs in den sozialen Medien verlagert sich schon jetzt zunehmend in geschlossene Räume.

Ein Diskursklima der postfaktischen Verunsicherung ist zudem förderlich für das Erstarken autoritärer, politisch rechter bis faschistoider Strömungen. Ohne gemeinsam geteilte Wahrheit zerfällt eine Gesellschaft innerlich und wird lediglich durch äußere, insbesondere ökonomische Beziehungen zusammengehalten.

### EINSPRUCH – EXEMPLARISCHER ANGRIFF

*Objection*, das „KI-Tribunal der Wahrheit“ von Peter Thiel und Start-up Gründer Aron D’Souza will den Wahrheitsgehalt von öffentlichen, insbesondere journalistischen, Äußerungen bewerten. Wer zahlt, kann sich ohne Gericht gegen öffentliche Anschuldigungen im Netz zur Wehr setzen. Denn klassische Gerichte seien nach Auffassung des Start-ups ungeeignet, um journalistische Verleumdung aufzuklären. Während die Justiz „mittelalterlich“, zu langsam und „undurchsichtig“ arbeite, setzt man hier auf die Entscheidung entsprechend trainierter ‚KI‘-Sprachmodelle. Vorermittlungen zur Fütterung dieser „künstlich intelligenten“ Entscheidungsinstanz leisten – je nach Budget der Klageerhebenden – Juniorermittler\*innen (ab 2.500 Dollar) oder ausgewachsene Ex-Agent\*innen von FBI oder CIA bzw. Juraprofessor\*innen (ab 15.000 Dollar). Sie erstellen ein Online-Dossier mit vorbewerteten Dokumenten, die die Anklage untermauern sollen.

Die beklagten Journalist\*innen können sich ‚verteidigen‘ in dem sie ebenfalls Dokumente hochladen, die ihre journalistischen Aussagen ‚belegen‘. Die ‚KI‘ wertet jedoch geleakte, geschützte (und damit intransparente) Quellen mit der niedrigsten Beweiskraft. Dokumente, die von Whistleblowern stammen, sind zur Unsichtbarmachung der ursprünglichen Quelle notwendigerweise von Metadaten bereinigt. Anstatt manuell nach Hinweisen für die Glaubwürdigkeit dieser anonymen Quellen zu suchen, stuft das ‚KI‘-Tribunal deren Beweiskraft generell als negativ ein. Die so erzeugte ‚KI‘-Entscheidung ist in Form eines digitalen Prangers öffentlich einsehbar und soll den Journalismus zukünftig zu mehr „Aufrichtigkeit“ ermahnen. Jede der abgeurteilten oder auch nur in Fälle involvierten Journalist\*innen wird gelistet und erhält einen „Glaubwürdigkeits-Score“, der in die Bewertung etwaiger Quellen zukünftiger Fälle einfließt.

Der Versuch, Gerichtsbarkeit neu zu entwerfen auf Basis einer ‚KI‘, deren Designer\*innen offen artikulieren, einem technokratischen Autoritarismus den Vorzug vor einer demokratisch verfassten Gesellschaft zu geben, kann nicht bloß als technophile Adaption eines in der Regel überforderten, regelbasierten Justizsystems verstanden werden. Es ist ein direkter Angriff auf (justizielle) Regelbasiertheit an sich und

18 <https://www.google.com/search?udm=50&aep=11>

19 <https://gs.statcounter.com/search-engine-market-share/all/germany#monthly-200901-202605>

20 <https://blog.google/products-and-platforms/products/search/search-io-2026/#powerful-ai>

21 <https://techcrunch.com/2026/05/19/google-search-as-you-know-it-is-over/>



damit dem Anspruch nach noch viel ungeeigneter, Wahrheit in einem möglichst transparenten Prozess zu konstruieren, als sich klassische Gerichtsbarkeiten (nach Habermas) dazu bereits als ungeeignet erweisen, da ungebundene richterliche Gewalt ein demokratisches Defizit aufweise. Dieser Angriff ist getrieben von der machtvollen Option, per Technologie diskursive Überzeugungs- und gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse abzukürzen und so vorzuprägen, dass sie eine (politisch) rechts-lastige Hegemonie verstärken. Wir erkennen auch hier den Versuch der Machtkonzentration bei der technifizierten Bewirtschaftung der Wahrheitssuche. Diese trägt rückkoppelnd zur Legitimation von Technokratie bei.

Derartig produzierte ‚Wahrheit‘ entzieht sich ganz praktisch (per Konstruktion) ihrer Dekonstruierbarkeit: Durch die Entkontextualisierung des generellen Lernmaterials im Trainingsprozess und der zusätzlichen Dokumente im fall-spezifischen Dossier ist der Entscheidungsprozess maximal undurchsichtig und für eine politisch bewertende Nachvollziehbarkeit unzugänglich. Niemand(!) kann den Einfluss eines spezifischen Belegs an der finalen Entscheidung bemessen; nicht einmal nicht-quantitativ errahnen. Der Trainingsprozess verschleiert die Relevanz unterschiedlicher Quellen – eine um Dekonstruktion bemühte Diskursanalyse kann die verschiedenen Diskursversatzstücke als Trainingsinput der Sprachmodelle nicht verorten und ihnen durch eine fehlende Einbettung in ihren Kontext keine relative Wertigkeit zuordnen. Es kann nicht mehr ermittelt werden, durch welche Beiträge die finale Entscheidung vornehmlich geprägt wurde. Verantwortlichkeit wird vermeintlich neutral und unideologisch vernebelt. Dabei steckt die Ideologie a) im technikzentrierten Lösungsansatz einer Technologiegläubigkeit an sich und b) in dessen spezifischer Ausgestaltung vermittels ‚KI‘, also einer intransparenten, stochastisch nicht-deterministischen und einer nicht mehr regelbasierten und nicht-reproduzierbaren Entscheidung.

### FAZIT: ‚KI‘ STILLEGEN!

Blicken wir erneut zurück auf die plumpen orwellischen Lügenkonstrukte von Trump und anderen machtvollen Wahrheitskonstrukteur\*innen. Selbst hoch skalierende Produktion automatisierter *Desinformation*, die sich zunehmend voraussetzungslos im Netz lancieren lässt, ist lediglich eine modernisierte und diversifizierte Form der klassischen Lüge, die weiterhin um den Rang der Wahrheit buhlt. Damit kann eine kritische Öffentlichkeit umgehen.

Hingegen stellt die Normalisierung und massive Ausweitung der Anwendungsbereiche von generativen ‚KI‘-Sprachmodellen als *Bullshit*-Generatoren und insbesondere als *Dekontextualisierer* die deutlich weitergehende Bedrohung für den politischen Aushandlungsprozess dar. Nicht der Ausnahmefall der orchestrierten Lüge, sondern der Normalzustand eines ‚KI‘-verstärkten *Perspektivismus* als abgewracktes Wahrheitsersatzkonstrukt ist die eigentliche Erosion politischer Öffentlichkeit: Meinungen werden dem Faktum gleichwertig erklärt, bzw. Fakten zur Meinungssache herabgestuft und damit verhandelbar. Dieser *Perspektivismus* ist eine Art innerer Fragmentierung einer Gesellschaft, die an grundlegender

Kohäsion verliert – das geschieht unscheinbar und leise. Der drohende Zerfall in ein Nebeneinander vieler, atomisierter Individual-Wahrheiten zersetzt die Basis für kollektive, gemeinwohlorientierte Prozesse und macht eine derartig desorientierte Gesellschaft anfälliger für die vermeintlich rettende Übersichtlichkeit autoritärer Konzepte.

Das kann einer progressiven Linken nicht egal sein und daher benötigen wir eine klare, ablehnend-widerständige Haltung gegenüber der Entwicklung und Nutzung von ‚KI‘-Sprachmodellen – aus ökologischer Verantwortung ohnehin, aber eben auch aus gemeinwohlorientierter Perspektive. Diese kleine Analyse über die neuen Bedingungen der Wahrheitsfindung bestärkt uns in unserer Forderung, ‚KI‘-Sprachmodelle als Gemeinschaft zersetzend, programmatisch Ungleichheit verstärkend, Diversität verringern, Hegemonie verstärkend und ökologisch zerstörerisch *stillzulegen!* Der höchst zweifelhafte Nutzen dieser Modelle steht in keinem Verhältnis zu ihrer schwerwiegenden gesellschaftlichen Schädigung.

**Guido Arnold ist Physiker und arbeitet am DISS zum Thema digitalisierte Biopolitik**



**Aline Blankertz/Malte Engeler**  
**Digitale Solidarität - Zur Überwindung kapitalistischer Technologie**  
 Dietz-Verlag Berlin  
 ca. 168 Seiten, Broschur 16,00 €, ISBN 978-3-320-02443-7  
 Erscheint Juli 2026



# Schwarze Juden, Weiße Juden

## AUSSTELLUNGSBERICHT VON BENNO NOTHARDT

*„Die Machtausübung bringt ständig Wissen hervor und umgekehrt bringt das Wissen Machtwirkung mit sich.“  
(Foucault 1976, S. 44 f.)*

Im März besuchte ich die Ausstellung „Schwarze Juden, Weiße Juden“ des Jüdischen Museums Wien. Ich war beeindruckt von der Vielfalt an Hautfarben, die Jüd\*innen früher und heute zugeschrieben wurden und die sie sich selbst zuschreiben. Die Ausstellung zeigt, welche Effekte diese Zuschreibungen haben und welchen Strategien sie folgen. Nach und nach wird so ein sich ständig veränderndes Macht-Wissens-Netz sichtbar.

Im Folgenden stelle ich einige Exponate vor. Außerdem möchte ich für den Ausstellungskatalog werben, der viele vertiefende Texte ergänzt.

### JEW OF COLOR

*„Ich glaube, viele Menschen denken an aschkenasische<sup>1</sup> Jüdinnen und Juden, wenn sie an Juden denken. [...] Es ist nicht so omnipräsent, dieser Fakt, dass es auch orientalische Jüdinnen und Juden gibt, dass es PoC<sup>2</sup> Jüdinnen und Juden gibt.“ (Michelle Eliav, S. 272<sup>3</sup>).*

Im Eingangsbereich der Ausstellungen kann man sechs Interviews mit jüdischen Wiener\*innen sowie einem Deutschen anhören. Sie geben einen ersten Einblick, wie vielfältig sich verschiedene Zuschreibungen, Selbstzuschreibungen und Identitäten intersektional überschneiden können.

Philip Egbune beschreibt sich als „russische[n] Nigerianer mit jüdischem Hintergrund“. In seinem Geburtsland Nigeria erlebte er, wie er wegen seiner Weißen<sup>4</sup> Mutter als Oyinbo (Weißer) oder half-caste (Mischling) beschimpft wurde. Später im Deutschland der 1990er-Jahre wurde er mit einem Skinhead konfrontiert, der auf ihn losgehen wollte und „fast in Ohnmacht fiel“, als er ihn als „Schwarz oder dunkelhäutig“ und wegen seiner Kippa zugleich als jüdisch erkannte (S. 274 ff.).

Die bucharische Jüdin<sup>5</sup> Michelle Eliav beschreibt es als Privileg, „nicht sichtbar jüdisch zu sein“ und erzählt, dass sie als Kind von anderen meist als türkisch wahrgenommen wurde und es vielen Gesprächspartner\*innen schwerfällt, sich vorzustellen, dass ihre Eltern aus Usbekistan stammen und nicht muslimisch sind. Sie beschreibt den Eindruck, bucharische Jüd\*innen würden als „ein bisschen unterentwickelt [ge]sehen, weil sie auch orientalisch aussehen und viele Men-

schen eine internalisierte Islamophobie haben“. Auch in der jüdischen Community in Wien würden bucharische Jüd\*innen „als minderwertiger als Aschkenasim angesehen“. Es sei „jetzt aber schon viel besser“, weil man daran arbeite und Buchar\*innen heute mehr Repräsentation hätten (S. 270 ff.). Sheri Avraham stammt von einer Mutter aus Südindien und einem jüdischen Beduinen aus dem Jemen ab. Sie beschreibt ihre Identität als „nicht-binäre Person aus der Arbeiterklasse“, Künstlerin und Misrachim<sup>6</sup>. Sie zeigt an ihrem Beispiel, wie sich Klassismus und Rassismus verbinden: In Israel erlebte sie Rassismus als alltägliche Erfahrung und zugleich, dass Nomad\*innen einer anderen Klasse angehörten. Als sie nach London migrierte, versuchte sie, sich der jüdischen Gemeinde anzunähern. Ihr wurde aber gesagt: „[W]ir brauchen Leute wie dich hier nicht.“ Später in Österreich hingegen habe sie keinen Rassismus, sondern nur Klassismus erlebt (S. 266 ff.).

### WAS MACHT JÜD\*INNEN NICHT-WEIß?

*„Historisch wurden Jüdinnen und Juden vielfach als nicht-Weiß dargestellt und wahrgenommen. Die Identifizierung [...] mit dem ‚Orient‘ diente dazu, sie von den Weißen christlichen Europäer:innen abzugrenzen.“ (S. 113).*

Viele Exponate der Ausstellung zeigen, wie Jüd\*innen in Europa lange Zeit als nicht-Weiß, Farbig oder Schwarz dargestellt wurden und welche auch widersprüchlichen Strategien und Effekte mit diesen Zuschreibungen verbunden waren. So zeigt ein Ausstellungsfoto eine Glastafel des Mariendoms in Frankfurt an der Oder von ca. 1370, auf der jüdische Männer mit roten Gesichtern dargestellt sind. „Der christlichen Überlieferung nach waren diese ‚roten Juden‘ Anhänger:innen des Antichristen. Die spätere jüdische Erzählung hingegen sah in den ‚rojt jidlech‘ einen der verlorenen Stämme Israels, die bei der Ankunft des Messias Rache für die Unterdrückung des jüdischen Volkes nehmen würden.“ (S. 201).

In der bildenden Kunst wurden Jüd\*innen oft als orientalistisch dargestellt. Der Aufsatz „(Selbst)Orientalisierungen von Jüdinnen und Juden im Kontext des europäischen Orientalismus“ von Felix Wiedermann und Kathrin Wittler im Ausstellungskatalog (S. 114–119) erklärt dazu, dass Antisemit\*innen „eine genealogische Verbindung zwischen den (europäischen) Jüdinnen und Juden und den Bewohner:innen des Vorderen Orients“ behaupteten, um eine „assoziative Verbindung zwischen Judentum und Islam“ herzustellen und so die „vermeintliche Fremdheit des Judentums in

1 aschkenasische Jüd\*innen: mittel-, nord- und osteuropäische Jüd\*innen und deren Nachfahr\*innen

2 PoC: People of Color

3 Alle Seitenzahlen beziehen sich auf den Ausstellungskatalog.

4 Wie in der Ausstellung schreibe ich Farben groß, wenn sie soziale Konstruktionen bezeichnen, und klein, wenn sie tatsächliche Farben meinen.

5 bucharische Jüd\*innen: stammen aus Zentralasien

6 Misrachim: hebräisch für „Orientalen“; aus Asien, Afrika und besonders dem Nahen Osten stammende jüdische Bevölkerungsgruppen



Europa zu belegen“. Darauf reagierten Jüd\*innen teilweise mit einer spezifischen Form der Selbstorientalisierung: Sie verneinten eine gegenwärtige Zugehörigkeit zum Orient, gestalteten aber umso facettenreicher [...] ihre Bezogenheit auf bestimmte vergangene Zeit-Räume des Morgenlandes“. Im Zionismus schließlich stand Theodor Herzl mit der Vorstellung, „ein Stück des Walles gegen Asien“ in Palästina zu bilden, gegen Martin Buber, der meinte, dass Jüd\*innen die Weisheit des Abendlands mit ihrem „orientalischen Urwesen“ verbinden würden.

Die Widersprüche solcher (Selbst-)Orientalisierung durchziehen auch das Gemälde „Judith“ aus dem Jahr 1870/71. Der Porträtmaler Leopold Pollack entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Er malt die Jüdin Judith als sexuell verführerische orientalische Frau, die zugleich ein Schwert trägt und damit Zerstörung und Kastration androht (S. 153). Ich frage mich, ob ergänzend zu dieser patriarchalen Lesart nicht auch die einer Selbstermächtigung möglich ist, da die alttestamentarische Judith sexuelle Reize als Waffe nutzt, um den Feldherrn Holofernes zu töten und dadurch die Unterwerfung ihres Volkes zu verhindern.

Eine Madonnenfigur aus Kunstharz aus dem Souvenirshop des Vatikans zeigt die Jüdin Maria mit brauner Hautfarbe. Unter ihr ist das leuchtend weiße Gesicht ihres christlichen Sohnes Jesus zu erkennen. Der Text zu diesem überraschenden Exponat macht deutlich, dass die Figur in einer langen Tradition Christlich-Weißen Überlegenheitsdenkens steht: „In vielen historischen Gemälden, die die Taufe ‚Ungläubiger‘ zeigen, werden die Konvertiten oft mit weißer Hautfarbe abgebildet, während die noch ungetauften einen dunklen Teint aufweisen“ (S. 152).

Die Vorstellung von Jüd\*innen als Schwarz prägte auch die nationalsozialistische Propaganda. Die berühmte Karikatur eines Juden mit dicker Nase von Philipp Rupprecht aus der Hetzschrift „Juden stellen sich vor“ von 1934 zeigt zwar auf den ersten Blick das Zerrbild eines weißen Juden, dahinter jedoch eine schwarze Silhouette.<sup>7</sup> Damit illustriert sie die Vorstellung, Jüd\*innen „würden sich nach außen als Weiße darstellen, im Inneren aber seien sie Schwarz“ (S. 202). Das Vorbild der Broschüre „Entartete Musik“ aus dem Jahr 1939 zeigt die verzerrte Darstellung eines schwarzen Saxophonisten mit großer Nase, dicken Lippen und Judenstern (S. 203).<sup>8</sup>

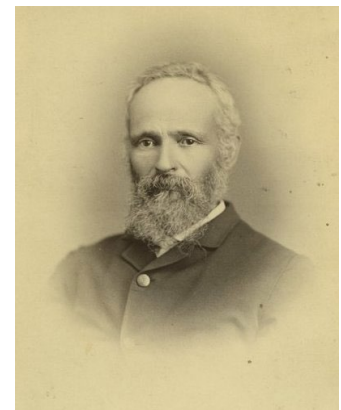
Einen wieder anderen Umgang mit selbst zugeschriebenen Farben zeigt das Foto einer Wandmalerei in Felasha Village in Äthiopien. Das Bild zeigt drei Menschen und zwei Davidsterne, alle in rotbrauner Farbe. Der Text dazu erklärt, dass sich die Beta Israel in Äthiopien vor dem Ende des 19. Jahrhunderts als Rot oder Hellbraun beschrieben hätten, um sich von der Farbe Schwarz zu unterscheiden, die Sklavinnen zugewiesen wurde. Heute hingegen sähen sie sich meist als Schwarze Jüd\*innen (S. 208). Andere Fotos zeigen Jüd\*innen im heutigen Afrika, die sich selbstbewusst auf eine Schwarze

jüdische Identität im Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus beziehen.

Wie wichtig Selbstzuschreibungen sein können, zeigen auch Videos aus LUNAR, einem Filmprojekt, in dem asiatisch-amerikanische Jüd\*innen während der Corona-Pandemie in Zoom miteinander sprechen und entdecken, wie wichtig eine Identität als „Jews of Color“ für sie sein kann (S. 168).

## INTERSEKTIONALE SOLIDARITÄT

Der Ausstellungsteil über intersektionale Solidarität beginnt mit einem Video mit dem Titel „Badass Jews“ über August Bondi, einen Wiener Juden, der in die USA auswanderte, in der Schlacht von Black Jack Creek gegen die Sklaverei kämpfte und eine Station der Underground Railroad leitete, einem Schleusernetz, das Sklav\*innen bei der Flucht in den Norden der USA unterstützte. Er begründete sein Engagement gegen Rassismus mit seinem Jüdischsein: „Als Jude bin ich verpflichtet, Institutionen zu unterstützen, die es allen Menschen ermöglichen, in Würde zu leben“ (S. 252). Weitere Bilder zeigen gemeinsame Kämpfe gegen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Klassenunterschiede in der amerikanischen Bürgerbewegung<sup>9</sup>, der südafrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung und der Black-Lives-Matter-Bewegung<sup>10</sup> (S. 252 ff.).



August Bondi (1833–1907)

Die Ausstellung zeigt aber auch, dass diese Solidarität oft auch „ein Ende fand [...] oder im Nachhinein abgesprochen wurde [...]: Gerade die von US-amerikanischen Diskursen geprägten antirassistischen Menschenrechtsbewegungen leugnen oder verkleinern nicht selten jüdische Beteiligung an den Emanzipationsbewegungen [...] oder entsolidarisieren sich bei der ersten Gelegenheit, bei der Jüdinnen/Juden Unterstützung benötigen – wie beispielsweise nach dem 7. Oktober 2023“ (S. 10).

## WAS MACHT JÜD\*INNEN WEIß

„Die Bezeichnung ‚Weiße‘ beinhaltet [...] nicht nur die Aussage, dass Jüdinnen und Juden keine Opfer von Rassismus oder systematischer Diskriminierung sind [...] sondern auch, dass sie Nutznießer:innen des ‚White Privilege‘ seien [...]“ (S. 7)

7 <https://pictures.abebooks.com/inventory/md/md30473360035.jpg>

8 <https://www.radiofrance.fr/pikapi/images/3441df64-717d-4e30-8373-f571ff7bb44b/2048>

9 <https://static.timesofisrael.com/jewishstanddev/uploads/2018/01/12-1-F-king-heschel-march-0105.jpg>

10 [https://media.licdn.com/dms/image/v2/D4D12AQHKuDho6EaiCw/article-cover\\_image-shrink\\_720\\_1280/B4DZxw60AfIoAI-/0/1771420992391?e=2147483647&v=beta&t=YuMbm6i5mWogb3mPhdme9ML4E2FDSlyi5pW4xrBr\\_9A](https://media.licdn.com/dms/image/v2/D4D12AQHKuDho6EaiCw/article-cover_image-shrink_720_1280/B4DZxw60AfIoAI-/0/1771420992391?e=2147483647&v=beta&t=YuMbm6i5mWogb3mPhdme9ML4E2FDSlyi5pW4xrBr_9A)



Judith (1870/71) von Leopold Pollak

Der Blick in die Geschichte hat gezeigt, dass Zuschreibungen wie Schwarz, Rot oder Orientalisch weniger mit Aussehen als mit Verortungen in gesellschaftlichen Machtgefügen zu tun haben. Dass dies auch heute gilt, wenn Jüd\*innen zugeschrieben wird, Weiß zu sein, macht die Ausstellung mit drei nebeneinander platzierten Kunstwerken deutlich. Auf einem Monitor läuft in

Endlosschleife die Video-

installation @israelsowhite des US-amerikanischen Filmemachers Ben Younger aus dem Jahr 2024.<sup>11</sup> Der Film zeigt hintereinander verschiedene Personen, die den Satz sagen: „I am a white colonizer“. Da die Sprecher\*innen einen Querschnitt durch die israelische Gesellschaft bilden, die zu zwei Dritteln aus People of Color besteht, wird diese Äußerung als absurde Zuschreibung dekonstruiert (S. 106).

Der Eingangstext des Raumes erklärt die Folgen solcher Zuschreibung. Werden Jüd\*innen als Weiß gesehen und damit „im oberen Machtsegment eines sozialen Machtgefüges“ verortet, können sie nicht mehr als Opfer „von Rassismus oder systematischer Diskriminierung“ wahrgenommen werden, womit auch Antisemitismus unsagbar wird. Stattdessen werden antisemitische Verschwörungserzählungen über angebliche jüdische Privilegien ermöglicht. Debatten um den Staat Israel als ‚Weiße Kolonialmacht‘ sind hiermit eng verknüpft und können als „Rechtfertigung des Massakers der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 verwendet“ werden (S. 55).

Daneben hängt ein Plakat des israelischen Künstlers David Tartakover aus dem Jahr 1998.<sup>12</sup> Im Stil der Werbung des Modekonzerns Benetton zeigt es den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu im Kreis seiner Familie mit Bodyguards, die allesamt Weiß aussehen. Das Label „United Colors of Netanyahu“ spielt darauf an, dass es in dessen Welt nur Weiße zu geben scheint, was im krassen Gegensatz zur Realität des von ihm regierten Landes steht (S. 107). Durch diese ironische Kommentierung werden die lächelnde Familie und die gelangweilt dreinblickenden Bodyguards zu Repräsentant\*innen eines Rassismus gegen Teile der eigenen Bevölkerung und der in Palästina.

## WIDERSPRÜCHE INTERSEKTIONAL DENKEN

„Unter Intersektionalität wird [...] verstanden, dass soziale Kategorien wie Gender, Ethnizität, Nation oder Klasse nicht isoliert voneinander konzeptualisiert werden können, sondern in ihren „Verwobenheiten“ oder „Überkreuzungen“ (intersections) analysiert werden müssen. Additive Perspektiven sollen überwunden werden, indem der Fokus auf das gleichzeitige Zusammenwirken von sozialen Ungleichheiten gelegt wird. Es geht demnach nicht allein um die Berücksichtigung mehrerer sozialer Kategorien, sondern ebenfalls um die Analyse ihrer Wechselwirkungen.“ (Katharina Walgenbach<sup>13</sup>)

Die Ausstellung und der Katalog bieten einen überwältigenden Eindruck der vielfältigen und sich überkreuzenden Zuschreibungen und Selbstzuschreibungen von Hautfarben und deren Einbettung in sich verändernde Machtnetze. Die besondere Leistung liegt darin, dass die Ausstellung Widersprüche aushält und gegensätzliche Perspektiven nebeneinanderstellt.

Katalog: *Schwarze Juden, Weiße Juden*, Wallstein Verlag, 2025, 32 €.



11 <https://www.youtube.com/watch?v=9CGuG347LiE>

12 <https://www.iwm.org.uk/collections/item/object/25974>

13 Katharina Walgenbach: Intersektionalität als Analyseperspektive heterogener Stadträume. In: Elli Scambor & Fränk Zimmer (Hg.): Die intersektionelle Stadt. Transcript, 2012, S. 81.



# Von den Sternen bis zum Volk?

## ZUR REZEPTION PETER THIELS IN ORGANEN DER EXTREMEN RECHTEN IN DEUTSCHLAND

Von Jason Michalek

Akteure der Rechten in Amerika bejubeln den gelungenen *vibe shift*: das Verschwinden von progressiven und emanzipatorischen Idealen in der Politik.

Eine dabei immer wieder besprochene Schlüsselfigur ist der Milliardär Peter Thiel. Dieser lehnt die Demokratie ab und kämpft für eine CEO-geführte ‚Monarchie‘ mit konservativen Werten bei gleichzeitiger maximaler libertärer Freiheit, verbunden mit einer christlichen Fundierung und Angst vor der Ankunft des Antichristen.

Thiel war Gründer von Paypal und Palantir. Er ist fest im Silicon Valley verankert und mied lange Zeit die Öffentlichkeit. Dies änderte sich in den letzten Jahren. Als früherer und konstanter Spender für Donald Trump stellte er diesem JD Vance vor und sprach sogar auf einem Kongress der Republikaner. Thiel ist bei weitem mehr als nur Finanzier der wichtigen rechten Akteure in Amerika, sondern sieht sich selbst als aktiven Kämpfer in einem Kulturkampf, der seit der Wiederwahl Trumps an Intensität erheblich zugenommen hat.

Mittlerweile ist das mediale Interesse an Thiel so groß, dass er als wesentlicher Faktor für den Erfolg der amerikanischen Rechten erscheint. Auch in der deutschen Rechten wird auf einen *vibe shift* gehofft. Daher soll anhand dreier Organe der extremen Rechten in Deutschland untersucht werden, wie Peter Thiel und sein „neoreaktionäres“ Umfeld rezipiert, welche Abgrenzungen resp. Zustimmungen geäußert und welche Schlussfolgerungen für Deutschland gezogen werden. Dafür wurden Print und Onlineartikel der *Sezession*, *eigentlich frei* und *Jungen Freiheit* aus den letzten Jahren bis einschließlich Jahrgang 2020 ausgewertet.

### DARK ENLIGHTENMENT

Zunächst gehe ich etwas näher auf das sogenannte *Dark Enlightenment* ein, eine politische Philosophie, die mit ihren Vordenkern Curtis Yarvin und Nick Land von Bedeutung für die Ideenwelt Peter Thiels ist. Sie fußt auf der Annahme, dass die Aufklärung ein fataler Fehler war, der die Welt ins Verderben führte, weshalb es einer Gegenreaktion bedarf – der *Dunklen Aufklärung*. Als zentraler Gegenspieler wird die „Kathedrale“ benannt, eine Akkumulation angeblich hegemonialer Positionen. Konkret umfasst das Feindbild Kathedrale u.a. Bürokratie, Klima-„Lobby“, die LGBTQIA\*-Bewegung bis hin zum Liberalismus im Allgemeinen. Entsprechend offen werden antisemitische, rassistische, antifeministische und homophobe Inhalte verbreitet – Tabubrüche, mit denen gezielt kokettiert wird.

Als Ausweg aus der Demokratie und der aktuellen Gesellschaft wird der *Transhumanismus* präsentiert. Durch einen

sich selbst beschleunigenden Prozess, auch als Akzelerationismus bezeichnet, soll die KI-Entwicklung vorangetrieben und darüber auch der Mensch technologisch verbessert werden, bis schließlich der Weltraum bevölkert wird: „nothing human makes it out of the nearfuture“ (Nick Land). Wesentliche Bedingung dafür ist die Abschaffung der „parasitären“ Demokratie (Land 2022).



Curtis Yarvin

Fundamental hierfür ist ein Glauben an die Technik, der selbst gnostische Züge trägt. Die KI als rettende und sich selbst entwickelnde Entität scheint Science-Fiction Romanen zu stammen, auf die sich tatsächlich immer wieder bezogen wird. Aber auch außerhalb eines gläubigen Horizonts ist das *Dark Enlightenment* zutiefst aufgeladen mit esoterischen Aspekten und Argumentationsmustern. Erstaunlicherweise entsteht so eine Synthese aus zwei Bereichen, die intuitiv eigentlich konträr sind: eine Art Technikesoterik.

Es verwundert nicht, dass das *Dark Enlightenment* insgesamt eher ein Nischen- und Internetphänomen ist, dessen Höhepunkt bereits verstrichen zu sein scheint. Jedoch haben der Ideengeber Yarvin sowie zentrale Elemente der Theorie längst Einzug in die amerikanische Politik gefunden. So bezieht sich etwa der amerikanische Vizepräsident J. D. Vance auf Yarvin, der – ebenso wie Vance – von Thiel gefördert und finanziert wurde (Deutschlandfunk 2025). Auch Musks DOGE knüpft an ein Konzept Yarvins an: RAGE (retire all government employees) und nutzt die These aus Yarvins Blog *Unqualified Reservations*, dass der Staat lediglich ein großes Unternehmen sei (Deutschlandfunk 2025; Scipioni 2020). Yarvin selbst ist ein großer Unterstützer von Trump und entfernt sich dabei auch von einigen seiner früheren Standpunkte, wie dem Passivismus, der These, dass nicht gegen die hegemoniale Macht agiert werden dürfe.

Gleichzeitig beginnt er als vorgegeblicher Intellektueller in entsprechenden Räumen Anerkennung zu finden und löst sich dabei stellenweise von seiner Rolle als „Provokateur“ (Knoblauch 2025).

Thiel tritt dabei immer wieder als Verbindungsglied auf, der im Sinne Trumps einen „culture war“ führt und nicht nur Finanzier zahlreicher rechter Projekte ist, sondern

sich auch selbst aktiv beteiligt (Chefkin 2021, S. 277–287). Dementsprechend notwendig ist es, ihn und seine Rolle näher ins Auge zu fassen. Dies geschieht auch in Organen der extremen Rechten in Deutschland. Ich beginne mit der Zeitschrift *eigentlich frei*.

## EIGENTÜMLICH FREI

Das Magazin *eigentlich frei* erscheint zehnmal im Jahr und versteht sich primär als libertäre Publikation, die sich sowohl explizit nach links abgrenzt als auch gegenüber dem allgemeinen Mainstream. So heißt es auf der Website unter dem Reiter „Warum ef?\": „Wir sind auf dem besten Wege in den totalitären Sozialismus. [...] eigentlich frei steht auf der Seite der libertären Gegenwehr“ (Lichtschlag 2026).

Diese „eigentümliche“ [sic] Haltung des Magazins erinnert an den Investortyp des *Contrarian*. Dieser investiert stets gegen die allgemeine Sicht und Beurteilung von Börsentrends, in der Hoffnung, dann doch einen Überraschungserfolg zu verzeichnen. Max Chefkin benennt die Biografie Thiels passenderweise „The Contrarian“, da Thiel selbst als Idealtypus gilt, der unzählige Missinvestitionen tätigt, jedoch mit einigen wenigen, wie Facebook, ein unbeschreibliches Vermögen erzielen konnte.

So verwundert es, dass Thiel in ef insgesamt nur wenig besprochen wird. Bis 2024 wird Thiel lediglich ein einziges Mal als Erfolgsbeispiel in einer zehnteiligen Reihe zum Thema *Contrarianship* genannt (vgl. Taghizadegan 2020, S. 38). Parallel zum Interesse in der breiten Medienlandschaft wird in den letzten beiden Jahren jedoch vermehrt Bezug auf Thiel genommen, bis er schließlich im Heft „Libertäre Finsterlinge? Über die ‚neoreaktionäre Bewegung‘ der Tech-Oligarchen“ ins Zentrum der Ausgabe gerückt wird. Damit entdeckte die ef das *Dark Enlightenment* deutlich später als etwa die *Sezession*, die bereits 2017 zum Transhumanismus publizierte (Wegner 2017, S. 24–29).

Zudem werden in der ef Verschwörungserzählungen geteilt. So wird wiederholt die Erzählung vom *Deep State* verbreitet, wobei die inkriminierte Staats-Elite häufig als jüdisch markiert und mit weiteren Verschwörungserzählungen verknüpft wird. Trumps Zollpolitik soll dem „tiefen Staat“ die Stirn bieten (Polleit 2025, S. 36) oder Trump ein Rückschlag für die Globalisten (Grözinger 2024, S. 12–14) sein – ein weiterer antisemitischer Code. Auch die Klimakrise wird aktiv geleugnet und mit Begriffen wie „Klimakirche“ direkt an Yarvins „Kathedrale“ angeschlossen (Krause 2025, S. 14–15; Kuhnle 2025, S. 20).

Im Artikel „Gibt es eine Alternative? Womit Peter Thiel und seine Stichwortgeber uns den Weg weisen“ stellt der Autor L. Gärtner den Einfluss des *Dark Enlightenment* dar und betont, dass er aufgrund seiner eigenen Kritik an der klassischen Aufklärung der „dunklen Aufklärung grundsätzlich wohlwollend gegenüber“ stehe (Gärtner 2025, S. 20). Als positiver Anknüpfungspunkt gilt ihm die Demokratieskepsis, einen weiteren Anknüpfungspunkt bietet Hans-Hermann Hoppe, der auch für Yarvin, Thiel und Vance einen

Bezugspunkt bildet und die ideologische Grundlage für das proprietaristische Projekt der Privatstadt gelegt hat (ebd., S. 22). Yarvin schließt mit seinem monarchischen Konzept an, demzufolge ein erfolgreicher CEO als effizienter Geschäftsführer auch allein den Staat regieren soll. Gärtner geht das zu weit: Als Libertärer kritisiert er, dass es „über kurz oder lang in den Totalitarismus und zum Versuch, einen Weltstaat zu errichten“, führe (Gärtner 2025: 22). Hier kristallisiert sich die zentrale Position von ef heraus: Die Ablehnung der Demokratie wird geteilt, jedoch stets eine Freiheitseinschränkung befürchtet.

Im weiteren Gang der Argumentation zeichnet Gärtner weitere ideologische Bezugspunkte Thiels nach, die er ohne eigene Einordnung wiedergibt und stellenweise mit seinen eigenen Argumenten verbindet. Insbesondere findet Thiels christliche Fundierung große Anerkennung, und es wird betont, dass für Thiel das „Ziel der Geschichte“ die „Wiederkunft des Herrn Jesus Christus, die Apokalypse“ sei. Diese Zustimmung geschieht jedoch nicht vorbehaltlos: Thiels christliche Bekenntnisse könnten Lippenbekenntnisse sein, da er der Bilderberg-Gruppe angehören soll und „zur Rettung der Herrschaft des Tiefen Staates [...] und] der Globalisierung“ diese christliche Haltung vortäuschen könnte (ebd., S. 27).

Nichtsdestotrotz bleibe aber Thiel solchen Feinden wie dem „Woken Mob“ vorzuziehen und auch Technologien wie Palantir seien nützlich, solange „sie in die richtigen Hände“ (ebd.) fielen. Trotz Zweifel und Skepsis und (an anderer Stelle) Kritik an autoritären Tendenzen Thiels und Palantir wird also eindeutig Anschluss gesucht. Thiel wird begrüßt als gemeinsamer Kämpfer an der Front gegen den Liberalismus, gegen Wokeness und gegen damit vermeintlich verbundene Themen wie die Klimakrise, die von der ef aggressiv geleugnet wird.

Ein weiteres Thema, das durchaus kontrovers diskutiert wird, ist die Privatstadt, ein Konzept, welches eng mit dem *Dark Enlightenment* verknüpft ist. Die deutsche Galionsfigur der Privatstadt, Titus Gebel, publiziert zu diesem Thema auch immer wieder in der ef, jedoch wird vor der mangelnden Kontrollierbarkeit und möglicher autoritärer Wendung vor allem im amerikanischen Kontext gewarnt. Grundlage ist dabei vor allem eine Technikskepsis und die fragliche Vertrauenswürdigkeit der sog. „TechnoPseudoLibertären“ (2025, S. 30). Die Privatstadt wird jedoch nicht völlig verworfen, auch wenn die Vision des *Dark Enlightenment* von einer Zukunft als „Mischung aus BorgKollektiv und Cyberpunk“ abgelehnt wird (Andres 2025, S. 30). Als Gemeinsamkeit zwischen Gebel und der ef fungiert dabei vor allem das Ziel, die Demokratie zu überwinden.

Auf Amerika wird wiederholt positiv Bezug genommen, oft in einem (pop)kulturellen Zusammenhang, indem die USA als modern, leistungsstark und anschlussfähig dargestellt werden und eine Verbindungslinie zwischen der amerikanischen und deutschen Rechten bzw. der AfD als „Atlantik-Brücke 2.0“ gezogen wird.



Klare Ablehnung findet jedoch der *Transhumanismus*. Er wird als unchristlich zurückgewiesen und auch Yarvins Ausführungen werden verworfen. Die Kritik beinhaltet zudem Elemente von Verschwörungserzählungen und antisemitischen Bildern. So wird vom Eliteprojekt Transhumanismus gesprochen oder die abgelehnte Corona-Impfung gelegentlich als transhumanistisch bezeichnet. Technikskepsis und Ablehnung gegenüber dem *Glauben* an die Technik mischt sich dabei mit der Ablehnung des Transhumanismus und entsprechender Zukunftsbilder.

## JUNGE FREIHEIT

Die *Junge Freiheit* ist eine Wochenzeitung, die vor allem die aktuelle Tagespolitik kommentiert.

Insgesamt finden sich deutlich weniger Artikel, die sich intensiv mit Peter Thiel beschäftigen. Dies mag mit dem Umstand zusammenhängen, dass Thiel für eine Wochenzeitung im Alltag nicht genug Neuigkeitswert produziert. Es lassen sich eher Randnotizen zu Thiel als Finanzier der Rechten oder im Kontext der Epstein-Aktien finden (Islinger 2026). Dabei werden Zweifel geäußert, ob Thiel wirklich rechts positioniert sei, und Kritik an der Tech-Szene geübt, da diese nur „eher rechts“ zu verorten sei (Bien 2025, S. 3). Das *Dark Enlightenment* bleibt völlig unerwähnt.

Nichtsdestotrotz wird Thiel auch von der JF als Kämpfer im Kulturkampf gegen Liberalismus und Wokeness begrüßt, wenn auch recht oberflächlich. Thiels Anknüpfungspunkte an den ansonsten stark kritisierten Transhumanismus blei-

ben unerwähnt. Stattdessen heißt es lediglich, Thiel kämpfe „gegen linke Auswüchse“ (Harms 2022, S. 3).

Zu Trump und Yarvin wird hingegen ausführlicher Stellung bezogen. So wird etwa die amerikanische Operation in Venezuela Anfang des Jahres kritisch beurteilt. Während sie in Teilen der deutschen Rechte als moderne Wiederentdeckung von Carl Schmitt bejubelt wird, liegt es Karlheinz Weißmann, konzeptiver Ideologe der JF, fern, Trump als Agitator der Großraumordnung zu rühmen. Trump gehe es nicht um die Erschaffung eines Großraums, der „völkische Freiheit [...] und Dezentralisierung“ einerseits und eine völkerrechtliche Fundierung andererseits verbinde. Das Vorgehen erwachse vielmehr aus dem „heiligen Egoismus“ der Nation. So bleibe das Potenzial zur Schaffung einer Großraumordnung unausgeschöpft. In der Conclusio freilich, dass Deutschland zu seiner Vormachtposition im Großraum Europa zurückfinden und eine entsprechende geopolitische Orientierung verfolgen solle, stimmt Weißmann mit denen überein, die Trump als Schmittschen Agitator bejubeln. Dies erklärt, warum der ausführliche Artikel weniger als harte Kritik denn als theoretische Lehrstunde erscheint. So hält Weißmann eine explizite Abgrenzung von Amerika nicht für notwendig. Für ihn ist es bedauerlich, aber nicht fatal, dass Trump nicht im Sinne von Schmitt agiert, schließlich geht es ihm doch primär um die Hinwendung zum Eigenen und die Stärkung des eigenen Großraums.

Grundsätzlich ist die Beurteilung dieses Teils der amerikanischen Rechten durchaus positiv geprägt, sofern sie unter der Prämisse steht, dass diese politischen Kräfte sich gegen „die“ Linke oder Wokeness formieren und Deutschland dabei unterstützen, zur eigenen Stärke zu finden. So wird Yarvin vor der angeblichen Diffamierung durch die „woken“ Medien in Schutz genommen, obwohl Yarvin sehr wohl eine transhumanistische Version zeigt hat – eigentlich ein rotes Tuch für die JF.

Das Bild des *Transhumanismus* wird denn auch mit typischen antisemitischen Verschwörungselementen gezeichnet: Diese „Selbstausschöpfung“ (=Transhumanismus) sei Bestandteil eines „Kulturkampfes“ und ein „Großprojekt“ der (undefinierten) „Eliten“, das das Ziel verfolge, die Menschheit auszulöschen (Olles 2022, S. 21). Die Verschwörungselemente einer Menschheit bedrohenden, totalitären Gefahr, die von einer gleichermaßen totalitären, übermächtigen Gruppe ausgehen soll, finden sich ebenso explizit wie häufig. Dabei verschmelzen die Feindbilder. Feministische und queerfreundliche Positionen seien durch die Sicht des Menschen als lediglich „genderfluidere Rohmasse“ ebenso eine existenzielle Gefahr für die Menschheit, wie die Coronaimpfung eine transhumanistische Gefahr darstellen soll.

Andererseits wird in einem Onlinebeitrag der IF als Replik auf einen *Focus*-Artikel Yarvin durch Verharmlosung wieder in Schutz genommen und ein ideologischer Anschluss gesucht. Die Gegenüberstellung zeichnet Yarvins Lehre als dem west-



lichen Liberalismus deutlich überlegen und Yarvin selbst als zu Unrecht Verfolgten. Die entsprechende Feindmarkierung lautet: Der Liberalismus lasse den Westen ‚verkommen‘ und stelle damit die eigentliche Gefahr dar, weil es unmöglich sei, „Kritik überhaupt noch auszuhalten“ (Gaspar 2025). Dabei wird Yarvins Rolle reduziert, der eigentlich „Intellektueller“ sei, während er vom *Focus* fälschlicherweise als „gefährlich, monarchistisch“ dargestellt würde – ungeachtet der Tatsache, dass Yarvin diese Position sehr wohl vertritt. Es scheint, als ob hier die Beschreibung der tatsächlichen Widersprüche zwischen Yarvin und der JF als Schwächung eines potenziellen Verbündeten im rechten *vibe shift* betrachtet wird, die es lieber zu vermeiden gilt. Kritik an Yarvin wird daher diskreditiert und seine tatsächliche Lehre ausgeklammert. So bleibt Yarvin als potenzieller Anknüpfungspunkt erhalten, statt dass er als „rechtspopulistischer Verschwörer“ leicht angreifbar erscheint.

Insgesamt zieht die JF aus der Betrachtung der ideologischen Entwicklung in Amerika den Schluss, dass Deutschland in Europa sich als starkes Land repräsentieren müsse, das sich im Kampf gegen den Liberalismus und die Woke-ness – sowie gegen die damit verknüpften Feindbilder wie Feminismus und Kulturmarxismus – an der amerikanischen Rechten orientiert. Die tatsächlichen Handlungen und Vorstellungen dieser Akteure sind dabei sekundär, solange sie als Impulsgeber für Deutschland gelten können. In diesem Sinne braucht es weder Trump als Schmitt-Agitator noch eine kritische Auseinandersetzung mit Thiel oder Yarvin – sie alle sind Akteure, die den rechten *vibe shift* vorantreiben und Diskurse eröffnen, die von Organen wie der *Jungen Freiheit* in Deutschland dankbar bespielt werden können. Die Analyse zeigt auch eine Parallele zum Magazin *eigentlich frei*. Auch dort wurden Trump und später Musk zunächst als erhoffte Disruptoren und Verteidiger der Meinungsfreiheit angesehen, im Laufe der Entwicklung aber durchaus als inkonsequent kritisiert. Gleichwohl bleibt eine gemeinsame Front bestehen.

## SEZESSION

Die *Sezession*, nach der Selbstauflösung des Instituts für Staatspolitik herausgegeben von der Metropolitik Verlags UG, versteht sich als *metapolitische* Zeitschrift, verfolgt also das Ziel, durch Prägung und Umdeutung von politischen Begriffen Diskursveränderungen anzustoßen und einen Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit zu erwirken. Die *Sezession* versteht sich stolz als „rechtsintellektuelle“ Zeitschrift, die für rechte Akteure wie die AfD intellektuelle Vorarbeit leistet und geleistet hat, indem Inhalte „vorausgedacht“ und „in die Debatte erst eingespeist“ werden und wurden (Sezession 2025).

Im Gegensatz zur ef und JF hat sich die *Sezession* bereits seit Jahren mit Peter Thiel, Yarvin und dem *Dark Enlightenment* intensiv auseinandergesetzt und Handlungsweisungen für Deutschland abgeleitet. Einen weiteren Unterschied, weniger zur JF als vielmehr zur ef, stellt die etatistische Ausrichtung der *Sezession* da. Unter Bezugnahme auf Schmitt ist ein starker und „richtig“ geführter Staat das Ideal, an dem

der real existierende Staat gemessen wird, während in der ef die maximale individuelle Freiheit propagiert wird. So ist für die *Sezession* der Bezug auf das Völkische und den Volkskörper sehr wichtig.

Aus dieser Grundhaltung heraus wird Amerika per se auch eher kritisch betrachtet und stellt keineswegs einen positiven, popkulturellen Bezugspunkt dar wie stellenweise für die ef als *das* marktwirtschaftlich freie Land. Im Gegenteil werden die USA und MAGA explizit kritisiert, vor allem für die Unterstützung Israels und der Ukraine (vgl. Wegner 2024). Entsprechend findet sich auch offener Antisemitismus. So heißt es etwa, Trumps Ausrichtung auf ‚die Juden‘ liege nicht an deren Bedeutung als Wähler\*innen-Reservoir, sondern daran, „politischen, kulturellen, akademischen, finanziellen und medialen Einfluß [sic]“ zu erhalten (Lichtmesz 2025, S.14). Hier werden gleich mehrere antisemitische Bilder offen geteilt: die allmächtigen Juden, die überall in der Gesellschaft Einfluss haben und die Medien kontrollieren. Aber auch Israel und der Zionismus stellen ein eindeutiges Feindbild dar.

Unabhängig davon: Amerika wird insgesamt ambivalent beurteilt. Einerseits wird der rechte *vibe shift* explizit begrüßt und auch Trump als rechtem Agitator positiv entgegengesehen, während jedoch die esoterischen Elemente des *Dark Enlightenment* und die fehlende völkische Fundierung kritisch beurteilt werden. Im Folgenden sollen die Kritik am Transhumanismus, die Argumente für eine Technikskepsis und die Kritik am mangelnden völkischen Bezug dargestellt werden,

## TRANSHUMANISMUS

Dieser wird nicht als eine Verschwörung der Eliten dargestellt, sondern als ein historisches Phänomen in der Wissenschaft, vor allem aber in der dystopischen Popkultur. Niels Wegner analysiert zwei verschiedene Strömungen, die sich daraus ergeben haben: (1) Extropianismus: Technik erweitert und befähigt den Körper; (2) Trans-Posthumanismus als geordnete Verdrängung des Menschen durch höhere Intelligenz (KI) und Verschmelzung von Mensch und Maschine (Wegner 2017, S. 24-29).

Für Wegner setzt der Transhumanismus bei letzterem an, der dies „unterwandere“ und ideologisch andocke, wobei Natur nur als Konstrukt gedacht und insofern kritisiert wird, als dies eine klassisch Linke Annahme sei. Jedoch wird positiv hervorgehoben, dass dies im *Dark Enlightenment* eine autoritäre und rassistische „Füllung“ erhält (Wegner 2017, S. 24-29). Trotzdem sei natürlich die wie auch immer geartete „Überwindung“ des Menschen mit einem völkischen Anspruch unvereinbar. Zudem widerspricht es einem konservativen Ideal, da der „praxistaugliche Boden“ fehle, insofern die Rechten des Silicon Valley „stärker an der Mars-Erkundung“ interessiert seien als an einer konservativen, bewahrenden Politik (Kaiser 2025, S. 33). Hier vermischt sich diese ideologische Differenz auch mit der Technikskepsis, und zugleich lässt sich daran ablesen, dass der Akzelerationismus mit dem konservativen Denken unvereinbar ist.



DISS-Journal-Sonderausgabe 7 (2023)

### Neonazismus zwischen Bürgerkrieg & Bürgernähe – Themen, Positionen und Strategien in der Zeitschrift N.S. Heute

Seit 2017 erscheint im Dortmunder Sturmzeichen Verlag das neonazistische Magazin N.S. Heute (NSH). Herausgegeben wird die NSH vom Inhaber des Verlages, Sascha Krolzig, der zeitweise einer der beiden Bundesvorsitzenden der Partei Die Rechte war. Die Autor:innenschaft liest sich wie ein who is who der Neonaziszene. Sowohl Mitglieder der Parteien Die Rechte, NPD (jetzt Die Heimat) und Der III. Weg sind vertreten, als auch ehemalige Mitglieder zahlreicher inzwischen verbotener Parteien und Organisationen.

Das Magazin richtet sich ‚nach innen‘ – an eine aktivistische Leser:innenschaft. Die NSH erschien bisher i.d.R. zweimonatlich, laut Eigenangabe mit einer Auflage von 1000 bis 1500 Exemplaren.

Dieses Heft kann auf [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de) heruntergeladen oder im DISS bestellt werden.

### TECHNIKSKEPSIS

Immer wieder wird mit dem Technikfetischismus des *Dark Enlightenment* ‚gefremdet‘, die Macht von Palantir oder der Akzelerationismus kritisiert.

In einer Filmkritik zu dem Film „Dune“ analysiert Volker Zierke einen Widerspruch zwischen der rational-praktischen Ebene der Technik und der in sie gesetzten Hoffnung, die emotional verankert sei. Damit analysiert er tatsächlich treffend eine Besonderheit im *Dark Enlightenment*, nämlich eine Art Technikesoterik, die von ihm jedoch abgelehnt wird. Zierke begründet dies mit den notwendigen „Führerqualitäten“, die nicht technologisch herstellbar seien. Aus seinen weiteren Ausführungen ist erschließbar, was diesen Führer ausmachen müsste: die Fähigkeit, ein „Volk“ zusammenzubringen und zu neuer Stärke „zu führen“ und vor allem einen Glauben ans eigene Volk zu initiieren. Letzteres kann der Technik nicht gelingen; das bleibt ihr unüberbrückbares Manko und der Mangel derer, die sich zu stark auf sie beziehen, wie Zierke abschließend pathetisch formuliert: „Tiktok, Telegram, Elon Musk – alles Zündsteine für eine Generation technikaffiner und erfolgsbewusster Rechter, die mit ihrer Hilfe die moderne Welt in Brand setzen möchten: nur unser Herzen, die entflammen beim Gedanken daran nicht“ (Zierke 2024, S. 47)

Insgesamt findet in der *Sezession* eine relativ ausführliche und differenzierte Auseinandersetzung mit dem *Dark Enlightenment* statt, die jedoch hauptsächlich von Wegner stammt und von anderen Autoren nur entsprechend aufgenommen wird. Dabei finden sich die gleichen Argumente wie auch in den anderen Zeitschriften: vor allem, dass Thiel nicht eindeutig genug rechts ideologisch verortbar sei. Gleiches gilt für Vance und Musk, die trotz ihrer Wechsellaunigkeit als Partner angesehen werden, auf die aber kein Verlass sei (so waren unter Musk eine Zeitlang rechte Accounts auf X gesperrt), und Gleiches ebenfalls für Trump, der zudem primär Agitator im Namen der Milliardäre sei und die Zionisten unterstütze.

Nichtsdestotrotz werden aber auch positive Bezugspunkte hervorgehoben. Trump, Thiel und Vance seien Agitatoren für einen rechten *vibe shift* und dabei sehr erfolgreich. Entsprechend werden mögliche Anknüpfungspunkte herausgearbeitet, etwa für „echte Meinungsfreiheit“ einzustehen oder die Ablehnung der Demokratie. Zudem wird die christliche Fundierung positiv hervorgehoben.

Zwei Kritikpunkte gilt es jedoch noch einmal herauszuarbeiten, auch zum Teil im Unterschied zu den anderen Zeitschriften. Die *Sezession* versteht sich explizit als konservativ und damit „aufhaltend“. Die „liberalen“ Aspekte von Thiel, die aus der libertären Perspektive der ef in die richtige Richtung gehen, aber die Möglichkeit einer autoritären Führung nicht ausschließen, sind aus Perspektive der *Sezession* problematisch. Daher lassen sich die Milliardäre nur aus konservativer Sicht kritisieren: „Alles Entgrenzte, Maßlose, Ungehemmte, Losgelassene endet für die Masse stets im Debakel“ (Kubitschek 2014). Daran schließt sich auch der zweite Kritikpunkt an. Mit dem fehlenden Blick auf die Masse fehle so auch der Blick aufs Volk und damit aber vor allem auch auf die Möglichkeit, dieses zu lenken: „niemand vermag den [...] Minimalstaat [...] mit den ebenso gewünschten ‚starken politischen Führern‘ unter einen Hut bringen“ (Wegner 2025).

Für Deutschland bedeutet dies daher aus der Perspektive der *Sezession*, eine „eigene Macht auf[z]ubauen“, die sich in Teilen durch die Erfolge der amerikanischen Rechten inspirieren lassen kann, aber die konservative Perspektive und damit den Blick aufs Volk und den starken Staat respektive die Nation beibehält (Sellner 2025, S. 29). Eine geopolitische Stärkung Deutschlands ist dabei das mindeste.

### FAZIT

Thiel und das *Dark Enlightenment* sind durchaus ein Thema in den untersuchten Organen. Tatsächlich fällt die Bewertung jedoch kritischer aus, als man annehmen könnte. Dabei lassen sich zwei zentrale Standpunkte der Kritik identifizieren: christlich und völkisch.

Aus einer christlichen Fundierung heraus wird primär der Transhumanismus kritisiert, der für alle drei Zeitschriften eine rote Linie der Unvereinbarkeit darstellt. In der *eigentlich frei* ist dabei die christliche Haltung jedoch nur eine Strömung in der Zeitschrift, die nicht von allen gleichermaßen mitgetragen wird. Dort, wo sie vertreten ist, entsteht jedoch auch eine Verbindung zum christlichen Thiel, als prominentem Vertreter der Frage nach der Wiederankunft Christi. Aus der libertären Position der ef heraus wird zudem auch vor der autoritären Tendenz gewarnt, sowohl als Folge der Machtinteressen der einzelnen Akteure als auch im Konzept der Privatstadt und der Überwachungssoftware Palantir. Trotzdem wird deutlich gemacht, dass dies stets vorzuziehen sei gegenüber dem „woken Mob“ und den zahlreich damit verschränkten, teils verschwörungsideologisch konstruierten Feindbildern. Die ef sieht so eine Technokratie als das kleinere Übel durchaus anschließbar an die eigene libertäre Zukunftsvision. Ebenso wie Thiel wird auch Trump als Disruptor und Kämpfer gegen den Deep State, den Liberalismus, die Klimakrise und Globalisierung begrüßt, allerdings unter Vorbehalt hinsichtlich der tatsächlichen ideologischen Festigkeit und mit Zweifeln, ob es sich langfristig um verlässliche Verbündete handelt. Für die *Sezession* ist die christliche Fundierung Thiels lobenswert, aber nicht von großer Relevanz. Hier ist der zweite Ansatz der Kritik, ebenso wie aus Perspektive der JF wichtiger: der fehlende völkische Bezug.

Zwar werden auch der Transhumanismus und Technikfetischismus kritisiert, jedoch wird dezidiert gegen die eigenen ideologischen Prämissen argumentiert. Die esoterischen Teile des *Dark Enlightenment* werden abgelehnt, aber auch keiner weiteren großartigen Relevanz zugeordnet. Die Stichwortgeberrolle wird jedoch positiv aufgefasst, da vermehrt rassistische und autoritäre Elemente in die Politik und die libertäre Szene einfließen.

Obwohl der angestoßene *vibe shift* begrüßt wird, sind die ideologischen Differenz letztlich zu groß, da es sinngemäß im *Dark Enlightenment* zu den Sternen geht, für die *Sezession* jedoch zurück zum Volk. Für das konservative Selbstverständnis ist das Volk zentraler Bezugspunkt, und die etatistische Ausrichtung ist schwer mit der „Enthemmung“ der libertären Vision vereinbar (Kubitschek 2014).

Auch für die *Junge Freiheit* spielt der fehlende Bezug auf das Volk eine Rolle, jedoch nicht eine ausschlaggebende. Hier wird vor allem die geopolitische Frage gestellt. Thiel, Trump und Musk werden als Initiatoren begrüßt, hinterfragt wird aber, ob die rechtsideologische Verwurzelung wirklich tief genug ist. Auch wenn für die JF eher noch Anknüpfungspunkte an die Libertären und die ef bestehen als für die *Sezession*, wird sich inhaltlich nicht sonderlich tiefgreifend damit auseinandergesetzt, da Amerika vor allem als ‚Ansporn‘ für Deutschland gelten soll. Denn Deutschland soll, ausgerichtet an Amerika, diese Entwicklungen zum Anlass nehmen, um sich an die Verwirklichung und Spitze des eigenen Großraumes zu setzen.

Thiel als Vertreter eines neuen „libertären Autoritarismus“ zu begreifen, bietet jedoch eine treffende Möglichkeit, ihn als Phänomen zu fassen, bei dem der Staat nicht überwun-

den, sondern deutlich reduziert am Willen entsprechender TechMilliardäre ausgerichtet werden soll (Kellersohn 2026, S. 32–33). Die tatsächlich autoritären Umbauten unter der Vorgabe der vermeintlichen Freiheitsmaximierung finden bereits statt.

**Jason Michalek studiert Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und war Praktikant im DISS.**

## QUELLEN

- Andres, David (2025): Cyberpunk? Lieber Schlumpfhäuser, in: *eigentlich frei* 255, S. 28–31.
- Bien, Lorenz (2025): Das Wunderkind, in: *Junge Freiheit* 3/25
- Gärtner, Edgar L. (2025): Gibt es eine Alternative? Womit Peter Thiel und seine Stichwortgeber uns den Weg weisen, in: *eigentlich frei* 255, S. 20–27.
- Gebel, Titus (2025): Die Option nach dem „Ende der Geschichte“, in: *eigentlich frei* 255, S. 38–43.
- Grözinger, Robert (2024): Rücklagen für den „tiefen Staat“, in: *eigentlich frei* 248, S. 12–14.
- Harms, Björn (2022): Finanzier der Rechten, in: *Junge Freiheit* 3/22.
- Islinger, Julian Theodor (2026): Was tun mit den neuen Epstein-Files? In: *junge freiheit.de*. <https://archive.is/BXkkA> (Zugriff: 19.3.2026).
- Kaiser, Benedikt (2025): Die zweite Reihe, oder: Trump als Zwischenschritt, in: *Sezession* 124, S. 30–33.
- Krause, Peter Krause (2025): Menschengemachter Klimawandel - alles gelogen, in: *eigentlich frei* 252, 14–15.
- Kubitschek, Götz (o. J.): George Packer: Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika. <https://sezession.de/59206/george-packer-die-abwicklung-eine-innere-geschichte-des-neuen-amerika> (Zugriff: 24.3.2026).
- Kuhnle, Joachim (2025): Atlantik-Brücke 2.0, in: *eigentlich frei* 258, S. 18–20.
- Land, Nick (2022): The Dark Enlightenment - by Nick Land. <https://fluidself.org/books/philosophy/the-dark-enlightenment> (Zugriff: 18.3.2026).
- Lichtmesz, Martin (2024): Dune - Planet des Widerstands, in: *Sezession* 120, S. 46–47.
- Lichtmesz, Martin (2025): Auserwähltes Volk, gelobtes Land. In: *Sezession* 124, S. 13–16.
- Lichtschlag, André (2026): Warum ef? - eigentlich frei. <https://ef-magazin.de/warum-ef/> (Zugriff: 18.3.2026).
- Olles, Werner (2022): Seelenlose Mischwesen, in: *Junge Freiheit* 21/22.
- Polleit, Thorsten (2025): EinBlick: Donald Trumps atemberaubende Revolution, in: *eigentlich frei* 250, S. 36.
- Scipioni, Jade (2020): Elon Musk: Government is the „Ultimate Corporation“. <https://www.cnbc.com/2020/12/10/elon-musk-government-is-the-ultimate-corporation.html> (Zugriff: 6.3.2026).
- Sellner, Martin (2025): Am Hof des digitalen Sonnenkönigs, in: *Sezession* 124, S. 26–29.



- Sezession (2026): Sezession im Netz - Den wahren, guten und schönen Rechten ein Tagebuch. <https://sezession.de> (Zugriff: 24.3.2026).
- Taghizadegan, Rahim (2020): Konträres Wissen? Contrepreneurship am Ende wirklich verstehen, in: *eigentümlich frei* 201, S. 38–39.
- Twiel, K. (2025): Curtis Yarvin und Tech-Mogule sind nicht der Untergang des Abendlandes. <https://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2025/curtis-yarvin-und-tech-mogule-sind-nicht-der-untergang-des-abendlandes/> (Zugriff: 26.3.2026).
- Wegner, Nils (2017): Über- ohne Mensch: Transhumanismus. In: *Sezession* 78, S. 24–29.
- Wegner, Nils (2024): „America First!“ – Slogan und Inhalt, in: *sezession.de*. <https://sezession.de/69676/america-first-slogan-und-inhalt> (Zugriff: 31.5.2026).
- Wegner, Nils (2025a): Amerikas Rechte nach 1945, in: *Sezession* 124, S. 34–37.
- Wegner, Nils (2025b): Elon Musk, Götzendämmerung – Absturzprotokoll 07. Sezession im Netz. Text abrufbar unter: <https://sezession.de/69918/elon-musk-goetzendammerung-absturzprotokoll-07> (Zugriff: 24.3.2026).

## LITERATUR

- Chafkin, Max (2021): *The Contrarian: Peter Thiel and Silicon Valley’s Pursuit of Power*, New York Deutschlandfunk.de (2025): Dystopien und anti-woke: das gefährliche Weltbild der US-Tech-Elite. <https://www.deutschlandfunk.de/tech-bro-topia-milliardae-re-oligarchen-musk-thiel-yarvin-vance-silicon-valley-100.html> (Zugriff: 18.3.2026).
- Kellershohn, Helmut (2026): Vom autoritären Liberalismus zum libertären Autoritarismus: Peter Thiels »dritter Weg« zwischen »Antichrist oder Armageddon«, in: Guido Arnold et al. (Hg.): *Umkämpfte Gerechtigkeit*, Münster, S. 17–36.
- Knobloch, Marlene (2026): Curtis Yarvin: Kommt ein Extremist in die Sauna, in: *Die Zeit* v. 5. März 2026. <https://www.zeit.de/2026/11/curtis-yarvin-rechtsextremismus-schloss-elmau-ivan-krastev-peter-sloterdijk> (Zugriff: 23.3.2026).

# „Trump’s Truth“ vs. die „verifizierte Wahrheit“ der BBC

Von Robert Tonks

Am 16.12. 2025 reichte US-Präsident Donald Trump eine Klage gegen den britischen öffentlich-rechtlichen TV-Sender die British Broadcasting Corporation (BBC) wegen Verleumdung ein. Mit diesem Beitrag möchte ich die Auswirkungen eines solchen medienpolitischen Schrittes auf die Konstruktion von Wahrheit in der Gesellschaft beleuchten. Ich beginne mit einer Begriffserläuterung:

## TRUMP’S TRUTH

Die Social-Media-Chat-Plattform „Truth Social“ wurde 2022 durch Donald Trump ins Leben gerufen, als er von den Plattformen Twitter und Facebook ausgeschlossen wurde. Ähnlich wie „Tweets“ und „Re-Tweets“ auf X (ehemals Twitter) können User „Truths“ und „Re-Truths“ posten. Es gibt auch eine Webseite „Trump’s Truth“, die eine Suchfunktion für Trumps Posts auf Truth Social anbietet.<sup>1</sup>

## DIE „VERIFIZIERTE WAHRHEIT“ DER BBC

„The fight for truth is on“ („Der Kampf um die Wahrheit läuft“) ist der Titel eines aktuellen Werbe-Videoclips im Hauptprogramm der BBC sowie in der BBC-Mediathek „iPlayer“ seit 2024, der betont, dass das Vertrauen der Menschen in den Sender durch unparteiische Reportagen verdient werden muss (= „trust is earned“).<sup>2</sup> Mit diesem Clip wirbt die BBC mittels eindrucksvoller Aufnahmen von Reporter\*innen-Einsätzen in Krisengebieten um das Vertrauen der Zuschauer\*innen. Zu diesem Zweck garantieren BBC-eigene Verifizierungsteams mit technisch-wissenschaftlichen Methoden den Wahrheitsgehalt der Beiträge (Stichwort: „Faktencheck“).<sup>3</sup>

## AUSGANGSTHESE

Die BBC ist für viele Menschen noch immer die gefühlte Ikone des Schutzes der Wahrheit vor der Lüge, ein anspruchsvolles Vorbild mit globaler Wirkung. Gemäß ihrem Modell wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in den Demokratien

1 Vgl. <https://truthsocial.com/@realDonaldTrump>; <https://trumpstruth.org/> - Alle Internetquellen wurden am 23.02.2026 nochmal abgerufen und überprüft.

2 Vgl. *The fight for truth is on*: BBC YouTube 02.10. 2024

3 Vgl. BBC Verify ab 2023 sowie BBC Verify Live ab 2025: <https://www.bbc.com/news/bbcverify>

der westlichen Welt und flächendeckend in Europa öffentlich-rechtliche Sender aufgebaut und betrieben.<sup>4</sup> In den letzten Jahren traf die BBC die Enthüllung einer Reihe höchst brisanter, selbst verursachter Vertuschungsskandale<sup>5</sup> tief ins Mark. Die Lage spitzt sich aktuell zu, denn „The fight for truth is on“, „der Kampf um die Wahrheit läuft“: Die Behandlung der Wahrheit, so die These, wird in Zukunft zunehmend emotionalisiert werden (Stichwort: Vertrauen). Wie in einem Wettkampf stehen jetzt schon „feindselige Fanblöcke“ einander gegenüber. Weil es keinen „Schiedsrichter“ gibt, spielt Fairplay keine Rolle.

### DIE BBC VERSTÖßT GEGEN DEN EIGENEN GRUNDSATZ

Euronews schrieb am 16.12.2025:

*Mit der 33-seitigen Klage wird die BBC beschuldigt, eine „falsche, diffamierende, trügerische, verunglimpfende, aufrührerische und böswillige Darstellung von Präsident Trump“ zu verbreiten, und bezeichnet dies als „dreisten Versuch, sich in die US-Präsidentenwahlen 2024 einzumischen und sie zu beeinflussen“. Vergangenen Monat hatte Trump bereits einen Brief an die BBC geschickt, in dem er mit einer Klage in Höhe von einer Milliarde Dollar drohte, weil eine Ausgabe der BBC-Flaggschiffsendung „Panorama“ mit dem Titel „Trump: A Second Chance?“; wenige Tage vor den US-Präsidentenwahlen 2024 ausgestrahlt wurde.*

*In der Klage wird die BBC beschuldigt „zwei völlig getrennte Teile von Präsident Trumps Rede am 6. Januar 2021 zusammengefügt“ zu haben, um „die Bedeutung der Worte von Präsident Trump absichtlich falsch darzustellen.“*

*Die Rede fand statt, bevor einige von Trumps Anhängern das US-Kapitol stürmten, als der Kongress kurz davorstand, den Sieg des designierten Präsidenten Joe Biden bei der Wahl 2020 zu bestätigen, von der Trump fälschlicherweise behauptete, sie sei ihm gestohlen worden. Der Sender hatte sich im vergangenen Monat bei Trump für die Bearbeitung der Rede entschuldigt, wies aber die Behauptung zurück, sie habe ihn verleumdet. Der BBC-Vorsitzende Samir Shah sprach von einer „Fehleinschätzung“, die den Rücktritt der BBC-Spitze und des Nachrichtenchefs zur Folge hatte.<sup>6</sup>*

### TRUMPS STRATEGIE

Bei der Klage gegen die BBC handelt es sich vordergründig um die unterstellte Beeinflussung des US-Präsidentenwahlkampfes 2024. Der BBC wird die Verleumdung des damaligen Präsidentschaftskandidaten Trump vorgeworfen. Allerdings wurde die fragliche Sendung im BBC-eigenen Politik-Magazin „Panorama“ in den USA *nie* ausgestrahlt, so dass von einer ernstzunehmenden Beeinflussung des Wahlausgangs kaum ausgegangen werden kann, zumal Trump die Wahl gewann.

Bereits mit der Androhung einer milliarden schweren Klage hatte Trump als ‚moralischer Sieger‘ ein Teilziel erreicht: Während Trump einen bedeutenden Kampf um die Wahrheit ‚gewann‘, wurde die BBC als Verliererin vorgeführt, entschuldigte sich und gab öffentlich zu, die Wiedergabe des ‚wahren Geschehens‘ absichtlich verzerrt zu haben.<sup>7</sup> *Der Direktor und die Nachrichtenchefin der BBC traten zurück.* Die später eingereichte tatsächliche Klage hat einen Streitwert von

4 Vgl. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/311191/75-jahre-oefentlich-rechtlicher-rundfunk-von-der-gruendung-der-ard-bis-heute/>

5 Vgl. <https://apnews.com/article/bbc-trump-lawsuit-tim-davie-timeline-db10fab44c2c33a8c830c8fb92714597>

6 Vgl. <https://www.euronews.com/2025/12/16/trump-sues-bbc-for-10-billion-in-defamation-lawsuit-over-edited-documentary>

7 Vgl. <https://www.nytimes.com/2025/11/13/world/europe/bbc-apology-trump.html>

#### BREXITANNIA

Großbritanniens Weg aus der EU  
Great Britain's Exit from the EU



Robert Tonks | Zakaria Rahmani



#### BREXITANNIA

Robert Tonks, Zakaria Rahmani  
Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49  
ISBN: 978-3-89771-778-7  
Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit\*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast *Brexitannia*, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als ›Erfinder des Brexit‹ gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit\*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehängten und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?



10 Milliarden US Dollar und wird voraussichtlich im Frühjahr 2027 verhandelt.

Die staatlich geführte BBC, die als Säule des öffentlichen Lebens neben Institutionen wie dem Parlament, dem nationalen Gesundheitsdienst und der Monarchie sich fortwährend gegenüber der Bevölkerung bewähren muss, wird aus heiterem Himmel mit einem Frontalangriff von Trump konfrontiert. Dass ein Präsident der USA ohne Abstimmung mit dem britischen Premierminister, also komplett an der Diplomatie im Rahmen der historisch gewachsenen ‚special relationship‘ vorbei, womöglich die ikonische BBC um 10 Milliarden US Dollar zu erleichtern vermag, sendete Schockwellen durch die britische Gesellschaft.

Sollte sich der US-Präsident durchsetzen, wäre das ein katastrophaler Schlag gegen das Prinzip des britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit absehbaren Folgen für ihre internationalen Pendanten.<sup>8</sup> Die Rechnung würde voraussichtlich durch eine Erhöhung der Fernsehgebühren ausgeglichen werden. Anders als die ARD und ZDF in Deutschland sind die diversen TV- und Radio-Sender der BBC frei von Werbung und erzielen auf diese Weise keine Einnahmen. So würde der innergesellschaftliche Druck, die BBC zu reformieren, zu privatisieren oder gar abzuschaffen, vom wichtigsten politischen Alliierten, der Weltmacht USA, beflügelt.

## DER KAMPF UM DIE WAHRHEIT LÄUFT

Mächtige privatwirtschaftliche Pay-TV-Anbieter wie Sky, Streaming-Dienste wie Netflix sowie ausländische Mediengiganten im angelsächsischen Raum, wie der aus Australien stammende Rupert Murdoch, der die rechtskonservativen Fox Corporation und Fox News in den USA kontrolliert, warten in den Startlöchern auf den Einstieg in das lukrative britische Geschäft. Obwohl Murdoch 2018 die Kontrolle über Sky verlor, beherrscht er

mit seinen Kindern im Rahmen einer Stiftung über News UK ein Drittel des britischen Zeitungsmarktes, einschließlich The Sun, The Sun on Sunday, The Times und The Sunday Times, die seit Jahrzehnten für ihre rechtskonservative Orientierung und die Beeinflussung von britischen Wahlen bekannt sind. Sky Group Ltd ist ein britischer Medienkonzern und seit 2018 ein Tochterunternehmen des US-Amerikanischen Comcast Corporation. Mit 23 Millionen Usern ist Sky der größte Anbieter von Pay-TV in Europa.<sup>9</sup>

Fox News wurde 1996 von Rupert Murdoch gegründet. Heute wird der Nachrichtensender in den USA dem rechtskonservativen, Trump und MAGA unterstützenden Flügel der Republikanischen Partei zugeordnet. Kritische Stimmen werfen dem Nachrichtensender die Verbreitung von ‚alternativen Fakten‘ und ‚fake news‘ vor. Mit über 3,5 Millionen Zuschauer\*innen zur Hauptsendezeit ist Fox News der meistgesehene Nachrichtenkanal der USA.<sup>10</sup>

In Großbritannien ist der 2022 gegründete rechtskonservative Nachrichtensender GB News weit von den Zuschauer\*innenzahlen von Fox News in den USA entfernt. Der selbst ernannte ‚People’s Channel‘ wird im Rahmen einer Holding von einem Londoner Hedge-Fund-Manager und einer Investment-Firma mit Verbindungen nach Dubai kontrolliert. Der aktuelle CEO leitete bis vor kurzem Sky News Australia. Neben den Nachrichtensendern der BBC, ITV, Channel 4 und Sky ist es für GB News nicht leicht Fuß zu fassen, der Newcomer verfügt aber nach eigenen Angaben über die am stärksten wachsenden Zuschauer\*innenzahlen im Land.<sup>11</sup> Der britische Rechtspopulist Nigel Farage, ehemals Chef der UKIP und BREXIT-Parteien sowie aktuell Mitglied des britischen Parlaments und Chef der Reform UK Partei – nach den Meinungsumfragen die derzeit populärste Partei Großbritanniens – ist der prominenteste Dauergast und als Sub-Unternehmer auch auf der Gehaltsliste von GB News.

Dass Nius, die 2022 gegründete deutsche Nachrichtenplattform auf YouTube, ähnliche rechtskonservative Ziele wie Fox News verfolgt, ist kein Zufall. Frank Gotthard, IT-Software-Pionier im medizinischen Sektor, einer der reichsten Männer Deutschlands, hat als Investor in Nius viel vor. Am 12.12.2024 schrieb das Handelsblatt „Millionär will mit Nius das deutsche Fox News aufbauen“.<sup>12</sup>

## EIN TRANSATLANTISCHES MACHTSPIEL – ENDE OFFEN

Im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahl 2024 wollte die Redaktion des Flaggschiff-Politmagazins der BBC ‚Panorama‘ „Flagge zeigen“ und Pluspunkte bei ihrem Trump-kritischen Publikum in Großbritannien sammeln. Sie provozierte ein transatlantisches Machtspiel, bei dem die BBC jetzt um ihr Überleben kämpft.

8 Für eine Übersicht über die Marktanteile der öffentlich-rechtlichen Sender Europas vgl. <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/24785024>

9 Vgl. <https://www.meltwater.com/en/blog/uk-media-landscape-companies>; Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Sky\\_Group](https://de.wikipedia.org/wiki/Sky_Group)

10 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Fox\\_News\\_Channel#:~:text=Mit%20bis%20zu%203%2C57,der%20meistgesehene%20Nachrichtenkanal%20der%20USA](https://de.wikipedia.org/wiki/Fox_News_Channel#:~:text=Mit%20bis%20zu%203%2C57,der%20meistgesehene%20Nachrichtenkanal%20der%20USA)

11 Vgl. <https://www.gbnews.com/news/friends-of-gb-news-sees-100000-viewers-join-in-just-eight-weeks>

12 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/millionaer-frank-gotthardt-will-mit-nius-das-deutsche-fox-news-aufbauen/100093718.html>

Michel Foucault forderte seinerzeit eine kritische Distanz zu den Machtverhältnissen liberaler Demokratien statt eines blinden Vertrauens in sie. Das Vertrauen in den Schutz des Staates fördere die Verfestigung seiner Machtmechanismen.<sup>13</sup> So ist sowohl das Verhalten Trumps als Vertreter des US-Staates als auch der BBC als Vertreterin des britischen Staates im Umgang mit der Wahrheit kritisch zu betrachten.

Das Hauptmotiv bei gesellschaftspolitischen Präferenzen ist das Vertrauen oder das Fehlen von Vertrauen. Vertrauen ist zwar in erster Linie eine Emotion, also das ‚evolutionär‘ überlieferte Gefühl der Geborgenheit mit einer Person oder Sache, es ist aber auch eine Kognition oder Überzeugung, dass etwas oder jemand gut ist, sowie schließlich auch ein Verhalten, bei dem man etwas trotz eines Risikos macht.

Das fehlende Vertrauen in die Regierungen liberaler Demokratien und ihre Institutionen wächst. Ihre Gegner\*innen, MAGA, Reform UK, AfD, Rassemblement National u.v.m. sind auf dem Vormarsch. Nicht nur die BBC, sondern auch die grundsätzliche Idee der öffentlich-rechtlichen Medien überhaupt befinden sich in der tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Klage Trumps gegen die BBC kann als ein symbolischer Angriff auf die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten Europas gewertet werden, die größtenteils nach dem Zweiten Weltkrieg flächendeckend europaweit aufgebaut wurden, heute noch betrieben werden und die durch kapitalstarke privatwirtschaftliche Konzerne ersetzt werden sollen.

Ein länger bestehendes transatlantisches Machtspiel ist der Kampf der Europäischen Kommission gegen die Tech-Giganten um die Regulierung der sozialen Medien,<sup>14</sup> über die ein Großteil der hauptsächlich jüngeren Bevölkerung ihre Informationen bezieht. Gesellschaftspolitische Inhalte werden teilweise von selbsternannten Influencer\*innen verbreitet, die ohne demokratische Legitimation agieren.

Bei diesem Kampf der Kulturen handelt es sich um tiefgehende soziale Konflikte zwischen progressiven und konservativen

Weltanschauungen, um Themen wie Abtreibung, Bildung, Gender, Multikulturalismus sowie Werte, Normen und Identitäten.<sup>15</sup>

Nach Foucault werden Wahrheiten durch Diskurse gestiftet.<sup>16</sup> Welches Verhältnis zur Wahrheit die Medien, vor allem die sozialen Medien der Zukunft haben werden, die zunehmend auf Techniken wie KI und *bullshitting*<sup>17</sup> angewiesen sein werden, ist ebenso wenig absehbar wie das Ergebnis des fortlaufenden Machtspiels um sie. Der Wahrheitsgehalt von KI resultiert entweder aus dem ‚wahren‘ Inhalt oder aus dem *bullshitting*, mit dem ChatGPT et al. trainiert bzw. gefüttert werden.<sup>18</sup> Von einer ‚neuen Normalität‘ bestehend aus einem Gemisch aus beiden kann ausgegangen werden.

Was die Zukunft der ‚Wahrheit‘ bei den TV-Medien betrifft, verheißen mächtige Vorboten wie FOX News im Zusammenspiel mit US-Präsident Donald Trump mit seiner „Truth Social“-Plattform, seinen „Truths“ und „Re-Truths“, oder die berüchtigten „alternative facts“, die seine Beraterin Kellyanne Conway 2017 während eines Interviews in der NBC-Sendung „Meet the Press“ ins Spiel brachte, nichts Gutes. Europäische Nachahmersender wie GB News und Nius werden es in hartumkämpften und teils staatlich regulierten Märkten nicht leicht haben und sich deshalb auf ihre Präsenz in den sozialen Medien konzentrieren. Ob die BBC et al. die Krise der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten überleben, hängt in diesem Machtspiel nicht zuletzt von ihrer Fähigkeit ab, das Vertrauen ihres Publikums dauerhaft zu ‚verdienen‘. Ihre Chance hierzu liegt in der stringenten Bindung ihres eigenen hohen Anspruchs, bei ihrer Berichterstattung „die Wahrheit zu verifizieren und zu garantieren“, an die Wirklichkeit.

Nur so kann sich die BBC mit einem Alleinstellungsmerkmal in einer medialen Zukunft, in der sich *truth* und *bullshitting* gegenseitig ergänzen, profilieren. Mit anderen Worten: *To earn trust practise what you preach!*

13 Clemens Kammler / Rolf Parr / Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, 2. Aufl., Wiesbaden 2020, S. 343ff.

14 <https://www.ad-hoc-news.de/boerse/news/ueberblick/eu-digitalgesetz-bruessel-verschaerft-druck-auf-tech-giganten/68594979>

15 Vgl. [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-counter-illegal-hate-speech-online\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-counter-illegal-hate-speech-online_en)

16 Clemens Kammler et al. (wie Fn. 13).

17 Vgl. Harry G. Frankfurt: *On Bullshit*. Princeton University Press, Princeton, New Jersey 2005

18 Vgl. M.T. Hicks / J. Humphries / J. Slater: ChatGPT is bullshit. *Ethics Inf Technol* 26, 38 (2024). <https://doi.org/10.1007/s10676-024-09775-5>



# Trump incorporated

## VON DER APOTHEOSE DES MARCO RUBIO

Von Jobst Paul

Nach dem feindseligen Auftritt des USVizepräsidenten JD Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 wurde die Rede seines Konkurrenten, des USAußenministers Marco Rubio, am 14. Februar 2026 – zwei Wochen vor Beginn des Irankriegs – mit Spannung erwartet. Noch im Saal war angesichts von vermeintlich versöhnlichen Tönen von einem gewissen Aufatmen die Rede, dem sogar eine Standing Ovation folgte. Doch kaum war die USDelegation abgereist, traten die aggressiven Elemente hervor, die Rubio in seine „ausgestreckte Hand“ gelegt hatte – vor allem seine Definition des „gemeinsamen Erbes“ des Westens.

Wenige Tag zuvor hatte der israelische Premier Netanjahu Trump, Rubio und andere im Weißen Haus mit einer MultimediaShow von einem vermeintlich einfachen Schlag gegen den Iran überzeugen wollen. Während Trump und sein Kriegsminister Pete Hegseth eher begeistert schienen, warnen Geheimdienste und Militärs tags darauf vor dem Plan: Rubio, der intern von „Bullshit“ gesprochen haben soll, der aber Trump gegenüber schwieg, versuchte im März 2026, als sich chaotische Kriegsfolgen abzeichneten, Trump zu entlasten, indem er Netanjahu zur treibenden Kraft erklärte – und damit den Vorwurf des Antisemitismus auf sich zog.

Mit einer Haltung zwischen Opportunismus, Anpassung und kompromissloser Loyalität ist Rubio während der ersten Hälfte der Präsidentschaft Trump II zum zentralen Knotenpunkt der US-Regierungsmacht geworden.

### ÄMTERHÄUFUNG ALS ABWICKLUNGSSTRATEGIE

Noch 2016 war Rubio als Vertreter der republikanischen Mitte mit scharfen Angriffen auf Trump angetreten, nannte ihn einen Verrückten und Betrüger und versprach den Rückzug aus der Politik für den Fall seiner Niederlage – um sich nach Trumps Sieg sofort hinter den Kandidaten zu stellen. Vor diesem Hintergrund erscheint der Außenministerposten als Gegenleistung, auf die bald weitere Funktionen folgen: Nach dem Sturz des Nationalen Sicherheitsberaters Mike Waltz rückte Rubio nach und vereinigt damit – nominell – eine Machtfülle, die seit Kissinger kein USPolitiker mehr besaß. Nominell – weil Rubio den Nationalen Sicherheitsrat nach Trumps Weisungen zum bloßen Exekutor präsidentialer Weisungen umformte, so dass die 2025 veröffentlichte *National Security Strategy* klar Trumps Handschrift trägt.

Weitere „Abwicklungsaufträge“ kamen hinzu: So ‚entkernte‘ Rubio das eigene State Department auf Trumps Order hin von allen mit Menschenrechten und Flüchtlingen befassten Abteilungen. In gleicher Weise zerschlug Rubio auf Trumps Geheiß die Entwicklungshilfe-Behörde USAID, stoppte einen Großteil der Programme und zerstörte so ein in Jahr-

zehnten aufgebautes Fachwissen. Kurz darauf entließ Rubio die leitende Archivarin der *National Archives*, der Behörde, die in der Präsidentschaft Trump I MaraLago durchsucht hatte, trat an ihre Stelle und „verschlangte“ auch diese Institution.

### VOM „LITTLE MARCO“ ZUM KRIEGSMANAGER

Entsprechend sahen viele USMedien Rubio bisher nicht als eigenständige politische Größe, sondern als Trumps Sprachrohr mit einem begrenzten Eigenprofil. Bilder aus MaraLago zeigen ihn im „temporary situation room“ (während der ersten Angriffe im Iran-Krieg) neben dem Präsidenten eher als Statisten. Auch verschiedene Anekdoten scheinen das Machtgefälle zu bestätigen: So drängte Trump Rubio und Vance, die er als „kids“ titulierte, Schuhe seiner Lieblingsmarke auf, und da keiner von ihnen wagte, die Schuhe nicht zu tragen, zeigte sich Rubio bei einem diplomatischen Termin in viel zu großen Schuhen. Bei anderen Gelegenheiten demonstrierte Trump seine Machtposition, indem er Rubio vor versammelter Weltpresse demütigte.

In diametralem Kontrast dazu beschreiben andere Beobachter Rubio als militanten Antreiber in der Mitte des Systems. Sie sehen ihn an der Spitze der aggressiven Kampagnen gegen den Iran, gegen Venezuela, Kuba und andere Länder und als maßgeblichen Planer des zwölfjährigen Irankrieges. Der frühere israelische Botschafter Michael Oren sieht sogar ein Trump und Rubio eng verbindendes „Projekt, Geschichte zu schreiben“.

Dabei ist Rubios Karriere von Kehrtwendungen geradezu gesäumt. Als Senator ließ er eigene Vorlagen fallen, sobald sie chancenlos waren – um am Ende bei der Mehrheit zu stehen. Unter Trump gab er seine Unterstützung der Ukraine auf, wurde vom moderaten Einwanderungspolitiker zum Apologeten radikaler Abschiebungen und vom Befürworter des Freihandels zum Unterstützer der Trump'schen Zollpolitik. Den von ihm mitinitiierten *NATO Support Act* von 2023, der einen präsidentialen Alleinaustritt verhindert, lässt er rhetorisch hinter sich, indem er nun eine „Neubewertung“ des Bündnisses fordert.

Zusammen genommen aber hatte Rubios ‚Anpassungsstrategie‘ stets realpolitische Folgen, kann also nicht als temporäre Episode betrachtet (und übergangen) werden. Aus dieser Perspektive müssen die von Rubio in München vertretenen Positionen ernst genommen werden, auch wenn sie ‚lediglich‘ neuer Trumps Sicherheitsdoktrin entsprechen.

## DREI SCHAUPLÄTZE DER REGRESSION

In München inszenierte Rubio drei große Konfliktfelder, die sich wie ein Gegenprogramm zur Nachkriegsordnung lesen.

### 1. RASSISMUSRENAISSANCE

Rubio erklärt, die USA hätten kein Interesse daran, „Verwalter des kontrollierten Niedergangs des Westens“ zu sein. Er beschwört Trumps Vision einer Zukunft, „so stolz, so souverän und so lebenswichtig wie die Vergangenheit unserer Zivilisation“, und zeichnet Massenmigration als Bedrohung von Zusammenhalt, Kultur und „Volk“.

Entsprechend spricht die *National Security Strategy* von der drohenden „zivilisatorischen Auslöschung“ Europas: In zwanzig Jahren werde der Kontinent durch Migrationspolitik nicht wiederzuerkennen sein. Der wachsende Einfluss „patriotischer Parteien“ in Europa sei ein Hoffnungssignal. Rubio hatte schon vor München die globale Nachkriegsordnung als Waffe bezeichnet, „die gegen uns eingesetzt wird“; eine liberale Weltordnung sei eine gefährliche Täuschung.

### 2. CHRISTLICHE EXPANSION

Rubio beschwört eine gemeinsame christliche Identität Europas und der USA, die er weniger als Ethik denn als Expansionsmentalität versteht. Er ruft die Gewölbe der Sixtinischen Kapelle und die Türme des Kölner Doms als Belege für die „Größe unserer Vergangenheit“ auf und stellt das Ende des Zweiten Weltkriegs als **Zäsur** eines erfolgreichen Expansionsprojekts dar. Denn bis dahin, so seine Erzählung, hätten Missionare, Pilger und Soldaten Ozeane überquert, Kontinente besiedelt und Reiche errichtet. Der „italienische Abenteurer“, der das Christentum nach Amerika brachte, wird zum mythischen Gründer; die Expansion ins Landesinnere, Rubios spanische Familienwurzeln und der CowboyArchetyp verschmelzen zur Erzählung eines weißen, christlichen Westens.

Kritiker haben hervorgehoben, dass Rubio die Rolle von Sklaverei, Afroamerikanern und indigenen Gesellschaften auslöscht – zugunsten des Narrativs, dass die christlichen Siedler ein „leeres Land“ zivilisierten.

### 3. „SCHULDKULT“ UND SOZIALDARWINISMUS

In München richtete Rubio einen Appell an sein deutsches Publikum, sich nicht von „Schuld und Scham“ und von den vermeintlichen Sünden vergangener Generationen fesseln zu lassen, sondern stolz auf das eigene Erbe zu sein. Ohne Nationalsozialismus und Holocaust überhaupt zu erwähnen, rief Rubio in der Stadt des Münchner Abkommens zum Ende des „Schuld Kults“ auf. Damit schloss sich Rubio an reaktionäre Denkschulen nach

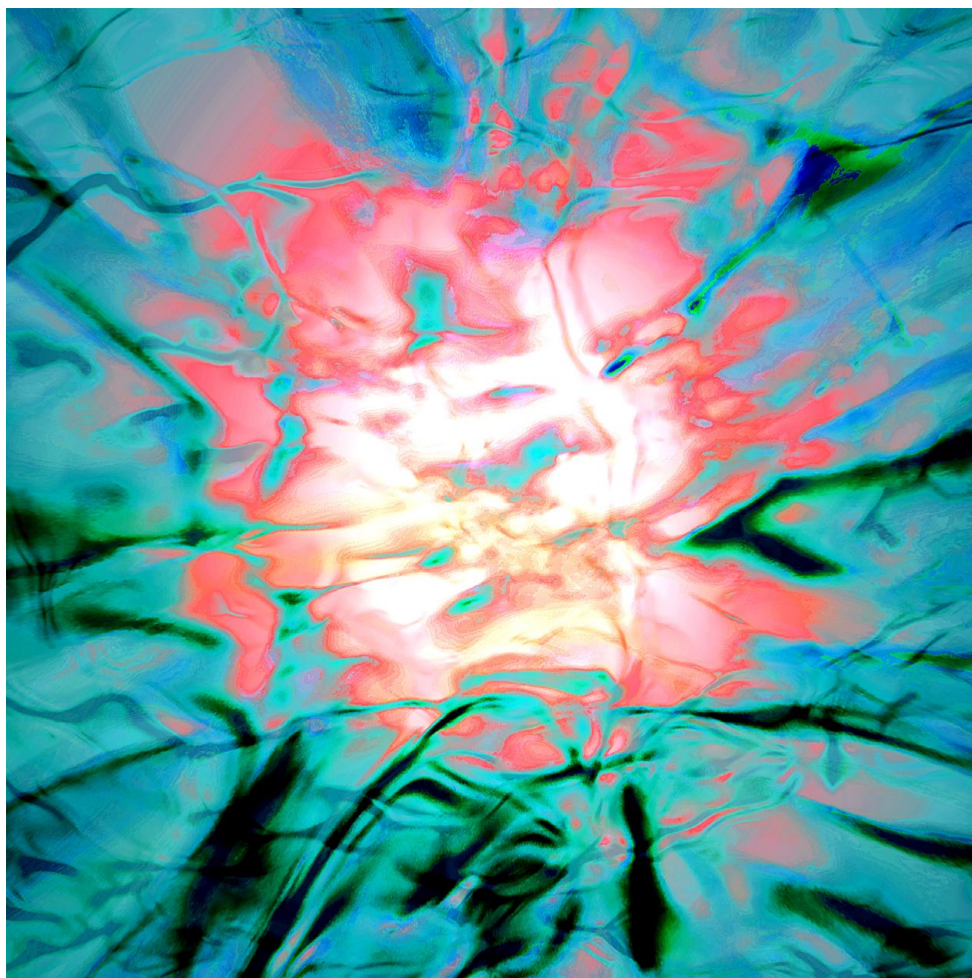
1945 an, die den neu etablierten Primat der Menschenwürde als ‚fundamentalistischen‘ Irrweg bezeichneten, im Gegensatz zu einer ‚realistischen‘ sozialdarwinistischen Logik: Die Nachkriegsinstitutionen – UNO, EU, Menschenrechte – erscheinen in dieser Sicht als „gefährliche Täuschung“, die einer vermeintlich natürlichen Ordnung des Kampfes aller gegen alle im Wege steht.

## BRÜCKENRELIGION UND BÜNDNISARCHITEKTUR

Rubio inszeniert sich seit Jahren als tief religiöser Politiker. Aus katholischer Kindheit, mormonischer Jugend und evangelikaler Erweckung konstruiert er eine Biografie, die ihn zugleich mit katholischen und evangelikalen Milieus verbindet. Als Außenminister zeigte er sich zu Aschermittwoch mit Aschenkreuz, nahm an der Inauguration von Papst Leo XIV. teil, veröffentlichte Osterbotschaften im Ton katholischer Liturgie und hielt gleichzeitig evangelikale Predigten vor Massenpublikum.

Rubios „Brückenreligion“ erlaubt es ihm, das Projekt eines christlich definierten Westens zu artikulieren, das sich gegen Säkularismus und Liberalismus richtet und Anschluss an USEvangelikale, orthodoxe und katholische Traditionalisten bietet. Seine Zivilisationsrhetorik, in der der Westen wesentlich christlich ist und der entsprechend diese religiöse Identität politisch verteidigt werden muss, folgt in ihrer Logik durchaus der Ideologie von Putins „Russkiy Mir“, der Vorstellung einer christlich-russischen, imperial vereinigten ‚russischen Welt‘ weit über russische Ländergrenzen hinaus.

Israel spielt in diesem Rahmen eine besondere Rolle. Unter dem Einfluss von Groß Spendern wie Norman Braman radi-





## Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)



Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper  
 Autoritäre Zuspitzung  
 Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5  
 Unrast-Verlag, 2019  
 Seiten: 220  
 Reihe: Edition DISS Band: 40  
 Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur »auf der Straße«, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.

kalisierte Rubio seine ProIsraelPositionen, wobei er Israels Konflikt mit dem Iran als Brennpunkt eines zivilisatorischen Kampfes gegen die nicht-christliche Welt interpretiert. Die Verbindung aus militärischem Interventionismus, christlich aufgeladener Zivilisationspolitik und dem Appell gegen ‚Schuldkult‘ machen es allerdings zweifelhaft, welche tatsächlichen Inhalte Rubio mit seinen Aufrufen gegen Antisemitismus verbindet.

Die vielen ideologischen Anknüpfungspunkte, die Rubio inzwischen bietet, erklären das große Interesse an einer möglichen Präsidentschaftskandidatur Rubios 2028, das sich inzwischen in einer „Draft Rubio“-Bewegung, d.h. einer Unterstützerbewegung niederschlägt. Während Vance immer wieder mit radikalen Auftritten und gescheiterten Missionen aufgefallen ist, gibt Rubio den moderateren, aber nicht weniger entschlossenen Vertreter desselben autoritär-christlichen Lagers.

## APOTHEOSE EINES PRINZIPIENLOSEN?

Kritische Beobachter zeichnen das Bild eines Politikers, der Überzeugungen taktisch behandelt. Seine Bereitschaft, Demütigungen durch Trump hinzunehmen, lässt sich als extreme Unterordnung lesen – oder als Kalkulation, um in dessen Schatten maximale Gestaltungsmacht zu gewinnen.

Rubio verbindet mit Trump den Drang zur „mächtigen, militanten“ Inszenierung, nur dass er diese in eine vordergründig glänzende Rhetorik kleidet. In München präsentierte er eine Mischung aus mittelalterlich anmutendem Christozentrismus, AntiMultilateralismus des Kalten Kriegs, Sozialdarwinismus, Rassismus, *Clash of Civilizations*-Logik und aktualisierter MonroeDoktrin.

Diese Melange ist anschlussfähig – an autoritäre Projekte in den USA, an europäische Nationalismen, an religiöse Fundamentalismen und ultrakapitalistische HighTechVisionen. Nach den Erfahrungen mit Trump wäre es naiv, sie für nicht präsidentialfähig zu halten.

Gleichzeitig trägt Rubio einen inneren Widerspruch in sich: Er versucht, USIsolationismus und den Anspruch globaler Kontrolle zu verschmelzen. Darin steckt ein ideologischer Sprengsatz, der sich nicht allein durch rhetorische Virtuosität entschärfen lässt. Dennoch könnten der Apotheose Marco Rubios noch weitere Kapitel bevorstehen.

*Kurzform eines auf DISSkursiv erschienenen Aufsatzes. Die ausführliche Fassung mit vollständigen Quellenangaben findet sich unter:*

<https://diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2026/05/2026-05-06-Marco-Rubio-Artikel-Jobst.pdf>.

Jobst Paul ist langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter im DISS.



# Das Projekt „Junge Freiheit“ wird 40

Von Helmut Kellershohn

*Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wird in diesem Jahr 40 Jahre alt. Sie gilt als das „Flaggschiff“ (Wolfgang Gessenharter) der neurechten Publikationsorgane und hat sich – bei aller weltanschaulichen Orientierung – einer pragmatischen, realpolitischen Haltung verschrieben. Mit Gründung der AfD stellte sie sich der Partei als inoffizielles Sprachrohr zur Verfügung, verfolgt aber durchaus eigene Ziele.*

Die „Junge Freiheit“ (JF) erschien erstmals im Juni 1986, zunächst kurzzeitig als Jugendzeitschrift einer Abspaltung der „Republikaner“ in der Nähe von Freiburg. Zur Redaktion gehörten unter anderem der damals erst 19-jährige Dieter Stein und der promovierte Volkswirtschaftler Götz Meidinger. Von dem in den Anfängen recht unansehnlichen Blatt mit einer zweimonatigen Erscheinungsweise hat sich die JF mittlerweile zu einem Erfolgsprojekt der „Neuen Rechten“ entwickelt. Seit 1994 erscheint sie als Wochenzeitung in Berlin, zuletzt mit einer laut IVW verkauften Auflage von 26.298 Exemplaren. Nach einem Richtungsstreit in der Redaktion anlässlich eines geschichtsrevisionistischen Artikels Armin Mohlers übernahm Dieter Stein die alleinige Geschäftsführerschaft – mit einer deutlichen Anteils-Mehrheit im Herausgeberverein „JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co.KG“. Die lange Zeit, durch Umzüge und den Ausbau der Zeitung, finanziell prekäre Situation konnte durch diverse Abo-Kampagnen, die Gewinnung von Kommanditisten und die Bildung eines Förderkreises „Freunde der Jungen Freiheit“ langfristig stabilisiert werden. Diverse Antifa-Kampagnen, z.B. um Bahnhofsbuchhandlungen dazu zu bewegen, die Zeitung aus ihrem Sortiment zu nehmen, konnten dies nicht verhindern. Auch die juristische Auseinandersetzung wegen ihrer Erwähnung im NRW-Verfassungsschutzbericht überstand die Zeitung letztinstanzlich vor dem Bundesverfassungsgericht.

Ein wichtiger Unterstützer war der Münchner Verleger Herbert Fleissner, der für sein umfangreiches Verlagsimperium Anzeigen in der JF schaltete und damit das insgesamt bis heute dürftige Anzeigenaufkommen der JF aufbesserte. Ein weiterer wichtiger Unterstützer war Caspar von Schrenck-Notzing, ehemaliger Gründer und Herausgeber der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticón“. Der millionenschwere Großaktionär von WMF und BASF gründete im Jahr 2000 die „Förderstiftung konservative Bildung und Forschung“ (FKBF). 2007 übergab er Dieter Stein deren Vorsitz. Seitdem verleiht die FKBF zusammen mit der JF den 2004 ins Leben gerufenen „Gerhard-Löwenthal-Preis“. Vor allem aber ermöglichte die Stiftung 2012 die Einrichtung der „Bibliothek des Konservatismus“ (BdK) in Berlin.

Am Konsolidierungsprozess der JF beteiligte sich auch Götz Kubitschek, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre Aktivensprecher der „Deutschen Gildenschaft“ und 1995-97 JF-Redakteur für „Sicherheit und Militär“. Im Gegensatz zu Kubitschek ist Dieter Stein bis heute Mitglied. Zusammen mit dem Gildenschaftler Karlheinz Weißmann, dem wichtigsten intellektuellen Stichwortgeber der JF, gründete Kubitschek im Jahr 2000 das (im Mai 2024 aufgelöste) „Institut für Staatspolitik“ (IfS), 2003 wurde die Institutszeitschrift „Sezession“ ins Leben gerufen. Die Kooperation zerbrach allerdings aufgrund strategischer Differenzen, die 2014 zum Ausscheiden Weißmanns als Wissenschaftlicher Leiter aus dem IfS führten.<sup>1</sup> Seitdem war das Verhältnis zwischen JF und IfS gespannt, zumal es bereits vorher mehrfach Differenzen zwischen Stein und Kubitschek gegeben hatte.<sup>2</sup> Als Ersatz für die „Sezession“ wurde 2017 auf Betreiben Weißmanns die Zwei-monatszeitschrift „CATO. Magazin für neue Sachlichkeit“ gegründet. Die „CATO Verlag GmbH“ ist eine 100prozentige Tochter der „JUNGE FREIHEIT Verlags GmbH & Co. KG“ und hat ihren Sitz im Gebäude der „Bibliothek des Konservatismus“. Die Bibliothek erfüllt – neben ihrer originären Rolle – als Veranstaltungs- und Schulungsort eine ähnliche Funktion wie das „Institut für Staatspolitik“, die nach dem Zerwürfnis zwischen Stein, Kubitschek und Weißmann seit 2014 umso wichtiger wurde.

Als grobe Struktur der zumeist 24 Seiten umfassenden Zeitung dienen die vier Rubriken Politik, Thema, Kultur und Wissen. Im Vergleich zu anderen Wochenzeitungen ist das Wirtschaftsteil mit nur zwei Seiten auffallend klein. Die Titelseite der JF gibt Aufschluss über das Schwerpunktthema der jeweiligen Ausgabe und beinhaltet sowohl den Leitartikel als auch die Kolumne des Chefredakteurs Dieter Stein. Als wichtige Autoren sind neben Stein vor allem Karlheinz Weißmann, Torsten Hinz und Michael Paulwitz zu erwähnen: Weißmann aufgrund seiner bedeutenden Stellung innerhalb der deutschen „Neuen Rechten“ als einflussreicher Autor und Kuratoriumsvorsitzender der AfD-nahen „Desiderius-Erasmus-Stiftung“; Hinz und Paulwitz als langjährige Stammautoren und Preisträger des „Gerhard-Löwenthal-Preises“ und Paulwitz zusätzlich als Pressereferent der AfD-Bundestagsfraktion. Neben der Printausgabe betreibt der Verlag ihre Website mit teils kostenpflichtigen Artikeln und einem wöchentlichen Newsletter, den YouTube-Kanal JF-TV, auf dem eine Vielzahl eigenproduzierter Formate veröffentlicht werden, und den JF-Buchdienst, welcher neben Druckerzeugnisse verschiedene Merchandise-Artikel, Filme und Hörbücher vertreibt. Auf Social Media ist die JF ebenfalls präsent. Für die Bindung zum eigenen Milieu veranstaltet die Zeitung den „JF-Jungautoren-Wettbewerb“ und lädt zum vornehmen Sommerfest nach Berlin ein.

1 Das IfS wurde im Mai 2024 aufgelöst und als Ersatz die *Menschenpark Veranstaltungs UG* gegründet, die *Sezession* an das neugegründete Unternehmen *Metapolitik Verlags-UG* übergeben.

2 Vgl. das jüngste Interview Steins mit Jasmin Kosubek (<https://www.youtube.com/watch?v=efXFx5VXg9Y>).



## WELTANSCHAUUNG UND REALPOLITIK

Die neurechte *Junge Freiheit* versteht sich selbst nicht als Bestandteil der Neuen Rechten. Das hat Dieter Stein bei vielen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Der Begriff „Neue Rechte“ sei „dauerhaft als Definition einer antidemokratischen, genuin rechtsextremistischen Position markiert, und wer ihn annimmt, schließt sich damit aus“, schrieb Stein 2009 in der JF (03/2009, S. 11). Stattdessen schlug er mit Blick auf die Unionsparteien vor, den Begriff „Konservatismus“ offensiv zu besetzen und ihn dem Deutungsmonopol der Union und der konservativen Medienlandschaft zu „entreißen“. Der ehemalige Stammautor Günter Zehm („Pankraz“) nannte die JF ein Organ des „wahren“ Konservatismus. Tatsächlich okkupiert sie den Konservatismusbegriff aus dem Geist der Konservativen Revolution bzw. in der Tradition des Weimarer Jungkonservatismus. In ihrem offiziellen *Leitbild*, das sie 2011 anlässlich ihres 25jährigen Erscheinens veröffentlichte, zitiert sie unter dem Stichwort „Konservatismus“ zustimmend Albrecht Erich Günther aus dessen Aufsatz *Putsch und Revolution* (1928),<sup>3</sup> wonach der Konservatismus „nicht ein Hängen an dem [ist; H.K.], was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“ (Junge Freiheit 2011, S. 6). Armin Mohler sah in dieser Formulierung die konservativ-revolutionäre Haltung adäquat (Mohler 2000, S. 33) zum Ausdruck gebracht. Karlheinz Weißmann deutete Günthers Satz als „gültige Formulierung des Hauptanliegens des Jungkonservatismus“ (Mohler/Weißmann 2005, S. 134). In seiner „Kurze[n] Geschichte der konservativen Intelligenz“ (2011) stellt er die JF in die Tradition dieser Strömung der Konservativen Revolution.

Armin Mohler zufolge beinhaltet die gegen die Weimarer Republik gerichtete Formel Günthers den Versuch einer Unterscheidung zwischen dem, was „das überzeitlich Gültige“ sei, und dem, „was vorübergehende Form des Tages ist und ständiger Veränderung“ (Mohler 2000, S. 33) unterliege. Mit der Fähigkeit zu dieser Unterscheidung stehe und falle die konservativ-revolutionäre Haltung. Für Mohler sind zum Beispiel anthropologische Gegebenheiten grundlegende Konstanten. Menschliche Institutionen könnten auf Dauer nur dann existieren, wenn sie dieser Menschennatur angemessen sind, und dazu gehöre die prinzipielle Ungleichheit des Menschen. Daher sei „ein Staatsaufbau widersinnig, der Ausdruck der Gleichheit sein“ wolle. Für den Konservativen, so Mohler, sei ein „Staat ohne Hierarchie“ nicht denkbar. Dieses „Bekenntnis [!] zum Grundsatz der Stufung“ habe aber „nicht notwendig das Bekenntnis zu bisherigen Hierarchien zur Folge“. Es werde „solche Stufungen immer geben, aber die Eliten, welche die Stufen besetzen“, könnten durch neue Eliten ersetzt werden. Exakt in diesem Sinne bemerkt Dieter Stein zu der Frage, was denn konservativ sei: „Konservativ ist organische Ordnung, natürliche Hierarchie und Autorität gegen die Utopie totaler Gleichheit und die Idee völliger Machbarkeit.“ (Junge Freiheit 2011, S. 95)

Trotz dieser Selbstverpflichtung auf die Konservative Revolution hat Dieter Stein den Blick immer auf das Naheliegende gerichtet. Er gehört im Lager der Neuen Rechten zu denjenigen, die sich bewusst einer pragmatischen, realpolitischen Haltung verschrieben haben. Politik sei die „Kunst des Möglichen“ und lebe nun mal von Kompromissen (JF 05/2015, S. 1). Oder: Politik sei „das Bohren dicker Bretter“ (JF 38/2014, S. 1). Es handelt sich um ein gradualistisches Politikverständnis: Ziele, die man sich setzt, müssen in einem überschaubaren Zeitraum ‚Schritt für Schritt‘ erreichbar sein, dann lassen sich unter veränderten Gegebenheiten neue Ziele setzen. Spekulationen über ein in der Ferne liegendes (End-)Ziel sind nicht falsch, aber zunächst mal, für die anstehende Etappe, von untergeordneter Bedeutung. Welche Ziele hat sich nun die JF im Rahmen dieser „Strategie der kleinen Schritte“ (Stein in der FAZ v. 03.11.2011) gesetzt?

In einer Bilanz, die Stein zu Beginn des Jahres 2007 nach zwei Jahren Große Koalition zog (JF 04/2007, S. 1), deutete er im Rahmen einer knappen Lageanalyse die politische Aufgabe der JF wie folgt an. Angesichts der „tiefgreifenden und ungelösten Probleme [...], vor denen Deutschland“ stehe, vermisse er eine „bundesweite seriöse rechte parlamentarische Alternative“; es gäbe eine „große und wachsende Leerstelle im deutschen Parteiensystem“, nachdem Helmut Kohl „konservative Positionen in seiner Partei ausgelöscht“ habe. Die Union präsentiere sich als „opportunistisch verlängerte Werkbank linker Gesellschaftspolitik“, wie die Familienpolitik von der Leyens zeige. Rechte Alternativen zur Union (Republikaner, Bund Freier Bürger, Schill-Partei) seien bislang am fehlenden „medialen Resonanzboden“, an der „geballte[n] Macht der politischen Klasse und des von ihr instrumentalisierten Verfassungsschutzes“ sowie „eigenem Unvermögen“ gescheitert. Und im Gegensatz zu Österreich, wo die FPÖ Exponent eines breiten gesellschaftlichen Lagers („Drittes Lager“) sei, gäbe es noch kein tragfähiges gesellschaftliches Milieu für die Durchsetzung rechter Positionen auf parlamentarischer Ebene. Die politische Aufgabe der JF sah Stein demzufolge darin, an der Bildung eines solchen Milieus mit publizistischen Mitteln mitzuwirken und – unter günstigeren Rahmenbedingungen – erfolgversprechende Sammlungsbewegungen und Parteibildungsprozesse medial zu unterstützen.



<sup>3</sup> Günther war Mitglied des Juniklubs um Moeller van den Bruck und Heinrich von Gleichen und seit 1926 zusammen mit Wilhelm Stapel Herausgeber der einflussreichen Zeitschrift *Deutsches Volkstum*, die dem *Deutschen Handlungsgehilfenverband* nahestand und im Verlag *Hanseatische Verlagsanstalt* erschien. Der Aufsatz erschien in der bündischen Zeitschrift *Jungnationale Stimmen*, die seit 1926 vom *Jungnationalen Bund* in Zusammenarbeit mit der *Deutsch-Akademischen Gildenschaft* (DAG), der Vorläuferorganisation der heutigen Gildenschaft, herausgegeben wurde.



Mit Gründung der AfD 2013 schien nun endlich die erwünschte Formation gekommen zu sein. Im Vergleich zu den früheren Versuchen sei die AfD „die erste ernsthafte konservative Herausforderung für sie [die CDU; H.K.] und die CSU, die an die Substanz gehen könnte“ (JF 38/2014, S. 1). Die AfD sei eine „Partei neuen Typs“, weil sie aus der „Mitte der Gesellschaft“ käme.

Sie habe das Verdienst, schrieb Stein im Mai 2013, das „Thema der verantwortungslosen Euro-Rettung“ und damit verbunden „die endgültige Schleifung der nationalen Souveränität“ in das „Zentrum der Debatte“ gerückt zu haben; es müsse nun, trotz mancher Zweifel gegenüber der weiteren Entwicklung der AfD, „von übergeordnetem Interesse“ sein, das „Monopol der CDU“ (Stein 2013, S. 19) auf die „Vertretung der bürgerlichen Mitte“ (JF 37/2014, S. 1) zu brechen.

Entlang dieser Perspektive – die AfD als Hebel, als Instrument, um das Monopol der CDU zu brechen<sup>4</sup> – hat die JF das Projekt einer politischen Partei rechts von der Union von Anfang an unterstützt und sich als inoffizielles Sprachrohr der Partei zur Verfügung gestellt. Sie kommunizierte innerparteiliche Auseinandersetzungen und bot den Protagonisten eine Plattform, um ihre Positionen in der Öffentlichkeit und gegenüber der Partei darzulegen. Und sie versuchte, durch eine entsprechende Kommentierung die Entwicklung der AfD, insbesondere nach Aufbrechen der Flügelkämpfe 2015, in ihrem Sinne zu beeinflussen.

In diesen Richtungskämpfen nahm die JF die Position ein, die Partei müsse sich erstens an der Mitte der Gesellschaft, also am hegemonialen Diskurs, orientieren. Und zweitens: Die Mitte müsse dort abgeholt werden, wo sie steht, um dann Schritt für Schritt den Sagbarkeitshorizont nach rechts zu verschieben. Diese ‚Generallinie‘ lässt sich an vier Beispielen erläutern.

1. Die Konzeptionierung der Partei als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“, wie sie vor allem durch Björn Höcke propagiert (z.B. in der Dresdner Rede 2017) und von Kubitscheks Institut für Staatspolitik unterstützt wurde, wurde sowohl von Stein (JF 10/2019) als auch von Weißmann (2020) kritisiert. Weißmann sprach abschätzig von „politischer Romantik“. Auch die geschichtsrevisionistischen Theorien Höckes stießen auf Kritik (Stein, in: JF 05/2017).

2. Das wirtschafts- und sozialpolitische Konzept Höckes und des IfS, das sich um den Begriff des „solidarischen Patriotismus“ rankt und auf die nationalsozialen Ideen des TAT-Kreises rekurriert, wurde von Seiten der JF durch eine Orientierung, die den oben angesprochenen Ordnungsgedanken mit einem besitzindividualistischen Freiheitsverständnis in der Tradition eines autoritären Liberalismus à la Carl Schmitt verbindet, konterkariert. Von dorther erklärt sich auch die Zusammenarbeit der JF mit Autoren aus dem Umfeld der rechtslibertären Zeitschrift *eigentümlich frei* (z.B. Bruno Bandulet, Erich Weede, Thorsten Polleit etc.).<sup>5</sup>

3. Im Ukrainekrieg standen sich zwei außenpolitische Konzeptionen gegenüber: Höckes Rede in Gera (03.10.2022) markiert mit ihrer „Ostorientierung“ eine dezidiert prorusische Position und mit ihrem Rückgriff auf Carl Schmitts Großraum-Konzept („Interventionsverbot“) eine klar gegen die USA und die NATO gerichtete Außen- und Sicherheitspolitik. Die JF (bzw. Dieter Stein) plädierte dagegen für eine konsequente Umsetzung der „Zeitenwende“ im Rahmen des NATO-Bündnisses, und zwar – „auf absehbarer Zeit“ – unter Einschluss der USA. Als Antwort auf Putins Angriffskrieg brachte er gar „Kernwaffen unter deutschem Kommando“ (JF 10/2022) im Rahmen der NATO ins Gespräch.

4. Im Vorfeld der Europawahlen 2024, im Zusammenhang der skandalträchtigen Auftritte Maximilian Krahs, verortete Götz Kubitschek den eigentlichen Kern der Causa Krah im „Kampf um die geostrategische Ausrichtung Europas“ und führte die Debatte in der Partei und in der Neuen Rechten auf die gegensätzlichen Optionen „für ein transatlantisches“ oder „mitteleuropäisches Europa-Konzept“ zurück (sezession.de, 26.05.2024). Während Kubitschek die Anknüpfung an die klassischen Mitteleuropa-Pläne in Deutschland (inklusive eines Arrangements mit Russland) favorisierte, ließ Dieter Stein seinen Gildenbruder, den Historiker Hans-Christof Kraus, für einen westlich orientierten europäischen Großraum argumentieren (JF 21/2024). Diese Orientierung wird zwar aktuell durch die trumpistische Außenpolitik arg belastet (vgl. dazu Karlheinz Weißmann in JF 04/2026), aber nicht grundsätzlich infrage gestellt.

Diese Beispiele zeugen von einem Kampf zweier Linien innerhalb von Partei und Umfeld, in dem die JF einen prominenten und pointierten Pol einnimmt. Allerdings unter der Voraussetzung eines gemeinsamen Dritten, auf das sich alle neurechten Akteure einigen können und das das *Leitbild* der JF als Fortschreibung einer „jahrhundertalten Nationalgeschichte“ bestimmt (Junge Freiheit 2011, S. 6). „Die Regeneration deutscher Identität und Deutschland als selbstbewusste Nation“ umschreibt das Programm eines völkischen Nationalismus, der sich kulturkämpferisch gegen die „Dekadenz“ einer liberalen, „linksgrün-versiffen“ Gesellschaftsordnung richtet. Und sicherlich gehört zu diesem Programm auch die Überzeugung, dass Deutschland den Anspruch auf die Führung in Europa erheben müsse.

<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang der Auseinandersetzung mit der Union ist ein weiterer Eckpunkt des JF-*Leitbildes*, auf den hier nicht näher eingegangen wird, wichtig. Die JF betont die enge Verbindung zwischen deutscher Kultur und Christentum. Adressiert werden vor allem traditionalistische bis fundamentalistische Kreise in und außerhalb der Kirchen.

<sup>5</sup> In ihrem *Leitbild* erwähnt die JF unter dem Eckpunkt *Freiheitlichkeit* zwar „Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit“ als schützenswerte Kernelemente der Verfassung, nicht aber den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3GG) und das Sozialstaatsgebot (Art. 20GG).



## LITERATUR

- Junge Freiheit 2011: 25 Jahre Junge Freiheit. Eine deutsche Zeitungsgeschichte, Berlin: Edition JF.
- Kubitschek, Götz 2006: 20 Jahre Junge Freiheit. Idee und Geschichte einer Zeitung, Schnellroda: Edition Antaios.
- Mohler, Armin 2000: Konservative Revolution [zuerst 1954], in: Karlheinz Weißmann u.a. (Hg.): Lauter Dritte Wege. Armin Mohler zum Achtzigsten, Bad Vilbel.
- Mohler, Armin / Weißmann, Karlheinz 2005: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 6. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Graz: Ares.
- Weißmann, Karlheinz 2011: Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz, Schnellroda: Antaios.
- Weißmann, Karlheinz 2020: Wer ist rechts? Versuch einer Typologie, Berlin: JF-Edition.

# Zentrum und AfD

## DER KAMPF DER EXTREMEN RECHTEN UM DIE ARBEITERKLASSE

Von Mathias Hoose und Tim Ackermann

Der politische Rechtsruck in Deutschland ist seit Jahren deutlich sichtbar und prägt zunehmend die gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskurse. Autoritäre, nationalistische und elitäre Positionen gewinnen kontinuierlich an Einfluss und gehören längst zum politischen Alltag. Inmitten von stagnierendem Wirtschaftswachstum, Aufrüstung und steigender sozialer Ungleichheit erscheinen Diskussionen um die Abschaffung des Achtstundentags oder die Absenkung des Rentenniveaus als normalisierte Diskurse einer sich in tiefer Krise befindenden Gesellschaft.

Im Zuge dieser Krise kämpfen vor allem traditionelle Parteien links der Mitte mit sinkenden Umfragewerten und verlorenen Wahlen. Besonders deutlich zeigt sich das im Wahlverhalten der Arbeiterklasse. Sowohl Angestellte als auch Arbeiter wenden sich zunehmend von Grünen und SPD ab und wanderten in den jüngsten Wahlen zu CDU und AfD. Die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verdeutlichen diese Entwicklung. In beiden Wahlen konnte die AfD erstmals, in Westdeutschland, zur beliebtesten Partei unter Arbeiter werden.

Der Rechtsruck beschränkt sich jedoch nicht auf den parlamentarischen Raum. Auch in Betrieben versuchen Rechte zunehmend Fuß zu fassen. Dies zeigte sich zuletzt im Rahmen der Betriebsratswahlen von Anfang März bis Ende Mai dieses Jahres, bei denen der extrem rechte Verein Zentrum (ZA) nach eigenen Angaben etwa 30 Mandate erringen konnte (vgl. Zentrum 2026a). Aufgrund der – Stand Anfang Juni 2026 – noch nicht abgeschlossenen Auswertung der Betriebsratswahlen sind diese Angaben jedoch derzeit nur eingeschränkt überprüfbar und beruhen auf Selbstauskünften der Organisation. Zudem tritt Zentrum in vielen Fällen nicht offen unter eigenem Namen an, sondern nutzt sogenannte

Tarnlisten, die eine direkte Zuordnung zur ZA zunächst verschleiern und dem Aufbau von Unterstützungsstrukturen im Betrieb dienen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass es auch gewählte Betriebsrät\*innen gibt, die ihre Zugehörigkeit zu ZA nicht offen kommunizieren. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die tatsächlich mit Zentrum verbundenen Betriebsratsmandate etwas höher ausfallen. Im Vergleich zu den Betriebsratswahlen 2018 und 2022 konnte ZA die Anzahl der Mandate damit nur geringfügig steigern (vgl. Ackermann/Haarfeldt 2019 & 2022).

Im Kontext dieser Entwicklungen soll im vorliegenden Artikel untersucht werden, welche Akteure und Bedingungen innerhalb und außerhalb der Betriebe dazu beitragen, dass rechte Kräfte in der Arbeitswelt zunehmend an Einfluss gewinnen. Im ersten Teil wird dazu die Entwicklung von Zentrum nachgezeichnet. Anhand ihrer verschiedenen Entwicklungsphasen soll gezeigt werden, wie es der Organisation gelang, sich von einem zunächst randständigen Projekt zu einem Akteur innerhalb rechter Netzwerke zu entwickeln. Darüber hinaus wird analysiert, welche strategische Bedeutung Zentrum für die AfD besitzt und wie beide Akteure im Werben um die Arbeiterschaft zusammenwirken. Der zweite Teil richtet den Blick auf die betriebliche Ebene selbst. Dabei wird zum einen der Frage nachgegangen, weshalb eine Organisation, die weder tariffähig ist noch über eine ausgeprägte arbeitspolitische Programmatik verfügt, dennoch in Teilen der Arbeiterschaft Anknüpfungspunkte findet. Zum anderen wird der Fokus darauf gerichtet, dass die DGB-Gewerkschaften in einer Phase ökonomischer Umbrüche, sozialer Verunsicherung und gesellschaftlichem Rechtsruck dennoch in der Lage sind, ihre betriebliche Hegemonie – wenn auch unter Druck – aufrechtzuerhalten. Die Untersuchung dieser Entwicklungen eröffnet zugleich eine weitergehende Perspektive auf die Ursachen politischer Verschiebungen innerhalb der

Arbeiterschaft und die Bedingungen, unter denen rechte Akteure in Betrieben an Einfluss gewinnen können.

## AUFBAU, STAGNATION UND EXPANSION

In den frühen Entwicklungsphasen der Betriebsratsliste ZA blieben größere Erfolge lange Zeit aus. Zwischen der Gründung im Jahr 2009 und den Betriebsratswahlen 2018 war ZA lediglich in seinem Stammwerk bei Daimler in Untertürkheim mit wenigen Mandate vertreten. In diesem Zeitraum trat ZA vor allem als populistisch agierender Verein auf, dessen Schwerpunkt auf der Abgrenzung gegenüber den etablierten Gewerkschaften lag. So betonte ZA in den ersten Jahren seines Bestehens seine Ablehnung des „Klassenkampfgedankens“ und propagierte eine Sozialpartnerschaft, in der betriebliche Konflikte zugunsten einer vermeintlichen Interessengemeinschaft von Unternehmen und Beschäftigten in den Hintergrund treten sollten (vgl. Seongcheol et al. 2022).

Ab 2017 begann ZA mit Organisationen aus dem Spektrum der Neuen Rechten aufzutreten. Zu den Unterstützern des Projekts einer rechten Gewerkschaft zählten neben dem Kampagnennetzwerk *Ein Prozent* auch das Magazin *Compact*, mit dem ZA zeitweise das Betriebsblatt *Kompass* herausgab. Mit dieser Entwicklung veränderte sich zugleich die politische Kommunikation der Organisation. An die Stelle der bisherigen Ablehnung des Klassenkonflikts traten zunehmend Themen, die sich auch im Diskurs der damals noch jungen AfD wiederfanden. Neben der Globalisierungskritik spielte vor allem das Narrativ der „Altparteien“ eine zentrale Rolle, das von Zentrum im betrieblichen Kontext sinngemäß in die Kritik an den „Altgewerkschaften“ übertragen wurde.

Den ersten größeren Erfolg erzielte ZA bei den Betriebsratswahlen 2018. In fünf Werken großer deutscher Automobilhersteller in Baden-Württemberg und Sachsen gewann die Organisation 19 Mandate (vgl. Strauch 2018). Gemessen an den bundesweit rund 180.000 Betriebsratsmandaten blieb dieser Erfolg zwar quantitativ begrenzt. Dennoch markierte das Wahlergebnis einen wichtigen Wendepunkt. Erstmals gelang es einer Arbeitnehmerorganisation aus der extremen Rechten, standortübergreifend in Betriebsratsgremien einzuziehen und sich als eigenständiger Akteur zu etablieren. Für den Zuwachs an Mandaten spielte vermutlich auch die neu gewonnenen Beziehungen ins rechte Vorfeld eine Rolle. Zusammen mit *Compact* und *Ein Prozent* erstellte ZA kleine Kurzfilme und Texte, in denen dafür geworben wurde, sich als Betriebsrat gegen die etablierten Gesellschaften aufzustellen. Mit der Kampagne „Werde Betriebsrat“ wurde den Sympathisanten von Zentrum eine Schritt-für-Schritt-Anleitung für die Kandidatur sowie eine politische Motivation geboten. Zusätzlich tritt Oliver Hilburger seit 2018 immer häufiger auf Demonstrationen von PEGIDA, Querdenken oder den Freien Sachsen für ZA auf. Letztere pflegen über den im Vorstand sitzenden Frank Neufert bis heute gute Beziehungen in den extrem rechten Verein.

Im Wahljahr 2022 blieb ein vergleichbarer Erfolg jedoch aus. Stattdessen verlor die Organisation zwei ihrer zuvor er-

## „DIE ALTERNATIVE GEWERKSCHAFT“

Zentrum (bis 2022 „Zentrum Automobil“, kurz ZA) ist ein 2009 gegründeter, formal als eingetragener Verein organisierter Zusammenschluss, der sich selbst als „echte Alternative“ zu den traditionellen Gewerkschaften in Deutschland versteht (vgl. Zentrum 2026b). Gegründet wurde der Verein von Oliver Hilburger (vgl. Allmendinger/Haarfeldt 2020). Zuvor musste dieser seine Mitgliedschaft in der *Christlichen Gewerkschaft Metall* (CGM) beenden, nachdem seine Nähe zur Terrororganisation Blood and Honour und zu anderen Gruppierungen der extremen Rechten bekannt geworden war (vgl. Kovahl 2018; Neumann 2018).

Bis heute verfügt Zentrum weder über die Fähigkeit Tarifverträge auszuhandeln, noch über den rechtlichen Status einer Gewerkschaft. Dementsprechend unterscheiden sich ihre Leistungen stark von denen der DGB-Gewerkschaften. Zwar bietet der Verein Rechtsschutz, Beratung und Unterstützung im Streikfall an, doch erscheinen immer wieder Berichte von ehemaligen Mitgliedern, die ihre Anwaltskosten im Rechtsstreit selbst zahlen mussten oder sogar Urlaubstage einlösen mussten, weil sie kein Streikgeld ausgezahlt bekamen (vgl. Hunger 2026; Strauch 2018). Vor allem aber ist es die Tarifunfähigkeit, welche Zentrum von einer Gewerkschaft unterscheidet. Das ist vermutlich einer der Gründe, weshalb sich die Praxis von Zentrum bis heute auf das Anwerben unorganisierter Beschäftigter bzw. das Abwerben von Gewerkschaftsmitgliedern konzentriert. Zentrum zeichnet sich seit jeher durch die Difamierung bestehender Gewerkschaften als Organisationen des „Co-Managements“ oder eines vermeintlichen „linken Mainstreams“ aus. Neben den eigenen Videoformaten und Telegram-Kanälen dienen dazu vor allem rechte Medien wie AUF1 oder *Compact* als Agitationsplattformen. Dabei verfolgt Zentrum das Ziel, den Verein durch „stetigen Ausbau sozialer Stärke durch wachsende Mitgliederzahlen“ aufzubauen (Zentrum 2026b).

rungenen Mandate. Der Grund dafür mag die zunehmende Formierung als Protestbewegung während der Corona-Pandemie liegen, bei der die Agitation von Arbeitern in der Automobilbranche in den Hintergrund gerückt war. Neben der Verbreitung von Verschwörungsideologien gegen die Impfpflicht versagte ZA in der betrieblichen Verankerung vermutlich auch wegen der seit den Erfolgen von 2018 zunehmend kritischen Berichterstattung sowie der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit und Gegenwehr.

Trotz der quantitativ stagnierenden Erfolge stellte das Jahr 2022 für Zentrum eine Phase organisatorischer Expansion dar. Zum einen gründete die Organisation, mit erheblicher Verzögerung, den Ableger „Zentrum für Gesundheit und Soziales“. Die Initiative zielte darauf ab, die während der Pandemie entstandene regierungskritische Stimmung in der Pflege aufzugreifen und für die eigenen Ziele nutzbar zu machen. Nennenswerte Erfolge blieben jedoch aus. Weder gelang der Aufbau einer relevanten betrieblichen Basis noch konnten Wahlen im Pflegebereich gewonnen werden.



Darüber hinaus veränderte sich das Verhältnis zwischen ZA und der AfD. Auf dem Bundesparteitag 2022 in Riesa hob die Partei den Unvereinbarkeitsbeschluss, der eine Zusammenarbeit mit der extrem rechten Gruppe verhindern sollte, auf. Die Entscheidung offenbarte sich als innerparteilicher Strömungskonflikt zwischen Vertretern des Weidel- und des Höcke-Lagers, welcher schließlich mit einer knappen Mehrheit von 60 Prozent für das Höcke-Lage als Unterstützer von Zentrum entschieden wurde (vgl. Roeser 2022).

## ZENTRUM UND DIE AfD

Für die Alternative für Deutschland (AfD) bietet Zentrum eine Gelegenheit, stärker in die deutsche Arbeiterklasse zu

Veranstalter: **Zentrum Automobil e.V.**

# RETTET UNSERE ARBEITSPLÄTZE!

**WARUM AUTOMOBILARBEITER UND  
AUTOFAHRER AM 24. SEPTEMBER  
NICHT DIE AUTO-KILLER-PARTEIEN  
VON CDU ÜBER SPD UND GRÜNE BIS  
ZUR LINKEN WÄHLEN KÖNNEN!**

wirken und sich einen organisierten Rückhalt in den Betrieben aufzubauen. Björn Höcke sprach in Bezug auf Zentrum von einem wichtigen Vorfeld, ohne das man „nicht durchbrechen“ werde (Höcke 2024). Denn bislang fehlt es der AfD, vor allem in Westdeutschland, sowohl an einer gefestigten Verankerung in der Arbeiterklasse als auch an einer langfristigen Bindung der Wählenden an die Partei. So wurden bspw. Wahlentscheidungen zugunsten der AfD in Umfragen zur Bundestagswahl 2025 eher mit programmatischen Positionen oder den jeweiligen Kandidaten als mit einer dauerhaften Identifikation mit der Partei begründet (vgl. infratest dimap 2025). Während die AfD in Ostdeutschland schon länger zu den beliebtesten Parteien unter Arbeitern zählt, erscheint ein Zusammenwirken mit Zentrum als eine Möglichkeit, alternative Strukturen zu den DGB-Gewerkschaften zu schaffen und die Arbeiterklasse in Westdeutschland stärker an die Partei zu binden.

Diesbezügliche Versuche der AfD gab es bereits früher. Seit 2014 entstanden mit der Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) im Ruhrgebiet, den Arbeitnehmern in der AfD (AidA) im Raum Hamburg sowie ALARM! in Thüringen mehrere parteiinterne Initiativen, die die Ansprache von Beschäftigten zum Ziel hatten. Es gelang diesen Organisationen jedoch nicht, eine Verankerung in den Betrieben aufzubauen. Da sie überdies auf Widerstand aus den wirtschafts- und ordoliberalen Teilen der Partei stießen, verloren sie rasch an Bedeutung und lösten sich schließlich auf.

Zuletzt hatte die Alternative für Deutschland im Sommer 2025 eine stärkere Bindung von Arbeitern und Arbeitslosen an die AfD in dem Strategiepapier *Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung* anvisiert. Dabei wird der Aufbau von Kommunikationskanälen und Beziehungsnetzwerken als eine Taktik verstanden, mit der eine Stammwählerschaft formiert werden könne (vgl. AfD-Bundestagsfraktion 2025). Dazu richtete die AfD Arbeitsgruppen ein, die gezielt Kommunikationsstrategien entwerfen, die ein positives Bild der Zielgruppen zeichnen sollen. Neben den Arbeitern zählen dazu Ostdeutsche, Jungwähler und Menschen aus dem ländlichen Raum. Diese sollen von der AfD als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ (AfD-Bundestagsfraktion 2025) einerseits aus der Wählerschaft der CDU/CSU abgegriffen werden. Andererseits sollen mit einem neu artikulierten Wohlstandsversprechen frühere SPD und FDP Wählende gewonnen werden (vgl. AfD-Bundestagsfraktion 2025).

Vor diesem Hintergrund erscheint der Verein Zentrum für die AfD als Möglichkeit, die zuvor gescheiterten Bemühungen um eine Verankerung in der Arbeiterschaft über ihr politisches Vorfeld fortzuführen. Anstatt entsprechende Arbeitnehmervertretungen innerhalb der Partei erneut aufzubauen, kann die AfD auf bereits bestehende Strukturen aus dem politischen Vorfeld zurückgreifen. Seit der Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses 2022 erfährt Zentrum daher zunehmend Unterstützung innerhalb der Partei. Zu den prominentesten Unterstützern zählen neben Ulrich Siegmund und dem identitären Fabian Jank vor allem die dem formal aufgelösten „Flügel“ zuzurechnenden Politiker\*innen Christina Baum und Matthias Helferich. Darüber hinaus ist der Vorstandsvorsitzende Oliver Hilburger seit 2022 wiederholt zusammen mit Björn Höcke aufgetreten.

Aber auch Alice Weidel und Marcus Frohnmaier nutzten erst kürzlich die Verbindung zu Zentrum. So unterstützte ZA etwa den Baden-Württembergischen Wahlkampf der AfD zu den Landtagswahlen 2026. Hierzu gehörten unter anderem zwei Wahlkampffaktionen vor den Toren des Daimler-Werks in Stuttgart-Untertürkheim, jenem Betrieb, in dem Zentrum seine ersten Betriebsratsmandate errungen hatte. Gemeinsam mit Marcus Frohnmaier, Ulrich Siegmund und Alice Weidel warb Zentrum dort für die AfD. Die Resonanz unter den Beschäftigten blieb jedoch zurückhaltend. Weder die Betriebswirte Siegmund und Weidel noch der ungelernete Frohnmaier konnten ihre Nähe zur industriellen Arbeiterschaft glaubhaft vermitteln.

Gerade hier könnte ein strategischer Wert von Zentrum für die AfD liegen. Der Verein könnte als Bindeglied zwischen Partei und Beschäftigten fungieren, die sich einer direkten parteipolitischen Bindung bisher nur begrenzt geöffnet haben. Dabei verbindet Partei und Zentrum der Erfolg in sogenannten Transformationsregionen, also solchen Regionen, die durch Strukturwandelprozesse geprägt sind (vgl. Bergmann et al. 2023). Eine vermeintliche Deindustrialisierung, Werkschließungen oder die sogenannte ökologische Transformation gehören bereits jetzt zu den arbeitspolitischen Schwerpunkten beider Organisationen. Gerade in Baden-Württemberg arbeiten rund 250.000 Menschen in der

Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben, weshalb die Ideologische Ansprache an die Arbeiterschaft dort von besonderer politischer Bedeutung sein könnte.

## DEMAGOGEN DER ARBEITERKLASSE

Trotz des Ziels, eine Stammwählerschaft unter Arbeitern aufzubauen, muss an dieser Stelle jedoch der grundlegende Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der AfD und Zentrum benannt werden. Während Zentrum den Anspruch erhebt, eine Alternative zu den DGB-Gewerkschaften zu bieten und die Interessen von Beschäftigten zu vertreten, hat die AfD abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen materiell nicht viel mehr anzubieten als eine Schlechterstellung derjenigen, die ‚nicht dazugehören‘ (vgl. Ackermann 2017). Und auch Zentrum mangelt es an klassisch gewerkschaftlichen Inhalten. Eine Studie aus dem Januar 2026 zeigt, dass der extrem rechte Verein zwischen 2016 und Ende 2024 in lediglich 7,3 Prozent ihrer Artikel und Telegram-Nachrichten Gewerkschaftsthemen behandelt hat. Den Löwenanteil hingegen bilden Verschwörungsideologien und Kritik am vermeintlichen politischen Systemversagen (vgl. Janssen 2026).

Die Gemeinsamkeiten von AfD und Zentrum liegen weniger in einer gemeinsamen Programmatik als in der politischen Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen. Beide behandeln sozialpolitische Themen, indem sie den Widerspruch von Kapital und Arbeit, also den Konflikt zwischen Unten und Oben in einen zwischen dem Innen und dem Außen umdeuten. Dabei werden der eigentliche Klassenkonflikt ethnisiert und bspw. schlechte Löhne nicht als Folge einer Deregulierung des Arbeitsmarktes gedeutet, sondern als Folge vermeintlich schlecht qualifizierter Arbeiter mit Migrationsgeschichte, die das Lohnniveau drücken würden. Mit dieser Herangehensweise lassen sich harmonische materielle Verhältnisse unter *Deutschen* propagieren, während der zentrale Verteilungskonflikt nach *außen* verschoben wird. Damit entbinden sich AfD und Zentrum von der Notwendigkeit, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in ihrer Sozial- und Betriebspolitik auszutragen und reale Verbesserungen für die Beschäftigten durchzusetzen. Darüber hinaus verweist sie auf den Kern rechter Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen, die in der Formierung einer homogenen Volksgemeinschaft und der Konstruktion einer harmonischen Betriebsgemeinschaft zum „Wohle Deutschlands“ liegt.

## BETRIEBLICHE HEGEMONIE UNTER DRUCK

Auch wenn Zentrum in den vergangen Betriebsratswahlen seine Präsenz in den Betriebsratsgremien auf niedrigem Niveau ausbauen konnte, fällt im Vergleich mit den Wahlergebnissen der AfD unter Arbeitern, Angestellten, Arbeitslosen und Gewerkschaftsmitgliedern eine erhebliche Diskrepanz auf: Während die AfD sowohl bei Gewerkschaftsmitgliedern als auch bei den Kernklientelen der Gewerkschaften seit Jahren überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen kann, sind die Ergebnisse extrem rechter Betriebsratslisten quantitativ sehr überschaubar. Offenbar fällt die Entscheidung für

eine extrem rechte Partei bei parlamentarischen Wahlen erheblich leichter als die Entscheidung für die Wahl einer extrem rechten Liste bei Betriebsratswahlen.

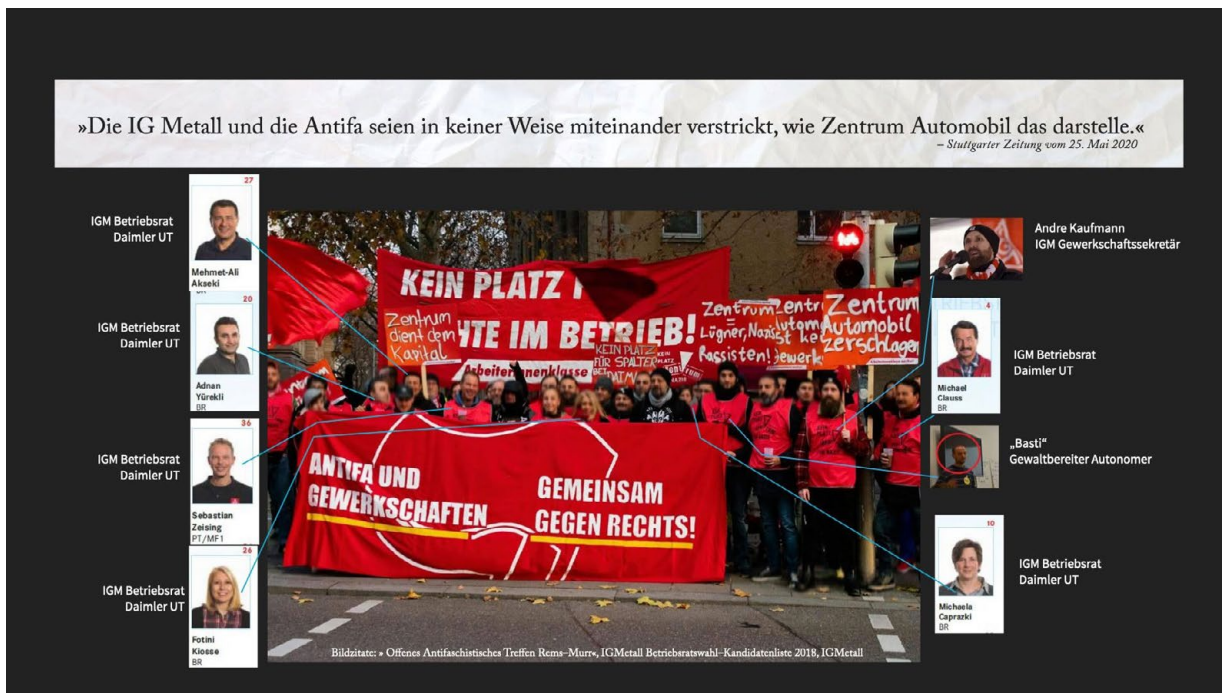
Das ist erklärungsbedürftig. Die Welt befindet sich in Umbrüchen und die Zahl der Krisen ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Das gilt etwa für die Klimakrise, die Pandemie, deren Auswirkungen und ihre Bewältigung, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, in der Folge die Energiepreiskrise und die zeitweise hohe Inflation. Aktuell sorgen Verschiebungen auf dem Weltmarkt, geopolitische Instabilitäten durch die Präsidentschaft Donald Trumps in den USA, der Krieg im Iran sowie die durch die Sperrung der Straße von Hormuz gestiegenen Energiepreise und die gestiegene Inflation für wirtschaftliche Unsicherheiten und ein stagnierendes Wirtschaftswachstum. Was gesellschaftlich für Unruhe sorgt, schlägt sich auch auf der betrieblichen Ebene nieder. Dies verschärft eine Situation, die vielerorts bereits durch die Bewältigung der klimagerechten Modernisierung der Industrie, der Transformation der Automobilindustrie und dem digitalen Wandel geprägt ist. Und bereits vor Covid-19 ließ sich eine Zuspitzung der arbeitsweltlichen Verhältnisse aufgrund permanenter Reorganisationsprozessen feststellen, die mit der Wahrnehmung eines Dauerzustands der Krise einherging und mit steigendem Zeit- und Leistungsdruck verbunden war (vgl. Sauer et al. 2018).

Diese Prozesse haben natürlich auch konkrete Auswirkungen auf die Beschäftigten: Gestiegene (Energie-)Preise machen sich im Geldbeutel bemerkbar, Angst um den eigenen Arbeitsplatz und die eigene soziale Stellung nehmen zu. Umfangreiche betriebliche Umstrukturierungen, Insolvenzen und Personalabbau sind reale Erfahrungen.

Die mit diesen Prozessen einhergehenden Erfahrungen von Unsicherheit, Abstiegsängsten, Kontrollverlust und Ohnmacht befördern einen „Angstrohstoff“ (Oskar Negt), der in Teilen der Belegschaften die Bereitschaft, extrem rechter Propaganda, einfachen Schuldzuweisungen sowie Verschwörungstheorien zu folgen, begünstigt. Auch die im Zuge der AfD-Erfolge weit nach rechts gerückten gesellschaftlichen Debatten, Themen, Probleme und angebliche „Lösungen“ wirken sich in den Dienststellen und Betrieben aus.

Betrachtet man die Gesellschaftsbilder von Arbeitern, so ist feststellbar, dass das klassische Dichotomische Arbeiterbewusstsein – d.h. die Wahrnehmung der Gesellschaft als eine in Oben und Unten gesplattene – durchaus noch immer vorhanden ist (vgl. Kiess et al. 2022, S. 294f). Relevant für diese Wahrnehmung einer konfliktiven Spaltung der Gesellschaft ist das Erleben politischer und ökonomisch-sozialer Deprivation, sprich die Wahrnehmung eigener gesellschaftlicher Machtlosigkeit und des Verlustes von sozialer Bedeutung (vgl. ebd., S. 295). Diese stärkere Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten und gesellschaftlicher Konflikte geht allerdings mit einer Tendenz zu autoritären, antidemokratischen und extrem rechten Einstellungen einher (vgl. ebd., S. 297).

Diese Befunde verweisen auf die Realität einer demobilisierten Klassengesellschaft (vgl. Dörre 2020, S. 24) und damit



Auf der Facebook-Seite von Zentrum Automobil <https://www.facebook.com/zentrumauto/>

auf den Verlust von Gestaltungsmacht der gewerkschaftlichen Organisationen: Es werden zwar gesellschaftliche Ungerechtigkeiten wahrgenommen, gefühlt mangelt es jedoch an Möglichkeiten, diese Ungerechtigkeiten wirkmächtig zu bekämpfen. So werden „zumindest Teile der Beherrschten für Interpretationen der sozialen Frage, die Gegensätze von oben und unten in Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk umdeuten“ (Dörre 2018, S. 51), desto empfänglicher, je „geringer die Aussichten der von Löhnen abhängigen Klassen sind, in den gesellschaftlichen Verteilungskämpfen eigene Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen“ (ebd.).

Offenbar wird diese Schwächung der eigenen Gestaltungsmacht jedoch im Wesentlichen auf gesellschaftlicher und parlamentarisch-politischer Ebene wahrgenommen. So kommt die Erhebung „Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen“ einer Forscherendgruppe der TU Darmstadt, bei der Teilnehmende gewerkschaftlicher Seminare des IG Metall Bezirks Mitte befragt wurden, zu dem Ergebnis, dass „[s]ichtbare Verschlechterungen in der Arbeitswelt, Zumutungen und Ohnmachtserfahrungen, die Enteignung von Sozialeigentum (wie stabilisierender wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen) und die mutwillige Zerstörung identitätsstiftender Institutionensysteme wie das Normalarbeitsverhältnis (statt dessen Ausweitung auf alle Beschäftigungsgruppen) [...] einen zentralen Rahmen für das Erstarken rechtspopulistischer Organisationen“ (Brinkmann et al. 2020, S. 166) darstellen. Des Weiteren wird seitens der Forscherenden ein politischer Repräsentationsverlust festgestellt, bei der die „etablierte Politik [...] zumeist als Teil des Problems und selten als Teil der Lösung adressiert“ (ebd., S. 163) wird. Diese Haltung sei als „Ausdruck der Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre“ (ebd.) zu deuten. Festzuhalten ist in diesem Kontext, dass bei den befragten gewerkschaftlich Engagierten wei-

terhin ein hohes Vertrauen zur IG Metall besteht und die „Gewerkschaften als Art letzte[r] Bastion der politischen Interessenvertretung der Lohnabhängigen wahrgenommen werden“ (ebd., S. 7).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass dort, wo erfolgreich betriebliche Mitbestimmung praktiziert wird, die Erfolge von Zentrum überschaubar bleiben. Die IG Metall und ihre Betriebsräte wie Vertrauensleute haben in den Wahlkämpfen selbstbewusst die eigenen Positionen und Erfolge vertreten und waren damit durchaus erfolgreich.

Im Allgemeinen ist durch Studien mittlerweile belegbar, dass gute und erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb Auswirkungen auf das Bewusstsein von Beschäftigten hat. Insbesondere die Erfahrung von Anerkennung, Solidarität und Beteiligung für die Reduktion extrem rechter und menschenfeindlicher Einstellungen sowie für die Stärkung demokratischer Haltungen sollte nicht unterschätzt werden (vgl. Kiess/Schmidt 2020). Partizipationsprozesse in der Arbeitswelt ermöglichen ein Wissen um die prinzipielle Gestaltbarkeit der alltäglichen Lebenswelten und schaffen über die konkrete Erfahrbarkeit demokratischer Prozesse auch ein demokratisches Bewusstsein. Auch jenseits davon wirken sich gute Arbeitsbedingungen an sich positiv auf die Haltung der Beschäftigten zur Demokratie aus (vgl. Hövermann et al. 2021). Allerdings muss auch festgehalten werden, dass Betriebe kein besonders demokratischer Ort sind und dass dort demokratische Verhältnisse laut Hans-Jürgen Urban (vgl. Urban 2024) in einer Vorwärtsverteidigung eigentlich erst erstritten werden müssen.

Im Besonderen verweisen die geringen Wahlerfolge von Zentrum darauf, dass die Betriebspolitik der IG Metall und der lokalen Betriebsräten durchaus Zustimmung bei den Beschäftigten findet und diese als legitime sowie wirkmächtige Organe der eigenen Interessenvertretung angesehen werden.

Während in der parlamentarischen Politik ein Hegemonieverlust der etablierten Parteien feststellbar ist (vgl. Friedrich 2022), gelten Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Mehrzahl der Beschäftigten als glaubwürdige Instanzen, die nah an den Bedürfnissen der Menschen agieren, relevante Probleme aufgreifen und lösen, spürbare Verbesserung durchsetzen u.ä.. Insbesondere die Bedeutung der Tarifverhandlungen durch die Gewerkschaften ist dabei nicht zu unterschätzen. Es lässt sich vermuten, dass die Arbeit der Betriebsratsgremien konkret vor Ort in den Betrieben sowie das Gewicht der Schutzfunktion von Tarifverträgen eine hohe Anerkennung der Beschäftigten genießen und sie dementsprechend nicht zu schwer kalkulierbaren Experimenten im sozialen Nahraum Betrieb bereit sind.

## FAZIT

Wie der Artikel konstatiert, gewinnt die extreme Rechte in den Parlamenten zunehmend an Einfluss unter Arbeitern, und auch in den Betrieben sind ideologische Landnahmen feststellbar. Kriege, wirtschaftliche Stagnation und anhaltender Stellenabbau sowie Inflation und Sozialstaatsabbau erzeugen reale Unsicherheiten, an die insbesondere die AfD mit einfachen, vermeintlichen Antworten anknüpfen kann. Die etablierten Regierungsparteien begegnen diesem Aufstieg jedoch nicht allein mit Abgrenzung. Durch ihre Verschiebungen in der Migrations- und Sozialpolitik kommen sie zentralen Forderungen der Rechten teilweise entgegen und erscheinen in außenpolitischen Konflikten nicht selten selbst als Mitverursacher jener Krisen, von denen die AfD politisch profitiert. Die AfD bekämpft man jedoch nicht mit der Übernahme ihrer Positionen, sondern in dem man ihr widerspricht. Wenn Beschäftigte diesen Parteien den Rücken kehren und sich der AfD zuwenden, geschieht dies daher häufig nicht aufgrund langfristiger Parteibindungen, sondern auf Grundlage der Enttäuschung von den etablierten Parteien und auf Basis rassistischer Einstellungsmuster, die die Lösungsvorschläge der AfD plausibel erscheinen lassen.

Gleichzeitig bietet auch die AfD keine Antworten auf die sich verschärfenden Arbeits- und Lebensbedingungen vieler abhängig Beschäftigter. Das grundlegende Problem rechter Politik – und in Teilen auch der politischen Mitte – besteht darin, den strukturellen Klassenkonflikt kapitalistischer Gesellschaften zu negieren oder unsichtbar zu machen. Zwar gelingt es ihr oftmals, soziale Konflikte erfolgreich von einem „Oben gegen Unten“ in ein „Innen gegen Außen“ umzudeuten. Doch auch eine völkisch ausgerichtete Arbeitspolitik kann die bestehenden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit nicht beseitigen. Letztlich würden die ordoliberalen sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der AfD die Situation von abhängig Beschäftigten gar erheblich verschlechtern.

Trotz der seit Jahren stagnierenden deutschen Wirtschaft und der realen Bedrohung durch Entlassungen in der Industrie gelingt es rechten Projekten wie Zentrum bislang nur sehr begrenzt, in den Betrieben selbst Fuß zu fassen. Die DGB-Gewerkschaften verfügen weiterhin über eine vergleichsweise starke Verankerung in den Belegschaften, auch wenn insbesondere die IG Metall durch den anhaltenden Stellenabbau derzeit Mitgliederverluste verzeichnet. Während die AfD im parlamentarischen Raum bereits überdurchschnittliche Zustimmung unter Arbeitern und gewerkschaftlich Organisierten erzielt, stellt sich die Situation in den Betrieben bislang deutlich anders dar.

Zentrum ist zumindest derzeit nicht in der Lage, sich als wirkmächtige Alternative zu den DGB-Gewerkschaften in Stellung zu bringen. Die eigentliche Gefahr liegt dabei jedoch weniger in der gegenwärtig wenig realistischen Perspektive einer konkurrierenden Massengewerkschaft. Bedeutender ist vielmehr das Potenzial, politische Deutungsrahmen zu verschieben und rechte Narrative in betrieblichen Debatten zu stärken. Darüber hinaus droht eine Ausweitung der Haltung, dass Gewerkschaften nur für eine als unpolitisch wahrgenommene Tarifpolitik zuständig seien. Damit gerät das politische Mandat der Gewerkschaften unter Druck. Eine Verankerung in der Arbeiterschaft wird Zentrum auf institutioneller Ebene in ab-

### Deutsche Rettung?

Eine Kritische Diskursanalyse des  
Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria



Judith Friede | Louis Kalchschmidt | Fabian  
Marx | Anna-Maria Mayer | Benno Nothardt |  
Milan Slat | Christian Sydow

EDITION  
DISS

Unrast-Verlag, 2022

Edition DISS Band 47

310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter\*innen als deutsche Held\*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held\*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.



sehbarer Zeit nicht erreichen. Dennoch könnte die Organisation dazu beitragen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ideologisch weiter zu entpolitisieren und soziale Widersprüche entlang nationaler wie ethnisierter statt sozialer Trennlinien zu interpretieren. In diesem Sinne fungiert sie weniger als eigenständige Kraft denn als Teil eines breiteren rechten Vorfelds, das den gesellschaftlichen Boden für den weiteren Einflussgewinn der AfD bereiten kann.

Ob sich diese Entwicklung langfristig durchsetzt, wird wesentlich von zwei Faktoren abhängen. Zum einen davon, ob Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen weiterhin in der Lage sind, betriebliche Gestaltungsmacht für statuswahrende Tarifverträge, gute Arbeitsbedingungen u.ä. zu sein und gesellschaftspolitisch einen starken Sozialstaat als Schutz in zunehmend unsicheren Zeiten zu verteidigen. Solidarität und solidarisches Bewusstsein entsteht nicht zuletzt durch konkrete Erfahrungen in sozialen Kämpfen. Zum anderen geht es darum, auch weiterhin soziale Unsicherheit als Ausdruck materieller Konflikte zu thematisieren – und damit Deutungsangeboten entgegenzutreten, die gesellschaftliche Probleme vor allem entlang kultureller oder nationaler Gegensätze erklären. Gerade darin dürfte eine der zentralen politischen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre liegen.

**Mathias Hoose ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DISS im Arbeitskreis Rechts; Tim Ackermann ist Soziologe, arbeitet als Bildungsreferent für einen gewerkschaftlichen Bildungsträger und ist Mitglied im Arbeitskreis Rechts des DISS.**

## QUELLEN UND LITERATUR

- Ackermann, Tim 2017: Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und ihre ordoliberalen Grundlagen, in: Björn Allmendinger/Joachim Fähmann/Klaudia Tietze (Hg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, Hamburg, S. 126-137.
- Ackermann, Tim/Haarfeldt, Mark 2019: Angriff auf die Gewerkschaften: Eine ‚alternative‘ Gewerkschaft für Deutschland? In: Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster, S. 233-250.
- Ackermann, Tim/Haarfeldt, Mark 2022: Die extreme Rechte bei den Betriebsratswahlen 2022, in: spw Heft 251, S. 33-40.
- Aderholz, David 2021: Extrem rechte Zugriffe auf die Arbeitswelt: eine kritisch-hermeneutische Untersuchung von Propagandamaterial von Zentrum Automobil und der Kampagne „Werde Betriebsrat“, in: ZRex. Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung Jg. 1, Heft 2, S. 322-343.
- AfD-Bundestagsfraktion 2025: Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in Regierungsverantwortung: Ideen und Vorschläge zum Strategieprozess der AfD-Bundestagsfraktion. Strategiepapier zur 1. Fraktionsklausur, 4. – 6. Juli.
- Allmendinger, Björn/Haarfeldt, Mark 2020: Oliver Hilburger – rechter Netzwerker und Betriebsrat, in: Allmendinger, Björn/Howind, Sascha (Hg.): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe, Erscheinungsformen, Handlungsoptionen, Hannover, S. 88-97.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Kempermann, Hanno 2023: AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten, IW-Kurzbericht, Nr. 71, Berlin/Köln.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas 2020: Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg.
- Deutschlandfunk 2026: Sozialdemokraten werben um Vertrauen bei Arbeitern, online unter [www.nachrichtenleicht.de/spd-118.html](http://www.nachrichtenleicht.de/spd-118.html).
- Dörre, Klaus 2018: Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.) 2018: Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a.M., S. 49-80.
- Dörre, Klaus 2020: In der Warteschlange. Arbeiter\*innen und die radikale Rechte, Münster.
- Elsässer, Jürgen 2020: Alle Räder stehen still. In: Compact-Magazin H. 1, S. 50-52.
- Friedrich, Sebastian 2022: Das rechte Projekt und die Krise des Kapitalismus. Eine materialistische Analyse des Aufstiegs der Rechten in Deutschland, in: Mendivil, Eleonora Roldán/Bafta Sarbo: Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Berlin, S. 161-182.
- Handelsblatt 2019: Studie. Seit 2019 mehr als 341.000 Industriebeschäftigte in Deutschland verschwunden. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/studie-seit-2019-mehr-als-341.000-industriebeschaeftigte-in-deutschland-verschwunden/100227722.html> (Abruf: 01.06.2026).
- Hilburger Oliver 2020: „Man muss 1 und 1 zusammenzählen“, in: Compact-Magazin H. 1, S. 48-49.
- Höcke, Björn 2024: Rede auf dem AfD-Parteitag, in: phoenix LIVE: AfD-Bundesparteitag in Essen, 28.06.24. [www.youtube.com/watch?v=P\\_UhXGfhuUU](https://www.youtube.com/watch?v=P_UhXGfhuUU).
- Hövermann, Andreas/Bettina Kohlrausch/Dorothea Voss 2021: Anti-Demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsförderung Policy Brief, Nr. 007.
- Hunger, Anna 2026: Pseudogewerkschaft Zentrum: Mitglied fühlt sich „verarscht“ und tritt aus, in: Kontext Wochenzeitung, Ausgabe 776.
- IG Metall 2024: Die Zeit drängt. 11 Punkte für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland. <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/wirtschaftspolitik/fuer-modernes-innovatives-und-gerechtes-industrieland> (Abruf: 01.06.2026).
- IG Metall 2026: Initiative für Arbeit und Aufschwung: Zukunft statt Standortflucht. [https://www.igmetall.de/download/20260126\\_Initiative\\_fuer\\_Arbeit\\_und\\_Aufschwung.pdf](https://www.igmetall.de/download/20260126_Initiative_fuer_Arbeit_und_Aufschwung.pdf) (Abruf: 01.06.2026).

- Infratest dimap 2025: Wer wähle die AfD – und warum? In: Tagesschau. [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml). (Abruf: 01.06.2026)
- Janssen, Lara 2026: Getarnt als Gewerkschaft: Die Entwertungsgewerkschaften der extremen Rechten in Europa. EFBI Policy Paper 2026-1, Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen, Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre 2020: Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen, S. 119-148.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre/Bose, Sophie 2022: Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen, S. 271-301.
- Kovahl, Ernst 2018: Nicht neu: Die extreme Rechte hat immer wieder mit eigenen Organisationen versucht, in Betrieben Fuß zu fassen, in: Der Rechte Rand 171, S. 35.
- Neumann, János 2018: „Werde Betriebsrat!“, in: Der Rechte Rand 171, S. 12.
- Roeser, Rainer 2022: Entwicklungen und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa 2022, FORENA Hochschule Düsseldorf. [www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA\\_Diskussionspapier\\_4\\_2022.pdf](http://www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA_Diskussionspapier_4_2022.pdf).
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim et al. 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.
- Seongcheol, Kim/Samuel Greef/Wolfgang Schröder (2022): Rechte Akteure im Betrieb, Wiesbaden.
- Strauch, Jan 2018: Zentrum Automobil – Kein Durchbruch, in: Der Rechte Rand 171.
- Urban, Hans-Jürgen 2024: Demokratiepolitik im Betrieb. Perspektiven einer demokratischen Arbeitswelt. In: Hans Jürgen Urban u.a. (Hg): Gute Arbeit gegen rechts, Hamburg, S. 11-36.
- Zentrum 2026a: Betriebsratswahlen: Zentrum erzielt Mandate in wichtigen Automobilwerken. [www.zentrumgewerkschaft.de/betriebsratswahlen-zentrum-erzielt-mandate-in-wichtigen-automobilwerken/](http://www.zentrumgewerkschaft.de/betriebsratswahlen-zentrum-erzielt-mandate-in-wichtigen-automobilwerken/) (Abruf: 01.06.2026).
- Zentrum 2026b: Betriebsratswahlen: Zentrum erzielt Mandate in wichtigen Automobilwerken. [www.zentrumgewerkschaft.de/ziele/](http://www.zentrumgewerkschaft.de/ziele/) (Abruf: 01.06.2026).

## Der Krieg in der Ukraine

Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“



Wolfgang Kastrop & Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION  
DISS

Der Krieg in der Ukraine  
Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«  
ISBN: 978-3-89771-780-0  
Edition DISS 52

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrop (Hg.)

Erscheinungsdatum November 2023  
196 Seiten | 19,80 €

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die »westlich« orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Die Ziele der ehemals betriebenen Entspannungs- und Friedenspolitik lösen sich in einer weitreichenden »Zeitenwende« auf. Doch kritische Analysen zu diesem Krieg und dem diesbezüglich herrschenden Diskurs sind bisher wenig präsent und vielfach unerwünscht.

Mit dieser Problematik setzt sich der jüngste Band des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kritisch auseinander: Die Beiträge unterschiedlicher Provenienz analysieren den Einmarsch Russlands in die Ukraine vor dem Hintergrund hegemonialer Weltordnungspositionen und untersuchen, inwieweit er tatsächlich als weltpolitische Zäsur gesehen werden muss. Neben der Rolle und Verantwortlichkeit der drei Kriegsparteien wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eskalierenden Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China darüber hinaus untersucht, welche Rolle China im Ukraine-Krieg einnimmt und wie sie von westlicher Politik und westlichen Medien gedeutet wird.



# Zwischen Feminismus und Feindbild

## DAS SYMBOL DES KOPFTUCHS IM FEMONATIONALISTISCHEN DISKURS VON LUKRETA

Von Emma Ludwig

Soziale Netzwerke sind zentrale Räume politischer Kommunikation und spielen eine wichtige Rolle für die öffentliche Meinungsbildung. Insbesondere extrem rechte Akteur\*innen nutzen Plattformen wie Instagram, um ihre Inhalte niedrigschwellig zu verbreiten und gezielt bestimmte Zielgruppen anzusprechen. Dabei greifen weibliche Akteurinnen zunehmend frauen- und geschlechterpolitische Themen auf, um rassistische und antimuslimische Positionen anschlussfähig zu machen. Frauenrechte werden so strategisch genutzt, um migrationsfeindliche Aussagen in gesellschaftliche Debatten einzubringen.

Vor diesem Hintergrund wurde der Instagram-Kanal von @lukreta\_official analysiert und untersucht, wie das Kopftuch dort als Symbol inszeniert wird, um antimuslimische und rechtsextreme Deutungen zu legitimieren. Grundlage der Analyse sind 49 Instagram-Posts aus dem Zeitraum vom 16. September 2025 bis zum 2. Februar 2026<sup>1</sup>, die mithilfe der Kritischen Diskursanalyse ausgewertet wurden. Untersucht wurde, welche wiederkehrenden Themen, Aussagen und Weiblichkeitsbilder in den Beiträgen konstruiert werden und wie das Kopftuch dabei als Marker von Unterdrückung, Fremdheit und gesellschaftlicher Bedrohung fungiert.

### ZWISCHEN GEMEINSCHAFT, AKTIVISMUS UND MOBILISIERUNG

Innerhalb der analysierten Beiträge lassen sich verschiedene wiederkehrende Typen und Inszenierungsformen erkennen. Ein zentraler Typus sind *Gedenk- und Trauerposts*, die sich auf konkrete Gewaltverbrechen oder deren Jahrestage beziehen. Diese Beiträge thematisieren, zumeist stark emotional aufgeladen, vor allem die Opfer, die Umstände der Taten sowie Reaktionen auf Politik, Gesellschaft oder Medien und beschreiben einzelne Gewaltverbrechen als ein größeres gesellschaftliches Problem.

Des Weiteren finden sich zahlreiche *Mobilisierungs- und Aktivismuspsts*, die zur Teilnahme an Aktionen oder zu eigenem Engagement aufrufen. In diesen Beiträgen werden unter anderem konkrete Handlungsformen wie Stickeraktionen, öffentliche Aktionen oder Demonstrationen dargestellt. Häufig wird dabei auch auf gemeinsames Handeln und Beteiligung verwiesen. Des Weiteren zielen diese Posts darauf ab, die Adressat\*innen zu konkretem Handeln zu bewegen oder zur Teilnahme an Aktionen zu motivieren. Diese wer-

den oft niedrigschwellig und teilweise ironisch oder ästhetisch inszeniert. Sie erzeugen eine Anschlussfähigkeit und stärken eine gemeinschaftliche Identität.



Screenshot aus dem Reel vom 02.10.2025

wird in diesen Posts auch das eigene Auftreten präsentiert, etwa durch die Darstellung von Aktivismus als Teil des Alltags oder der Verbindung von Lukreta Akteur\*innen in die Politik oder durch die Verbindung von politischen Inhalten mit bestimmten Lebensstilen. Die politischen Inhalte werden nicht immer direkt angesprochen, sondern erschließen sich erst bei Betrachtung des gesamten Kanals, wodurch die tatsächliche Diskursposition von Lukreta erkennbar wird (vgl. 5)<sup>2</sup>.

Als eine letzte Kategorie lassen sich die *politischen Positionsposts* identifizieren. In Abgrenzung zu den vorher genannten Kategorien werden hier die politischen Positionen, welche Lukreta vermitteln möchte, in den Fokus gestellt. Sie zeigen dabei aber meist nicht die tatsächliche Diskursposition, welche sich erst aus der Betrachtung und Einordnung des gesamten Materials erschließt, sondern nur teilweise heruntergebrochene Aspekte. Dadurch haben die Posts den Effekt, dass sie unterschiedlichste Anknüpfungspunkte für

<sup>1</sup> Am 16.9.2026 wurde die Kurdin Mahsa Amini im Iran wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das staatliche Hijab-Gesetz von der iranischen Sittenpolizei festgenommen und getötet. Ihr Tod löste Proteste gegen das iranische Regime aus, die auch in Deutschland thematisiert wurden. Am 1. Februar wird seit Jahren der World-Hijab-Day begangen, bei dem für Toleranz für das Tragen des Hijab geworben wird. Der 16.09. und der 02.02., einen Tag nach dem World Hijab-Day, stellen zentrale Bezugspunkte dar.

<sup>2</sup> Die Nummerierungen verweisen auf die im Quellenverzeichnis aufgeführten Instagram-Beiträge des Accounts @lukreta\_official. Das vollständige Quellenverzeichnis sowie die Zuordnung der Nummern zu den einzelnen Beiträgen sind in der dem vorliegenden Artikel zugrunde liegenden Analyse dokumentiert und dort nachvollziehbar.

eine breite Masse bieten, aber auch in Teilen widersprüchlich wirken.

Die genannten Kategorien lassen sich aber nicht ausschließlich in reinen Ausführungen beobachten. Es existieren Zwischen- sowie Mischformen, die sich nicht klar abgrenzen lassen. Exemplarisch dafür ist der Post nach dem Fall von Heinsberg, in dem Reinhild Boßdorf, eine der führenden Personen bei Lukreta, auf die Gruppenvergewaltigung an einer 17-Jährigen Bezug nimmt. Thematisch würde dieser zu den Gedenk- und Trauerposts passen, aber die visuelle Darstellung sowie das im Reel Gesagte und die Verschriftlichung in der Caption unterscheiden sich eindeutig in Bezug auf die Kategorisierungstypen.

### MIGRATION ALS BEDROHUNG

Ein zentraler Bestandteil der analysierten Beiträge sind Äußerungen, in denen Migration durchgehend als gesellschaftliche Bedrohung konstruiert wird. Dies zeigt sich besonders durch Begriffe wie „Massenmigration“ oder „unkontrollierte Migration“, die Migration als krisenhafte Entwicklung darstellen. Äußerungen wie die, „dass man in Deutschland nirgendwo mehr sicher ist vor der Folge unkontrollierter Masseneinwanderung“ (49), erzeugen ein Bild permanenter Unsicherheit.

Besonders auffällig ist die Verknüpfung von Migration mit Gewalt und Kriminalität. **Einzelne Gewaltverbrechen erscheinen dabei als Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Problems.** Formulierungen wie „Opfer der katastrophalen, unkontrollierten Massenmigration“ (46) stellen einen direkten Zusammenhang zwischen Migration und Gewalt her.

Durch drastische Beschreibungen von Gewalttaten werden die Beiträge zusätzlich emotionalisiert. Dadurch entsteht der Eindruck einer allgegenwärtigen Bedrohung, bei der öffentliche Räume wie Bahnhöfe oder Innenstädte als unsicher erscheinen.

Auch visuell wird Migration problematisiert, etwa durch Darstellungen vermüllter oder chaotischer Orte in Verbindung mit migrantisch markierten Personen. So entsteht ein Deutungsmuster, das Migration mit gesellschaftlichem Verfall verknüpft.

Die Bedrohungserzählung wird regelmäßig mit Forderungen nach „Remigration“ verknüpft. Aussagen wie „Remigration rettet Leben“ (44) oder „Grenzschutz ist Frauenschutz!“ (35) präsentieren Remigration als notwendige Schutzmaßnahme. Komplexe gesellschaftliche Probleme werden dabei auf Migration als Ursache reduziert.

### ETHNISIERUNG VON SEXISMUS UND KRIMINALITÄT

Die Verbindung von Migration und Gewalt basiert in vielen Beiträgen auf ethnisierenden Zuschreibungen. Täter werden häufig über ihre Herkunft definiert, etwa wenn von „Syrern

im besten Kampfalter“ (18) gesprochen wird. Andere Informationen über die Täter treten dabei in den Hintergrund.

Dadurch entsteht ein Deutungsmuster, in dem Gewalt als charakteristisch für bestimmte ethnische Gruppen erscheint. Gleichzeitig wird ein positives Gegenbild konstruiert: „[G]ute Männer“ werden als „standhaft, ehrenvoll und gütig“ beschrieben und sollen Frauen schützen (18; 35). So entsteht eine Gegenüberstellung zwischen dem als fremd markierten, gewaltbereiten Mann und einem idealisierten Bild „eigener“ beziehungsweise deutscher Männlichkeit.

### ISLAMFEINDLICHKEIT

Die ethnisierenden Zuschreibungen werden zusätzlich religiös aufgeladen und auf den Islam als übergeordnetes Erklärungsmuster gesellschaftlicher Probleme übertragen. So wird der Iran als Land beschrieben, das durch den Islam in „barbarische Zustände“ zurückgeworfen worden sei. Religion, Gesellschaft und politische Verhältnisse werden dabei nicht voneinander getrennt, sondern vereinheitlicht dargestellt.

Der Tod von Mahsa Amini wird als Ausdruck eines Systems dargestellt, das Frauen systematisch unterdrücke. Obwohl sich die Aussagen teilweise auf reale politische Repressionen beziehen, werden diese verallgemeinert und auf den Islam insgesamt übertragen. Dadurch entsteht das Bild eines grundsätzlich frauenfeindlichen und gewaltgeprägten Islams.

Es entsteht eine Gegenüberstellung zwischen dem Islam als frauenfeindlich und rückständig einerseits und der eigenen westlich-christlichen Gesellschaft andererseits, die implizit als frei, modern und schützend erscheint. Frauenrechte dienen in diesem Zusammenhang weniger einer feministischen Kritik patriarchaler Strukturen als vielmehr der Abwertung muslimischer Gruppen und der kulturellen Abgrenzung.

Auch visuell wird diese Gegenüberstellung unterstützt. Beiträge verbinden kopftuchtragende Frauen, Ramadan-Dekorationen oder islamische Symbole mit Bildern von Unsicherheit, Unordnung oder als bedrohlich inszenierten Situationen im öffentlichen Raum. Dadurch erscheint islamische Sichtbarkeit indirekt als Zeichen gesellschaftlicher Veränderung und Bedrohung.

Insgesamt zeigt sich, dass der Islam in den analysierten Beiträgen nicht differenziert dargestellt wird, sondern als vereinfachtes Feindbild fungiert, über das gesellschaftliche Probleme erklärt und bewertet werden.

### DAS KOPFTUCH ALS SYMBOL DER UNTERDRÜCKUNG

Die zuvor dargestellten Zuschreibungen von Gewalt, Geschlecht und Religion verdichten sich besonders im Umgang mit dem Kopftuch. Dieses erscheint nicht nur als religiöses Kleidungsstück, sondern als zentrales Symbol von Unterdrückung, Unfreiheit und kultureller Fremdheit.



Besonders im Zusammenhang mit dem Iran wird das Kopftuch als Ausdruck eines Systems dargestellt, das Frauen unterdrückt. Das Ablegen oder Verbrennen des Kopftuchs erscheint dabei als Zeichen der Befreiung. Obwohl dies im Kontext der Proteste im Iran eine reale politische Bedeutung besitzt, wird diese Deutung verallgemeinert. Das Tragen des Kopftuchs erscheint dadurch grundsätzlich als Ausdruck von Unterdrückung, während individuelle oder religiöse Motive kaum berücksichtigt werden.

Mehrere Beiträge stellen Frauen mit Kopftuch Frauen mit offenen Haaren gegenüber. Während das Kopftuch mit Einschränkung verbunden wird, erscheinen offene Haare als Symbol von Freiheit und Selbstbestimmung. Dadurch entsteht ein binäres Deutungsmuster, in dem sich nicht nur zwei Frauenbilder, sondern auch zwei kulturell-religiöse Ordnungen gegenüberstehen.

Besonders deutlich wird dies in einem Beitrag, in dem eine Frau ihr Kopftuch abnimmt und anschließend ein Kreuz in die Kamera hält. Dadurch wird das Christentum visuell als positives Gegenbild zum Islam inszeniert und mit Freiheit sowie Identität verknüpft.

Auch der „World Hijab Day“ wird kritisiert. Das Kopftuch wird dabei ausschließlich als Symbol des Zwangs interpretiert. Gleichzeitig inszenieren sich die Akteur\*innen unter dem Argument des Frauenschutzes als solidarisch mit „unterdrückten Frauen“.

Insgesamt fungiert das Kopftuch in den analysierten Beiträgen als politischer Marker, über den antimuslimische und pauschalisierende Deutungen legitimiert werden. Dabei werden Begriffe wie Freiheit oder Selbstbestimmung, die auch im feministischen Diskurs eine zentrale Rolle spielen, verwendet, ohne dass explizit Bezug auf feministische Positionen oder den Feminismus als politische Bewegung genommen wird. Stattdessen wird vor allem das Argument des Frauenschutzes genutzt, um ausgrenzende und vereinfachende Vorstellungen über muslimische Frauen und den Islam zu transportieren.

## INSZENIERUNG VON WEIBLICHKEITSBILDERN

Die Beiträge vermitteln kein einheitliches Frauenbild, sondern verbinden unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Vorstellungen von Weiblichkeit miteinander.

Einerseits erscheinen Frauen als schutzbedürftige Opfer, insbesondere im Kontext von Gewalt und Unsicherheit. Diese Darstellung dient häufig als Begründung migrationsfeindlicher Forderungen. Andererseits werden Frauen mit Natur, Heimat und nationaler Identität verbunden. Beiträge zeigen Frauen in Landschaften oder mit nationalen Symbolen wie der Deutschlandflagge. Weiblichkeit erscheint dadurch als „natürlich“, harmonisch und traditionsverbunden.

Gleichzeitig verbindet Lukreta politische Inhalte mit Lifestyle-Ästhetiken. Äußerungen wie „girls just want mountain

views & remigration“ kombinieren politische Forderungen mit modernen und jugendlichen Inszenierungen.

Mutterschaft nimmt eine zentrale Rolle ein. Weiblichkeit wird dabei eng mit Fürsorge und Familie verbunden, während Abtreibung moralisch abgewertet wird. Neben traditionellen Rollenbildern werden Frauen jedoch auch als politisch aktive und rebellische Akteurinnen inszeniert, etwa bei Demonstrationen oder Stickeraktionen. Auffällig ist die Verbindung radikaler Inhalte mit spielerischen oder „niedlichen“ Ästhetiken wie Emojis oder popkulturellen Symbolen. Dadurch entsteht ein strategisch zusammengesetztes Weiblichkeitsbild, das traditionelle Rollenbilder bestärkt und zugleich moderne Formen weiblicher Selbstinszenierung aufgreift, ohne den daraus resultierenden Widerspruch zu thematisieren.

## FAZIT

Die Analyse des Instagram-Kanals @lukreta\_official zeigt, dass die Beiträge der Frauengruppe Lukreta unterschiedliche Themenfelder miteinander verknüpfen. Besonders Migration, Sicherheit, Geschlecht und Identität werden emotionalisiert und zu einem bedrohlichen gesellschaftlichen Gesamtbild verdichtet. Einzelne Gewaltverbrechen erscheinen dabei nicht als isolierte Ereignisse, sondern als Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Zustands, der wiederholt mit Migration und dem Islam in Verbindung gebracht wird. Dadurch entstehen vereinfachte Deutungsmuster, in denen komplexe gesellschaftliche Entwicklungen auf wenige Ursachen reduziert werden.

Das Kopftuch nimmt innerhalb dieses Diskurses eine zentrale Rolle ein. Es erscheint nicht nur als religiöses Kleidungsstück, sondern wird als Symbol von Unterdrückung, Fremdheit und gesellschaftlicher Bedrohung inszeniert. In vielen Beiträgen wird das Tragen des Kopftuchs mit Unfreiheit, patriarchalen Strukturen und Gewalt gegen Frauen verknüpft, während offene Haare und westlich-christliche Symboliken als Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Zugehörigkeit erscheinen. Dadurch entsteht eine klare Gegenüberstellung zwischen einem als rückständig dargestellten Islam und einer implizit als modern und frei inszenierten „eigenen“ Gesellschaft.

Auffällig ist dabei insbesondere die strategische Nutzung frauenpolitischer Argumentationen sowie die teilweise Übernahme einzelner Begrifflichkeiten aus dem feministischen Diskurs. Begriffe wie Schutz, Freiheit oder Selbstbestimmung dienen weniger einer differenzierten Kritik patriarchaler Strukturen als vielmehr der kulturellen Abgrenzung gegenüber muslimischen Gruppen. Frauenrechte werden zu einem Mittel, um migrationsfeindliche und antimuslimische Narrative anschlussfähig zu machen.

Die Analyse zeigt jedoch, dass die Bezugnahme auf Frauenrechte und Frauenschutz nicht nur der Anschlussfähigkeit migrationsfeindlicher und antimuslimischer Narrative dient, sondern zugleich die Vermittlung weiterer extremer rechter Inhalte ermöglicht. Dies zeigt sich insbesondere in der politischen Forderung nach Remigration als gesellschaft-



liche Lösung sowie in der Konstruktion eines ethnischen Wir-Sie-Gegensatzes, in dem die „eigene“ Gemeinschaft als schützenswert und bedroht dargestellt wird. Wiederkehrende Forderungen, Frauen müssten ihre Sicherheit „zurückbekommen“ oder öffentliche Räume „zurückerobern“, knüpfen an Bedrohungs- und Verfallsnarrative an, die Migration als

Ursache einer umfassenden gesellschaftlichen Bedrohung darstellen. Darüber hinaus wird Schutz teilweise nicht primär als Aufgabe staatlicher Institutionen beschrieben, sondern an „gute Männer“ adressiert, die Frauen schützen und gegen die als Bedrohung markierten Tätergruppen auftreten sollen. Gleichzeitig werden Heimat, nationale Zugehörigkeit und Weiblichkeit wiederholt miteinander verknüpft und in einer völkisch geprägten Ästhetik inszeniert. Frauenrechte fungieren somit nicht nur als rechtspopulistische Anschlussstrategie an gesellschaftlich verbreitete rassistische und antimuslimische Inhalte, sondern tragen zugleich dazu bei, dass ihre extrem rechten Inhalte über den Rassismus der Mitte so vermittelt werden, dass sie für breitere gesellschaftliche Diskurse anschlussfähig und sagbarer gemacht werden.

Darüber hinaus zeigt die Analyse, dass Lukreta politische Inhalte gezielt mit ästhetisierten und emotionalisierenden Darstellungen verbindet. Aktivismus, Weiblichkeit und Gemeinschaft werden in einer Weise inszeniert, die sowohl Aufmerksamkeit erzeugt als auch Identifikationspotenziale schafft. Insgesamt verdeutlichen die Beiträge, wie soziale Medien genutzt werden, um vereinfachte Feindbilder zu verbreiten und politische Botschaften emotional aufzuladen.

Emma Ludwig studiert Soziologie an der Uni Duisburg-Essen und hat im Rahmen eines Praktikums beim DISS eine Kritische Diskursanalyse verfasst, auf der dieser Artikel basiert. Die ganze Analyse: <https://doi.org/10.17185/dupublico/86134>

unabhängig - widerständig - solidarisch

## Linker Feminismus im Abo



4 Ausgaben  
ab 16 Euro



[www.wirfrauen.de](http://www.wirfrauen.de)  
 @wir-frauen.bsky.social  
 WirFrauenfemBlatt

**WIR FRAUEN**  
 DAS FEMINISTISCHE BLATT



# Sozioökonomische Rahmenbedingungen für die Wahl der AfD in Nordrhein-Westfalen 2025

Von Peter Höhmann

## 1. VORBEMERKUNG

Ausgangspunkt dieser Arbeit sind die jüngsten Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen, nach denen die Stimmenanteile für die AfD deutlich angestiegen sind. Man könnte das Ergebnis als Baustein für eine grundlegende Untersuchung dafür verstehen, wie und in welche politische Richtung sich gesellschaftliche Verhältnisse wandeln.<sup>1</sup> Im Unterschied zu einer umfassenden Analyse geht es mir hier jedoch um die immer wieder neuen Aktivierungsmöglichkeiten rechtsextremer Einstellungen als einem sichtbaren Symptom sozialer Verhältnisse, so wie sie bereits zuvor in den ausführlich dokumentierten Stimmenerfolgen für die NPD, aber auch in der Wahlwerbung für die CDU sichtbar wurden.<sup>2</sup> Unter dieser Blickrichtung sehe ich die Ungleichheit der Lebensverhältnisse als zentralen Ausgangspunkt für die Wahlentscheidung an und will auf dieser Grundlage den Zuwachs der AfD-Stimmen als Eskalation zu einer „kollektiven generalisierten Vorstellung“ (Neil Smelser) nachzeichnen.<sup>3</sup> Für die Darstellung konzentriere ich mich auf drei Bereiche:

Zunächst zeige ich mit einem ersten Blick auf das Wahlergebnis der Kommunalwahl 2025, dass die AfD in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden abgeschnitten hat. Dazu stelle ich regionale Differenzen der Wahlentscheidung sowie der Wahlbeteiligung dar.

Für eine Interpretation der unterschiedlichen Ergebnisse gehe ich danach den ungleichen ökonomischen und sozialen Verhältnissen in kommunalen Räumen nach. Dazu verknüpfe ich jeweils die verschiedenen dort herrschenden sozio-ökonomischen Bedingungen mit den jeweiligen Stimmenanteilen für die Parteien, um so Zusammenhänge zwischen den ungleichen räumlichen Verhältnissen und der Wahlentscheidung nachzuzeichnen.<sup>4</sup> Die dabei sichtbaren Muster bilden zusammen mit dem Gefühl, persönlich benachteiligt zu sein, die klassische Folie für eine Interpretation der unterschiedlich starken Unterstützung extremistischer Parteien.<sup>5</sup> Über die Verstärkung und Instrumentalisierung von zunächst individuellen Reaktionen werden gesellschaftliche Problemlagen erzeugt, die zunächst über einen personalen Rückzug, dann aber auch aktiv über die Stimmabgabe sichtbar werden.

Systematische Konsequenzen für die langfristigen Rückzugsreaktionen stelle ich schließlich über das Wahlergebnis in NRW hinaus anhand von Befragungsdaten der allgemeinen Bevölkerungsstudie Allbus dar. Sie verdeutlichen, wie einzelne Eskalationsschritte als Auslöser für einen steigenden Stimmenanteil für die AfD wirksam werden.

## 2. DIFFERENZIERTER STIMMENANTEILE FÜR DIE AfD IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Wahlergebnis 2025 zeigt deutliche Differenzen bei der Stimmabgabe für die AfD, aber auch für die weiteren Parteien. Im Vergleich zu den Ergebnissen der vorletzten Kommunalwahl des Jahres 2020 ist der Zuspruch für die AfD ganz durchgängig angestiegen. Für eine genauere Prüfung der Rahmenbedingungen dieses Zuwachses teile ich die verschiedenen Wahlergebnisse in den Kommunen nach den jeweiligen Stimmenanteilen für die AfD in vier gleich große Gruppen (Quartile) auf. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Zustimmung zu der Partei hier jeweils zwischen 10,1% und 20,8% variiert. Schon bei der Wahl des Jahres 2020 bekam die AfD in den gleichen Quartilen unterschiedlich starke Zustimmungswerte. Das Niveau war jedoch deutlich weniger exponiert.

TABELLE 1

Unterschiede in der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe für die AfD bei den Kommunalwahlen 2025, 2020 und 1989

Quartile	AfD25	AfD20	Wahlbet25	Wahlbet20	Wahlbet89
1.	10,1	2,6	60,5	56,2	67,3
2.	14,1	3,1	57,5	52	66,5
3.	16,3	3,8	55	49,3	64,4
4.	20,8	6,0	53,3	46,2	62,7

Zur Darstellung längerfristiger Veränderungen habe ich ergänzend auf Ergebnisse und auf die Teilnahme an der Kom-

<sup>1</sup> Diesen Versuch unternimmt mit zahlreichen weiteren Indikatoren z. B. Eva von Redecker 2026.

<sup>2</sup> In diesem Sinne „informiert“ etwa die CDU-Landtagsfraktion Hessen mit Blick auf die Zahl der Asylanträge des Jahres 1988: „Durch Scheinasylanten droht unser Land zum Einwanderungsland zu werden. Dazu sagen wir Nein. Bei offensichtlichem Mißbrauch muß schon an unseren Grenzen abgewiesen werden.“

<sup>3</sup> Zur Bedeutung generalisierter Vorstellungen für den Aufbau kollektiver Reaktionen: Neil Smelser 1972.

<sup>4</sup> Die dargestellten statistischen Befunde sowie Wahlergebnisse der Kommunalwahl 2025 in den kreisfreien Städten und Landkreisen habe ich der Landesdatenbank NRW entnommen.

<sup>5</sup> Zu dem Thema bereits z.B. Scheuch, Erwin K. und Klingemann H.D.1967. Ebenso Infratest Sozialforschung 1980. Zu den Verstärkerwirkungen individueller Reaktionen auf eingeschränkte Lebensverhältnisse in den Städten vgl. Manuel Castells 1977, bes. S.180ff.

munalwahl des Jahres 1989 zurückgegriffen. Zu diesem Thema zeigt die Wahlbeteiligung zwischen einzelnen Zeitpunkten erkennbare Unterschiede an. Zwischen 1989 und 2020 ist die Wahlbeteiligung in den Kommunen, die aktuell die höchsten Zustimmungswerte für die AfD aufweisen (Quartil 4), von 62,7% auf 46,2% zurückgegangen. In dem Gebiet mit der geringsten Unterstützung (Quartil 1) lag der Rückgang lediglich bei 11,1 Prozentpunkten. Als Startpunkt einer neuen Entwicklung ist zwischen 2020 und 2025 jedoch die Wahlbeteiligung mit einem Plus von 4,3 Prozentpunkten wieder weniger stark gestiegen als im Quartil 4 mit den hohen Zustimmungswerten für die AfD. Der Zuwachs lag hier bei 7,1 Prozentpunkten.

Zwischen den drei Wahlterminen ist ergänzend auf eine weitere markante Verschiebung zu verweisen. Diese betrifft vor allem die SPD, die anders als die CDU massiv an Zustimmung verlor. Im Quartil 4 sank der Stimmenanteil für die SPD von 49,3% auf 27,0%. Im Quartil 1 mit dem geringsten Stimmenanteil für die AfD verliefen die Veränderungen kaum weniger dramatisch. Hier wählten statt 36,0% im Jahr 1989 aktuell nur noch 17,9% die SPD.

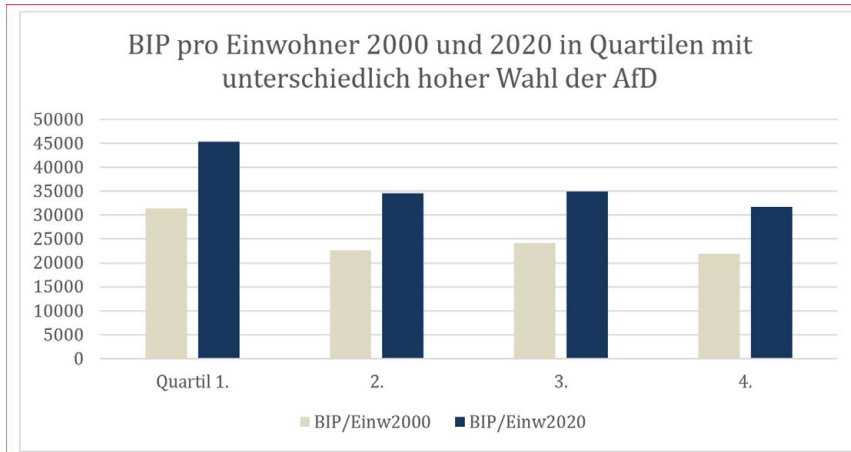
Die angesprochenen Änderungen im Wahlverhalten sind vornehmlich als Reaktion auf die besonderen Bedingungen und Entwicklungen in den verschiedenen kommunalen Regionen zu verstehen. Mit Blick auf die zurückgehende Beteiligung ist gerade in den ärmeren Orten zu erwarten, dass Menschen, die längerfristig unter eingeschränkten Verhältnissen leben, ihre Lage als fehlende politische Unterstützung verstehen.

### 3. UNGLEICHHEITEN ZWISCHEN KOMMUNALEN QUARTILEN

Vor dem angesprochenen Hintergrund sind die jeweils bestehenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in NRW für die aktuelle Stimmenverteilung von Bedeutung. Allgemein zeigt ein erster Überblick hier ein festes Bild regionaler Ungleichheit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den verschiedenen Städten und Gemeinden haben sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert. Arme Städte und Landkreise sind über die Jahre hinweg weiter arm geblieben und reiche reich. An einigen wenigen Kennzahlen will ich daher weiter veranschaulichen, wie sich ungleiche Lebensbedingungen in den vier Quartilen niederschlagen, die einen unterschiedlich hohen Stimmenanteil für die AfD aufweisen. Die weitere Auswertung stellt diese Zusammenhänge dar, am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogen auf die Einwohnerzahl, an den Handlungs- und Gestaltungsspielräumen in den Kommunen, am Umfang der kommunalen Schulden und Steuereinnahmen sowie am Anteil der Personen, die Grundsicherung beziehen.

Die folgende Graphik zeigt dazu zunächst die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner zwischen den Jahren 2000 und 2020 in den vier ausgewiesenen Gebieten. Der für das Jahr 2020 angegebene Durchschnittswert in den reicheren Regionen von 45.409 € liegt dort, wie schon im Jahr

2000, um knapp 43% über dem der ärmsten. Auffällig ist, wie angenommen, der deutliche Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis und der Höhe des BIP pro Einwohner. Je geringer die so gemessene Wirtschaftskraft, desto stärker wurde in den vier Regionen die AfD gewählt.



Weitere Indikatoren der wirtschaftlichen Verhältnisse reproduzieren den benannten Zusammenhang auch für die weiteren Kennzahlen. Immer spiegelt die langfristig bestehende Ungleichheit zwischen den Quartilen sehr genau auch das Wahlergebnis für die AfD, wie die folgende Tabelle deutlich macht.

TABELLE 2

Ökonomische Handlungsspielräume in Kommunen mit unterschiedlichem AfD-Anteil. Entwicklung der Schulden und der kommunalen Steuereinnahmen je Einwohner sowie der Empfänger von Leistungen zur Grundsicherung nach dem SGB II (%)

Q	Schulden 2000	Schulden 2020	Steuer 2000	Steuer 2021	Leistungen SGB II 2011	Leistungen SGB II 2021
1.	1809,6	1553,8	371,1	805,6	8,2	7,5
2.	1594,0	2579,9	275,0	619,8	8,9	8,5
3.	1703,5	2923,2	276,0	601,0	12,3	11,6
4.	1716,1	3816,5	238,8	504,8	13,0	13,4

Im Jahr 2000 waren die vier Gebiete mit unterschiedlichem Stimmenanteil für die AfD noch zu einem ähnlich hohen Umfang verschuldet. Im Jahr 2020 hat sich das Gewicht jedoch deutlich verschoben. In den Kommunen mit der höchsten Zustimmung für die AfD (Quartil 4) haben sich die Schulden mehr als verdoppelt. Sie sind in dem Gebiet mit dem geringsten AfD-Anteil (Quartil 1) sogar leicht abgesunken. Weniger dramatisch, aber in die gleiche Richtung, zielt die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen. Auch hier ist die Entwicklung der ökonomischen Handlungsspielräume in den Kommunen unterschiedlich verlaufen. Zugleich haben sich jedoch auch die finanziellen Verpflichtungen auseinander entwickelt, wie aus dem Umfang



der Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende zu entnehmen ist.<sup>6</sup>

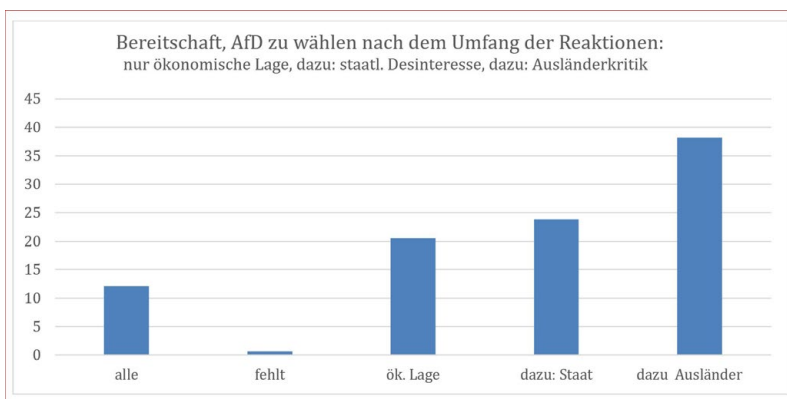
#### 4. INDIVIDUELLE UND KOLLEKTIVE REAKTIONEN

Die Entscheidung für eine Wahl der AfD ist nicht zwingend mit eingeschränkten Lebensbedingungen verbunden. Diese stellen eher den Auslöser für weitere mögliche Reaktionen dar. Üblicherweise ziehen sich Menschen im politischen Prozess zunächst zurück und beteiligen sich nicht an Wahlen. Dieses, von Goffman als „rituelle Distanzierung“ (Erving Goffman 1956) bezeichnete Verhalten, richtet sich gegen eine Politik, die aus der persönlichen Sicht die individuelle Lage weder erkennen noch verändern will. Mit einer solchen Überzeugung erscheint die Teilnahme an einer Wahl nicht lohnend. Rituelle Distanzierung muss sich aber nicht allein passiv auf Rückzugstendenzen begrenzen. Sie ist auch Grundlage einer politischen Instrumentalisierung. Beide Konsequenzen sind an den Wahlergebnissen für die AfD gut zu beobachten.

So verweist eine erste typische Reaktion auf den unterschiedlichen Umfang, zu dem Personen ihre Beteiligung an Wahlen ausschließen, was sich am Beispiel der aktuellen Wohnverhältnisse, die Personen und Familien unterschiedlich belasten, gut veranschaulichen lässt. Danach sticht eine besonders gehäufte Wahlenthaltung gerade als Folge einer unbefriedigenden Wohnsituation besonders hervor, wie aus den Daten des Allbus hervorgeht. Die Studie zeigt das Bild der sehr unterschiedlichen Entwicklung einer Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen von Personen in Sozialwohnungen und anderen Mietformen sowie von Wohneigentümern.

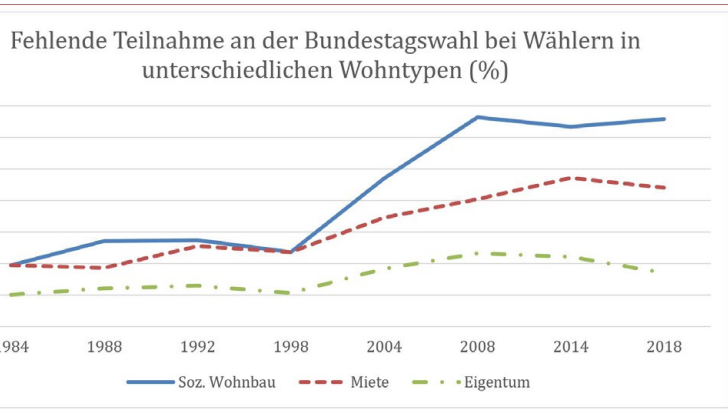
weniger an Bundestagswahlen. Die Werte, zu denen dieser Personenkreis von einer Wahlbeteiligung absieht, sind über den gesamten Zeitraum von 11,8% auf 32,9% angestiegen. In geringem Maße gilt dieser Zuwachs auch für die übrigen Mieter. Hier hat sich der Anteil der Nichtwähler vom gleichen Ausgangswert auf 22,0% jedoch nur knapp verdoppelt. Bei allen Mietern haben sich Rückzugstendenzen verstärkt, was als Folge ungleicher und eingeschränkter Lebenslagen verstanden werden kann.

Soweit die rituelle Distanzierung im Sinne Goffmans sich nicht nur auf den individuellen Rückzug begrenzt, ist weiter davon auszugehen, dass neben dem Staat auch andere Gruppen, Außenstehende und Fremde für die eigene als benachteiligt wahrgenommene Lebenssituation, verantwortlich gemacht werden. Doch erst der Umfang, zu dem solche personalen Zuschreibungen von Verantwortung in einer Stadtbild- oder Ausländerdebatte institutionell aufgegriffen und instrumentalisiert werden, erzeugt und verstärkt weitere Handlungsfolgen. Protesthaltungen ersetzen, wie auch die Wahl in NRW gezeigt hat, zumindest teilweise die klassischen Rückzugstendenzen vom öffentlichen Leben.



In diese Lücke stößt die Partei der Alternative für Deutschland als ein hierbei wirkmächtiger Träger, der die Koppelung von individuellem Rückzug und der Zuschreibung von Verantwortung für sich nutzt. Sie ist dabei mit klassischen Stereotypen erfolgreich, die sich auf Schuldzuweisungen an die Politik, wie auch an Fremde stützt. Die folgende Graphik macht dazu die Eskalation derartiger Reaktionen in den Wahlentscheidungen sichtbar.

Die Daten der zu Grunde gelegten Allbus-Umfrage des Jahres 2023 spiegeln scharfe Unterschiede der zugrunde gelegten Zustimmung zur AfD. Sie weisen zugleich auf eine tiefe Spaltung zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen hin. Befragte, die ihre wirtschaftliche Lage als depriviert betrachten und zugleich das Desinteresse der Politik sowie die Schuld der Ausländer an den Verhältnissen beklagen, erklären zu 38,2% AfD wählen zu wollen. Die Kontrastgruppe, in ihrer anders eingeschätzten wirtschaftlichen Lage, die solche Zuschreibungen nicht teilt, wählt diese Partei dagegen nur zu 0,6%. Mit Blick auf die Bedeutung der für die Auswertung zugrunde gelegten Merkmale ist aber auch darauf zu verweisen, dass bereits über 20% der Befrag-



Die Graphik zeigt noch vergleichsweise geringe Differenzen zwischen den drei Bewohnergruppen für den Zeitraum zwischen 1984 und 1998 an. Die geringere Wahlbeteiligung der Mieter von Sozialwohnungen ist allerdings schon früh und nicht unerwartet etwas stärker ausgeprägt. In den letzten 20 Jahren hat sich die Situation jedoch massiv gewandelt. Bewohner von Sozialwohnungen, in ihrer wirtschaftlich oft als prekär wahrgenommenen Lage, beteiligen sich immer

<sup>6</sup> Die einschlägigen Auswirkungen der bestehenden örtlichen Lebensverhältnisse werden in einem erheblich breiteren Zusammenhang sichtbar. Dies zeigen exemplarisch: Claudia Neu, Marco Eden, Beate Küpper 2025.



ten zu einer Wahl der AfD tendieren, wenn sie ausschließlich ihre ökonomische Benachteiligung im Blick haben.

Das Zusammenspiel solcher Zuschreibungen von Verantwortlichkeiten verschärft die Neufassung der bislang vorherrschenden Reaktionen. Die darüber aufgebaute Bindung an die AfD ermöglicht es, den individuellen Rückzug als Bewältigungsprozess in einen politischen Protest umzumünzen, der diese Partei mit ihren stereotypen Verweisen unabhängig von den weiterhin bestehenden ökonomischen Einschränkungen nun als kollektive Vertretung stärkt.

**Peter Höhmann (Dr. phil.), Soziologe und Volkswirt. Lehre, Forschung und Veröffentlichungen besonders zu sozialpolitischen und religionssoziologischen Themen.**

## LITERATUR

- Castells, Manuel 1977: Toward a Political Urban Sociology, in: Harloe, Michael (Hg.): Captive Cities, London.
- Goffman, Erving 1956: The Nature of Deference and Demeanor, in: American Anthropologist, 473-502.
- Infratest Sozialforschung: Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1980.
- Neu, Claudia/ Eden, Marco/ Küpper, Beate 2025: Raum, Daseinsvorsorge und Demokratie, in: Zick, Andreas u.a. (Hg.): Die angespannte Mitte, Bonn, 254-278.
- Redecker, Eva von 2026: Dieser Drang nach Härte. Über den neuen Faschismus, Frankfurt/M.
- Scheuch, Erwin K./ Klingemann Hans Dieter 1967: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, 11-19.
- Smelser, Neil J. 1972: Theorie des kollektiven Verhaltens, Köln.

# Indoktrination versus Neutralität

## WIE DIE AfD NEUTRALITÄT IM BILDUNGSWESEN NEU DEUTET

Von Verena Zink

In bildungspolitischen Debatten taucht immer wieder die Forderung nach Neutralität für Lehrer\*innen und andere Schulseitige auf, um eine mögliche politische Einflussnahme in Bildungseinrichtungen zu diskutieren. Bereits im Jahr 2018 initiierte die AfD die Meldeplattform *Neutrale Schulen* mit der Intention, dort kritische Meldungen von Schüler\*innen, Lehrer\*innen sowie anderen Schulseitigen zu erhalten. Melden sollten die Betroffenen diejenigen, die sich nicht an das vermeintliche Neutralitätsgebot für Lehrer\*innen hielten. Die Partei vertritt die Meinung, dass Schüler\*innen in keinster Weise politisch beeinflusst werden dürfen und Lehrer\*innen eine politische Neutralität zu wahren haben.

Besonders spannend ist dabei der Blick auf die Inhalte, deren Vermittlung in Schulen die AfD ihrerseits fordert. Die zentrale Frage meiner Kritischen Diskursanalyse lautet: Inwieweit ist die Forderung der AfD nach politischer Neutralität der Lehrer\*innen übereinstimmend mit den in ihren Programmen definierten bildungspolitischen Forderungen?

Zur Strukturanalyse wurden *Kapitel 8 – Schule, Hochschule und Forschung* aus dem Grundsatzprogramm der AfD von 2016 sowie der Abschnitt *Zeit für Zusammenhalt – Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit* aus dem Programm

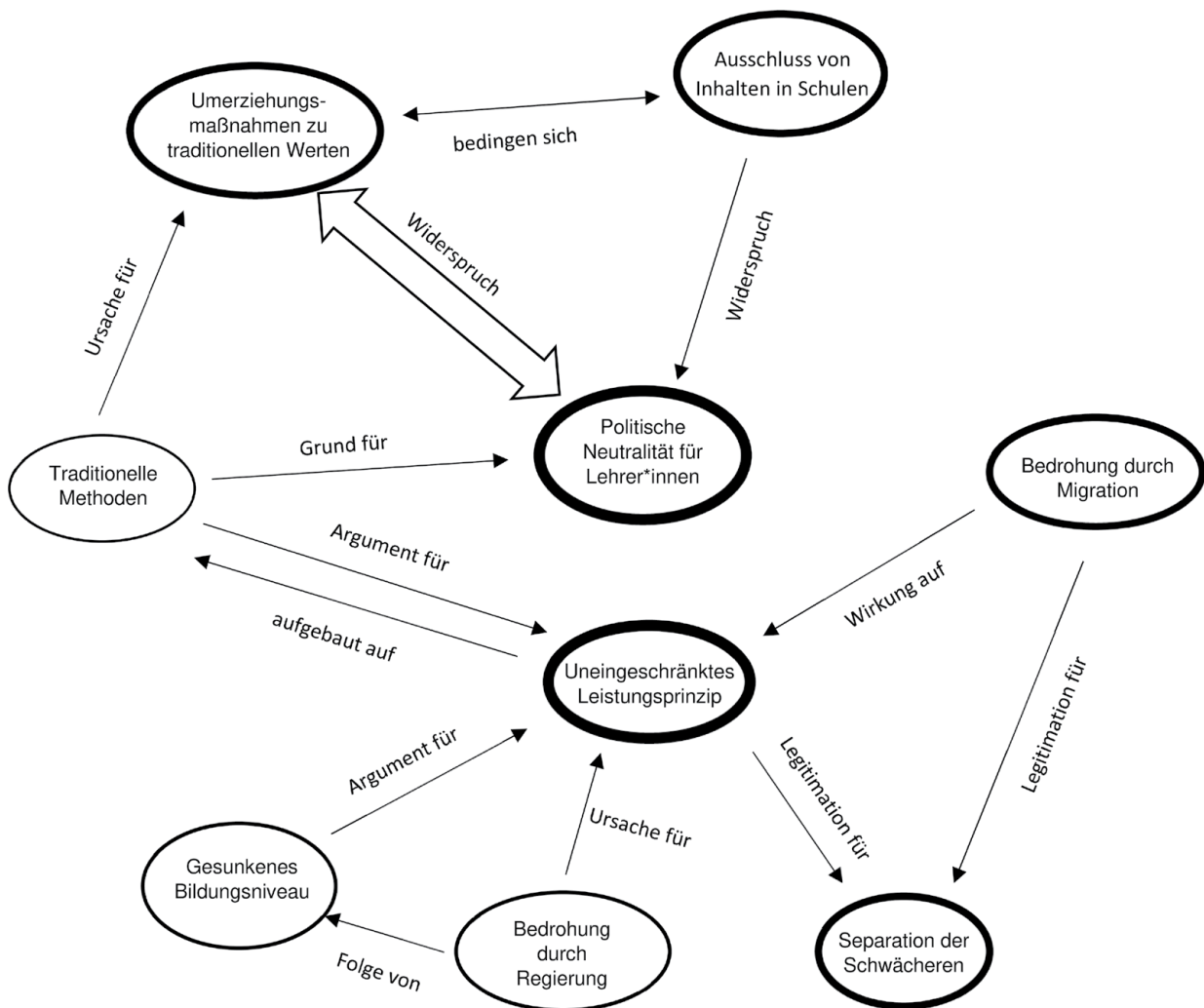
zur Bundestagswahl 2025 herangezogen. Das erlaubt einen zeitlich differenzierten Blick auf die Forderungen im bildungspolitischen Bereich.

## DISKURSTRÄNGE UND THEMEN

Besonders dominant sind die Diskursstränge Bildung, Leistung, Migration und Geschlecht, die in verschiedenen Inhalten stets ineinandergreifen. Es finden sich vor allem Forderungen zu verschiedenen Schularten, Unterrichtsmethodik, Genderpädagogik, Rollenbildern, Digitalisierung, Inklusion, Gleichheit, Religionsunterricht, Disziplinarrechten, Studierfähigkeit und Akademisierung. Besonders hervorgehoben wird das Leistungsprinzip, das ein mehrgliedriges und leistungsorientiertes Schulsystem voraussetzt. Der Grundgedanke, dass jede\*r Schüler\*in anhand seiner eigenen Leistung beurteilt werden soll, setzt sich thematisch bei Inklusion sowie dem Erhalt der Förder- und Sonderschulen fort.

## AUSSAGEN

Als zwei zentrale Aussagen haben sich *Neutralität für Lehrer\*innen* und *Uneingeschränktes Leistungsprinzip* heraus-



kristallisiert. Diese stehen zueinander in keiner Wechselwirkung, beeinflussen jedoch alle anderen Aussagen.

*Uneingeschränktes Leistungsprinzip* bildet eine der wichtigsten Aussagen, die in vielfacher Weise auf andere Aussagen wirkt. Begründet wird die Forderung nach selektiver Auswahl von Schüler\*innen rein aufgrund ihrer Leistung mit dem *gesunkenen Bildungsniveau*. Dieses sieht die Partei als Folge der Politik der letzten Jahre und impliziert damit, dass eine *Bedrohung durch die Regierung* herrscht. In diesem Kontext sieht sich die AfD als Retterin, gar als Beschützerin der Kinder und Jugendlichen vor der Regierung. Einen weiteren Grund für das *gesunkene Bildungsniveau* sieht die AfD in der vermeintlich vorherrschenden *Bedrohung durch Migration*.

*Uneingeschränktes Leistungsprinzip* bedeutet, dass eine *Separation der Schwächeren* stattfinden soll. Damit gemeint sind die Schüler\*innen, die aus dem strengen Leistungsraster herausfallen, sowie diejenigen, die aufgrund von Einschränkungen oder körperlichen und geistigen Behinderungen Förder- und Sonderschulen statt Regelschulen besuchen sollen, wie die Partei fordert.

Die Aussage *Politische Neutralität für Lehrer\*innen* beeinflusst in direkter Weise die Aussagen *Ausschluss von Bildungsinhalten* sowie *Umerziehungsmaßnahmen zu traditionellen Werten*. Bestimmte Inhalte sollen in Schulen nicht mehr, andere selektiv ausgewählte Inhalte dafür umso mehr

vermittelt werden. Außerdem möchte die Partei den Weg hin zu Disziplinierungsmaßnahmen und traditionellen Werten frei machen. Es wird gezielt gefordert, dass Kinder und Jugendliche in Schulen zum *klassischen Rollenbild von Mann und Frau* umerzogen werden.

## EINORDNUNG DER ERGEBNISSE

Auffällig ist der hohe Fokus auf das Leistungsprinzip, der sich durch beide Programme zieht. Leistung wird als normativer Maßstab für alle Schüler\*innen betrachtet, als Raster, das viele jedoch durchfallen lässt. Gefordert wird eine Gesellschaft, die durch Ordnung, Disziplin und Leistung die Leistungsstarken belohnt und die Schwächeren bestraft und vor allem ausschließt.

Ebenfalls auffällig ist die Art und Weise, wie der Terminus Tradition verwendet wird. Traditionen sollen innerhalb der Unterrichtspädagogik in den Fokus genommen werden, um einer von der AfD als sehr kritisch betrachteten gesellschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken.

Besonders extrem zeigt sich dabei die Rolle der Neutralitätsforderung. Auf den ersten Blick erscheint sie als legitime Forderung, die sich gegen politische Indoktrination im Unterricht nachvollziehbar darstellt. Eine genauere Betrachtung der Programme offenbart jedoch ein Spannungsver-

hältnis zwischen der Forderung und weiteren bildungspolitischen Positionen der Partei. Während die AfD politische Einflussnahme aus Schulen verbannen möchte, formuliert sie, wie oben dargestellt, gleichzeitig konkrete Vorstellungen darüber, welche Werte, Normen und Weltbilder vermittelt werden sollen. Neutralität wird nicht als allgemeingültiges Prinzip verstanden, das für alle Sichtweisen und gesellschaftlichen Positionen gleichermaßen gilt, sondern als selektives Instrument zur Steuerung von Denkweisen und Vermittlung ihres Weltbildes und Werteverständnisses. Themenfelder, die von der Partei allgemein als problematisch betrachtet werden, sollen ausgeschlossen werden mit der Begründung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen. Liberale Inhalte werden als Gefahr gesehen, vor der die Partei Kinder und Jugendliche schützen möchte, die sie dabei als schwache und unmündige Subjekte konstruiert.

Insgesamt zeigt sich ein grundlegender Widerspruch der Neutralitätsforderung. Einerseits verlangt die AfD, politische Einflussnahme unter allen Umständen aus Schulen fernzuhalten, formuliert jedoch andererseits selbst konkrete ideologische Zielvorstellungen, die in Schulen durch Lehrer\*innen vermittelt werden sollen, und wertet diese auf. Die Neutralitätsforderung fungiert dadurch weniger als pädagogisches Prinzip, sondern als politisches Instrument. In den Forderungen wird der Begriff flexibel eingesetzt, um die eigene Werteordnung zu legitimieren und andere Perspektiven auszuschließen.

**Verena Zink studierte Public Management an der Hochschule Kehl. Dieser Artikel basiert auf ihrer unveröffentlichten Bachelorarbeit vom September 2025, die von Prof. Dr. Michèle Bernhard (HS Kehl, seit 2026 Darmstadt Business School) und Benno Nothardt (DISS) betreut wurde.**

### MYTHOS NEUTRALITÄT

Die Annahme, dass Lehrkräfte in der Schule immer neutral sein müssten, ist älter als die AfD, die sie jetzt strategisch nutzt. Tatsächlich wird aber beispielsweise im Schulgesetz NRW nur festgelegt, dass Lehrkräfte ihre Aufgaben „unparteilich“ wahrnehmen sollen und nicht die „Neutralität des Landes“ gefährden dürfen (§ 2). Neutralität wird vom Land, nicht von den Lehrkräften gefordert.

Lehrkräfte müssen sich zurückhaltend und ausgewogen äußern. Aber: „Wir sind in der Schule nicht wertneutral, und das sollen wir auch nicht sein, sondern der Bildungsauftrag der Schule orientiert sich am Grundgesetz“, sagt Bundesbildungsministerin Karin Prien.<sup>1</sup> Erziehung „im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit“ gehört laut Schulgesetz NRW § 2 (2) zu den Aufgaben von Schule.

Aber was ist mit dem Beutelsbacher Konsens? Verlangt der nicht Neutralität? Nein. Er fordert etwas ganz anderes, nämlich *Kontroversität*: Das, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Außerdem beinhaltet er das *Überwältigungsverbot* (Indoktrinationsverbot) und fordert *Schülerorientierung* (Stärkung demokratischer Selbstwirksamkeit).

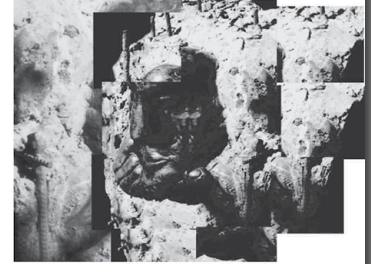
Lehrkräfte sollten sich nicht einschüchtern lassen, aber informieren, zum Beispiel in der Broschüre „Mythos Neutralität“ der GEW<sup>2</sup>.

**Infokasten: Benno Nothardt**

1 [www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-schulen-einflussnahme-100.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-schulen-einflussnahme-100.html)  
 2 [www.gew.de/themen/schule-zeigt-haltung/mythos-neutralitaet](http://www.gew.de/themen/schule-zeigt-haltung/mythos-neutralitaet)

### Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung



Siegfried Jäger | Margarete Jäger  
Regina Wamper | Benno Nothardt



8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Edition DISS 42

erschienen im September 2024

8., vollständig überarbeitete und

aktualisierte Auflage

420 Seiten, 29,80€

ISBN: 978-3-89771-771-8

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) versteht sich als ein Analyseverfahren, das sich an der Diskurstheorie von Michel Foucault orientiert. Sie stellt eine Methode qualitativer Sozial- und Kulturforschung dar, die in zahlreichen Disziplinen angewendet wird. Sowohl Sozial-, Sprach- und Literaturwissenschaftler\*innen als auch Medien- und Kommunikationswissenschaftler\*innen, Pädagog\*innen und Psycholog\*innen haben inzwischen mit den Vorschlägen der KDA erfolgreich Diskurse analysiert und interpretiert. Das kritische Potential, das dieses Verfahren enthält, macht es besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

Die 8. Auflage ist die erste nach dem Tod ihres Begründers Siegfried Jäger, dessen Work in Progress wir hiermit fortsetzen. Sie fußt weiterhin auf der Normalismustheorie von Jürgen Link sowie auf seinen Ausführungen zur Kollektivsymbolik. Doch wir haben die »Werkzeugkiste« erweitert um neue Kapitel zur Analyse von Bildern, Online-Diskursen, TV, Spezialdiskursen, Literatur und herabsetzender Rede. Weiter verbessert haben wir die praktischen Anleitungen und Beispiele zur Anfertigung eigener Analysen.



# Afghanischer Film in Deutschland

## EINE BERLINALE-PREMIERE UND DIE VIELFACHEN HERAUSFORDERUNGEN INFOLGE VON FLUCHT VOR DEN TALIBAN

Von Martin Gerner

Zum ersten Mal in der Geschichte eröffnete im Februar 2026 die 76. Berlinale, Deutschlands größtes Publikums-Filmfestival, mit einem Spielfilm aus Afghanistan: *No good Men*. Shahrbanoo Sadat lautet der Name der Regisseurin. Nach Rückkehr der Taliban an die Macht sind viele afghanische Filmemacher nach Deutschland gekommen. Aber nicht immer steht am Ende die große Karriere, sondern das neue schwere künstlerische Exil, wie im Folgenden ausgeführt wird.

Die Weltpremiere von „No Good Men“, dem dritten Spielfilm der afghanischen Regisseurin Shahrbanoo Sadat im Berlinale-Palast, ist eine kleine Sensation. Bisher hatten große Festivals wie Cannes und Venedig zwar Arbeiten junger afghanischer Filmemacher im Programm. Nicht aber zur Festivaleröffnung.



Wie die 36-jährige Drehbuchautorin Sadat, die seit ihrer Evakuierung aus Afghanistan im August 2021 in Hamburg lebt und arbeitet, hat es viele afghanische Filmemacher:innen und Drehbuchautor:innen nach Deutschland und in andere NATO-Staaten verschlagen, teils aufgrund bestehender Beziehungen zu Kulturinstitutionen wie dem Goethe Institut oder zu Menschenrechtsorganisationen.

Shahrbanoo Sadat auf der Berlinale 2026  
(Foto: Elena Ternovaja, CC-by-sa/3.0)

Viele von ihnen sind angesichts des militärischen Scheiterns der US-geführten Nato-Intervention vor den Taliban geflohen: zunächst vor allem in den Jahren 2014/15 nach dem weitgehenden Abzug der westlichen Truppen und erneut ab August 2021, als die Taliban die Macht in Afghanistan zurückeroberten.

Doch nicht jeder kann sich Gehör verschaffen wie Shahrbanoo Sadat. Unter den heute in Deutschland lebenden Kulturschaffenden aus Afghanistan sind etwa auch einige Autoren des ehemaligen Filmkollektivs „Jump Cut“<sup>1</sup>, deren Filme schon 2012 auf der Documenta 13 in Kassel gezeigt worden waren. Kabul stand damals, zusammen mit Kairo, im Fokus der Documenta.

Ali Husseini, damals Teil des Filmkollektivs, lebt seit vier Jahren in Deutschland, ist aber vom Jobcenter abhängig. Er träumt von Arbeit bei einer deutschen Filmproduktion und sucht eine Ausbildung. Gerne würde er auch einen

C1-Deutschkurs machen. Aber das Jobcenter wolle dafür nicht zahlen, sagt er.

„Ich habe in Afghanistan als Filmemacher gearbeitet. Meine Kurzfilme haben Preise und Auszeichnungen in Afghanistan und im Ausland erhalten. Für den Dokumentarfilm *Generation Kunduz*<sup>2</sup> habe ich die Kamera gemacht“, sagt Husseini. „Ich kann die Filmarbeit weitermachen hier. Aber vorher möchte und sollte ich fließend Deutsch lernen.“

Husseini wohnt in Köln, in einer Siedlung am Stadtrand, zusammen mit weiteren vierzig Familien. Die meisten, sagt er, kämen ebenfalls aus Afghanistan und seien nach 2021 gekommen. In der Siedlung werde wenig Deutsch gesprochen. Husseini weiß um den „Ghetto“-Effekt, aber eine zentralere Wohnung in Köln zu finden, sei schwierig. „Köln hat viele TV-Produktionen und -Sender, es gibt viele Möglichkeiten. Aber man braucht Glück“, sagt er. Zurzeit sucht er eine dreijährige Ausbildung im Medien-, IT- und Elektronikbereich.

Anders als etwa iranische Filmemacher in Deutschland verfügen afghanische Regisseure bei deutschen Kritikern über keine Lobby. Ein Grund dafür ist, dass der afghanische Film – anders als der iranische – im Heimatland selbst keine nennenswerte Filmindustrie hervorgebracht hat. So gab es – mit Ausnahme der letzten Monate vor Rückkehr der Taliban – keine systematische Filmförderung durch die staatliche Filmbehörde *Afghan Film*. Im Iran dagegen, wo viele afghanische Filmemacher:innen im Exil gelernt haben, gibt es zahlreiche staatliche wie private Filmschulen von Rang.

In Afghanistan sind nach der NATO-Intervention infolge der Hilfgelder eine Reihe privater TV-Sender und ein Umfeld mit Filmausrüstungen und Filmproduktion entstanden. Die Rückkehr der Taliban 2021 hat diese allerdings gesprengt. Inhaber von Filmstudios mussten ihr Equipment bei der Flucht 2021 nicht selten zurücklassen. Die wenigsten haben sich unter den Bedingungen des Exils neu etablieren können. Filmpresse und Filmkritiker:innen in Deutschland kennen in der Regel zwar Autor:innen und Filme aus dem Iran. Über den afghanischen Film hingegen wissen sie wenig und auch über dessen sprachlich-(film)kulturellen Verbindungen mit dem Iran. Anekdotisch lässt sich das Erfolgsbuch „Der Drachenläufer“ anführen. Viele Deutsche kennen den Erfolgsroman mit Millionenauflage. Die wenigsten aber den Namen des afghanischen Autors: Khaled Hosseini.

Auch vor 2021, zu Zeiten der NATO-Intervention, habe es keine wirkliche Filmindustrie in Afghanistan gegeben, sag-

1 <https://qantara.de/artikel/das-jump-cut-film-kollektiv-aufbruch-kabuls-filmszene>

2 <https://qantara.de/artikel/dokumentarfilm-generation-kunduz>



Ali Husseini, Filmemacher aus Kabul, seit 2021 in Deutschland und Kameramann bei Generation Kunduz u.a.

Hamburg. „Ich habe vier Jahre an der Hochschule für Bildende Künste Hamburg hier studiert“, erzählt Jalla, „und festgestellt, dass es sehr schwer ist, in Deutschland Freunde zu machen und Netzwerke aufzubauen.“ Mittlerweile hat Jalla, der für internationale Produktionen auch als Schauspieler vor der Kamera gestanden hat, ein Auskommen als Kameramann gefunden, mit Aufträgen unter anderem von Gewerkschaftsseite.

Jalal Hussaini schreibt in Deutschland unverändert Drehbücher und dreht Kurzfilme. Mit der regionalen Filmförderung ist er ein Stück weit vertraut, allerdings ohne die Zusage für eine große Förderung. Ein Einkommen erzielt er seit Juli 2020 als Redakteur in der Dari/Farsi-Abteilung von Amal, einem Online-Medium für Exil-Journalisten. Darin veröffentlicht er regelmäßig Texte über seine Wahrnehmung der Integrationsdebatte in Deutschland, die einheimischen Leser:innen den Spiegel vorhalten.

Wenn alles glatt läuft, dürften viele der afghanischen Filmemacher:innen in Deutschland in wenigen Jahren einen deutschen Pass bekommen. Afghanische Regisseur:innen und Drehbuchautor:innen werden damit Teil der deutschen Filmgeschichte. Ihre Geschichten können wir auf der Leinwand sehen. Sie beeinflussen unsere Perspektive von Einwanderung und Ausgrenzung, von Erfolg und Scheitern.

Im Nachgang zum schmachvollen militärischen Abzug des Westens aus Afghanistan im August 2021 erweist sich die Intervention somit nachgerade als Boomerang. „Kunst und Kultur unter der westlichen Intervention waren vor allem eine Blase aus westlichen Hilfgeldern. Ohne sie hätte es eine große Anzahl von Möglichkeiten nicht gegeben. Als der Westen abzog, fielen diese Möglichkeiten weg“, merkt Aman Mojadidi an, ein US-afghanischer Künstler mit Wohnsitz in Paris, der 2012 das afghanische Programm der documenta13 ko-kuratierte.

Nachhaltig war dies nicht: So taten die Geberstaaten nichts Entscheidendes dafür, dass auch die staatliche Behörde *Afghan Film* mit Fördergeldern für einheimische Regisseure ausgestattet wurde. Unter den Taliban wurde *Afghan Film* im Sommer



Ein Teil des ehemaligen Jump Cut Filmkollektivs beim Dreh 2009 in den Straßen von Kabul

te Shahrbanoo Sadat in einem Interview 2019<sup>3</sup>: „Aber es gibt junge Regisseur:innen, die kurze wie lange Feature-Filme drehen, Spiel- wie Dokumentarfilme. Grundsätzlich konnte man in Afghanistan drehen. Aber ohne Garantien, dass der Dreh auch sicher und ohne Zwischenfall abläuft.“

Jamil Jalla und Jalal Hussaini, die Film- und Drehbuch-Kollegen im Jump Cut-Kollektiv waren, leben beide seit mehreren Jahren in

Hamburg. „Ich habe vier Jahre an der Hochschule für Bildende Künste Hamburg hier studiert“, erzählt Jalla, „und festgestellt, dass es sehr schwer ist, in Deutschland Freunde zu machen und Netzwerke aufzubauen.“ Mittlerweile hat Jalla, der für internationale Produktionen auch als Schauspieler vor der Kamera gestanden hat, ein Auskommen als Kameramann gefunden, mit Aufträgen unter anderem von Gewerkschaftsseite.

Jalal Hussaini schreibt in Deutschland unverändert Drehbücher und dreht Kurzfilme. Mit der regionalen Filmförderung ist er ein Stück weit vertraut, allerdings ohne die Zusage für eine große Förderung. Ein Einkommen erzielt er seit Juli 2020 als Redakteur in der Dari/Farsi-Abteilung von Amal, einem Online-Medium für Exil-Journalisten. Darin veröffentlicht er regelmäßig Texte über seine Wahrnehmung der Integrationsdebatte in Deutschland, die einheimischen Leser:innen den Spiegel vorhalten.

Wenn alles glatt läuft, dürften viele der afghanischen Filmemacher:innen in Deutschland in wenigen Jahren einen deutschen Pass bekommen. Afghanische Regisseur:innen und Drehbuchautor:innen werden damit Teil der deutschen Filmgeschichte. Ihre Geschichten können wir auf der Leinwand sehen. Sie beeinflussen unsere Perspektive von Einwanderung und Ausgrenzung, von Erfolg und Scheitern.

Im Nachgang zum schmachvollen militärischen Abzug des Westens aus Afghanistan im August 2021 erweist sich die Intervention somit nachgerade als Boomerang. „Kunst und Kultur unter der westlichen Intervention waren vor allem eine Blase aus westlichen Hilfgeldern. Ohne sie hätte es eine große Anzahl von Möglichkeiten nicht gegeben. Als der Westen abzog, fielen diese Möglichkeiten weg“, merkt Aman Mojadidi an, ein US-afghanischer Künstler mit Wohnsitz in Paris, der 2012 das afghanische Programm der documenta13 ko-kuratierte.

Nachhaltig war dies nicht: So taten die Geberstaaten nichts Entscheidendes dafür, dass auch die staatliche Behörde *Afghan Film* mit Fördergeldern für einheimische Regisseure ausgestattet wurde. Unter den Taliban wurde *Afghan Film* im Sommer

2025 nach rund 60 Jahren Bestehen abgewickelt.<sup>4</sup> Das Schicksal des Archivs mit Tausenden von Filmrollen, die Jahrzehnte des Lebens in Afghanistan dokumentieren, gilt aktuell als ungewiss.

Mit Sadats Eröffnungsfilm auf der Berlinale scheint der afghanische Film nun im Ausland volljährig geworden zu sein. Als Deutschlands größtes Dokumentarfilmfestival DOK-Leipzig im Jahr

**Die Buchhandlung Weltbühne bittet und bietet. Die Buchhandlung Weltbühne kämpft.**

**Die Buchhandlung Weltbühne bittet um Unterstützung durch Aufträge.**

**Die Buchhandlung Weltbühne bietet solide Information im Dienste des Fortschritts.**

**Die Buchhandlung Weltbühne kämpft seit ihrem Bestehen um ihr Bestehen. WELTBUEHNE MUSZ BLEIBEN !**

Wir besorgen jedes lieferbare Buch.  
Wir liefern jedes Buch an jeden Ort.

Buchladen,  
Versandbuchhandlung,  
(Versand-)Antiquariat,  
Bücher-Suchdienst.

Gneisenastraße 226  
47057 Duisburg (Neudorf)  
0203-375121

bestellungen@buchhandlung-weltbuehne.de

www.buchhandlung-weltbuehne.de

Die Buchhandlung Weltbühne ist eine gute Angewohnheit.

Wer Bücher woanders bestellt, ist nicht gescheit.

Wer Bücher in der Buchhandlung Weltbühne bestellt, ist gescheit.

Wer Bücher noch nicht in der Buchhandlung Weltbühne bestellt, ist noch nicht gescheit.

3 <https://www.youtube.com/watch?v=L-aeqhv6EEg>

4 <https://amu.tv/173657/>



2008 erstmals ein Sonderprogramm aus 15 Filmen zeigte, erklärte die Festivalleitung noch, von einem „afghanischen Film“ als kulturellem Ausdruck könne nicht die Rede sein. Das scheint nun passé.

Dennoch wünscht sich Aman Mojadidi, dass afghanische Filme weniger unter einem nationalen oder ethnischen Aspekt bewertet werden: „Oft wird afghanische Kunst ausgestellt, nur weil sie afghanisch ist, als Teil einer Agenda, aber nicht aufgrund ihrer Qualität“, sagt er. Er, der Sadats „No Good Men“ noch nicht gesehen hat, hofft auf eine gute Berlinale-Eröffnung: „Wenn es ein guter Film ist, würde das eine große Bedeutung haben.“

Beim Festival in Cannes trägt Shahrano Sadat 2019 ein T-Shirt mit der englischen Aufschrift: „Frieden mit den Taliban ist ein Krieg gegen die Frauen Afghanistans“. Die Gender Apartheid der Taliban hat sich nach deren Machtübernahme im August 2021 ständig verschärft. Heute gibt es Filmkunst unter den Taliban nicht mehr.

Unter der westlichen Intervention davor war es nicht einfach, in Afghanistan zu drehen, erinnert sich Shahrano Sadat. „Vor 2021 gab es keine wirkliche Filmindustrie in Afghanistan. Aber es gibt junge Regisseur:innen, die kurze wie lange Feature-Filme drehen, Spiel- wie Dokumentarfilme. Bis 2021 konnte man auch in Afghanistan drehen. Aber ohne Garantien, dass der Dreh auch sicher und ohne Zwischenfall abläuft.“

Sadats Namenskollegin, die Regisseurin Roya Sadat aus Herat, weiß, dass Widerstände oft in der eigenen Familie anfangen und nichts mit den Taliban zu tun haben. Ihr Film „A letter to the President“ von 2017 spielte international ebenfalls viele Erfolge in. Der Weg dahin war aber steinig, erinnert sie sich: „Mein Vater stand zu mir. Mein Onkel aber hat uns fünf Jahre lang nicht besucht, weil ich Filme drehte. Ich war damals die erste Frau, die Filme in Herat drehte, der zweitgrößten Stadt im Land. Mit der Zeit hat sich die Familie die Filme angeschaut. Und verstanden, was ich denke und fühle. Jetzt sind sie stolz auf mich. Aber dieser Stolz kam sehr spät, ehrlich gesagt.“

Roya Sadat gründete ab den 2000er Jahren ein eigenes Frauen-Filmfestival in Herat und Kabul. Letztmals wurde dafür 2020 der rote Teppich im Intercontinental Hotel in Kabul ausgerollt, mit internationaler Jury. Im neuen US-Exil seit 2021 versucht Roya Sadat ihr Festival wiederzubeleben. Zuletzt leitete sie eine Afghanistan-Oper in Seattle mit Erfolg.

Der afghanische Regisseur Siddiq Barmak brach 2004 einen Bann, als sein Film „Osama“ den Golden Globe Award als bester ausländischer Film gewann: die Geschichte eines jungen Mädchens, das sich einen Pagenschnitt zulegt, damit sie wie ein Junge unter den Taliban draußen leben und spielen kann. Er meint „Afghanisches Kino ist über die letzten Jahre bekannter geworden, auch in Europa. Wir hatten vor Osama 42, 43 Filme in unserer Filmgeschichte. Die meisten wurden nur in Afghanistan oder im ehemaligen Ostblock gezeigt.“

## GEBROCHENE VERSPRECHEN UM AUFNAHMEZUSAGEN UND GENDER APARTHEID

Dabei dient die afghanische Berlinale-Premiere dieses Jahr als Prisma für den Umgang Deutschlands mit afghanischen Migranten hierzulande.

Seit Rückkehr der Taliban hat Deutschland rund 37.000 Menschen aufgenommen, denen die damalige Merkel-Regierung ihre Solidarität zugesagt hatte. Die Ampel-Regierung brachte 2022 ein Bundesaufnahmeprogramm (BAP) für Afghanistan auf den Weg, das die aktuelle Regierung flugs kassierte. Zurzeit warten noch rund 2.300 Afghan:innen mit einer Aufnahmezusage in Pakistan, rund die Hälfte davon aufgrund einer Zusage durch die damalige Ampel-Regierung.

Mittlerweile ist eingetreten, was nach Aussage von Politik und Menschenrechtlern nie hätte passieren dürfen: 248 Menschen wurden trotz Aufnahmezusage im August 2025 wieder nach Afghanistan abgeschoben. Dort droht ihnen Verfolgung. Parallel startete die aktuelle Bundesregierung im Juni erneut Abschiebeflüge nach Afghanistan, mit mutmaßlichen Straftätern an Bord. CSU-Innenminister Dobrindt tat dies just am Tag des deutschen Migrationsgipfels kund.

Inzwischen sind 145 der 248 Personen durch deutsche Behörden wieder aus dem für sie unsicheren Afghanistan nach Pakistan zurückverbracht worden (Stand: 29. Dezember 2025). Und auch bei Fällen der sogenannten Menschenrechts- und Überganglisten wurden gemachte Aufnahmezusagen zurückgenommen. Die Bundesregierung teilt dazu mit, dass kein politisches Interesse mehr an einer Aufnahme vorliege. Die 180-Gradwendung kennzeichnet eine Doppelmoral. Sie hat zur Folge, dass aktuell über 250 Klagen vor deutschen Gerichten anhängig sind.

Der Umgang mit den Fällen in Pakistan zeigt, wie die Bundesregierung ihre menschliche wie juristische Verantwortung für bedrohte Afghan:innen leugnet, zumal fast alle Überprüfungen sicherheitspolitisch unauffällig verlaufen, BMI-Informationen zufolge.

## TALIBAN-RAZZIEN

Die Dringlichkeit der Fälle wird klar mit einem Blick nach Kabul: Dort gab es vor wenigen Tagen eine Taliban-Razzia im sogenannten deutschen „Gästehaus“, in dem ein Teil der nach Afghanistan Zurückgeschobenen untergebracht ist. Es gab vorübergehende Festnahmen dabei. Die Taliban durchsuchten Zimmer und verhörten Betroffene stundenlang. Nun herrscht erneut Angst in Kabul bei jenen, die eine Aufnahmezusage von Deutschland erhalten haben. Deutsche Rechtsanwält:innen, die sich um ihr Los kümmern werfen der Bundesregierung vor, das Leben dieser Menschen bewusst aufs Spiel zu setzen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monat außerdem zugelassen, dass die afghanischen Konsulate in München, Bonn und Berlin mit Vertretern der Taliban besetzt wurden. Bei der Mehrzahl der Afghanen, die zuletzt nach

Deutschland geflüchtet sind und evakuiert wurden, sorgt dies für Angst und Unruhe. Denn bei einer Erneuerung ihrer Papiere mit Identitätsfeststellung in Deutschland könnten Familienangehörige zuhause in Afghanistan unter Druck geraten.

### **BERLINER BEISPIEL? WIE EU-LÄNDER MIT KABUL ÜBER ABSCHIEBUNGEN VERHANDELN**

Dieser Schritt der Annäherung an die Taliban deckt sich mit dem Vorgehen einer Reihe von EU-Staaten. So besuchte Ende Januar – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – eine Delegation aus rund 20 EU-Mitgliedsstaaten Kabul für mehrere Tage. Bei den Gesprächen mit Vertretern des Taliban-Regimes ging es offenbar immer wieder um das Thema Abschiebungen und das Beschleunigen möglicher freiwilliger Rückkehr nach Afghanistan. Offiziell werden diese Gespräche erneut als „technisch“ eingestuft, unterhalb einer diplomatischen Anerkennung der De-facto-Machthaber in Kabul und Kandahar also. Faktisch ist es eine schleichende Zusammenarbeit mit den Machthabern in Afghanistan.

Auffällig zurückhaltend durch die deutsche Politik war auch die Kritik an der neuesten Strafprozessordnung im Strafgesetzbuch der Taliban Anfang Januar 2026. Diese teilt die Bevölkerung ab sofort in vier soziale Klassen ein, ähnlich Kasten in Indien. Sie widerspricht Kritikern zufolge der Gleichheit vor dem Gesetz, der Unschuldsvermutung und dem Verbot von Folter sowie dem Recht auf ein faires Verfahren.

Der Kodex verwendet etwa den Begriff Sklave („ghulam“). Er erkennt Menschenrechtler:innen zufolge so implizit Sklaverei an und steht im Widerspruch zum Völkerrecht, wo Sklaverei als zwingende Norm verboten ist. Afghanischen Ehemännern ermöglicht der neue Kodex, Strafen zu vollstrecken, häusliche Gewalt und sklavenähnliche Bedingungen, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern.

### **KLARE KRITIK NACH AUßEN, NÖTIGE INTEGRATION NACH INNEN**

Allein die neuen Kodizes zum Strafrecht der Taliban machen eine klare Haltung der deutschen Politik dring-

lich, auch außerhalb der Bundesregierung. Der Blick in den Iran vermittelt, dass sonst mit zweierlei Maß gemessen würde. Denn die Gender Apartheid und damit die Unterdrückung der Hälfte der Bevölkerung am Hindukusch verstößt nicht minder gegen Menschen- und Völkerrecht. Die Folge zuletzt sind zunehmende Fälle von Suizid unter afghanischen Frauen, die angesichts der zahlreichen Verbote der letzten Jahre nicht mehr ein noch aus wissen.

Geboten erscheint zugleich ein Zeichen der Integration nach innen in Deutschland: Politik auf Bundes- und Landesebene sowie kommunaler Ebene, die Geflüchtete und evakuierte Afghan:innen in ihrem Potenzial für die deutsche Gesellschaft erkennt und anerkennt. Das Beispiel der afghanischen Filmemacher:innen steht hier paradigmatisch. Die Meisten von ihnen dürften bald einen deutschen Pass erhalten. Einige haben ihn jetzt bereits. Das bedeutet: Afghanische Filmregisseur:innen werden so Teil der deutschen Filmgeschichte. Sie beeinflussen unsere Perspektive von Einwanderung und Ausgrenzung. Ihre Geschichten können wir auf der Leinwand sehen. Und sie werden damit Teil der deutschen Erinnerungskultur. Davon ließe sich lernen.

**Martin Gerner ist Journalist, Konfliktforscher und Teil von Journalists network. Er bildete vor 2021 Journalist\*innen in Afghanistan aus und arbeitet heute mit Afghan\*innen im deutschen Exil zusammen. Derzeit arbeitet er unter anderem mit Unterstützung des DISS an dem Dokumentarfilm „Rethinking Afghanistan“ über die Gender Apartheid. Dieses Projekt ist immer noch auf Spenden angewiesen: [www.goodcrowd.org/film-gegen-gender-apartheid](http://www.goodcrowd.org/film-gegen-gender-apartheid).**





# Zur Bedeutsamkeit des Rechts für die Lebensrealität Geflüchteter

## EINE EINORDNUNG DER GEPLANTEN STREICHUNG DER ASYLVERFAHRENSBERATUNG

Von Rike Laifer

Wie im März bekannt wurde, will der Bundesinnenminister Alexander Dobrindt die Asylverfahrensberatung ab 2027 nicht mehr finanzieren, obwohl für Geflüchtete<sup>1</sup> ein Rechtsanspruch besteht (§ 12a AsylG). Damit würde die unabhängige Beratung für Menschen im Asylverfahren wegfallen, die Geflüchteten einen Zugang zu ihren Rechten ermöglicht.

Diese Ankündigung steht neben weiteren sozialstaatlichen Einschnitten, die durch die Bundesregierung in den letzten Monaten vorangetrieben wurden: So hat das Bundesinnenministerium in diesem Jahr die Integrationskurse für Asylsuchende und Geduldete gestrichen und im April veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein internes Papier einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, das über 70 Kürzungsvorschläge für sozialstaatliche Leistungen enthält. Da zugleich die Militärausgaben im vergangenen Jahr um 24 % erhöht werden konnten (vgl. SIPRI 2026), erscheint die Erklärung des Bundeskanzlers, dass „der Sozialstaat von heute nicht mehr finanzierbar“ sei (Deutschlandfunk 2025), zumindest unzulänglich. Trotzdem schlägt sich diese diskursive Konstruktion in politischen Maßnahmen nieder.

Die Veränderung rechtlicher Regulierungen ist ein politisches Mittel, das sich als „Resultat machthaltiger, diskursiver Auseinandersetzungen“ verstehen lässt (Stückler 2014: 295). Auch die Rechtsnorm in § 12a AsylG kann dementsprechend als Vergegenständlichung diskursiver Praktiken betrachtet werden. Im Folgenden wird ein Blick aus diskursiver Perspektive auf die Entstehung der Asylverfahrensberatung geworfen, um im zweiten Schritt deren Bedeutsamkeit für die Lebensrealitäten von Geflüchteten aufzuzeigen und abschließend die Maßnahme politisch einordnen zu können.

### EINE DISKURSIVE PERSPEKTIVE AUF DIE ENTSTEHUNG DER ASYLVERFAHRENSBERATUNG

Gesetze und Rechtsnormen können zugleich als „Ursache und Folge“ diskursiver Verhandlung verstanden werden (Hill / Bibbert 2019: 51). Dass es sich bei Prozessen der Rechtsentstehung, um „diskursive Aushandlungs- und Definitionsverfahren“ handelt (Stückler 2014: 287), wird an der Einführung der Asylverfahrensberatung deutlich<sup>2</sup>: Im Migrationsdiskurs wurde die Asylverfahrensberatung jahrzeh-

ntelang thematisiert, bevor die damalige Bundesregierung die Regelung 2019 erstmals im deutschen Recht verankerte. Ab diesem Jahr wurde die „Beratung“ – begrenzt auf allgemeine Hinweise zum Ablauf des Asylverfahrens – durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchgeführt (vgl. Flüchtlingsrat Niedersachsen 2026). Seit 2023 beraten unabhängige Organisationen die Geflüchteten zum Asylverfahren<sup>3</sup>: Sie bereiten auf die Asylanholung durch das BAMF vor, begleiten hindurch und sorgen so dafür, dass die Erfahrungen der Geflüchteten im Asylverfahren berücksichtigt werden (vgl. Huke 2026).

Mit dem Entwurf des GEAS-Anpassungsgesetzes – mittlerweile im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (28.04.26) – zeichnete sich ab, dass „die größte asylrechtliche Verschärfung seit 30 Jahren“ (Pro Asyl 2024/12) durch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auch einen Angriff auf unabhängige Beratungsstrukturen darstellen könnte: Durch die Einführung des § 12b im Asylgesetz soll ab dem 12. Juni eine „unentgeltliche Rechtsauskunft“ durch das BAMF zur Verfügung stehen. Während der Entwurf für Geflüchtete noch ein Wahlrecht zwischen einer behördenunabhängigen Beratung und der Auskunft des BAMF vorsieht (BT-Drs. 21/1848: 80 f.), schätzten Anwält\*innen (Çelebi / Braun / Conrad 2025) und der Flüchtlingsrat Niedersachsen (2026) die Reform als Bedrohung für die unabhängigen Beratungsstrukturen ein – auch aufgrund der Kosteneffizienz von Doppelstrukturen. Dass die Bundesregierung zeitgleich unabhängige Rechtsberatung als auch eine Rechtsauskunft durch das BAMF finanzieren würde, erschien den Expert\*innen somit schon vor der angekündigten Mittelstreichung als unwahrscheinlich. Nun scheint sich ihre Warnung zu bewahrheiten: Wenn sich das Innenministerium bei den kommenden Haushaltsverhandlungen durchsetzt, wird die unabhängige und qualifizierte Beratung von Geflüchteten nach § 12a AsylG abgeschafft. Stattdessen erteilt das BAMF eine rechtliche Auskunft: D.h. die gleiche staatliche Institution, die über den Asylantrag entscheidet, also entscheidet, ob ein Mensch bleiben darf oder illegalisiert und demgemäß abgeschoben wird, soll im Asylverfahren unterstützen. Es ergibt sich für das Bundesamt ein „Interessenskonflikt“, in dessen Folge die unionsrechtlichen Beratungsanforderungen nicht ausreichend erfüllt werden (Behrens 2026: 150). Das Innenministerium stellt somit die behördenunabhängige

1 Im Folgenden verwende ich den Begriff „Geflüchtete“, um auf die Einreise über das Asylsystem zu verweisen.

2 Bei der Entstehung eines Gesetzes wirken (neben der Gesetzgeberin) Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Justiz sowie Medien mit und nehmen auf die Rechtsetzung Einfluss. Dieses Kapitel beschränkt sich auf eine kurze Darstellung des Hintergrunds der Asylverfahrensberatung und der Asylentscheidungen des BAMF.

3 Siehe dazu ausführlich: Informationsverbund Asyl & Migration 2023.



Asylverfahrensberatung unter Inkaufnahme eines potentiellen Rechtsbruchs in Frage<sup>4</sup>.

Darüber hinaus können die Asylentscheidungen des BAMF nicht unabhängig vom Migrationsdiskurs verstanden werden. Beispielsweise veränderte das Bundesamt 2016 – nach der Aussetzung des Familiennachzugs – seine Entscheidungspraxis in Bezug auf geflüchtete Syrer\*innen. Die Situation in Syrien hatte sich zwar nicht verbessert, doch die Anzahl syrischer Geflüchteter sollte reduziert werden (vgl. Pichl 2021: 134). Ähnlich verhält es sich bei der zurückgegangenen Schutzquote afghanischer Asylsuchender: Im Sommer 2024 begann „das Bundesamt, wohl im Windschatten der von rechts getriebenen Debatte, Schutzsuchende abzulehnen“ (Pro Asyl 2024/09)<sup>5</sup>. Wie der Politikwissenschaftler Nikolai Huke (2026) erkennt, entscheiden Behörden „teils systematisch rechtswidrig zuungunsten von Schutzsuchenden“. Dies führt zu abgelehnten Asylverfahren<sup>6</sup> – oder auch verweigeren Bleiberechten (vgl. Pro Asyl 2026/03). Es offenbart sich ein „Grundproblem des Flüchtlingsrechts: Dass eine restriktive Politik der Abschottung und Abschreckung legislative und exekutive Fakten schafft, die durch den Rechtsstaat nur bedingt kontrolliert und kompensiert werden können“ (Lehnert 2021).

## GEFLÜCHTETE ALS RECHTSSUBJEKT

Kategorisierungen bzw. Figuren der Migration existieren nicht „per se“, sondern werden diskursiv hervorgebracht und sind als „praktische Wissensformen“ zu verstehen, die mit Regierungspraktiken verbunden sind (Ratfisch 2015: 15). Schon die Wahl von Begriffen ist eine – nicht werturteilsfreie – politische Entscheidung. Der Einfluss rechtlicher Regulierungen zeigt sich in der Begriffswahl von „illegale Migrant\*innen“ über „Asylbewerber“ bis hin zu „politisch-verfolgte Flüchtlinge“. Soziologe Albert Scherr (2015: 360) bemerkt zu den „hoch problematische[n] Implikationen“ des Flüchtlingsbegriffs: „Jede positive Bestimmung ist eine Aussage darüber, wer als schutzbedürftig gelten soll, und bestreitet implizit denjenigen, die von der jeweiligen Definition nicht erfasst werden, solche Schutzbedürftigkeit.“ Durch Anwendung juridischer Logik wird die Trennung von freiwilliger Migration und Flucht im Migrationsdiskurs erklärt, welche überdies – durch Verknüpfung mit der implizit vorausgesetzten Souveränität des Staates – die als unabdingbar dargestellte Migrationsbegrenzung inkl. Abschiebungen begründet. Im (inter-)nationalen Recht spiegelt sich diese binäre Konstruktion wider und vergegenständlicht sich bspw. in der Ein- und Durchführung von Asylverfahren. So werden Geflüchtete, deren Asylverfahren negativ beschieden wurde, diskursiv illegalisiert und weitreichende Forderungen nach

Abschiebung und Entrechtung möglich – als auch rechtliche Verschärfungen und finanzielle Kürzungen.

Zugleich ist die Kategorisierung als Rechtssubjekt unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung existentiell, da ohne sie „keine Bezugnahme auf formale Freiheiten möglich ist“, wie auf die Flüchtlingsrechte (Buckel 2013, 227). Trotzdem ergibt sich daraus nicht zwangsläufig ein rechtlicher Zugang, wie die Politik- und Rechtswissenschaftlerin Sonja Buckel bemerkt: „Es gibt wohl kaum eine schwächere Rechtsposition als diejenige der illegalisierten Migrant\*innen, die zwar normativ Subjekt von Menschenrechten ist, jedoch faktisch ums nackte Überleben kämpft und dabei gerade keinen Zugang zum Recht hat.“ (ebd.: 226)

## DIE PREKÄRE LEBENSITUATION GEFLÜCHTETER IM RECHTLICHEN KONTEXT

Begründet in der nationalstaatlichen Grenzziehung bedeutet „keine Papiere zu haben [...] in westlichen Gesellschaften eine Form des zivilen Todes“ (Benhabib 2017: 207). Die Lebensrealität Geflüchteter ist – über die abweichende Staatsangehörigkeit hinaus – durch rechtliche Regulierungen bestimmt. Die Ungleichbehandlung von Geflüchteten vor dem deutschen Recht lässt sich exemplarisch an Abweichungen zur Rechtstradition aufzeigen, wie den weitreichenden behördlichen Ermessens- und Handlungsspielräumen im Asyl- und Aufenthaltsrecht: Während „die Sanktionierung von Fehlverhalten in der Regel im Ermessen der Behörden [steht]“ (Groß 2014: 429), handelt es sich bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen meist um gebundene Entscheidungen ohne behördliche Entscheidungsspielräume. Ansonsten werden den Sachbearbeiter\*innen der Ausländerbehörden im Regelfall – auch wenn alle vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt sind – Ermessensspielräume eingeräumt, die für Betroffene zu einer „geringere[n] Rechtssicherheit“ führen (ebd.: 422). Außerdem haben Klagen, die auf die Ablehnung eines Asylantrags als „offensichtlich unbegründet“ oder „unzulässig“ folgen, keine aufschiebende Wirkung: Ohne zusätzlichen Antrag – für den, wie für die Klage, nur eine Woche Zeit ist – kann die asylsuchende Person trotzdem abgeschoben werden.

Darüber hinaus gehören Rechtsverletzungen für viele Geflüchtete zum Alltag. Nikolai Huke (2024: 410) analysierte für einen Artikel zur „Rechtsmobilisierung in prekären Lebenslagen“ Interviewsequenzen von zwei Forschungsprojekten und zeigt damit auf, dass Grundrechtsverletzungen (z.B. Gewalt durch Security-Personal in Unterbringungseinrichtungen), Arbeitsrechtsverletzungen (z.B. Vergütung unterhalb des Mindestlohns) und Verletzungen der Asylverfahrensrechte für Geflüchtete die Normalität darstellen. Zudem

4 Dass die Rechtswidrigkeit einer Maßnahme nicht ihre Einführung aufhält oder ihre Abschaffung erzwingt, zeigt sich unter anderem an dem rechtswidrigen Leistungsausschluss von Asylsuchenden im sog. Dublinverfahren (siehe EuGH-Urteil C-621/24 vom 04.06.2026) als auch an den seit einem Jahr stattfindenden innereuropäischen Grenzkontrollen inklusive der Zurückweisung von Geflüchteten (siehe dazu bspw. Rath 2026).

5 In einem aktuellen Policypaper zur desolaten Menschenrechtslage in Afghanistan geht Pro Asyl (2026/05) ausführlich auf die sinkende Schutzquote für afghanische Geflüchtete – insbesondere alleinstehende Männer – ein.

6 Vor Gericht haben rund 15 % der Geflüchteten Erfolg, wenn sie gegen die Asylentscheidungen des BAMF klagen (vgl. Mediendienst Integration 2026).



müssen soziale Rechte (z.B. der Zugang zu Sprachkursen) oft erst gegenüber Behörden durchgesetzt werden, was auch mit den oben benannten behördlichen Entscheidungsspielräumen zusammenhängt. Asylverfahrensrechte werden, wie Huke darlegt, insbesondere im Kontext der Asylanhörung durch das BAMF verletzt. So finden für die Asylentscheidung relevante Erfahrungen nicht ausreichend Beachtung, wie an folgendem Zitat deutlich wird:

*„Viele der Dinge, die ich [im Rahmen der Anhörung des BAMF] gesagt habe, stehen nicht im Protokoll. Aber an wen kann ich mich schon wenden, um zu sagen: O.k., wir müssen das korrigieren? An niemanden. Sie werden dir einfach sagen: 'So steht es hier.'“ (Asylsuchender, 11.12.2020, zit. n. ebd.: 411)*

Über die Entstehung rechtlicher Regulierungen hinaus tut sich „eine tiefe Kluft zwischen Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit auf“ (Huke 2026), die eine unabhängige Beratung dringend notwendig macht. Neben der für Geflüchtete charakteristischen prekären Lebenssituation (z.B. Lagerunterbringung, fehlende Arbeitserlaubnis, unbehandelte Traumata, etc.) scheitert die rechtliche Mobilisierung oft an der Komplexität rechtlicher Normen, eingeschränkten Deutschkenntnissen und dem durch alltägliche Ungleichbehandlung begründeten Gefühl, keine Rechte zu haben (vgl. Huke 2024: 413 ff.). Zudem erscheinen Beschwerden als potentielles Risiko:

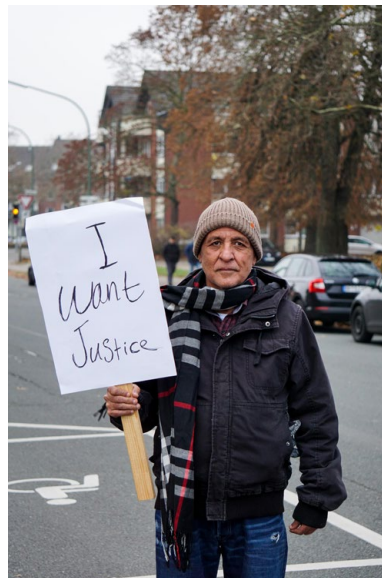
*„Wir können uns nicht beschweren, nicht, dass es unserem Asylverfahren schadet. Nicht, dass unser Asylverfahren hier einfach nicht mehr weiterbearbeitet wird.“ (Asylsuchender, 29.01.2021, zit. n. ebd.: 415).*

Es braucht solidarische Unterstützung, um das Recht im Sinne der Geflüchteten – trotz ihrer prekären Lebenslage und schwachen Rechtsposition – zu mobilisieren, d.h. es verständlich zu machen, über Rechtsansprüche aufzuklären und Rechtsverletzungen zu problematisieren. Unabhängige Rechtsberatungsstellen schaffen somit die Möglichkeit, die „normalisierte[n] Ungleichheitsverhältnisse“ zu „de-normalisieren“ (ebd., 418). Die Ankündigung des Innenministers, ab 2027 keine Mittel mehr für die unabhängige Asylverfahrensberatung zur Verfügung stellen zu wollen, kann demnach auch als Entscheidung für die Aufrechterhaltung bestehender Ungleichheitsverhältnisse verstanden werden. Diese Entscheidung würde zur fortschreitenden Legalisierung der Rechtsverletzungen führen und die unzulängliche Rechtsdurchsetzung weiter normalisieren.

## FINANZIELLE KÜRZUNGEN ALS MITTEL ZUR ENTRECHTUNG VON GEFLÜCHTETEN

Wie deutlich geworden sein sollte, ist die Entrechtung Geflüchteter in den bestehenden rechtlichen Regelungen bereits angelegt und wird im institutionalisierten Rechtsbruch auf die Spitze getrieben. Dass die Entrechtung Geflüchteter durch Mittelkürzungen weiter zunehmen wird, lässt sich kaum bezweifeln und erscheint politisch gewollt. Anstatt

anzuerkennen, dass Kürzungen bei der (Rechts-)Beratung „immer auch Effekte auf die Durchsetzung rechtsstaatlicher Verhältnisse“ haben (Huke 2024: 139), wird der Rechtsstaatsbegriff von rechts außen ordnungspolitisch umgedeutet, um politische Ziele – auch rechtswidrige Abschottungspolitiken – zu legitimieren (vgl. Pichl 2026: 4). Dabei ermöglicht es der Rückgriff auf verrechtlichte Argumentationsmuster – wie bspw. der Forderung nach der Abschiebung „abgelehnter Asylbewerber“ – sozialstaatliche Leistungen für Geflüchtete abzuschaffen, ohne explizit rassistisch argumentieren zu müssen.



Tariq Syed Muhammad Shah /  
No Lager Osnabrück

Zugrunde liegt die Darstellung von Einwanderung als Problem, welche – dem Mythos Pullfaktor<sup>7</sup> folgend – durch sozialpolitische Maßnahmen wie bspw. Sozialleistungen hervorgebracht würde. Die Kürzungen im Migrationsbereich können somit als sozialchauvinistischer Versuch verstanden werden, das „Migrationsproblem“ zu lösen (vgl. Georgi / Kron / Riedner 2025: 14). Die neoliberale Hegemonie – nach der „den Siegertypen alles, den »Leistungsunfähigen« bzw. »unwilligen« höchstens das Existenzminimum

zu[steht]“ – führt zu Rassismus und löst Verteilungskämpfe aus, die zu „interkulturellen Konflikten hochstilisiert“ werden (Butterwegge 2008: 204 f.). Demnach macht die politische Inszenierung des Sozialstaatsabbaus als Verteilungskampf die Streichung unabhängiger Rechtsberatung erst artikulierbar. Sollte es im nächsten Jahr zur Abschaffung der Asylverfahrensberatung kommen, werden die bestehenden Verhältnisse, in denen die Rechte geflüchteter Menschen verletzt und missachtet werden, stabilisiert und ihre Rechtsposition weiter geschwächt.

Eine konsequente Kritik der Entrechtung muss jedoch über den Verweis auf die Notwendigkeit staatlicher Finanzierung hinausgehen, da aus nationalstaatlicher Perspektive kein Interesse besteht, die Rechte nicht deutscher Staatsbürger\*innen zu schützen und Geflüchteten aus ihrer marginalisierten Position zu verhelfen. Stattdessen gilt es, den politischen Diskurs – dessen Aussagen in rechtlichen Regulierungen zwangsweise durchsetzbar werden – kritisch zu hinterfragen und daraus Schlüsse für die politische Praxis zu ziehen: Um die gesellschaftlichen Verhältnisse – unabhängig von nationalen Nützlichkeitsüberlegungen – gerechter zu gestalten, ist ein Fokus auf Selbstorganisation und Solidarität von unten unerlässlich.

Rike Laifer ist Mitglied des AK Migration im DISS. Sie hat einen migrationswissenschaftlichen Masterabschluss und ist im Bereich Flucht/Asyl engagiert.

7 Siehe dazu z.B. Stierl 2023.

## LITERATUR

- Behrens, Falko 2026: Asylverfahrensberatung im GEAS, in: Asylmagazin H. 4–5: 150–157.
- Benhabib, Seyla 2017: Die Rechte der Anderen, Berlin
- Buckel, Sonja 2013: „Welcome to Europe“ – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts.
- Butterwegge, Christoph 2008: Marktradikalismus und Rechtsextremismus, in: Christoph Butterwegge et al. (Hg.): Neoliberalismus – Analysen und Alternativen: 203–223.
- Çelebi, Dilken et al. 2025: (Schl)echter Schutz vulnerabler Gruppen? In: Verfassungsblog v. 11.06.2025. <https://verfassungsblog.de/geas-schutz-vulnerabler-gruppen/>.
- Der Paritätische Gesamtverband 2026: Paritätischer enthüllt internes Arbeitspapier: Drastische Kürzungspläne gefährden Leistungen für Menschen mit Behinderungen, Kinder und Familien, v. 16.04.2026. <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/enthuellung-kahlschlag/>.
- Deutschlandfunk 2025: Merz: „Sozialstaat von heute nicht mehr finanzierbar“, v. 24.08.2025. <https://www.deutschlandfunk.de/merz-sozialstaat-von-heute-nicht-mehr-finanzierbar-100.html>.
- Georgi, Fabian et al. 2025: Editorial: Abschotten, Wegsperrren, Renationalisieren. In: movements Jg. 8, H. 1: 9–23.
- Groß, Thomas 2014: Das Ausländerrecht zwischen obrigkeitstaatlicher Tradition und menschenrechtlicher Herausforderung, in: Archiv des öffentlichen Rechts Jg. 139, H. 3: 420–445.
- Hill, Elisabeth / Bibbert, Mark 2019: Zur Regulierung der Prostitution.
- Huke, Nikolai 2026: Kürzungen bei Asylberatung – Das Recht existiert nur noch auf dem Papier, in: Tagesspiegel v. 18.03.2026. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/kurzungen-bei-asylberatung-das-recht-existiert-nur-noch-auf-dem-papier-15363547.html>.
- Huke, Nikolai 2024: Rechtsmobilisierung in prekären Lebenslagen: (Rechts-) Beratungsstellen als Voraussetzung rechtsstaatlicher Verhältnisse, in: Kritische Justiz Jg. 57, H. 3: 406–420.
- Informationsverbund Asyl & Migration 2023: Bundesregierung startet Förderprogramm für behördenunabhängige Asylverfahrensberatung, v. 01.02.2023. <https://www.asyl.net/view/bundesregierung-startet-foerderprogramm-fuer-behoerdenunabhaengige-asylverfahrensberatung>.
- Lehnert, Matthias 2021: Politik > Recht, in: Verfassungsblog v. 06.04.2021. <https://verfassungsblog.de/politik-recht/>.
- Mediendienst Integration 2026: Dauer von Asylverfahren und offene Asylanträge, v. 12.05.2026. <https://mediendienst-integration.de/fluechtlinge/fluechtlinge-in-deutschland/dauer-von-asylverfahren-und-offene-asylantraege/>.
- Niedersächsischer Flüchtlingsrat 2026: Flüchtlingsrat appelliert an Bundestagsabgeordnete: Asylverfahrensberatung muss bleiben! v. 04.02.2026. <https://www.nds-fluerat.org/64230/aktuelles/fluechtlingsrat-appelliert-an-bundestagsabgeordnete-asylverfahrensberatung-muss-bleiben/>.
- No Lager Osnabrück 2025: Obituary/Nachruf Tariq Syed Muhammad Shah, v. 17.03.2025. <https://nolagerosnoblogs.org/post/2025/03/17/tariq/>.
- Pichl, Maximilian 2026: Vom „totalen Migrationsstaat“ zum „Ordnungsstaat“. Über die Rechtsstaatsverständnisse der Neuen Rechten, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung Jg. 6, H. 1: 3–18.
- Pichl, Maximilian 2021: Rechtskämpfe gegen die Asylrechtsverschärfungen, in: Sonja Buckel et al. (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015: 125–156.
- Pro Asyl 2026/05: Desolate Menschenrechtslage in Afghanistan – Sinkende Schutzquote in Deutschland, v. 20.05.2026. [https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/PolicyPaper\\_Afghanistan\\_final.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/PolicyPaper_Afghanistan_final.pdf).
- Pro Asyl 2026/03: Versperrte Wege ins Bleiberecht, v. 17.03.2026. <https://www.proasyl.de/news/versperrte-wege-ins-bleiberecht/>.
- Pro Asyl 2024/12: FAQ zur europäischen Asylreform GEAS: Antworten auf die wichtigsten Fragen, v. 23.12.2024. <https://www.proasyl.de/news/faq-zur-europaeischen-asylreform-geas-antworten-auf-die-wichtigsten-fragen/>.
- Pro Asyl 2024/09: Schlecht und widersprüchlich. Bescheide des Bundesamts gefährden afghanische Schutzsuchende, v. 18.09.2024. <https://www.proasyl.de/news/schlecht-und-widerspruechlich-bescheide-des-bundesamts-gefaehrden-afghanische-schutzsuchende/>.
- Ratfisch, Philipp 2015: Zwischen nützlichen und bedrohlichen Subjekten – Figuren der Migration im europäischen ‚Migrationsmanagement‘ am Beispiel des Stockholmer Programms, in: movements Jg. 1, H. 1.
- Rath, Christian 2026: Abweisungen von Asylsuchenden – Dobrindts Show soll weitergehen, in: taz v. 06.05.2026. <https://taz.de/Illegale-Abweisungen-von-Asylsuchenden!/6176856/>.
- Scherr, Albert 2015: Flüchtling, in: PERIPHERIE Jg. 35, H. 138/139: 358–360.
- SIPRI 2026: Global military spending rise continues as European and Asian expenditures surge, v. 27.04.2026. <https://www.sipri.org/media/press-release/2026/global-military-spending-rise-continues-european-and-asian-expenditures-surge>.
- Stierl, Maurice 2023: Migration magnets, migration myths: the pull factor mirage, in: Netzwerk Fluchtforschung v. 21.12.2023. <https://fluchtforschung.net/migration-magnets-migration-myths-the-pull-factor-mirage/>.
- Stückler, Andreas 2014: Diskursanalytische Rechtsnormgeneseforschung, in: Zeitschrift für Diskursforschung Jg. 2, H. 3: 287–315.



# Blog zum Migrationsdiskurs der Diskurswerkstatt im DISS

Von der Diskurswerkstatt & Benno Nothardt

Die Diskurswerkstatt beobachtet seit langem kontinuierlich den deutschen Migrationsdiskurs. Dazu stellen Praktikant\*innen jeweils alle aktuellen Kommentare aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der Tageszeitung (taz) zusammen. Isolde Aigner wählt daraus drei bis fünf diskursanalytisch repräsentative und relevante Texte aus, die wir besprechen. Dabei achten wir besonders auf wichtige Aussagen (im Folgenden durch Kursivierung kenntlich gemacht), Verschiebungen im

Sagbarkeitsfeld, ausgrenzende Effekte und Diskursstrategien, die diesen entgegenwirken.

Die Ergebnisse sind in etliche Studien des DISS eingeflossen. Seit August 2025 verschriftlichen wir zu jeder Sitzung ein bis zwei wichtige Beobachtungen in Form eines Blogs auf unserer Homepage. Wer noch mehr an unserer Arbeit teilhaben will, ist herzlich zur Diskurswerkstatt eingeladen. Auch ein Blick auf weitere Texte des AK Migration auf unserer Homepage lohnt sich.

## BLOGEINTRAG #5 (17.12.2025)

### MIGRATIONSDISKURS NOVEMBER 2025

#### HUMANISTISCH ABSCHIEBEN

Viele Jahre waren die Kommentare der SZ davon geprägt, dass *Asyl als moralisches Gebot* verteidigt wurde. Diese Aussage wurde insbesondere von Heribert Prantl vertreten, der von 1995 bis 2019 in leitenden Funktionen in der Redaktion tätig war. In den letzten Jahren wurde diese Aussage zunehmend aufgegeben und in unserem Blogbeitrag #3 vom 1.10.2025 haben wir festgehalten, dass die SZ jetzt in einem Leitartikel eine Asylpolitik fordert, die sich ausdrücklich nicht mehr an hohen moralischen Ansprüchen orientieren sollte, sondern am *ökonomischen Nutzen* von Zuwanderung.

In der FAZ beobachten wir schon seit mindestens einem Jahr darüberhinausgehende Versuche, Moral und Humanismus neu zu definieren, um eine restriktive Migrationspolitik zu legitimieren, ja sogar *restriktive Migrationspolitik als Humanität* aufzufassen. Diese Aussage wird im November 2025 von Reinhard Müller in dem Kommentar „Der Unterschied“ (5.11.2025) entfaltet. Er fordert eine Politik, die konsequent abschiebt, und betrachtet dies als „humanitäre Pflicht – gegenüber den Menschen in den Herkunftsländern, gegenüber den Flüchtlingen sowie gegenüber den Deutschen“. In der Logik des Artikels wird klar, weshalb Müller Abschieben als Pflicht gegenüber den Menschen in den Herkunftsländern betrachtet. Am Beispiel von Flüchtlingen aus Syrien erklärt er, diese müssten jetzt zurückkehren und einen neuen Staat aufbauen. Die humanitäre Pflicht gegenüber Deutschen ergibt sich, so impliziert der Text, aus der Bedrohung durch „abscheuliche Straftaten von Flüchtlingen“.

Am Ende des Kommentars beschreibt Müller Migrationspolitik symbolisch als Verteidigungskampf um „den eige-

nen Raum<sup>1</sup>, sei es an den Grenzen oder auf dem Bahnhof“. Zu dieser martialischen Beschreibung passt die symbolisch wirkende große Zahl „Hunderttausendende“, die „im Prinzip ausreisepflichtig“ seien. Zugleich legt Müller aber Wert auf Rechtsstaatlichkeit. Das Konzept „Remigration“ der extremen Rechten, auch deutsche Staatsbürger\*innen zu deportieren, lehnt er ab.



Plakat an Verteilerkasten, Hansastraße Duisburg

Humanitäre Migrationspolitik kann man bei Müller also verstehen als schonungsloses Durchsetzen der von Deutschen beschlossenen Gesetze gegen Flüchtlinge. Humanität beziehungsweise Menschlichkeit wird neu definiert als Rechtsstaatlichkeit und als Schutz staatlicher Interessen. Weshalb Abschiebungen eine humanitäre Pflicht gegenüber Flüchtlingen sein sollen, erklärt Müller nicht. Dass die Gesetze, die durchgesetzt werden sollen, weder von Flüchtlingen noch von den Menschen in deren Heimatländern gemacht worden sind, spielt in dieser Logik keine Rolle.

In der SZ deutet sich ebenfalls der Versuch an, Humanität umzudeuten. In dem Gastkommentar „Was sofort geht“ (14.11.2025) spricht der Migrationsforscher Gerald Knaus

<sup>1</sup> Es wäre ein interessantes Projekt für eine KDA, zu untersuchen, welche Rolle der Begriff des „Raums“ in den Kommentaren der FAZ in den letzten Jahren spielt. Er taucht immer wieder auf, bisher konnten wir aber noch nicht erkennen, was genau damit gemeint ist und ob dieser an völkische Raumkonzeptionen anschließt.



von „humaner Kontrolle“ sowie „Humanität und Ordnung“. Auch für ihn sind Abschiebungen notwendig, um „Kontrolle“ wiederzugewinnen. Damit referiert er auf die ebenfalls eher FAZ-typische Aussage eines drohenden *Staatsversagens*. Anders als in der FAZ bleibt hier aber noch offen, ob moralische Ansprüche und eine restriktive Migrationspolitik zusammengedacht werden sollen oder wie in der FAZ die *restriktive Migrationspolitik* selbst als *Humanität* verstanden wird. Dass in dem Kommentar nirgends erklärt wird, was Humanität meinen könnte, spricht für Letzteres.

## INSTRUMENTELLES VERHÄLTNISS GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN STATT SUBJEKTSTATUS

Während Müller vorspielt, restriktive Migrationspolitik wäre im Interesse der Flüchtlinge, und so darüber hinwegtäuscht, dass er ihnen kein Mitbestimmungsrecht zugesteht und sie nicht nach ihrer Meinung fragt, spricht Knaus Interessen von Flüchtlingen erst gar nicht an. Flüchtlinge werden bei ihm ausschließlich als Objekte staatlichen Handelns betrachtet: Er erörtert, was die deutsche Regierung mit Migrant\*innen tun solle, kritisiert, wie die AfD das Thema nutzt, und beklagt, wie Baschar al-Assad und Wladimir Putin Menschen zu Flüchtlingen machen würden.

In beiden Fällen ist das Verhältnis gegenüber Flüchtlingen instrumentell. Einen Subjektstatus haben Flüchtlinge dabei nicht. Darunter versteht Jürgen Link, dass ein Mensch als „Subjekt“ im Sinne einer autonomen, zurechnungsfähigen, quasi-juristischen Person, eines Rechts-Subjekts“ (Link 2022, S. 13) verstanden wird. Oder einfacher ausgedrückt: Menschen wird ein Subjektstatus zugestanden, wenn sie als Gesprächspartner\*innen ernst genommen werden, die Inte-

ressen haben, diese selbst vertreten können und mit denen man verhandeln und gemeinsame Lösungen suchen kann.

Der griechische taz-Korrespondent Ferry Batzoglou zeigt in einem Debattenbeitrag vom 3.11.2025, dass auch eine gutgemeinte Argumentation Migrant\*innen instrumentell verhandeln kann. Er führt eine Vielzahl statistischer Daten an, um die Aussage zu belegen, Migration bringe *ökonomischen Nutzen*. Dabei wird auf überraschende Weise das Kollektivsymbol ‚Kuchen‘ uminterpretiert. Üblich ist die Befürchtung, Migrant\*innen würden ‚uns‘ etwas von ‚unserem Kuchen‘ wegnehmen. In dem Artikel hingegen wird argumentiert, Migration führe zu Wirtschaftswachstum und dadurch würde „der Kuchen größer“. Migration wird also als Bereicherung gesehen. Allerdings fragt der Text nicht nach den Wünschen von Migrant\*innen, sondern nur nach dem Nutzen für die EU-Wirtschaft. Am Ende lenkt der Autor scheinbar ein und stellt fest, dass das „Rechnen mit Zahlen“ nicht alles sei. Wer jetzt erwartet, dass gefragt wird, wie Migrant\*innen der Kuchen besser schmecken würde, wird enttäuscht. Angeführt werden stattdessen Beispiele für das *Leid der Aufnahmebevölkerung*, von Wohnraumangel bis zu mangelhafter Integration.

Zu der Aussage *Migration nach ökonomischem Nutzen* siehe auch

<https://diss-duisburg.de/2025/07/blog-zum-migrationsdiskurs-1>.

(Im Januar und Februar 2026 haben wir leider keine Blogbeiträge geschrieben.)

## BLOGEINTRAG #6 (21.4.2026)

### MIGRATIONSDISKURS MÄRZ 2026

#### KÄMPFE UM KOLLEKTIVSYMBOLIK. MIT ABSCHIEBUNGEN IN EINE RECHTE ZUKUNFT. RÜCKZUGSGEFECHE DER LINKEN.

In Bezug auf den März 2026 schauten wir uns vier Kommentare genauer an, bei denen der Migrationsdiskurs nicht dominant war, sondern zusammen mit anderen Diskurssträngen verhandelt wurde. Die größte Überraschung war die recht komplexe Kollektivsymbolik, die sich im Kommentar „Politik mit Kompass“ von Reinhard Müller in der FAZ vom 27.3.2026 zeigt.

Im Folgenden sind alle im Kommentar verwendeten Kollektivsymbole durch einfache Anführungszeichen markiert.

Der gemeinsame ‚Raum‘ der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ‚bröckelt‘, so lesen wir. Bedroht wird dieser Raum im Innen durch Migration, weshalb die ‚Rückführung‘ derjenigen nötig sei, „die kein Recht haben, hierzubleiben“. Dadurch würde das Asylrecht auf „seine eigentliche Bedeu-

tung“ ‚zurückgeführt‘.<sup>2</sup> Interessant ist hier die Dopplung des Symbols ‚rückführen‘. Dadurch wird die ‚Rückführung‘ von Migrant\*innen in das Außen gekoppelt mit einer Bewegung der politischen Lage zurück in einen ursprünglichen Zustand in der Mitte.

Weiter verschränkt sich der Migrationsdiskurs mit dem Diskurs über die extreme Rechte: Die ‚Brandmauer‘ wird kollektivsymbolisch als ‚Handschellen‘, ‚Fesseln‘ und ‚Sperre‘ beschrieben und damit als Hindernis für einen weiteren Fortschritt, das überwunden werden soll, allzumal sie sowieso ‚nie ganz dicht‘ gewesen sei. Für diesen Weg sieht der Text zwei Möglichkeiten: Man kann der AfD auf manchen Feldern ‚hinterherlaufen‘ und auf anderen eine ‚Kontaktsperre‘ behaupten oder besser dem eigenen ‚Kompass‘ folgen und pragmatisch mit der AfD umgehen. Kollektivsymbolisch bedeutet das: Restriktive Migrationspolitik wird als Fortschritt positioniert. Die AfD hat dem Kommentar zufolge in diesem Bereich recht und man soll bei Bedarf mit ihr zusammenarbeiten. In anderen Bereichen soll man sich aber abgrenzen von „menschenfeindlicher, unpatriotischer und antieuropäischer“ Politik. Dass der rechte Wert Patriotismus hier der

<sup>2</sup> Dass Kollektivsymbole wie ‚Rückführung‘ Menschen zu Objekten ohne Subjektstatus entmenschlichen, soll hier nicht Thema sein. Siehe dazu beispielsweise Link 2022 sowie unseren Blogbeitrag #5.



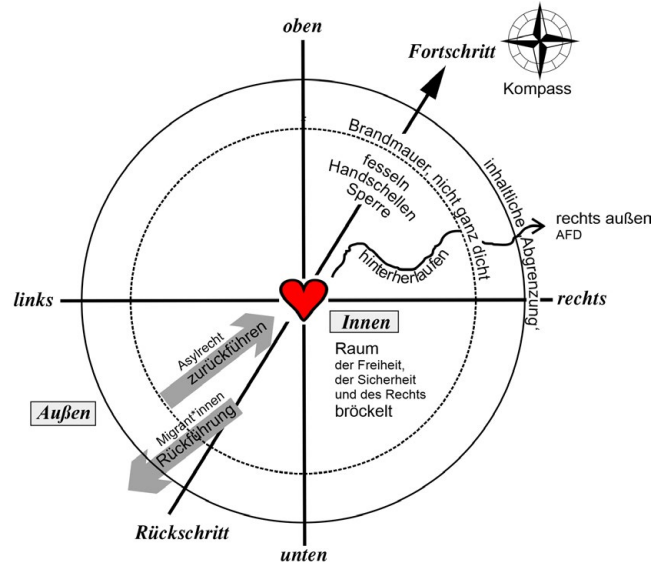
AfD abgesprochen und von der FAZ in Anspruch genommen wird, sei hier nur am Rande bemerkt.

Insgesamt ergibt sich einerseits eine Abgrenzung gegen das Gesamtprogramm der extremen Rechten, andererseits aber die Bewertung einer restriktiven Migrationspolitik als fortschrittlich und damit auch eine Bewegung in diesem Bereich nach rechts in Richtung AfD. Das Überwinden von kollektivsymbolischen ‚Sperren‘, ‚Fesseln‘ und ‚Handschellen‘ lässt Abschiebungen und Rechtsruck als fortschrittliche Akte der Befreiung erscheinen.

In der SZ hingegen fanden wir linke Rückzugsgefechte. Joachim Kämpfer warnt unter dem Titel „Das kann sich noch rächen“ am 27.3.2026 vor einem weiteren Absinken der Entwicklungszusammenarbeit als Mittel, Fluchtursachen zu bekämpfen, und erinnert an die Erfolge des Marshallplans nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier verschränkt sich der Migrationsdiskurs mit dem ökonomischen Diskurs. In der Topik der Kollektivsymbolik nimmt der Text eine Position der Verteidigung des Status quo oder gar des Rückschritts zu Althergebrachtem ein.

Kritisch zeigt sich die taz: Der Kommentar „Die Union ist unbelehrbar“ von Gareth Joswig vom 26.3.2026 untersucht ähnlich wie Müller in der FAZ die Diskursstrangverschränkung des Migrationsdiskurses mit dem Diskursstrang über die extreme Rechte. Er nimmt aber die Gegenposition ein und entfaltet ausführlich die Aussage, dass *Rassismus der Mitte als Ursache für das Erstarren der extremen Rechten* wirke. Seine Forderung nach einer ‚Rückkehr‘ „der liberalen Christdemokraten in die [...] wertebasierte Mitte der Gesellschaft“ ist kollektivsymbolisch ein Rückzugsgefecht. Das gilt auch für den nur negativ formulierten Wunsch, „keine angstgetriebene und auch keine faktenwidrige Migrationspolitik“ mehr zu haben.

Der Gastkommentar „Die EU neu gründen“ von Armin Osmanovic vom 16.3.2026 ebenfalls in der taz versucht hingegen, linke Positionen explizit kollektivsymbolisch als fortschrittlich zu bewerten, und schreibt, es seien nicht die Menschen, die ‚reformmüde‘ seien, sondern die Demokratie selbst sei zur ‚Bremse‘ geworden. Damit meint er nicht, dass Demokratie schlecht ist, sondern dass es falsch sei, dass sich Sozialdemokratie und Grüne auf die Verteidigung der



Die Grafik zeigt eine Rekonstruktion aller im FAZ-Kommentar vorkommenden Kollektivsymbole und deren Position in der grundlegenden Topik der Kollektivsymbolik (innen–außen, links–rechts, unten–oben, Rückschritt–Fortschritt). (Zur Topik z. B. Link 1984, Jäger u.a. 2024, Kap. 4.12.1.1 oder [dewiki.de/Lexikon/Syskoll](https://dewiki.de/Lexikon/Syskoll)).

Demokratie in Europa gegen den rechten und rechtsradikalen ‚Vormarsch‘ ‚zurückgezogen‘ hätten, statt für eine ‚demokratische Neugründung der EU‘ zu kämpfen. Der Appell ist hier, die Zukunft und den Fortschritt nicht den Rechten zu überlassen, sondern von links zu erkämpfen. Der Kommentar legt eine umfangreiche Analyse vieler Diskursstränge vor, wie dem ökonomischen, ökologischen und militärischen sowie zu internationaler Politik und der extremen Rechten. Und er macht dort auch viele offensive Vorschläge. Den Migrationsdiskurs streift er aber nur am Rande und schlägt dazu nichts vor.

Vielleicht verweist das darauf, dass Linke sich in den letzten Jahrzehnten zwar sehr viel und kritisch mit dem Migrationsdiskurs beschäftigen, aber gerade hier oft nur Rückzugsgefechte führen, anstatt mit offensiven Forderungen auch kollektivsymbolisch wieder die Position des Fortschritts einzunehmen.

## BLOGEINTRAG #7 (21.5.2026)

### MIGRATIONSDISKURS APRIL 2026

#### MIGRANT\*INNEN ALS ANTIDOT GEGEN DIE EXTREME RECHTE?

Im April haben wir drei Kommentare angeschaut, die das Zusammenwirken von Politik der Mitte, der extremen Rechten und Migrant\*innen behandeln.

„Ist die liberale Demokratie noch zu retten?“, fragt die taz am 11.4.2026 zehn Denker\*innen. Die erste Antwort gibt Naika Foroutan, die das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) leitet. Sie konstatiert eine „Krise der liberalen Demokratien“, die die Versprechen „auf

Würde, Gleichheit und Freiheit“ nur unzureichend einlösen würden. Dies sei Ursache für das Erstarren der AfD. Ähnlich argumentiert Heribert Prantl unter der Überschrift „Böse Narrative“ in der SZ vom 10.4.2026, der rekonstruiert, wie vor allem die CDU/CSU seit der „Änderung des Asylgrundrechts 1993“ eine Migrationspolitik macht, die „die Kernmoral und das Fundament des demokratischen Rechtsstaats infrage“ stelle. Beide sehen also die *Politik der Mitte als Ursache für das Erstarren der extremen Rechten*.

Foroutan hofft, dass Migrant\*innen vielleicht „die liberale Demokratie in Deutschland retten“ könnten, weil viele vor Diktaturen fliehen und „liberale Demokratie“ und „Menschenrechte“ als „heiliges Gut“ betrachten würden – anders

als viele Deutsche. Sie rekurriert damit auf die eher seltene Aussage, *Migrant\*innen stärken Demokratie*. Auch Prantl betont, dass Migrant\*innen nützlich seien, meint damit jedoch den *ökonomischen Nutzen*. Beiden gemeinsam ist, dass sie deutlich den Subjektstatus<sup>3</sup> von Migrant\*innen betonen, indem sie ihre beruflichen Tätigkeiten und Ängste vor der deutschen Migrationspolitik benennen oder politische Kämpfe in Herkunftsländern und den Wunsch nach Demokratie.

Die *Politik der Mitte als Ursache für das Erstarken der extremen Rechten* sieht Reinhard Müller unter dem Titel „innerer Friede“ in der FAZ vom 14.4.2026 nicht. Im Gegenteil beschreibt er Migration als Ursache von Kriminalität und gesellschaftlichem Unfrieden. Kritik an dieser *Ethnisierung von Kriminalität* weist er durch wütende Abwertungen zurück: Es gehöre „viel böser Wille oder Dummheit dazu, hier von Rassismus zu sprechen“.

Er unterscheidet zwischen kriminellen und rechtschaffenen Migrant\*innen. Letztere spricht er mit Subjektstatus an, indem er sie zu einem kollektivsymbolischen ‚Wir‘ jener zählt, die „friedlich in Deutschland leben und leben“ wollen. Des Weiteren betont er, Deutschland müsse „humanitär“ handeln bei Grenzkontrollen, Abschiebungen, Asylverfahren und der Bekämpfung von Fluchtursachen und dürfe rechtschaffene Migrant\*innen nicht stigmatisieren. Wir haben schon in unserem Blogeintrag #5 gezeigt, wie Müller den Begriff „humanitär“ umdeutet, um restriktive Migrations-

politik der Mitte von extrem rechten Remigrationsplänen abzugrenzen.

Bei allen Unterschieden fällt auf, dass alle drei Kommentare die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Migrant\*innen als Bereicherung bewerten und sie als aktiv handelnde und fühlende Menschen ansprechen. Diese Betonung des Subjektstatus steht bei allen im Kontext des Wunsches, sich von der extremen Rechten abzugrenzen. Zugespielt ausgedrückt werden Migrant\*innen so zum Antidot gegen die extreme Rechte.

#### LITERATUR:

- Jäger, Siegfried (†) / Jäger, Margarete / Wamper, Regina / Nothardt, Benno (2024): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 8. Aufl.
- Link, Jürgen 2022: Konturen des Kollektivsymbolsystems der ZeitenWende, in: kultuRRRevolution Nr. 83, S. 11–16.
- Link, Jürgen 1984: Diskursive Rutschgefahren ins vierte Reich? Rationales Rhizom, in: kultuRRRevolution 5, S. 12-20.
- Link, Jürgen 2022: Konturen des Kollektivsymbolsystems der ZeitenWende, in: kultuRRRevolution Nr. 83, S. 11–16.

3 Zum Begriff des Subjektstatus siehe Link 2022 oder unseren Blogeintrag #5.



### »Ernst Blochs „Objektive Phantasie“ versus Künstliche Intelligenz«

Öffentliche Tagung

**ERNST-BLOCH-ASSOZIATION** mit Unterstützung des DISS

Freitag, 9. bis Sonntag, 11. Oktober 2026, Stapeltor Duisburg

Eine Tagungsgebühr wird nicht erhoben. Wir bitten um Spenden.

**Infos und Anmeldung: <https://ernst-bloch-assoziaton.de>**

Abgesehen von Einblicken in die Thematik der Entstehung von KI, der wissenschaftlich-technischen Leistung und der großen allgemeinen Akzeptanz, haben wir uns vorgenommen, bei Bloch nachzuforschen, was er wohl zur KI zu sagen hätte. Bloch konnte zwar noch nichts von der KI wissen, aber das folgende Zitat könnte nicht passender sein:

„Die Atombombe ist zwar die unverwesliche Glorie der amerikanischen Christenheit, man hat den Glanz ihrer Explosion mit dem Licht um Grünewalds Christus auf dem Isenheimer Altar verglichen, aber die Angst des Ingenieurs, außer der politischen, bleibt hier erst recht. Auch die synthetisch hergestellte Katastrophe kommt der Natur nicht näher, der sie ihre stellaren Hochöfen, mit äußerster List, nachmacht.“ (*Das Prinzip Hoffnung*, S. 811).

Mit Beiträgen von Fabian Strobel, Norman Schumann, Manfred Korzen, Volker Schneider, Doris Zeilinger, Ulrich Müller-Schöll, Annette Schlemm, Andreas Kemper, Cordula Trunk, Martin Blumentritt und Asta May.



# Statement gegen das Abschalten des Radiosenders COSMO

Von Inessa Dobler (AK Migration des DISS)

Letztes Jahr schrieb der WDR in einer Stellungnahme: „Wir wollen COSMO nicht abschalten, sondern weiterentwickeln.“ (WDR 2025a). Nun zeigt sich, dass diese Weiterentwicklung beim WDR die komplette Umstrukturierung des Senders bedeutet, mit einem alleinigen Fokus auf Hip-Hop und dem neuen Namen „1Live Street“ (WDR 2026; MiGAZIN 2026). Während bereits der Straßenbezug im neuen Namen von Mitarbeitenden des Teams als rassistisch und klassistisch bezeichnet wird, da er „ein interkulturelles, migrantisches Programm auf den Straßenaspekt reduziert“ (Cosmo-Redakteur\*in in Zejneli 2026), macht diese Umstrukturierung zudem aus COSMO einen grundsätzlich anderen Sender. Letztendlich wird COSMO nun also doch abgeschaltet.

## WAS MACHT COSMO AUS?

COSMO ist der einzige mehrsprachige Radiosender der ARD, dessen selbsterklärtes Ziel es ist, migrantisierte Communities nicht nur anzusprechen, sondern sichtbar zu machen. COSMO soll einen Raum für Austausch und Verständnis schaffen (WDR 2025b). Elena Kountidou von den Neuen deutschen Medienmacher\*innen beschreibt: „Das Besondere an COSMO ist, dass es mittlerweile der einzige Radiosender ist, der konsequent mehrsprachig sendet und migrantische und queere Perspektiven redaktionell verankert hat.“ (Elena Kountidou in Deutschlandfunk Kultur 2025).

COSMO spricht Themen an, die im Radio sonst nur wenig Platz finden. So wie beispielsweise heute Morgen, am Dienstag, dem 9. Juni. Zur morgendlichen Stoßzeit, während Menschen auf dem Weg zur Arbeit sind, hat COSMO einen kurzen Beitrag zu Rassismus an der Clubtür gesendet. Es wurden individuelle Erfahrungen von Betroffenen geteilt, Rassismus in und vor Clubs problematisiert und Vorschläge gemacht, wie Betroffene mit diesen Situationen umgehen können. Wird sich damit in anderen Radiosendern befasst? Besonders zu Stoßzeiten?

## WARUM WIRD COSMO ABGESCHALTET?

Schon 2025 gab es Überlegungen, COSMO abzuschalten. Jetzt wurde es vom WDR-Rundfunkrat beschlossen. Zum 01.04.2027 findet die Umstrukturierung statt. Die Zielgruppe soll explizit junge Menschen unter 30 sein und das mehrsprachige Programm wird gänzlich gestrichen.

Stattdessen soll das Programm *WDRforyou* weiter ausgebaut werden. Die Sprachenvielfalt und die unterschiedlichen Angebote, die es bei COSMO gab, sind jedoch bisher nicht in einer ähnlichen Form, wie sie bei COSMO stattfand, für *WDRforyou* geplant (Neue deutsche Medienmacher\*innen 2026).

Finanzierungsfragen und generelle Einsparungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk fungieren hier als Begründung für diese Programmkürzung. Außerdem wird das Argument angebracht, dass es COSMO nicht bedürfe, da es ein „Querschnittsauftrag“ der öffentlich-rechtlichen Medien sei, gesellschaftliche Vielfalt in anderen Programmen abzubilden (Neue deutsche Medienmacher\*innen 2026). Natürlich sollten Programme im Hauptprogramm die gesellschaftliche Vielfalt besser abbilden. Jedoch findet dies einfach nicht in dem Ausmaß statt, in dem es COSMO möglich ist. Die Abbildung von gesellschaftlicher Vielfalt ist keine Nebensache, die man zwischen andere Dinge einschieben kann. Und, wie die Neuen deutschen Medienmacher\*innen es in ihrem Statement ausdrücken: „Ein Querschnittsauftrag ersetzt kein fokussiertes, community-nahes Programm.“ (Neue deutsche Medienmacher\*innen 2026).

Mit 25 Jastimmen, 20 Neinstimmen und einer Enthaltung wurde der Reform letztendlich zugestimmt. Ein Lichtblick ist, dass auch entschieden wurde, dass der WDR verpflichtend an unter anderem der Frage arbeiten muss, wie interkulturelle Themen weiterhin im WDR-Programm Platz finden.<sup>1</sup> Dennoch schafft das Abschalten von COSMO eine Lücke in der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft.

## DIE ABSCHALTUNG VON COSMO HAT KONSEQUENZEN FÜR DIE POSTMIGRANTISCHE GESELLSCHAFT!

Was COSMO für einzelne Communities und Individuen bedeutet, können diese am besten selbst ausdrücken (viele Statements wurden auf dem Instagramkanal @savecosmoradio repostet). Was aber aus den vielen Kommentaren, Statements und Social-Media-Beiträgen sehr deutlich wird, ist, dass COSMO für viele Menschen nicht einfach nur ein Radiosender ist, sondern ein Ort, der unterschiedlichsten Menschen das Gefühl gibt, gesehen zu werden und einen Platz in der Gesellschaft zu haben.

<sup>1</sup> Die weiteren Fragestellungen finden sich im Neuigkeiten-Reiter der Petition Vielfalt braucht eine Stimme: Save COSMO Radio! (vgl. Initiative #saveCOSMOradio 2026).

Die Abschaltung von COSMO hat außerdem auch Konsequenzen für den WDR, die ARD und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Diese sollten eigentlich die gesamte Gesellschaft abbilden. Dies bringt Elena Kountidou auf den Punkt: „Also der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ja im Auftrag verankert, er soll die Gesamtheit der Bevölkerung vollumfänglich informieren, und das erfüllt er zum Beispiel mit COSMO. Würde das wegfallen, würde er tatsächlich nicht seinem Auftrag gerecht werden.“ (Elena Kountidou in Deutschlandfunk Kultur 2025). Insbesondere von Rechts bestehen die Bestrebungen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen. Vielleicht braucht es dazu die Rechten gar nicht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk schafft sich selbst ab, indem er sich dazu entscheidet, seinem Auftrag nicht mehr gerecht zu werden.

Die postmigrantische Gesellschaft muss auch in den Medien abgebildet werden, ansonsten wird sie immer weiter als Ausnahmefall verstanden und nicht als Normalzustand, den wir alle täglich leben. COSMO abzuschalten, sendet ein klares Signal an die Gesellschaft, dass das Schaffen von sicheren Räumen für migrantisierte und queere Menschen keine Priorität hat, und macht gesellschaftliche Vielfalt aktiv unsichtbar. In einer Zeit, in der Vielfalt von vielen Kräften als Gefahr und nicht als Bereicherung dargestellt wird, ist dies eine explizit politische Entscheidung.

Inessa Dobler leitet gemeinsam mit Gunther Haimbl den AK Migration im DISS und befasst sich mit Fragen der Solidarität, Räumen der Migration und Grenzziehungsprozessen.

**QUELLEN**

- Deutschlandfunk Kultur (2025): Interkultureller Sender droht zu verstummen. [Interview mit Elena Kountidou], <https://www.deutschlandfunkkultur.de/wir-brauchen-die-vielfalt-das-drohende-aus-fuer-die-radiowelle-cosmo-100.html>.
- Initiative #saveCOSMOradio (2026): Vielfalt braucht eine Stimme: Save COSMO Radio!, <https://innn.it/savecosmoradio#updates>.
- MiGAZIN 2026: Cosmo-Reform: WDR kürzt Mehrsprachigkeit, abrufbar unter: <https://www.migazin.de/2026/06/08/wdr-cosmo-kritik-kuerzung-mehrsprachigkeit/>.
- Neue deutsche Medienmacher\*innen (2026): Aus für Cosmo: Das kann sich die ARD nicht leisten!, <https://www.neuemedienmacher.de/aktuelles/stellungnahme/aus-fuer-cosmo-das-kann-sich-die-ard-nicht-leisten>.
- WDR 2025a: WDR-Stellungnahme zu COSMO, <https://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/unternehmen/stellungnahme-wdr-cosmo-100.html>.
- WDR 2025b: Vielfalt ist für uns kein Werbegag, [https://www1.wdr.de/radio/cosmo/ueber-uns/ueber\\_uns100.html](https://www1.wdr.de/radio/cosmo/ueber-uns/ueber_uns100.html).
- WDR 2026: WDR bündelt junge Radiowellen unter der Marke 1LIVE, [https://presse.wdr.de/plounge/wdr/unternehmen/2026/05/20260529\\_junge\\_wellen.html](https://presse.wdr.de/plounge/wdr/unternehmen/2026/05/20260529_junge_wellen.html).
- @savecosmoradio [Instagram-Account], <https://www.instagram.com/savecosmoradio/>.
- Zejneli, Anastasia 2026: Cosmo-Redakteur\*in über Umbau: „Ich fühle mich ehrlich gesagt verarscht“, <https://taz.de/Cosmo-Redakteurin-ueber-Umbau!/6183691/>.

<p><b>JEANELLE K. HOPE BILL V. MULLEN</b> <b>BLACK ANTIFASCISM</b> WIDERSTAND IN DEN USA</p>	<p><b>Jeanelle K. Hope / Bill V. Mullen</b> <b>Black Antifascism</b> Widerstand in den USA 978-3-89438-865-2   311 S.   € 24,00</p> <p>Widerstand gegen Sklaverei, Lynchjustiz, Segregation und Krieg, Auflehnung gegen den gefängnisindustriellen Komplex oder die Lage in den Ghettos. Der Band geht Meilensteinen und der Theorie des Black Antifascism nach: Abolitionismus und antikoloniale Kämpfe, Black Panther Party und #blacklivesmatter, von C. L. R. James und Walter Rodney zu Assata Shakur und Angela Davis.</p>	<p><b>Frederic Schnatterer</b> <b>FREIHEIT FÜR WEN?</b> Mileis Argentinien als Versuchslabor der Ultrarechten</p>	<p><b>Frederic Schnatterer</b> <b>Freiheit für wen?</b> Mileis Argentinien als Versuchslabor der Ultrarechten 978-3-89438-866-9   190 S.   € 16,90</p> <p>Wer profitiert von, wer leidet unter dem ultraliberalen Schockprogramm des selbsternannten Anarchokapitalisten? Die Kettensäge als Ausdruck einer international erstarkenden Ultrarechten? Und wie steht es um den Widerstand am Río de la Plata? »Enthält viele aufschlussreiche Analysen und Fakten« (Deutschlandfunk)</p>
--	--	---	--



# Zur Krise der Sozialdemokratie: Ungleichheit bekämpfen?

Von Wilfried Schollenberger

## ANLASS

Es war einmal in der BRD, als der Spitzensteuersatz auf Einkommen bei 56 % lag und zusätzlich noch Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Gewerbesteuer und Erbschaftsteuer gezahlt wurden. Erst lange nach dem Beitritt der DDR wurde gegen die Ermittlung der Vermögenssteuer erfolgreich geklagt, die Gewerbesteuer abgeschafft und die Erbschaftsteuer unternehmerfreundlich umgestaltet. Wer sich jetzt nostalgisch diese Zeiten zurückwünscht, als der Staat noch seine Infrastruktur instand und die Armut in der Gesellschaft begrenzt hielt, könnte sich vor Gedanken wie „Umverteilung“, „Klassenkampf“ und „Sozialismus“ hüten. Denn die Regierungen, unter denen diese Steuern gezahlt wurden, waren vor allem antikommunistisch.

Nicht so die SPD: Der kleinste Ansatz, eine Reform der Erbschaftsteuer, wird mit ideologischen Phrasen über „Bekämpfung von Ungleichheit“ und „Chancengleichheit durch Bildung“ so aufgeladen, dass daraus eine Debatte, aber bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen keine umsetzbare Politik wird.

Besonders ärgerlich daran ist, dass das Gerede über „Ungleichheit“ von den tatsächlichen Entwicklungen und Herausforderungen eher ablenkt. Das betrifft sowohl die problematische empirische Basis wie auch die Frage, von welcher Ungleichheit die Beteiligten sprechen. Und: Gibt es materielle Ungleichheit, die nach Meinung der Beteiligten akzeptabel oder gar erwünscht ist?

## UNGLEICHHEIT (EINKOMMEN)

Nicht nur in linken Kreisen hat sich der Glaube festgesetzt, die soziale Ungleichheit habe in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Befeuert wird diese Debatte von wissenschaftlichen Studien, z.B. der jährlichen SOEP-Umfrage des DIW und dem darauf aufbauenden Verteilungsbericht 2025 des WSI. Dort schreibt Dorothee Spannagel mit Blick auf den Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung: „Die Einkommensungleichheit ist 2022 deutlich höher als im Jahr 2010. Der Anstieg vollzieht sich dabei vor allem ab dem Jahr 2018. Davor erweist sich die Einkommensungleichheit als recht stabil“<sup>1</sup>. Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Abweichung von der Gleichverteilung. Bei vollkommener Gleichverteilung ist er 0. Bei der Konzentration auf eine Beobachtungseinheit wäre er 1. In den SOEP-Daten findet man von

2018 auf 2020 einen Anstieg dieses Koeffizienten von 0,292 auf 0,308 und dann auf 0,310 im Jahr 2022<sup>2</sup>. In den Daten des Statistischen Bundesamts findet sich diese Beobachtung so nicht: Dort sinkt dieser Koeffizient zwischen 2007 und 2012 von 0,30 auf 0,28, steigt dann wieder auf 0,31 im Jahr 2014 und pendelt in den Folgejahren um 0,30<sup>3</sup>. Wirklich bedeutend sind diese Veränderungen in der zweiten Nachkommastelle nicht wirklich.

Der zweite Aspekt im WSI-Verteilungsbericht ist nicht weniger problematisch: Die Armutsquote, d.h. der Anteil der Menschen, die von weniger als 60 % des Medianeinkommens leben müssen, ist demnach von 14,4 % im Jahr 2010 auf 17,7 % im Jahr 2022 (ohne Fluchtmigration 16,7 %) gestiegen<sup>4</sup>. Hier verdecken die globalen Zahlen, dass es politisch gewollte Armut gibt: Grundsicherung, Grundrente, BAFÖG, Mindestlohn, Asylbewerberleistungsgesetz. Wenn das mittlere Einkommen steigt, und diese Beträge nicht entsprechend angehoben werden, muss die Armut zunehmen. Ähnliches gilt für Rentner: Wenn deren Erwerbseinkommen dem Median entsprach, müssen sie bei einem Rentenniveau von unter 50 % mit dem Renteneintritt in der Armut landen. Darüber hinaus tendieren solche Grenzen dazu, die reale Entwicklung zu über- oder unterzeichnen, weil relativ kleine Änderungen zum Über- oder Unterschreiten dieser Grenzen führen.

Aufschlussreicher ist hier die Datensammlung der EU, „European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)“<sup>5</sup>. Sie enthält die Verteilung des „nationalen Äquivalenzgesamtnettoeinkommens“ nach Dezilen und an den Rändern nach Perzentilen. Dazu kommen Indikatoren für Entbehrungen, z.B. beim Heizen der Wohnung, beim Urlaub und beim Besuch von Gaststätten.

Das „Äquivalenznettoeinkommen“, mit dem auch das WSI gerechnet hat, ist eine statistische Größe, die den Lebensstandard bei unterschiedlichen Haushaltsgrößen vergleichbar machen soll. Dabei wird das Nettoeinkommen des Haushalts inklusive monetärer Sozialleistungen durch die „äquivalente Haushaltsgröße“ geteilt, die wie folgt berechnet wird: Die erste Person erhält den Wert 1, für jede weitere Person über 14 Jahre wird 0,5 hinzuaddiert. Personen unter 14 Jahren gehen mit 0,3 ein<sup>6</sup>. Der so ermittelte Wert gilt dann für alle Personen des Haushalts. Wenn z.B. der Median 2025 bei 28.891 € liegt, entspricht das bei einer vierköpfigen Fami-

1 Spannagel, S. 13

2 Spannagel, S. 8

3 <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/url/0e50978e>

4 Spannagel, S.9, S.14

5 [https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/ilc\\_siesilc.htm](https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/ilc_siesilc.htm)

6 Vgl.: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Equivalent\\_disposable\\_income](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Equivalent_disposable_income)

lie mit zwei Kindern unter 14 Jahren einem Haushaltsnettoeinkommen von 60.671 € – Faktor 2,1.

In der ersten Tabelle ist die Verteilung des Äquivalenznettoeinkommens nach Dezilen und für die obersten 6 Perzentile dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Änderung in der Erhebung 2020 zu einem Zeitreihenbruch führte, so dass die Werte davor und danach nicht direkt vergleichbar sind. Die Tabelle zeigt, dass es zwischen 2010

und 2018 zu einer etwas größeren Ungleichheit gekommen ist: Der Anteil der unteren 5 Dezile hat tendenziell (um Promille) abgenommen. Darüber blieb es stabil. Lediglich der Anteil des obersten Dezils hat zugenommen. Zwischen 2021 und 2025 bleiben die Anteile der mittleren 8 Dezile stabil. Lediglich der Anteil des untersten Dezils hat zugenommen, während der Anteil des obersten Perzentils um 2 Promille abgenommen hat. Die „gefühlte“ Zunahme von Ungleichheit lässt sich mit diesen Ergebnissen nicht erklären.

#### Äquivalenznettoeinkommen nach Dezilen und Perzentilen

Quantil	2010			2018			2021			2025		
	Obergrenze		An- teil in %	Obergrenze		An- teil in %	Obergrenze		An- teil in %	Obergrenze		An- teil in %
	in €	in % des Me- dians		in €	in % des Me- dians		in €	in % des Me- dians		in €	in % des Me- dians	
<b>Erstes Dezil</b>	9.657	51,4	3,3	11.423	50,3	2,5	12.867	49,5	2,9	14.556	50,4	3,2
<b>Zweites Dezil</b>	12.444	66,2	5,2	14.917	65,7	5,1	16.950	65,2	5,0	18.789	65,0	5,0
<b>Drittes Dezil</b>	14.635	77,9	6,3	17.540	77,2	6,3	20.081	77,2	6,2	22.240	77,0	6,2
<b>Viertes Dezil</b>	16.745	89,1	7,3	19.928	87,7	7,2	23.007	88,5	7,2	25.499	88,3	7,2
<b>Fünftes Dezil</b>	18.797	100,0	8,3	22.713	100,0	8,2	26.008	100,0	8,2	28.891	100,0	8,2
<b>Sechstes Dezil</b>	21.141	112,5	9,3	25.489	112,2	9,3	29.405	113,1	9,3	32.676	113,1	9,2
<b>Siebtens Dezil</b>	24.051	128,0	10,5	28.871	127,1	10,5	33.450	128,6	10,5	37.343	129,3	10,5
<b>Achstes Dezil</b>	28.030	149,1	12,0	33.188	146,1	12,0	38.905	149,6	12,0	43.525	150,7	12,1
<b>Neuntes Dezil</b>	34.756	184,9	14,4	41.345	182,0	14,2	49.329	189,7	14,5	54.971	190,3	14,6
<b>Zehntes Dezil</b>			23,4			24,7			24,2			23,9
<b>95. Perzentil</b>	42.348	225,3	1,9	50.554	222,6	1,9	60.953	234,4	2,0	67.391	233,3	2,0
<b>96. Perzentil</b>	44.831	238,5	2,0	54.317	239,1	2,0	64.759	249,0	2,1	71.865	248,7	2,1
<b>97. Perzentil</b>	48.524	258,1	2,2	58.899	259,3	2,2	70.461	270,9	2,3	78.553	271,9	2,2
<b>98. Perzentil</b>	54.598	290,5	2,4	67.473	297,1	2,4	79.296	304,9	2,5	89.380	309,4	2,5
<b>99. Perzentil</b>	67.597	359,6	2,8	84.760	373,2	2,9	101.007	388,4	3,0	111.693	386,6	3,0
<b>100. Perzentil</b>			5,2			6,4			5,3			5,1

Quelle: Eurostat-Tabelle ilc\_di01 (equivalised disposable income) Zeitreihenbruch 2020

Interessant wäre m.E. eine andere Rechnung (hier für 2025): Wollte man Armut durch Umverteilung innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten (einschließlich der von Sozialleistungen abhängigen Menschen) bekämpfen, indem man die unteren beiden Dezile auf das Niveau des dritten Dezils anhebt, würde man dafür 4,2 % des nationalen Äquivalenznettoeinkommens benötigen. Dann hätten alle drei Dezile einen Anteil von 6,2 % und ein Einkommen zwischen 65 % und 77 % des Medianeinkommens. Zählt man die Anteile der sechsten bis neunten Dezile zusammen, kommt man auf 46,4 %. Für diese Umverteilung würde man also rund 9 % dieser Einkommen benötigen. Nimmt man das zehnte Dezil hinzu, wären es 6 %.

Dem aufmerksamen Leser wird auffallen, dass hier eine statistische Größe zum Lebensstandard mit realem Ein-

kommen in Euro verwechselt wird. Je nach Haushaltsgröße stecken hinter den jeweiligen Äquivalenzeinkommen sehr unterschiedliche Eurobeträge, so dass diese Prozentzahlen nur sehr vage Anhaltspunkte dafür sein können, wie viel von den höheren Einkommen tatsächlich umverteilt werden müsste. An der grundsätzlichen Aussage, dass die vollständige Abschaffung von Armut durch Umverteilung innerhalb der „normal“ lebenden Bevölkerung ohne übermäßig gravierende Einbußen für die „besser Verdienenden“ möglich wäre, würde ich trotzdem festhalten. Im Umkehrschluss bedeutet das: Es gibt ganz unabhängig von der sonstigen Verteilung politisch gewollte Armut.



**GEFÜHLTE UNGLEICHHEIT**

Allerdings gibt es durchaus Indikatoren, die m.E. erklären können, warum die Erzählung von zunehmender Ungleichheit als plausibel wahrgenommen wird.

Da ist in erster Linie die Reallohnentwicklung: Der Reallohnindex<sup>1</sup> ist vor allem von 2021 auf 2022 stark zurückgegangen und lag 2022 und 2023 um über 5 % Punkte unter dem Wert von 2019. Auch 2024 lag er nur knapp über dem Wert von

2017<sup>2</sup>. Da es sich hier um Durchschnittswerte handelt, sind vermutlich viele Haushalte stärker betroffen.

Eurostat berichtet hierzu über konkrete Indikatoren zu Lebensbedingungen und „materiellen Entbehrungen“. Dabei zeigt sich, dass auch in den mittleren Einkommensgruppen der Erwerbstätigen die Entbehrungen ausgehend von einem niedrigen Niveau nach 2021 bis 2023 zugenommen haben und 2025 das Niveau von 2021 nicht wieder erreicht wurde:

**Personen, die sich nicht leisten können, wenigstens einmal im Monat mit Freunden oder Familienmitgliedern (Verwandten) essen oder etwas trinken zu gehen (nur Erwerbstätige)**

Jahr	Anteil in %					Insgesamt
	Erstes Quintil	Zweites Quintil	Drittes Quintil	Viertes Quintil	Fünftes Quintil	
2021	9,0	7,3	3,5	2,9	0,8	3,8
2022	14,8	10,4	6,6	3,9	1,5	5,9
2023	16,7	11,6	8,5	5,2	2,0	7,1
2024	15,8	13,9	8,2	4,8	1,7	7,1
2025	14,5	10,8	7,3	4,0	1,5	6,1

Quelle: Eurostat-Tabelle ilc\_mdcs10b

**Personen, die sich nicht leisten können, regelmäßig einer Freizeitbeschäftigung nachzugehen (nur Erwerbstätige)**

Jahr	Anteil in %					Insgesamt
	Erstes Quintil	Zweites Quintil	Drittes Quintil	Viertes Quintil	Fünftes Quintil	
2021	17,3	12,8	6,6	4,4	1,5	6,8
2022	23,0	18,2	11,2	6,3	2,5	9,8
2023	26,5	17,9	12,3	7,1	2,9	10,6
2024	24,3	19,0	11,5	6,5	2,3	10,0
2025	24,1	16,5	10,9	5,7	2,2	9,2

Quelle: Eurostat-Tabelle ilc\_mdcs11b

**Personen, die sich nicht leisten können, wöchentlich einen kleinen Betrag für sich selbst auszugeben (nur Erwerbstätige)**

Jahr	Anteil in %					Insgesamt
	Erstes Quintil	Zweites Quintil	Drittes Quintil	Viertes Quintil	Fünftes Quintil	
2021	12,8	9,5	5,2	3,5	1,1	5,1
2022	18,1	13,4	7,8	4,9	2,2	7,5
2023	19,7	14,5	10,2	6,0	2,8	8,7
2024	19,1	15,0	9,1	5,5	2,1	8,0
2025	19,3	13,2	8,9	4,8	2,0	7,5

Quelle: Eurostat-Tabelle ilc\_mdcs12b

Es gibt also gute Gründe für das Gefühl, bis in die gesellschaftliche „Mitte“, im Lebensstandard zurückzufallen –

ohne die Gründe für die Selbsteinschätzung im Detail hier zu analysieren.

1 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/liste-reallohnindex.html>

2 <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/62361/table/62361-0020/>

Zwar sind in der VGR BIP und Lohnquote gewachsen, aber die Abschreibungen haben im Verhältnis zum BIP ebenfalls zugenommen und das Arbeitnehmerentgelt verteilt sich auf mehr Erwerbstätige.

Ein wesentlicher Grund könnten die hohen Mieten bei Neuvermietung, also nach einem Umzug, sein. Im europäischen Vergleich zeigt sich aber, dass Bestandsmieter vom deutschen Mietrecht profitieren. Auch 2024 und 2025 ist der Anteil der

Mieter, die Marktpremismieten bezahlen, mit einer Überbelastung durch Wohnkosten im europäischen Vergleich relativ gering. Dagegen ist dieser Anteil bei Eigentümern, die noch Darlehen abzahlen müssen, in diesem Vergleich sehr hoch.

**Überbelastung durch Wohnkosten nach Besitzverhältnis (Ländervergleich)**

Besitz-verhältnis	Jahr	Quote						
		Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Schweiz
Eigentümer mit Hypothek oder Darlehen	2020	7,7	1,1	1,9	1,9	2,1	2,4	4,8
	2021	11,4		2,2	1,5	1,6	2,0	5,0
	2022	12,9	0,6	2,1	2,0	1,4	2,8	4,4
	2023	15,6	0,9	1,6	1,7	2,3	4,2	4,7
	2024	14,5	1,1	1,7	1,0	2,1	4,7	4,9
	2025	13,0	1,1	1,3	1,1		4,6	
Mieter, Marktpremismiete	2020	12,3	18,2	28,1	22,8	12,7	18,0	20,0
	2021	13,4		26,2	40,7	13,1	18,8	22,7
	2022	13,8	21,9	25,9	41,4	16,2	17,7	20,8
	2023	14,9	19,3	21,9	47,9	13,0	19,4	21,6
	2024	13,8	20,2	19,4	43,9	14,6	17,9	22,8
	2025	13,2	18,7	22,3	39,5		18,4	
Insgesamt	2020	9,0	5,6	7,2	8,3	6,3	8,3	13,6
	2021	11,0		7,2	8,3	6,1	8,5	14,8
	2022	11,9	6,5	6,6	10,0	7,4	9,1	13,4
	2023	13,0	6,5	5,7	9,3	6,0	10,9	14,2
	2024	12,0	7,0	5,1	6,9	6,3	10,6	15,3
	2025	11,2	6,4	5,0	6,5		10,8	

Quelle: Eurostat-Tabelle ilc\_lvho07c

Das alles spricht nicht dagegen, höhere und sehr hohe Einkommen stärker zu besteuern – im Gegenteil. Man kann Steuererhöhungen mit dem Finanzbedarf des Staates, der Länder und der Kommunen gut begründen. Man kann auch die Verteilung der Steuern und Abgaben auf die verschiedenen Einkommensarten und -höhen für ungerecht halten. Die Ungleichheit an sich und ihr angebliches Wachstum ist aber m.E. die schlechteste aller möglichen Begründungen.

**UNGLEICHHEIT (VERMÖGEN)**

Noch schwieriger wird die Diskussion beim Thema „Vermögen“: Was bedeutet es, wenn in der, gemessen am BIP, drittgrößten (kapitalistischen) Volkswirtschaft die viertgrößte Anzahl an Milliardären lebt? Sind das nicht weniger als zu erwarten?

Schräg und hilflos wird die Debatte, wenn die Beteiligten nur noch über das Geld losgelöst vom gesellschaftlichen Kontext reden. Ein Beispiel ist hier die Broschüre „Ungleichland“ der

Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Deutschland gehört mit Blick auf die privaten Vermögen zu den ungleichsten Demokratien der Welt.“ Welche Ungleichheit ist hier gemeint? Wie entsteht sie?

**KAPITALISMUS**

Kapitalismus und Konzentration des Kapitals sind untrennbar verbunden. Wenn die Besitzer von Unternehmen nicht einen großen Teil ihrer Gewinne reinvestieren, sind die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens und damit auch die Arbeitsplätze auf mittlere Sicht gefährdet. Und gerade besonders reiche Eigentümer haben kaum eine andere Wahl, als ihre Dividenden (z.B. bei den Großaktionären von BMW jeweils mehr als eine Milliarde €) zu spenden oder zu investieren – zum Verbrauchen ist es zu viel.

Für Deutschland kommt verschärfend ein hoher Leistungsbilanzüberschuss hinzu. Ein Teil ist für die Finanzierung von Entwicklungshilfe und Transfers an internationale Organisationen erforderlich. Der größere Teil muss aber über Kapitaltransfers in das Ausland transferiert werden, um den



Leistungsbilanzüberschuss zu finanzieren, was dazu führt, dass das (Kapital-)Vermögen hier schneller wächst als in den Ländern mit einem Leistungsbilanzdefizit.

Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass nach den Erhebungen der Bundesbank die Ungleichheit beim Vermögen zurückgegangen ist: Der Gini-Index ist zwischen 2014 und 2023 von 0,764 auf 0,724 zurück gegangen, und der Anteil der vermögendsten 10 % am gesamten Nettovermögen hat sich von 60 % auf 54 % verringert<sup>3</sup>.

**VERMÖGEN IN ARBEITNEHMERHAND**

**LASTENAUSGLEICH**

Die Autoren der Rosa-Luxemburg-Broschüre behaupten, „es [sei] zwischen den Weltkriegen und in der Nachkriegszeit auch aufgrund der Steuerpolitik zu einer Verringerung der Ungleichheit in Deutschland [gekommen]“<sup>4</sup> – ohne einen Beleg, geschweige denn eine Erläuterung. Eine staatliche Maßnahme war der Lastenausgleich zwischen vermögenden Deutschen und deutschen Flüchtlingen<sup>5</sup>: Wer zum Stichtag 21. Juni 1948 relevantes Vermögen hatte, musste von diesem Betrag 30 Jahre lang 1,67 % pro Jahr abführen – insgesamt 50 %. Davon profitierten deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, die erhebliche Vermögen zurücklassen mussten und sich zum größten Teil als abhängig Beschäftigte eine neue Existenz aufbauten. Vor allem auf dem Land konnten damit viele ehemalige Bauern früh Häuser bauen und einen Beitrag gegen die damalige Wohnraumnot leisten. An der Lage der Arbeiter, die schon vor Kriegsausbruch auf dem Gebiet der neu gegründeten BRD lebten, änderte sich dadurch nichts. Und der Status der „reichen“ Kapitalisten wurde mit dieser Abgabe eher legitimiert als gefährdet.

**WEST-OST-GEFÄLLE**

Vollkommen abstrus wird die Argumentation aber, wenn die Autoren feststellen: „Die Superreichen in diesem Land sind fast ausschließlich weiße, westdeutsche Männer. Bis heute gibt es kein einziges ostdeutsches Milliardenvermögen.“ Ihr „Ergebnis“: „So zementiert eine verfehlte Steuerpolitik nicht nur eine, sondern verschiedene Facetten von Ungleichheit“<sup>6</sup>.

Welche Ungleichheit ist und welche „Facetten“ sind hier gemeint? Wäre irgendetwas besser, wenn nach dem Zusammenbruch der DDR jemand aus der ehemaligen DDR plötzlich in Windeseile ein „Milliardenvermögen“ angehäuft hätte?

**LIBERALE VORSTELLUNGEN**

In ihren „Freiburger Thesen“ formulierte die FDP vor 55 Jahren (zur Rettung des Kapitalismus): „Heute konzentriert sich der Zuwachs an Produktivkapital aus Gewinnen in den Händen weniger Kapitalbesitzer. Das ist gesellschaftspolitisch gefährlich, sozial ungerecht und mit den liberalen Forderungen nach Gleichheit der Lebenschancen und nach optimalen Bedingungen für die persönliche Selbstentfaltung nicht vereinbar. Liberale Vermögensbildungspolitik zielt deshalb auf eine gleichmäßigere Vermögensverteilung und zwar nicht durch einen einmaligen Akt der Korrektur bestehender Verhältnisse, sondern vielmehr durch die ständige Beteiligung breiter Schichten insbesondere am Zuwachs des Produktivvermögens“<sup>7</sup>.

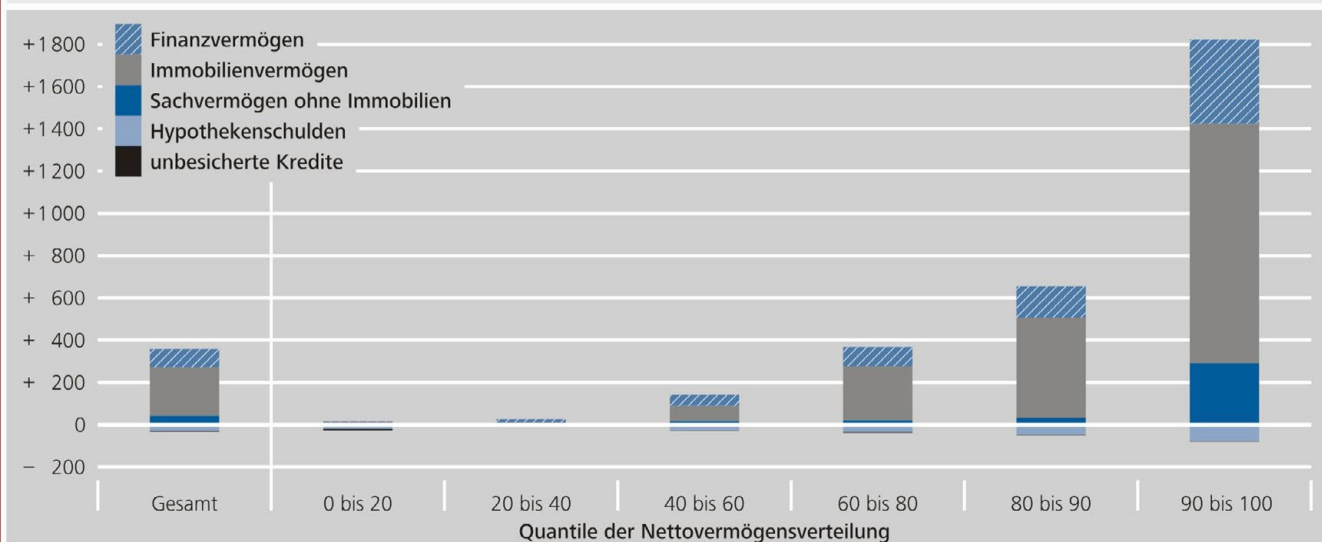
Dabei ging es der FDP gerade nicht um „Gleichheit“, sondern um Chancen: „Es bedarf im freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat unseres Grundgesetzes jedoch der Ergänzung durch die Verpflichtung des Staates zu einer Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Eigentum von

3 Bundesbank, S.39  
 4 Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 5  
 5 Vgl: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>, DIW S. 12  
 6 Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 5  
 7 FDP, S. 33

**Zusammensetzung des Vermögens der privaten Haushalte nach seiner Höhe\*)**

Schaubild 2.14

Vermögen beziehungsweise Schulden in Tsd €, Stand: März 2025



Quelle: PHF 2023. \* Unbedingte Mittelwerte.  
 Deutsche Bundesbank



einem Vorrecht Weniger zu einem Recht Aller macht. Eine solche Gewährleistung des Bürgerrechts auf Eigentum durch den Staat fördert, über die Sicherung der formalen Garantien unserer bestehenden Eigentumsordnung hinaus, die Schaffung realer Chancen zur Vermögensbildung für alle Bürger. Erst durch breite Vermögensbildung wird freie Eigentumsordnung menschenwürdig und glaubhaft<sup>8</sup>.

Umverteilung wird hier als Mittel gesehen, um Ungleichheit, „reale Chancen zur Vermögensbildung“, zu erhalten.

## VERMÖGENSSTEUER UND VERTEILUNGSWIRKUNG

Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ hat beim DIW ein Gutachten zu ihrem Vorschlag zur Vermögenssteuer in Auftrag gegeben. Eckpunkte sind:

- persönlicher Freibetrag 1 Mio. €,
- Freibetrag für Unternehmensvermögen 5 Mio. €,
- linear-progressiver Steuertarif 1 bis 5 Prozent bis 50 Mio. €,
- 12 Prozent ab 1 Mrd. €

Den Gutachtern zufolge wäre bei ca. 1,3 Mio. Steuerpflichtigen mit einem jährlichen Aufkommen von rund 150 Mrd. € vor Anpassungsreaktionen zu rechnen<sup>9</sup>. Dazu bemerken sie: „Insgesamt sind die Wirkungen des jährlichen Aufkommens der Vermögenssteuer auf die gesamte Vermögensverteilung nicht hoch“<sup>10</sup>. Über einen längeren Zeitraum betrachtet ginge aber „die Vermögensungleichheit im obersten Bereich beziehungsweise bei den Reichen und Superreichen [...] deutlich zurück“. Allerdings weisen die Gutachter auch auf erhebliche Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen<sup>11</sup> und juristische Vorbehalte<sup>12</sup> hin.

Ungeachtet dieser Einwände nehmen die Autoren der Rosa-Luxemburg-Broschüre diese 150 Mrd. (und 7,8 Mrd. € aus einer reformierten Erbschaftssteuer) um zu zeigen, was ihrer Meinung nach mit diesen Einnahmen finanziert werden könnte. U.a.:

- eine „solidarische Mindestrente“ (40 Mrd. € / Jahr)
- bezahlbare, klimagerechte Mobilität (30 Mrd. € / Jahr)
- energetische Sanierung von Gebäuden und Sanierung von Schulgebäuden (27,5 Mrd. € / Jahr)
- Sozialwohnungen und gemeinnütziger Wohnungsbau (20 Mrd. € / Jahr)
- Schutz vor den Folgen des Klimawandels (19 Mrd. € / Jahr)
- Betreuung, Kita-Personal, Lehrkräfte (16 Mrd. € / Jahr)<sup>13</sup>

M. E. lässt sich der Sinn dieser Staatsausgaben gut begründen. Man könnte aber einwenden, dass Milliarden in dieser Größenordnung und darüber hinaus auch für den Umbau

der Industrie in klimaneutrale Produktion benötigt werden. Dazu kommt: Ein Steuersatz von 12 Prozent ab einem Vermögen von 1 Mrd. € wäre eine „Substanz-Steuer“<sup>14</sup>. D.h. die Steuern könnten in der Regel nicht aus dem Gewinn bezahlt werden. Es müsste ein kleiner Teil des Vermögens verkauft werden. Und wenn man die materiellen Vermögen der „Über-Reichen“ nicht an Ausländer verkaufen und die notwendigen Investitionen aus Gewinnen finanzieren will, bleibt für diese Ausgaben und die Armutsgefährdeten am Ende wenig übrig. Darauf haben schon Marx und Engels in ihrer Kritik am Gothaer Programm hingewiesen: In jeder Gesellschaft muss vom „Arbeitsertag“ auch die Entwicklung der Produktivkräfte „finanziert“ werden.

Der Umweg über die „skandalöse Vermögensungleichheit“ und die Steuern für die „Super-Reichen“ führt damit zu der m.E. gefährlichen Illusion, die anstehenden Herausforderungen könnten ohne ernsthafte Belastungen für große Teile der Bevölkerung bewältigt werden.

Die Idee, große Vermögen unter die demokratische Kontrolle des Staates zu bekommen, d.h. auf die eine oder andere Art zu „sozialisieren“, um die wirtschaftlichen Entwicklungen auch qualitativ steuern zu können, ist nicht abwegig. Aber dann muss man das auch so begründen und umfassend entwickeln.

## WOHNEIGENTUM

Ein vollkommen anderes Thema ist die „Ungleichheit“ zwischen Mietern und Wohnungseigentümern. Nennenswertes Vermögen von abhängig Beschäftigten ist im Wesentlichen Wohneigentum. In ihrer PHF-Befragung (Panel on Household Finances) von 2023/2024 kommt die Bundesbank zu dem Ergebnis, dass selbstgenutztes Wohneigentum den größten Einfluss auf die Vermögenssituation hat<sup>15</sup>:

Nettovermögen nach Eigenschaften des Haushalts		
Angaben in €		
Wohnsituation	Nettovermögen	
	Mittelwert	Median
Eigentümer ohne Hypothek	696.500	450.200
Eigentümer mit Hypothek	532.400	379.900
Mieter	99.800	18.300

8 FDP, S. 19

9 Bach u.a., S. 100

10 ebd., S. 102

11 ebd., Kapitel 4.7

12 ebd., Kapitel 3.11

13 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Grafik S. 19

14 Zu den sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Problemen vgl. Bach u.a., S. 56f.

15 In der Stichprobe fehlen ausdrücklich Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften, wie Studenten- und Seniorenheimen, und aufgrund der Stichprobengröße vermutlich komplett die wirklich reichen „Unternehmerfamilien“. Letzteres erklärt vermutlich den geringen Anteil an Finanzvermögen und Sachvermögen ohne Immobilien im obersten Quantil.



Andererseits ist Deutschland historisch gewachsen ein „Mieter-Land“<sup>16</sup>. Auch wenn Bausparkassen einen anderen Eindruck vermitteln: Genossenschaften, Werkwohnungen, gemeinnützige Unternehmen, wie die untergegangene gewerkschaftseigene „Neue Heimat“, und kommunale Wohnungsbaugesellschaften belegen die Normalität von Wohnen zur Miete in den ersten Jahrzehnten der BRD. Mit 53 %<sup>17</sup> hat Deutschland in Europa fast den höchsten Anteil an Mietern. Nur die Schweiz liegt mit 58 % darüber. Der Anteil der Wohnungseigentümer ohne Darlehen in Deutschland liegt im westeuropäischen Mittelfeld. Der Anteil der Wohnungseigentümer mit Darlehen oder Hypotheken in Deutschland liegt knapp unter dem EU-Durchschnitt, wobei aber aus Westeuropa nur Italien und Österreich noch geringere Anteile haben.

Der Markt für Mietwohnungen ist in Deutschland (noch immer) stark reguliert und war lange Zeit durch nichtkapitalistische Anbieter dominiert. Erst in den 2000er Jahren wurden viele Mietwohnungen der öffentlichen Hand privatisiert<sup>18</sup>. Davor blieben die Mieten auch dann in „bezahlbaren“ Größenordnungen, wenn es (vor allem in Städten) immer wieder zu einem Wohnungsmangel kam. Wohnen zur Miete hat vor allem unter dem Aspekt Flexibilität große Vorteile: Bei einem Umzug (regional, vergrößern, verkleinern) muss man sich nicht um den Verkauf der alten Wohnung kümmern. Und in vielen Fällen wird eine vergleichbare Wohnung gar nicht zum Kauf angeboten. Das gilt allerdings auch umgekehrt z.B. für Einfamilienhäuser.

### FINANZIERUNG DURCH GESPARTEN MIETE

Je nach Mietrendite des Vermieters und Zinssatz des Darlehens kann vergleichbares Wohneigentum durchaus im Laufe eines Erwerbslebens erworben werden. Gleich nach der Anschaffung des selbstgenutzten Wohnraums fließt ein Teil der gesparten Miete in den Vermögensaufbau. Dagegen spricht vor allem die aufgegebene Flexibilität beim Umziehen.

Gleichzeitig entsteht ein Bedarf an Rücklagen für die Instandhaltung und damit ein Bedarf an „Finanzvermögen“, der dann in der Vermögensstatistik als „Reichtum“ erscheint. Im Ergebnis kann so ein bedeutendes Vermögen angehäuft und vererbt werden – wenn es nicht als Zuzahlung für die Pflege im Alter wiederverwendet werden muss.

### GESELLSCHAFTLICHES VERMÖGEN

Was fehlt, ist eine Debatte, wie gemeinnützige und genossenschaftliche Anbieter auf dem Mietwohnungsmarkt wieder so gestärkt werden können, dass sie auch in Märkten mit Wohnungsnot eine preisdämpfende Wirkung bei der Neuvermietung haben. Und dann wäre eine Debatte über

nicht-marktwirtschaftliche Kriterien bei der Vergabe von Mietwohnungen notwendig.

### RÜCKLAGEN

Vermögensarmut ist noch einmal ein anderes Thema, wenn es um Lebensbedingungen geht. In der Eurostat-Umfrage gibt es dazu die Fragen nach der Fähigkeit, finanziell zurechtzukommen und unerwartete Ausgaben zu bestreiten.

Bei der Fähigkeit, finanziell zurechtzukommen<sup>19</sup>, nimmt Deutschland europaweit einen Spitzenplatz ein: 81,6 % geben an, mindestens relativ gut zurechtzukommen. Bei den Armutsgefährdeten sind es noch 59,1 %. Den schlechtesten Wert findet man bei armutsgefährdeten alleinstehenden Männern (52,6 % - 2024 waren es noch Alleinstehende mit abhängigen Kindern - 51,7 %). Bei der Fähigkeit, unerwartete Ausgaben zu bestreiten<sup>20</sup>, steht Deutschland dagegen relativ schlecht da: Selbst bei den nicht Armutsgefährdeten sind es noch 25,7 %, die meinen, keine Rücklagen für unerwartete Ausgaben zu haben. Bei den Armutsgefährdeten sind es 63,9 %. Den kleinsten Anteil findet man in Haushalten mit zwei Erwachsenen, wenn eine/r mindestens 65 Jahre alt ist (14,9 % bzw. 45,6 % bei den Armutsgefährdeten).

Diese Selbsteinschätzungen sind natürlich keine objektiven Messungen. Je nach Einkommen können „unerwartete Ausgaben“ sehr Verschiedenes meinen: eine kaputte Waschmaschine oder eine kaputte Heizung im Eigenheim. Trotzdem interpretiere ich diese Diskrepanz so, dass in Teilen der Bevölkerung eigene Rücklagen keinen hohen Stellenwert haben.

### ERBEN

Für die Debatte um Erben und „unverdientes Vermögen“ fehlt hier der Platz. Deshalb nur eine kleine Anmerkung zur Argumentation der SPD in der Erbschaftssteuerreform: Der SPD-Generalsekretär und seine Mitautoren meinen in ihrem Flugblatt: „Wir vereinfachen die Erbschaftsteuer, machen sie fair und verständlich.“ Soweit, so gut. Aber liefern sie mit ihrem Vorschlag einen Beitrag zur „zentrale[n] Frage, ob Chancen von Leistung oder von Herkunft abhängig sein sollen“? Und zum Schluss setzen sie selbst die Messlatte: „Wir stärken, was uns verbindet: eine solidarische Gesellschaft, in der Herkunft nicht über Zukunft entscheidet“<sup>21</sup>.

Folgt man der Argumentation, dass die Vermögensungleichheit der Eltern zur Chancenungleichheit ihrer Kinder führt, fällt dabei auf, dass der aktuelle Vorschlag der SPD zur Erbschaftssteuer einen Freibetrag von 1 Mio. pro Person für zu erbendes Privatvermögen vorsieht, 5 Mio. bei Unternehmen. Aktuell liegt der Freibetrag für Kinder bei 400.000 €. Wenn

16 Vgl.: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/immobilien-eigentuemmer-deutschland-podcast-100.html>

17 Eurostat-Tabelle ilc\_lvho02, Stand 2024

18 Vgl.: <https://de.wikipedia.org/wiki/Vonovia>, <https://de.wikipedia.org/wiki/Gagfah>, [https://de.wikipedia.org/wiki/NILEG\\_Immobilien\\_Holding](https://de.wikipedia.org/wiki/NILEG_Immobilien_Holding)

19 Eurostat-Tabelle ilc\_md09, 2025, Abfrage vom 10.5.2025

20 Eurostat-Tabelle ilc\_md04, 2025, Abfrage vom 10.5.2025

21 Klüssendorf u.a., Hervorhebung im Original.

Im Übrigen ist das Vermögen der Familie sicher nicht der einzige Aspekt, bei dem Herkunft die Zukunft der Kinder fördert. Sozialisation und Netzwerke dürften den größeren Einfluss haben.

man Vermögensbildung in den Klassen der abhängig Beschäftigten und „Kleinunternehmer“ fördern will, ist das sinnvoll. Aber damit bewegt man sich genau in dem Bereich, in dem die meisten Menschen Ungleichheit im Alltag erleben. Und dann sollte man nicht gleichzeitig Vermögensungleichheit und „unverdientes Vermögen“ skandalisieren.

## FAZIT

Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland ist, wie in jeder kapitalistischen Gesellschaft, sehr ungleich und ungerecht. Das betrifft sowohl das Verhältnis zwischen den Klassen (Kapital und Arbeit) als auch innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten, wenn man sie als Ganzes betrachtet (Wohnungseigentümer und Mieter, „Arbeiter“ und „Angestellte“). Aber die Behauptung, diese Ungleichheiten hätten sich in den letzten (z.B. 15) Jahren dramatisch verschärft, ist empirisch nicht haltbar. Vielmehr hat sich die Lage fast aller Menschen infolge der Pandemie, von Kriegen und Rüstungsausgaben verschlechtert.

Solange man Unternehmen und Immobilien nicht vergesellschaften will, bleibt die Debatte über „ungerechte Ungleichheit“ irreführend hilflos, weil eine Verringerung, die größere Teile der Bevölkerung spüren würden, kurz- und mittelfristig nicht erreichbar ist.

Stattdessen könnte man argumentieren, dass ein starker Sozialstaat eine fehlende eigene „Vorsorge“ effizient ersetzen kann. So rechnet die Bundesbank vor: „Der Gini-Koeffizient für das um die kapitalisierten Ansprüche [aus der gesetzlichen Rentenversicherung] ergänzte Nettovermögen liegt in der überschlägigen Simulation bei rund 58 % im Vergleich zu circa 72 % für das Vermögen ohne die Ansprüche. Der Anteil des gesamten ergänzten Vermögens, der auf die vermögendsten 10 % der Haushalte entfällt, liegt bei 39 %. Zum Vergleich: Für das nicht angepasste Nettovermögen ergibt sich ein Anteil von rund 54 %. Entsprechend steigt der Anteil, der auf die untere Hälfte der Nettovermögensverteilung entfällt, von rund 3 % auf gut 10 %“<sup>22</sup>.

Irreführend ist die Debatte, weil konkrete staatliche Interventionen, z.B. in den Mietwohnungsmarkt, durchaus notwendig wären, um die Bedingungen für Mieter bei einem Wohnungswechsel zu verbessern. Aber dabei ginge es gerade nicht um die „Armut“ von Mietern, sondern um die Stabilisierung einer Wohnform. Hilflös ist die Debatte, wenn man wie die SPD bei der Erbschaftssteuer die alltäglich sichtbare Ungleichheit ausdrücklich nicht antasten möchte. Für den Zusammenhalt der heterogenen Klasse (abhängig Beschäftigte) ist das sinnvoll. Aber mit „Gerechtigkeit“ lässt sich dieser Vorschlag nicht begründen.

Und vollkommen negiert wird in dieser Debatte der Wert kollektiven Eigentums (Schulen, Schwimmbäder, Treffpunkte) und des Sozialstaats als Dienstleister zum Ausgleich in definierten Lebenslagen. Selbst die Rosa-Luxemburg-Stiftung suggeriert, dass öffentliche Ausgaben von den zusätzlichen Einnahmen aus einer Vermögenssteuer abhängig sei-

en, statt nach der gerechten Finanzierung notwendiger und sinnvoller Ausgaben zu fragen.

M. E. kann und muss man vertreten, dass höhere, hohe und sehr hohe Einkommen und Vermögen mehr zum Gemeinwohl beitragen können und sollen. Aber dazu muss man das Gemeinwohl benennen. Und eine gerechte Beteiligung an seiner Finanzierung ist etwas grundsätzlich anderes als ein behaupteter Anspruch, damit ungerechte Verteilung zu bekämpfen.

## LITERATUR

- Bach, Stefan / Wichers, Florian/ Mudrack, Tony 2026: Vermögensteuer, Die Linke – Aufkommens- und Verteilungswirkungen, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 211. [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.998454.de/diwkompakt\\_2026-211.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.998454.de/diwkompakt_2026-211.pdf)
- Deutsche Bundesbank (2025), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023, Monatsbericht, April 2025. <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-april-2025-954594?article=vermoegen-und-finanzen-privater-haushalte-in-deutschland-ergebnisse-der-vermoegensbefragung-2023--954598>
- Eurostat-Tabellen: [https://ec.europa.eu/eurostat/data-browser/explore/all/all\\_themes](https://ec.europa.eu/eurostat/data-browser/explore/all/all_themes) (dort Tabelle im Suchfeld eingeben)
- FDP 1971: Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik der Freien Demokratischen Partei (Beschlissen auf dem Bundesparteitag in Freiburg vom 25./27. Oktober 1971). [https://www.freiheit.org/sites/default/files/2019-10/1971freiburgerthesen\\_0.pdf](https://www.freiheit.org/sites/default/files/2019-10/1971freiburgerthesen_0.pdf)
- Klüssendorf, Tim / Dr. Esdar, Wiebke / Heiligenstadt, Frauke / Marvi, Parsa 2026: Erben ist keine Leistung (Flugblatt). [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Flugblaetter/2026/20260112\\_FB\\_FairErben.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Flugblaetter/2026/20260112_FB_FairErben.pdf)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung 2026: Ungleichland, Grafiken und Fakten zu sozialer und ökonomischer Ungleichheit in Deutschland, 2. aktualisierte Auflage. <https://www.rosalux.de/publikation/id/54441/ungleichland>
- Spannagel, Dorothee 2025: Mehr Ungleichheit - weniger politische Teilhabe - WSI-Verteilungsbericht 2025. [https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-009273](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009273)

**Wilfried Schollenberger, Diplom-Soziologe, lebt in Heidelberg und ist dort seit über 25 Jahren in der SPD aktiv. In der IG Metall leitet er den örtlichen Seniorenarbeitskreis. Von Anfang an ist er Fördermitglied im DISS.**



# Jugend und Zivilgesellschaft

## AN WELCHEN TAGEN FÜHLEN SICH JUNGE ERWACHSENE ALS AKTIVER TEIL DER ZIVILGESELLSCHAFT?

Von Isabel Berkemeier, Elina Prager und Anna-Maria Mayer



Weltweit erstarren extrem rechte und antidemokratische Bewegungen und Parteien und erfreuen sich wachsender Beliebtheit bei Alt und Jung. Besonders die Unterstützung der Jugend mag einige überraschen, waren Jugendliche und junge Erwachsene doch oftmals als Hoffnungsschimmer für eine progressive und demokratische Zukunft porträtiert. Dennoch lässt es sich in Anbetracht der beachtlichen Wahlstimmen von JungwählerInnen für die AfD kaum abstreiten, dass dieses Porträt ein schlechtes Abbild darstellt. Dieser Zustand ist aus einer entwicklungspsychologischen Perspektive extra problematisch. Jugendliche und junge Erwachsene befinden sich in einer sensiblen Phase ihrer politischen Entwicklung (Eckstein 2021) und deren Ergebnis weist beachtliche Stabilitäten über das Erwachsenenalter hinweg auf (Rekker et al., 2015). Anders gesagt bedeutet dies, dass sich sowohl demokratische als auch antidemokratische Einstellungen in der Jugend herausbilden, zunehmend stabilisieren und sich später nur schwer ändern lassen. Wollen wir daher präventive, demokratiefördernde Maßnahmen ausarbeiten, ist die Jugend ein guter Zeitpunkt diese zu implementieren.

Was wäre nun eine mögliche demokratiefördernde Maßnahme? Oftmals diskutiert wird die Förderung eines Verantwortungs- und Zugehörigkeitsgefühls zur Zivilgesellschaft, eine sogenannte bürgerschaftliche Identität. Durch deren Orientierung auf die Zivilgesellschaft wäre sie optimal dazu geeignet, antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken<sup>1</sup>. Eine bürgerschaftliche Identität beschreibt jenen Teil der Identität, welcher sich auf Inhalte, Verhaltensweisen oder Emotionen bezieht, die zentral für das Selbstverständnis einer Person als Teil der Zivilgesellschaft sind (Hart et al. 2011). Während die bürgerschaftliche Identität und ihre Verbindung zu pro-demokratischen Outcomes gut untersucht ist, bleiben Fragen hinsichtlich ihrer Entwicklung unterbeleuchtet. Diese Fragen sind jedoch wichtig, um Entwicklungsverläufe und somit Schutz- und Risikofaktoren für pro-demokratische, bürgerschaftliche Identitäten zu identi-

fizieren. Die hier vorgestellte Studie „Identiday“ leistet einen ersten Beitrag zur Untersuchung der Entwicklung einer bürgerschaftlichen Identität. Genauer sollen alltägliche Kontexte, Erfahrungen und Erlebnisse erfasst werden, welche junge Personen als relevant für ihre bürgerschaftliche Identität erleben.

Daher stellt die vorliegende Studie die folgenden Fragen: (1) In welchen Kontexten und mit welchen Personen erleben Jugendliche und junge Erwachsene ein Identifikationsgefühl mit ihrer bürgerschaftlichen Identität? (2) Welche Verhaltensweisen und Erfahrungen beschreiben Jugendliche und junge Erwachsene als relevant für ihre alltägliche bürgerschaftliche Identität?

### STUDIENBESCHREIBUNG

In der vorliegenden Studie wurden 135 deutsche Jugendliche und junge Erwachsene (67 % weiblich, 27 % männlich, 1 % non-binär, 5 % fehlende Angaben), mit einem Altersdurchschnitt von 21.23 Jahren befragt. Zum Zeitpunkt der Erhebung war die Mehrheit der Studienteilnehmenden Studierende an einer Hochschule (77 %), gefolgt von BerufsschülerInnen (15 %). Die Eltern der Befragten hatten überwiegend einen nicht-akademischen Hintergrund (61 %). Darüber hinaus wurden 77 % der Teilnehmenden sowie ihre Eltern in Deutschland geboren. Rekrutiert wurden die ProbandInnen über ausgehängte Flyer, Universitätsnetzwerke, Partneruniversitäten und persönliche Kontakte.

Im Rahmen der Studie beantworteten die Teilnehmenden zunächst einen Eingangsfragebogen, gefolgt von einer 14-tägigen Erhebung, die beide mittels einer App bearbeitet wurden. Im Eingangsfragebogen erhoben wir stabile Persönlichkeitseigenschaften (z.B. Selbstverständnis als BürgerIn) sowie soziodemographische Merkmale. In der 14-tägigen Erhebung erfassten wir, ob und in welchen situativen Gegebenheiten oder aktiven Handlungen sich Teilnehmende mit ihrer bürgerschaftlichen Identität verbunden fühlten. Hierfür wurde durch eine offene Frage das identitätsbezogene Verhalten und die Erfahrungen der Teilnehmenden erfasst. Teilnehmende konnten sowohl schriftlich als auch per Sprachnachricht antworten:

*„Nimm Dir eine Minute, um über Deinen Tag nachzudenken. Denk an einen Moment, in dem Du Dich als aktiver Teil der Gesellschaft gefühlt hast (z.B.: interessiert an politischen oder gesellschaftlichen Themen, mit Bekannten darüber gesprochen, bei Deiner ehrenamtlichen Tätigkeit).“*

1 Für eine Diskussion hierzu siehe Mayer et al. 2025

Bitte erzähl uns, was in diesem Moment passiert ist – mit wem warst Du unterwegs, in was für einer Umgebung hast Du Dich so gefühlt. Gibt es weitere Details, die Du gerne teilen würdest? Bitte sag uns auch, wenn es keinen solchen Moment gab.“

Die Datenauswertung erfolgte durch eine deduktiv-induktive Inhaltsanalyse (Kuckartz, 2018). Zu Beginn legten wir vier Kategorien deduktiv fest: (1) *Identitätsrelevante Kontexte*, (2) *Interaktionen*, (3) *expressive Verhaltensweisen*, (4) *Exploration*. Diese wurden im Verlauf induktiv weiterentwickelt; Die Kategorie (3) *expressive Verhaltensweisen* wurde in (a) *behavioraler Ausdruck von Identifikation* und (b) *identitätsrelevantes Explorationsverhalten* unterteilt. Des Weiteren wurden deskriptive Kategorien wie beispielsweise *emotionale Bewertung* und *Themen* der Diskussionen oder Informationen ergänzt. Die Hälfte des Datenmaterials wurde von drei Koderinnen konsensuell kodiert. Danach wurde der restliche Datensatz aufgeteilt und getrennt kodiert. Die Interraterreliabilitäten<sup>2</sup> waren zufriedenstellend ( $\kappa > 0,61$ ; Landis & Koch, 1977).

## ERGEBNISSE

Im finalen Kodiersystem wurden folgende sieben Überkategorien verwendet, die jeweils in Unterkategorien gegliedert waren<sup>3</sup>. Unter (1) *sozialer Kontext* wurden jegliche Arten von Umgebungen und Kontexten kodiert, in denen sich Personen als aktive BürgerInnen fühlten oder tätig wurden. In den (2) *identitätsrelevanten Interaktionen* wurde festgehalten, mit welchen Personen die Teilnehmenden interagierten, wenn sie sich als aktive BürgerInnen fühlten. Unter dem (3) *behavioralen Ausdruck von Identifikation* wurden Verhalten zusammengefasst, welche in Verbindung mit einem Zugehörigkeitsgefühl zur Zivilgesellschaft genannt wurden, z.B. politisches Verhalten, ziviles Engagement sowie auch unpolitisches Verhalten. Die nicht intentionale Auseinandersetzung mit relevanten Inhalten, durch beispielsweise Lesen oder Gespräche, wurde durch die Kategorie (4) *identitätsrelevantes Explorationsverhalten* abgebildet, während die aktive Suche und intentionale Auseinandersetzung mit diesen Inhalten als (5) *gezielte Exploration* kodiert wurden.

### SOZIALE KONTEXTE

Im Rahmen des (1) *sozialen Kontexts* wurde Freizeit (17.9 %) am häufigsten genannt (z.B.: „Ich war heute den ganzen Tag mit Freundinnen unterwegs und war auf einem Konzert“; 111420<sup>4</sup>, 01.02.2025). Ein weiterer häufiger Kontext war die Universität (16.7 %, z.B.: „Heute war ich wieder in der Uni“, 111421, 04.02.2025). Weitere wichtige Kontexte waren Schule (9.4 %) sowie Arbeit (7.7 %) und Social Media (7.6 %). Allgemein berichteten die Teilnehmenden somit diverse soziale Kontexte, die für sie und ihr Gefühl, ein aktiver Teil der Gesellschaft zu sein, wichtig waren. Jedoch scheinen besonders Freizeit und Bildungskontexte relevante Kontexte für die Entwicklung einer bürgerschaftlichen Identität für junge Personen zu sein.

### SOZIALE INTERAKTIONEN

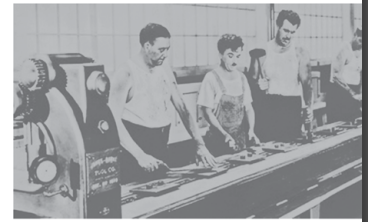
Zu den (2) *identitätsrelevanten InteraktionspartnerInnen* zählten FreundInnen (22.9 %), Familie (10.8 %), zufällige Andere (10.2 %), KollegInnen (9.5 %), PartnerInnen (5.3 %), KlientInnen (2.0 %), Lehrende (1.3 %) und MitbewohnerInnen (1.0 %). Hierbei zeigt sich, dass besonders häufig der Austausch mit FreundInnen als identitätsrelevant empfunden wurde, aber auch die Familie für junge Personen wichtig ist. Interessanterweise wurde auch die Interaktion mit zufälligen Anderen (z.B.: „Heute in der Bahn, als ich mit einer Person über Politik gesprochen habe“; 111395, 25.01.2025) vergleichsweise häufig als relevant benannt.

<sup>2</sup> Die Interraterreliabilität bezeichnet das Ausmaß der Übereinstimmungen der Einschätzungen von unterschiedlichen BeobachterInnen („Ratern“).

<sup>3</sup> Weitere Informationen unter: [https://osf.io/zpnx8/overview?view\\_only=8c3c9788c15f4208ae600ac310ede2b6](https://osf.io/zpnx8/overview?view_only=8c3c9788c15f4208ae600ac310ede2b6)

<sup>4</sup> 6-stellige Zahlenreihen stellen die anonymisierte ID der Teilnehmenden dar.

## Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,  
Wolfgang Kastrop & Helmut Kellersohn (Hg.)



ISBN 978-3-89771-774-9

200 Seiten, Oktober 2020

Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkshaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.



## VERHALTEN: AUSDRUCK UND AKTIVE AUSEINANDERSETZUNG MIT SOZIOPOLITISCHEM

Der (3) *behavioralen Ausdruck von Identifikation* beinhaltet all jene Verhaltensweisen, die mit einem Gefühl einhergehen, ein aktiver Teil der Gesellschaft zu sein. Diese Verhaltensweisen wiesen kein Indiz auf eine zeitliche Abfolge aus (Verhalten > Gefühl, Gefühl > Verhalten, oder Gefühl & Verhalten), waren jedoch mit der bürgerschaftlichen Identität verbunden. Der *behaviorale Ausdruck von Identifikation* unterteilt sich in unpolitisches Verhalten (41.0 %), ziviles Engagement (9.4 %, z.B.: „Ich habe alten Menschen bei der Gartenarbeit geholfen, sprich Nachbarschaftshilfe“, 111559, 26.01.2025), Umgebungsreize (3.1 %, z.B.: „Ich habe ein Wahlplakat gesehen“, 111162, 30.01.2025) und politischem Verhalten (2.9 %, z.B. Wählen gehen). Den mit Abstand größten Anteil nahmen unpolitische Verhaltensweisen ein, zu denen beispielsweise Aktivitäten wie Lernen, Einkaufen oder Sport zählten. Auch weitere, unpolitische Verhaltensweisen wurden als bedeutsam benannt, wie „Wir haben den Geburtstag eines Freundes gefeiert“ (111089, 19.01.2025), oder „Ich war aufm Nachtflohmarkt“ (111514, 02.02.2025). Politisches Verhalten wie Aktivismus oder formelle Partizipation wurde am seltensten genannt.

Unter der Kategorie des (4) *identitätsrelevanten Explorationsverhaltens* wurden Gespräche & Diskussionen (41.9 %, z.B.: „Ich habe mit meinen Freunden über die aktuelle

politische Situation und die Wahlen gesprochen“, 112026, 30.01.2025) sowie die passive Informationsaufnahme beispielsweise durch Lesen (9.3 %, z.B.: „Ich habe ein Buch gelesen“, 112253, 06.02.2025) zusammengefasst. Die (5) *gezielte Exploration* wurde in gedankliche Reflexion (6.6 %, z.B.: „Über eine Unterhaltung nachgedacht, die ich gestern Abend mit Freunden hatte“, 111414, 26.01.2025) und aktive Informationssuche (1.9 %, z.B.: „Ich habe mich politisch informiert“, 111405, 31.01.2025) unterteilt.

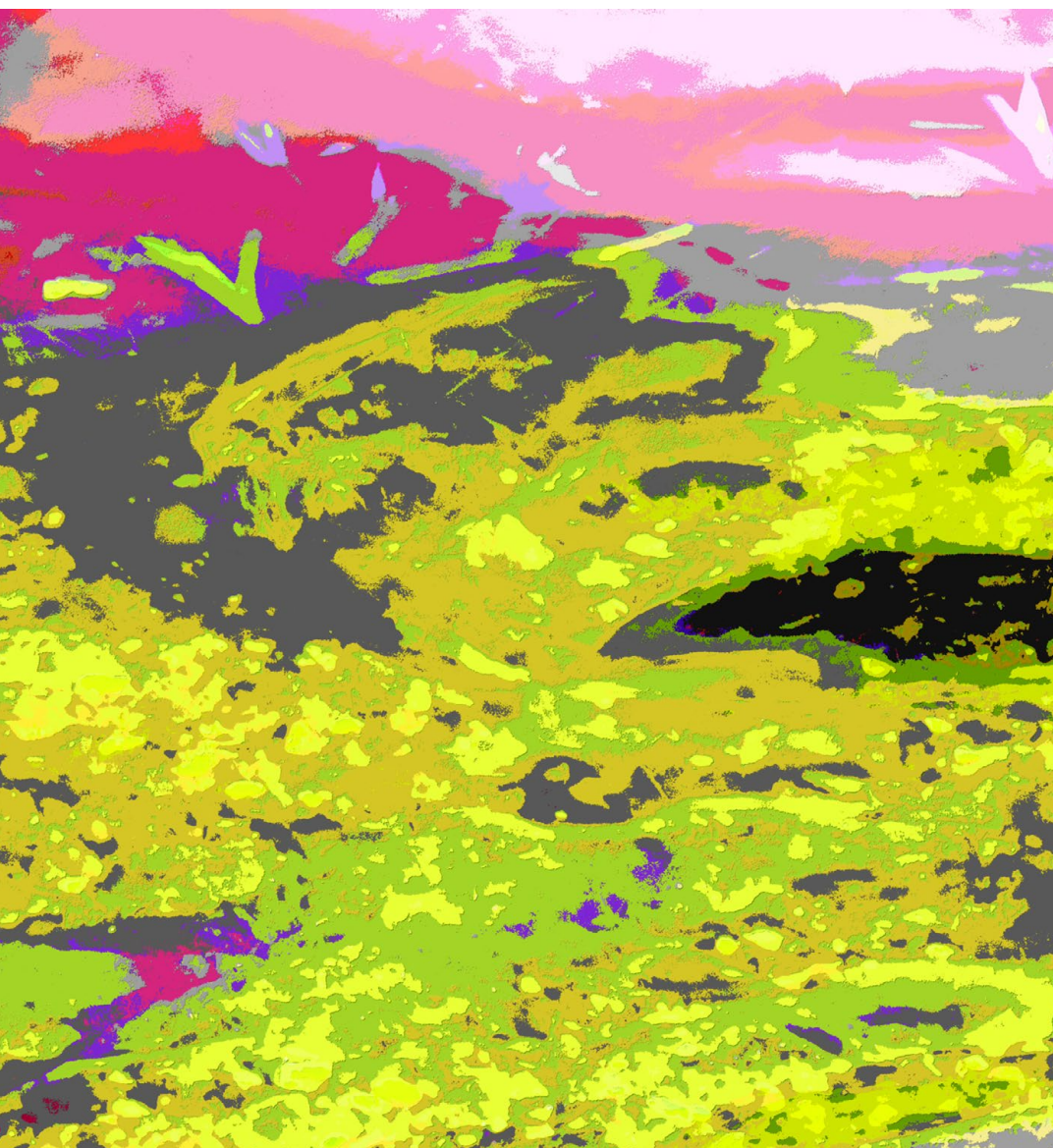
Werden die Ergebnisse der drei Verhaltenskategorien zusammengenommen, so lässt sich ableiten, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich als Teil der Zivilgesellschaft fühlen und auch latent involviert sind, sie sich jedoch weniger mit manifestem Verhalten beteiligen.

## DISKUSSION

Die vorliegende Studie untersuchte, welche Erfahrungen junge Personen in ihrem Alltag als relevant für ihre bürgerschaftliche Identität erlebten. Besonders interessierten wir uns für Kontexte, InteraktionspartnerInnen, Verhaltensweisen und Erfahrungen auf täglicher Ebene, welche mit einer bürgerschaftlichen Identität verbunden sind und diese somit ggf. beeinflussen können. Die Ergebnisse der Studie legen eine große Bandbreite an Verhaltensweisen nahe. Was sich übergeordnet festhalten lässt, ist, dass fast alle Teilnehmenden sich als Teil der Zivilgesellschaft wahrnahmen, auch wenn sie nicht immer engagiert waren.

Als besonders wichtig haben sich die sozialen Kontexte Freizeit und Bildung (Universität bzw. Schule) herausgestellt. Dies impliziert einerseits, dass politische und gesellschaftliche Themen auch für den Alltag der Jugendlichen und jungen Erwachsenen relevant sind. Andererseits heben die Ergebnisse die Wichtigkeit von Bildungskontexten für die Erziehung zu demokratischen BürgerInnen hervor. Diese Ergebnisse decken sich mit Erkenntnissen anderen Studien (vgl. Eckstein et al. 2021). Zudem sind primär Freundschaften zentral für die Entwicklung einer bürgerschaftlichen Identität. Dieser Befund passt zu weiteren Studien, welche Peers und Gleichaltrigen einen starken Einfluss auf die Sozialisation zuschreiben.

Als relevante Verhaltensweisen und Erfahrungen wurden vor allem Gespräche sowie



nicht näher definierte unpolitische Verhaltensweisen genannt. Insgesamt zeigte sich, dass zwar latentes (z.B.: Gespräche mit anderen), aber nicht manifestes politisches (z.B.: Engagement in einer Partei) oder ziviles Verhalten (z.B.: Vereinsmitgliedschaft) eine Rolle im Alltag der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielte. Dies könnte an geringen Möglichkeiten zu der Zeit (nicht jeder Tag ist Wahltag) liegen. Alles in allem scheint es so, dass junge Menschen ein wesentliches Interesse an bürgerschaftlichen und politischen Themen haben, auch wenn sie sich gerade nicht aktiv engagieren (vgl. Kehl et al., 2026).

Während die vorliegende Studie einen Einblick in tägliche Erfahrungen von jungen Personen geben konnte, sind dennoch drei Limitationen zu benennen, welche die Interpretation der Ergebnisse einschränken. Erstens, die Stichprobe der Studie ist relativ homogen in Bezug auf Geschlecht und Bildungsstand und könnte die Häufigkeit der Nennung von Bildungseinrichtungen als identitätsrelevanten Kontext beeinflussen haben. Zudem bleibt offen, ob die genannten Verhaltensweisen für weniger repräsentierte Gruppen ebenso relevant sind, oder ob sich hier andere relevante Verhaltensweisen herauskristallisieren würden. Zweitens, die Wortwahl des Prompts könnte von Teilnehmenden dahingehend missverstanden worden sein, dass sie Situationen schilderten, in denen sie wortwörtlich aktiv waren. Dies könnte die Häufigkeit der Nennung von unpolitischen Verhaltensweisen teilweise erklären. Um diese Erklärung eindeutig auszuschließen, bräuchte es weitere Studien mit anderen Prompt-Formulierungen.

Trotz ihrer Limitationen liefert die vorgestellte Studie verschiedene Hinweise auf Entwicklungskontexte und relevante Verhaltensweisen für die Entwicklung einer bürgerschaftlichen Identität. Die Studie kann als Grundlage zur Entwicklung demokratiefördernder Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene herangezogen werden oder auch einfach, wenn LeserInnen interessiert, wie junge Personen zu politischen BürgerInnen werden.

**Isabel Berkemeier ist Studentin der Erziehungswissenschaften an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Elina Prager ist Studentin der Psychologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.**

**Beide arbeiteten als wissenschaftliche Hilfskräfte im Projekt Identiday. Anna-Maria Mayer ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und als PostDoc und PI am Projekt Identiday beteiligt.**

## LITERATUR

- Eckstein, Katharina / Miklikowska, Marta / Noack, Peter 2021: School matters: The effects of school experiences on youth's attitudes toward immigrants, in: *Journal of Youth and Adolescence* 50, S. 2208–2223. <https://doi.org/10.1007/s10964-021-01497-x>
- Hart, Daniel / Richardson, Cameron / Wilkenfeld, Britt 2011: Civic identity. In: Schwartz, S., Luyckx, K., Vignoles, V. (HG): *Handbook of Identity Theory and Research*. New York. [https://doi.org/10.1007/978-1-4419-7988-9\\_32](https://doi.org/10.1007/978-1-4419-7988-9_32)
- Kehl, Judith / Mayer, Anna-Maria / Morales, Karla / Güleç, Yağmur / te Brinke, Lysanne W. / Motti-Stefanidi, Frosso / Pavlopoulos, Vassilis 2026: Between interest and activism: A person-centred approach to political participation among Greek adolescents, in: *European Journal of Developmental Psychology* 23. S. 97-116. <https://doi.org/10.1080/17405629.2025.2587754>
- Kuckartz, U. (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim.
- Landis, John Richard / Koch, Gary 1977: The measurement of observer agreement for categorical data. In: *Biometrics* 33, S. 159–174.
- Mayer, Anna-Maria / Eckstein, Katharina / Reese, Gerhard / Dietrich, Julia 2025: An Integrative Approach to Civic Identity, in: OSF. [https://doi.org/10.31234/osf.io/6e2tm\\_v1](https://doi.org/10.31234/osf.io/6e2tm_v1) (Abruf: 26.05.2026)
- Rekker, Roderik / Keijsers, Loes / Branje, Susan / Meeus, Wim 2015: Political attitudes in adolescence and emerging adulthood: Developmental changes in mean level, polarization, rank-order stability, and correlates. In: *Journal of Adolescence* 41, S. 136-147. <https://doi.org/10.1016/j.adolescence.2015.03.011>



# Wider die Apathie!

## DAS DISS-JAHRESKOLLOQUIUM 2025

Am 22. und 23. November 2025 fand das DISS-Jahreskolloquium in den Räumen der Jugendherberge am Sportpark in Duisburg Wedau statt – zum ersten Mal seit 2019 wieder an zwei Tagen.

Am Samstag wohnten die über 30 Teilnehmer\*innen den spannenden Vorträgen von Marvin Chlada, Helmut Kellershohn, Timo Heim, Zoé Luginsland, Guido Arnold und Jobst Paul bei. Diese wurden am Sonntag durch die Vorträge von Melanie Stitz, Thorsten Schlee, Isolde Aigner und Nele Rathke ergänzt.

Abgerundet wurde unser Kolloquium durch eine mehrstündige Gruppendiskussion zum leitenden Thema „Umkämpfte Gerechtigkeit - emanzipatorische Aufbrüche und linke Utopien in der Krise“. Das Kolloquium wurde inhaltlich und finanziell von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

Aus der Einladung:

*Mit unserer Konferenz und zehn Vortragenden wollen wir Selbstbewusstsein und widerständige Zuversicht tanken – für das Einfordern von und das Einstehen für Gerechtigkeit. Denn der Gegner solidarischer Utopien ist weniger die Macht rechter Dystopien. Es ist offenbar viel mehr die Apathie einer vermeintlichen Alternativlosigkeit gegenüber dem ‚Zeitgeist‘, die wir gesellschaftlich breit eingeübt haben.*

*Wir wollen daher, beginnend mit einer historischen Entwicklung des Utopiebegriffs und einem Blick auf Neoliberalismus und Bildungsabbau, u.a. von jüdischen Gerechtigkeitsvorstellungen lernen. Wir wollen der rückwärtsgewandten Menschenverachtung und ideologischem Fundamentalismus Ansätze der Geschlechtergerechtigkeit entgegensetzen und diese mit solidarischen Prinzipien einer wiedererstarkenden Gewerkschaftsbewegung verknüpfen. Unter anderem mehr erhoffen wir uns von den Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung breitere Partizipation und inklusive Impulse gegen eine Konkurrenzgesellschaft.*

### Umkämpfte Gerechtigkeit

Emanzipatorische Aufbrüche und linke Utopien in der Krise



Guido Arnold, Jobst Paul & Christian Sydow (Hg.)



Passend zum UN-Welttag der Sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar 2026 wurden die Kolloquiumsbeiträge in Form eines digitalen Tagungsbands veröffentlicht. Die überarbeitete und ergänzte Fassung ist am 16. Mai 2026 als 55. Ausgabe der DISS-Edition im UNRAST-Verlag erschienen.

### Umkämpfte Gerechtigkeit

ISBN: 978-3-89771-784-8

Edition DISS #55

Unrast-Verlag

150 Seiten

18,00 €

### Blockierte Transformation

Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international



Helmut Kellershohn & Wolfgang Kastrup (Hg.)



### Blockierte Transformation

Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international

Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn (Hg.)

Unrast-Verlag

Edition DISS Band 54 | ISBN 978-3-89771-783-1

Oktober 2025 | 330 Seiten | 24,- €

Die sozial-ökologische Umgestaltung der Gesellschaft wird mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation erfasst und bezeichnet einen fundamentalen Wandel globaler Ökonomien, um unumkehrbare Schädigungen des Erdsystems und deren Auswirkungen auf die Menschheit zu vermeiden. Die Konzepte dafür sind politisch, ökonomisch und gesellschaftlich sehr umkämpft. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in jüngerer Zeit verstärkt von einem Transformationskonflikt gesprochen wird. Kriege u.a. in der Ukraine und in Gaza, eine damit verbundene weltweite Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft und eine neue ›Blockkonfrontation‹ kommen erschwerend hinzu. Trumps autoritärer Etatismus, sein radikaler Staatsumbau, setzt demokratische Verfahren außer Kraft.

Mit Beiträgen von u.a. Sebastian Friedrich, Ingar Soltý, Guido Arnold, Timo Heim, Ursula Kreft, Hans Uske, Ulrike Höhmann, Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup, Hannah Friedrich, Andrea Becker und Janina Puder

# „Multiple Krise und neue Konstellationen des Kapitalismus“

Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup

Der aktuelle Sammelband aus dem Verlag Westfälisches Dampfboot *Multiple Krise und neue Konstellationen des Kapitalismus*, herausgegeben von Bernd Belina, Alex Demirović, Susanne Heeg, Sebastian Klauke, Thomas Sablowski und Aisha Salih von der *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG), will verschiedene Krisendiagnosen, wie z. B. die „Klimakrise“, die „Migrationskrise“ und die „Carekrise“, in Beziehung setzen zu *einer* multiplen Krise, wobei strukturelle Zusammenhänge und Wechselverhältnisse unterschiedlicher Krisendimensionen einen Rahmen für die Analyse bilden. Zudem wollen die Autor\*innen die sich ändernden globalen Konstellationen des Kapitalismus in verschiedenen Staaten und Weltregionen im Zusammenhang begreifen. Verbunden damit ist auch die Frage, welche neue Weltordnung oder welches Chaos sich herausbildet, nachdem die US-Hegemonie offensichtlich ihrem Ende zugeht. In dem Sammelband vereinen sich theoretische Reflexionen und empirische Analysen mit regionalen Diagnosen.

## THEORIEPERSPEKTIVEN

Den ersten der beiden Theorieperspektiven leistet *Sebastian Klauke*, Politikwissenschaftler und Soziologe, mit seinem Beitrag *Zur Aktualität der Multiplen Krise*. Zwar ist über Krisenprozesse, über Polykrise oder multiple Krisen schon viel geredet und geschrieben worden, Klauke geht es hier aber nicht um eine Addition einzelner Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern um die inneren komplexen Zusammenhänge, um so der kapitalistischen Komplexität gerecht zu werden. Für ihn gibt es keine multiplen Krisen im Plural, sondern nur eine einzige multiple Krise. „Der Begriff ermöglicht es, die Komplexität des aktuellen Krisenkomplexes zu betonen und zugleich die Frage der Kausalitäten flexibel zu analysieren. Die Widersprüche des Kapitals erscheinen als Multiple Krise, bilden aber eben nicht alles in ihr ab, schon gar nicht notwendigerweise.“ (S. 19) Damit will der Autor sich bewusst von den Analysen absetzen, die Krisen im Kapitalismus vielfach in ihrer Addition gesehen haben. Mit dieser Analyse verweist Sebastian Klauke auch auf seine herausragende Veröffentlichung im Bertz+Fischer Verlag *Kapital & Krise. Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus*, in der er bezüglich der Krisenprozesse auf „ein komplex strukturiertes Ganzes“ hinweist: die Multiple Krise. (Vgl. S. 446) Der Autor betont unter Rückgriff auf Marx, dass Krisen zum Kern der kapitalistischen Reproduktion gehören und die Multiple Krise unter „kapitalistischen Be-

dingungen“ stattfindet. (S. 20) Als zentral ist dann m. E. das folgende Zitat anzusehen: „Unseres Erachtens bildet die auf der kapitalistischen Ausbeutung beruhende Wertproduktion einen bedeutenden, wenngleich nicht allumfassend wirkenden Kernanteil der Multiplen Krise und liegt dem Zusammenhang ihrer verschiedenen Dimensionen zugrunde.“ (S. 21) Damit will Klauke die komplexe Ganzheit herausstellen und die kapitalistischen Verhältnisse in ihrer besonderen Bedeutung betonen.

An den Beispielen Covid-19-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und der Austeritätspolitik richtet der Autor Sebastian Klauke sehr nachvollziehbar das Augenmerk auf die neuen Dimensionen der Multiplen Krise, die wiederum Auswirkungen auf andere Krisen hatten und noch haben. Dabei argumentiert er überzeugend, dass die ideologische Repräsentation der Krisen und das jeweilige Krisenmanagement sich „immer wieder als Herrschaftsmomente und Krisentreiber“ erweisen. (S. 28)

Die zweite theoretische Reflexion des Sammelbandes stammt von *Alex Demirović*, außerplanmäßiger Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität in Frankfurt/M. Er widmet sich der aktuell verstärkten Diskussion um eine neue Faschismustheorie. So lautet entsprechend der Titel seiner Analyse: *Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?* Er antwortet darauf folgendermaßen: „Ich will im Folgenden argumentieren, a) dass es sinnvoll ist, über eine Erneuerung der Faschismustheorie nachzudenken, b) dass aber auch eine solche erneuerte Theorie nicht hinreicht und c) die gegenwärtige Konjunktur nicht als Faschismus begriffen werden sollte.“ (S. 38) Der unter Punkt b geäußerte Hinweis erfolgt erst einmal in der Reihenfolge überraschend. Demirović betont, dass bis auf eine Ausnahme Analogieschlüsse von früheren zu heutigen Entwicklungen nicht weiterführen. Die Ausnahme sieht er darin, dass die faschistische Konjunktur der 1920er und 1930er Jahre mit der heutigen Entwicklung in der Hinsicht vergleichbar ist, dass die Verbreitung von autoritären Einstellungen, ebenfalls in Parteien und nationalistisch-neofaschistischen Zusammenhängen, nicht nur ein nationales Phänomen ist, sondern in vielen Staaten zu sehen ist. Das Erstarken antidemokratischer Kräfte ist national wie international zu beobachten. (Vgl. ebd.)

Intellektuelle in den USA sprechen bezüglich der zweiten Amtszeit Donald Trumps von Faschismus und beziehen sich



dabei auf den Verwaltungs- und Verfassungsbruch durch die Aktivitäten der DOGE. Widerrechtliche Entlassungen von Tausenden Beamten, geheimdienstliche Entführungen, Verhaftungen und Abschiebungen, Missachtung richterlicher Urteile, Ausgrenzungen und Klagen gegenüber nicht genehmen Medien und Rechtsanwaltskanzleien, Verletzung der Wissenschaftsfreiheit von Universitäten und deren Einschüchterung, Gewaltandrohungen gegenüber Politiker\*innen, die die Trump-Politik kritisieren. (Vgl. S. 45) Offensichtlich sind das, Demirović zufolge, autoritäre Prozesse. Er warnt jedoch angesichts dieser Entwicklungen vor einer falschen Analogie mit dem historischen Faschismus. „Faschismus war eine Selbstbezeichnung der autoritären Kräfte und hat dazu gedient, eine bestimmte Form von Gewalt, Massenmobilisierung, Uniformierung, Gleichschaltung, Staat zu charakterisieren.“ (Ebd.)

Demirović bezeichnet den Faschismus als „konterrevolutionäre Praxis“. Mit Bezug auf Gramsci und Poulantzas lässt sich ihm zufolge sagen, dass der Faschismus „Ergebnis einer umfassenden Krise des Machtblocks des Bürgertums war: einer ökonomischen Krise, einer Krise der Hegemonie, einer politischen Krise, schließlich einer Krise des Staates, insgesamt eine Destabilisierung vorangegangener Kompromissgleichgewichte der sozialen Kräfte.“ (S. 47) Obwohl von der Arbeiterbewegung keine konkrete revolutionäre Gefahr ausging, sah sich das Bürgertum bedroht und es war ihm unklar, wie die „Reproduktionsprobleme der kapitalistischen Gesellschaft“ zu bewältigen waren. (Ebd.) Durch die prä-

ventive Konterrevolution wurde eine demokratisch-sozialistische Krisenlösung verhindert, um eine rein rassistische Normalität und eine homogene Volksgemeinschaft zu etablieren. „Dies schloss die Vernichtung des Marxismus und der Arbeiterbewegung, der Juden in Europa, der Slawen, der Sinti und Roma, der Schwulen, der Behinderten ein – also all derjenigen, die nicht zum Bild einer aufgezüchteten Herrenrasse passen würden.“ (S. 48) Der Autor bezeichnet dies mit Verweis auf Poulantzas als „eine besondere Form bürgerlicher Ausnahmeherrschaft“, in der eine Verdichtung all jener autoritären Momente erfolgte. (S. 49)

Sehr plausibel argumentiert Demirović dann, dass in den gesellschaftlichen Kämpfen und Kräfteverhältnissen politisch-ideologische Praktiken die Oberhand gewinnen können, wie der politisch-ökonomische Konservatismus, der Anti-Genderismus, der autoritäre Populismus, der Rassismus, der Antisemitismus und der Etatismus, hier durch Gewalt und Propaganda. Der Faschismus muss dabei nicht zur dominanten Form werden. Diese politisch-ideologischen Praktiken können sich mit Formen der Demokratie verbinden, Parlamente, Parteien, Gerichte, Verfassung und Recht können als formelle Institutionen weiterhin bestehen. Sie werden allerdings gespalten, so dass Richter, Staatsanwälte und Polizisten „Teile von faschistischen Netzwerken“ werden und Journalist\*innen sich mit den Rechten verbinden. Dieses Szenario, so mein Eindruck von dieser überzeugenden Argumentation des Autors, könnte durch eine Übernahme der politischen Macht durch die AfD entstehen.



Diese gefährliche Dynamik vor Augen kann es sinnvoll sein, den Prozess der Faschisierung zu betrachten. Das bedeutet keine Art der Finalität bezüglich Faschismus als Ausnahmeherrschaft, sondern, dass faschistische Elemente im bürgerlichen Macht-dispositiv kontinuierlich vorhanden sind: „Rassismus, Neonazigruppen, Revisionismus, Soldaten-, Kampf- und Toteskult, Propaganda.“ Diese Elemente schieben sich politisch nach vorne und verbinden sich mit anderen autoritären Verhältnissen wie Nationalismus oder Neoliberalismus, sodass sie ein „besonderes Kräfteverhältnis“ annehmen. (S. 51)

Mit der Stärkung der faschisierenden Elemente soll auch Demirović zufolge die sozial-ökologische Transformation blo-

ckiert werden. Die gegenwärtige Form der Autokratie unterscheidet sich von früheren Formen der Ausnahmeherrschaft. (Vgl. S. 53) Für die Linke empfiehlt Demirović neue, demokratische Bündiskonstellationen, die zu einem neuen historischen Block gestaltet werden. Ausgangspunkt könnten Überlegungen zu einer „Volksfrontbewegung“ sein. (Vgl. S. 60f.)

Der Artikel von Alex Demirović überzeugt durch eine stringente Analyse und wird zu einem zentralen Beitrag in der aktuellen Diskussion um Faschisierung und Faschismus.

## REGIONALE DIAGNOSEN

### USA:

Margit Mayer, emeritierte Professorin für Politikwissenschaft, macht mit ihrem Text *Regimewechsel in den USA* den Anfang der regionalen Diagnosen. Sie argumentiert, dass sich Rechtskonservative problemlos auf die Verfassung von 1787 beziehen können, weil dort exklusiv Bezug genommen wird auf die Freiheit und Gleichheit für weiße männliche Siedler. Dieser „ursprüngliche amerikanische Ethno-Nationalismus“ (S. 66) erstarkte durch die Verwüstungen der neoliberalen Politik (hier der Präsidenten Reagan und vor allem Clinton), die auch viele Verlierer in deindustrialisierten Regionen nach sich zogen. „Die Rechte hat sich zunehmend strategisch organisiert und nutzte die institutionellen Mechanismen des Minoritäten-privilegierenden amerikanischen Regierungssystems geschickt aus, um schließlich – trotz fehlender Mehrheiten – das Oberste Gericht, den Senat und die Präsidentschaft zu erobern [...]“ (Ebd.) Sie beschreibt des Weiteren sehr detailliert die politischen und ökonomischen Krisen in den USA und kommt dann auf den Um- und Abbau des Staates unter Präsident Donald Trump zu sprechen (u.a. auf das Regieren mit Direktiven, *executive orders*, auf die exekutive Macht über Kontroll- und Regulierungsbehörden und das *Department of Government Efficiency*, DOGE).

Sie beschreibt eindringlich, allerdings leider nur in einer Fußnote, dass amerikanische Regierungen seit der Präsidentschaft Obamas nicht mehr durch „fordistische“ Konzerne „gekauft“ werden, sondern jetzt durch das Finanzkapital der Wall Street und durch Tech-Konzerne des Silicon Valley. „Entsprechendes gilt für die Ernennungen für Kabinetts- und andere Posten. In jedem Fall ist durch das unmittelbare Kapern von staatlicher Macht eine ‚relative Autonomie des Staates‘ nicht mehr gewährleistet.“ (S. 69) Das bedeutet ihr zufolge, dass der Staat zu einem Instrument der herrschenden Klassen oder Fraktionen geworden ist. Mit der Theorie von Nicos Poulantzas über die relative Autonomie des Staates kann dies allerdings auch anders gesehen werden. Der kapitalistische Staat repräsentiert, da er die Gesamtheit organisiert, das von der hegemonialen Fraktion definierte Gesamtinteresse, das auch gegen Widerstände jeder einzelnen Fraktion des Machtblocks durchgesetzt wird. Die relative Autonomie des Staates kann größer oder kleiner sein: Es kommt auf die Widersprüche im Machtblock an. Auf eine solche Diskussion hätte sich m. E. die Autorin einlassen müssen, statt eine solch zentrale Aussage über die Regierung und den Machtblock in den USA lediglich in einer Fußnote unterzubringen.

Sehr detailliert geht sie im Weiteren auf die Organisation *Immigration and Customs Enforcement* (ICE) ein und deren repressives Vorgehen gegen illegale Migrant\*innen. Dazu gehört auch die „Austreibung“ von „anti-amerikanischen“ Ideologien und Aktivitäten. In der Wirtschaftspolitik sieht sie eine Strategie, den Dollar abzuwerten, gleichzeitig aber seine Dominanz als Weltwährung zu sichern. Die Zollpolitik von Trump zeigt bisher negative Auswirkungen für größere Firmen (Lieferkettenprobleme), für Aktienmärkte (Unsicherheit), für Verbraucher\*innen (steigende Preise) und steigende Arbeitslosigkeit. Hochzufrieden kann dagegen die Tech-Branche sein, da der US-Präsident deren Forderungen nach Deregulierung umsetzt

## (Post)Pandemische Normalitäten

Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise



Guido Arnold | Margret Jäger  
Helmut Kellershohn (Hg.)



(Post-)Pandemische Normalitäten  
Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise

Guido Arnold | Margret Jäger | Helmut Kellershohn (Hg.): Unrast-Verlag  
Edition DISS Band 50 | ISBN 978-3-89771-7  
Dezember 2022 | 160 Seiten | 19,80 €

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung fest schreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte.

Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?



Edition DISS 53

erschienen am 10. Oktober 2024

ISBN: 978-3-89771-782-4

272 Seiten 19,80 €

**Vielfachkrise**

Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche

Begriffe wie Vielfachkrise, multiple Krise, Polykrise tragen dem Umstand Rechnung, dass sich Krisen nicht mehr nur auf einzelne Bereiche beschränken. Soziale, ökonomische, politische, ökologische und geopolitische Krisen – »all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig« und betreffen dadurch die »gesamte gesellschaftliche Ordnung« (Nancy Fraser). Die in diesem Buch versammelten Beiträge untersuchen einzelne Krisenphänomene mit Blick auf ihre nationale und internationale Bedeutung sowie ihren Beitrag zu dem, was sich mit Gramsci als »organische Krise« bezeichnen lässt.

und die Branche stark unterstützt, u.a. mit dem immensen KI-Infrastrukturprojekt. (Vgl. S. 90)

Sehr aufschlussreich und zentral ist die Argumentation von Margit Mayer zum Schluss ihres Artikels, wo sie unter Bezugnahme auf die Geschichte herausstellt, dass „es in den USA keiner Machtergreifung durch eine faschistische Bewegung bedürfe, denn das karzerale System, die weiße Vorherrschaft, und die Aufstandsbekämpfung des Staats könnten jederzeit nicht nur gegen ihre Communities und andere anticoloniale Bewegungen aktiviert werden, sondern auch darüber hinaus schleichenden Autoritarismus und sogar Faschisierung beschleunigen [...]“. (S. 104) Neu ist für sie die Politik des Trumpismus nicht, da er eingebettet ist in die Struktur amerikanischer Geschichte und Politik - ein sehr interessanter und wichtiger Gedanke von Margit Mayer, den sie in die Debatte über die Politik von Donald Trump einbringt. Neu ist für sie allerdings das Ausmaß der Vermögensungleichheit und der gravierenden Verwertungskrise des Kapitals im Zusammenhang geökonomischer und geopolitischer Kräfteverhältnisse. (Vgl. S. 104f.)

**CHINA:**

Jenny Simon, Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Europa-Universität Flensburg, untersucht in ihrem Artikel *Von der Werkbank zur Konkurrenz. Chinas weltwirtschaftliche Integration, die Veränderung des globalen Konkurrenzverhältnisses und neue Konflikte um die Weltwirtschaftsordnung*. Ihre Argumentation erfolgt aus der Perspektive der „Globalen Politischen Ökonomie“. Sie betont, dass die Umbrüche im globalen Kapitalismus und die geökonomischen Konflikte eng verbunden sind mit der Verschiebung globaler Konkurrenzbeziehungen. Diese wiederum sind begründet in der Transformation der chinesischen Ökonomie und damit der globalen Arbeitsteilung. (Vgl. S. 110)

In den 1980er Jahren war die chinesische Ökonomie die Werkbank der Welt und stellte vor allem arbeitsintensive Konsumgüter her, die in die kapitalistisch führenden Staaten exportiert wurden. Mit den marktorientierten Reformen der 1970er Jahre, die schrittweise eingeführt wurden und der sozialistischen Entwicklungsweise ein Ende bereiteten, begann ein rapider Aufholprozess hinsichtlich einer kapitalistischen Entwicklung. Zentral für die chinesische Entwicklungsweise waren die ökonomisch stark koordinierende Rolle des Staates, die staatlich geförderten Investitionen und die Ausrichtung auf die Exportindustrie. Es folgte schrittweise eine Abkehr von arbeitsintensiven Produktionen hin zu einer stärkeren Bedeutung von Kapitalgütern, d.h. zu Autos, Elektronik und IT.

Der Beitritt zur WTO 2001 verstärkte die Exportausrichtung und zog weitere Direktinvestitionen an, sodass China 2009 schon zum Exportweltmeister avancierte. Neben der Integration in die Weltwirtschaft diente die „duale Zirkulation“ dazu, den Fokus stärker auf den Binnenmarkt zu legen. Dem entsprachen die politische Zielsetzungen der Entwicklung der Kaufkraft, die Stärkung der Konsumgüternachfrage und des Dienstleistungssektors. (Vgl. S. 115) Mit der Aufwertung des Binnenmarktes nahm die relative Bedeutung der Exporte ab, nicht jedoch in absoluten Zahlen. „2023 entfielen 14 Prozent der weltweiten Exporte auf die chinesische Ökonomie. China ist gegenwärtig einer der wichtigsten Handelspartner der USA und der EU sowie mehrerer lateinamerikanischer und afrikanischer Ökonomien und wichtigster Handelspartner und größter Exportmarkt der ASEAN-Staaten.“ (S. 115) Zwar ist China, der Autorin zufolge, bezüglich IT, Luft- und Raumfahrt noch von ausländischer Technologie abhängig, in Bereichen wie der Eisenbahntechnik, der Elektrofahrzeuge, der Technologien für erneuerbare Energien ist China Weltmarktführer. Auch die Förderung von Robotik, 5G-Mobilfunk oder KI zeigt beachtliche Entwicklungen. Trotz marktliberaler Anpassungen rückte der chinesische Staat nicht von der staatskapitalistischen Organisationsweise mit der Förderung wichtiger Sektoren ab. (Vgl. S. 123) Durch die Sanktionspolitik der USA und ihren „aggress-

siven Unilateralismus“, durch verstärkte weltweite Standortkonkurrenz und geopolitische Konflikte sieht Jenny Simon „Tendenzen einer neuen Blockbildung und eines ‚neuen kalten Krieges‘“ in einer multipolaren weltwirtschaftlichen Entwicklung. (Vgl. S. 125)

Jenny Simons Beitrag ist sehr informativ und gut zu lesen. Auf die oft diskutierte Systemfrage, ob China als Sozialismus chinesischer Prägung, als Entwicklungsstaat, als Staatskapitalismus oder Partei-Staatskapitalismus zu bezeichnen ist, hätte die Autorin m.E. noch näher eingehen können. Auch innenpolitische Probleme wie die Arbeitslosigkeit, speziell unter der jüngeren Generation, und die gravierende Immobilienkrise hätten noch Erwähnung finden können.

#### **RUSSLAND:**

In einem weiteren Beitrag zu regionalen Diagnosen schreibt *Felix Jaitner*, Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf Entwicklungskonflikten des russischen Machtblocks, über *Russland und die multipolare Weltordnung. Zwischen Peripherisierung und imperialen Ambitionen*. Der Autor möchte die Rolle Russlands in der krisenhaften Weltordnung bestimmen. Dabei soll im Mittelpunkt stehen, wie sich aus Sicht des herrschenden Blocks die globalen Krisenprozesse darstellen und welche Rolle Russland in einer sich immer mehr herauskristallisierenden multipolaren Welt für sich beansprucht. (Vgl. S. 132)

Jaitner argumentiert, dass Russland als „eine verspätete kapitalistische Nation“ bezeichnet werden kann, die den Anspruch hat, als gleichberechtigte Großmacht respektiert zu werden. Die unter der Regierung Jelzin wirtschaftspolitisch eingeführte „Schocktherapie“, d. h. der Bruch mit der Planwirtschaft und die Einführung kapitalistischer Verhältnisse, schwächten die Konkurrenzfähigkeit und führten zu Deindustrialisierungsprozessen. Die kapitalistische Transformation hat, Jaitner zufolge, keine Modernisierung der russischen Volkswirtschaft eingeleitet. (Vgl. S. 135)

Des Weiteren konstatiert er, dass die russische Bourgeoisie nur eingeschränkt hegemoniefähig ist, um in der Bevölkerung eine Zustimmung zur kapitalistischen Transformation zu erreichen. Dadurch werden autoritäre Verhältnisse im Inneren begünstigt. Die autoritäre Wende unter dem Präsidenten Jelzin sicherte der jungen Bourgeoisie, die sich skrupellos staatliches Eigentum angeeignet hat, die soziale Herrschaft. (Vgl. S. 137) Der Autor

spricht von einer „oligarchisch-etatistischen Ordnung“. (S. 138) Unter Präsident Putin wurde eine Neuausrichtung sichtbar, indem die staatliche Autonomie gegenüber der Oligarchie gestärkt wurde. Zwischen 1999 und 2008 erfolgte ein Aufschwung mit einem durchschnittlichen Wachstum von 6,9 Prozent. Die Armutsrate sank, gleichzeitig aber auch die Zahl der Dollar-Milliardär\*innen. (Vgl. S. 139) Die gesellschaftliche Ordnung wurde stabilisiert.

Jaitner bezeichnet den Krieg Russlands gegenüber der Ukraine als einen „Ausdruck der entstehenden multipolaren Weltordnung“. (S. 143) Mit dem Einmarsch in die Ukraine sollte die eigene Position gestärkt werden. Mit dem Krieg werden globale Umbrüche beschleunigt und es entwickelt sich eine „neu entstehende Blockkonfrontation“, eine „Welt der Unordnung“. (S. 144)

Felix Jaitner, ausgewiesener Russland-Experte, schreibt seinen Beitrag klar, historisch-politisch nachvollziehbar und inhaltlich stringent. Dadurch wird sein Artikel sehr lesenswert.

#### **DEUTSCHLAND:**

*Thomas Sablowski*, Politikwissenschaftler und bis 2025 Referent für politische Ökonomie der Globalisierung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, betitelt seinen Beitrag mit *Deutschland in der neuen Welt(un)ordnung. Vom „grünen“ Umbau zur Militarisierung*. Er geht von einer „strukturellen Krise des Kapitalismus in Deutschland“ aus, da sich unterschied-





na wird zunehmend von staatlichen Akteuren und Wirtschaftsverbänden als „Systemrivale“ bezeichnet, der sich nicht in Gänze den neoliberalen Spielregeln unterwirft, wenngleich kapitalistische Produktionsverhältnisse vorherrschen. (S. 160) Sablowski analysiert im Folgenden das veränderte deutsche Verhältnis zu Russland durch dessen Krieg in der Ukraine, die asymmetrische Beziehung zu den USA und das Verhältnis zur Europäischen Union. Hier geht die herrschende Klasse seiner Ansicht nach davon aus, dass sie nur mit der EU ihre Interessen in der veränderten Weltlage durchsetzen kann. (Vgl. S. 168) Sablowski schreibt dann sehr detailliert über die Expansion und die Krise der Automobilindustrie.

Ein weiteres Thema ist, dass die Transformation zum „grünen“ Kapitalismus kein Projekt war, das die ver-

liche gesellschaftliche Krisentendenzen stark verdichtet hätten. (S. 148)

In seiner umfassenden politisch-ökonomischen Analyse geht er anfangs auf die Aushöhlung des „Modell Deutschland“ ein, mit dem 1976 die SPD in den Wahlkampf zog, um dann auf die Krisen des globalisierten und finanzierten Akkumulationsregimes einzugehen. Dabei verfolgt die herrschende Klasse seiner Ansicht nach nicht das Ziel, den Binnenmarkt zu stärken und die Außenhandelsabhängigkeit zu reduzieren, sondern eine Fortsetzung der internationalen Expansion des Kapitals um jeden Preis. Das führt jedoch entsprechend den veränderten Bedingungen in der Weltwirtschaft mit Umbrüchen in der internationalen Arbeitsteilung und den Politiken rivalisierender Mächte die herrschende Klasse vor erhebliche Herausforderungen. (Vgl. S. 158)

Damit zeigt sich auch ein verändertes Verhältnis zu China, das längst nicht mehr die verlängerte Werkbank für die Unternehmen der alten kapitalistischen Zentren ist, sondern durch vergleichbares und sogar höheres technologisches Niveau zu einem ernsthaften Konkurrenten geworden ist. Chi-

schiedenen Fraktionen des deutschen Machtblocks vereinen konnte, so dass durch die Widersprüche in der Ampelkoalition der sozialökologische Umbau nicht zu einem hegemonialen Projekt werden konnte. (Vgl. S. 176 f.)

In dem abschließenden Kapitel befasst sich der Autor mit den Herausforderungen für eine sozialistische Strategie, womit er die Partei *Die Linke* meint. Er fordert von dieser Partei eine „organische Verbindung“ zur Arbeiterklasse und ein Bündnis der verschiedenen beherrschten Klassen über die Arbeiterklasse hinaus mit der lohnabhängigen Mittelklasse und dem Kleinbürgertum. Ein „gesellschaftlicher Block“ soll dadurch entstehen, um die notwendige ökosozialistische Transformation in Angriff zu nehmen. Die „soziale Frage“ darf seiner Ansicht nach nicht gegen andere Problemen ausgespielt werden, so dass eine Verbindung zwischen Klassen- und Geschlechterverhältnissen, rassistischen und anderen Herrschaftsverhältnissen und den gesellschaftlichen Naturverhältnissen hergestellt werden muss. Das beinhaltet auch, die Eigentumsfrage zu stellen. (Vgl. S. 182f.) Eine sehr stringente, detaillierte und lesenswerte Analyse von Thomas Sablowski.



## EUROPÄISCHE UNION:

Die EU zwischen strategischer Autonomie und Unterordnung unter die USA, so lautet die Überschrift des Textes von Julia Eder, Research Fellow an der Johannes Kepler Universität Linz, und Laura Porak, wissenschaftliche Mitarbeiterin ebenfalls an der Johannes Kepler Universität Linz. In ihrem Beitrag fokussieren sich die Autorinnen im Besonderen auf die Fragen der industriellen Entwicklung und Technologieführerschaft sowie auf die Bestrebungen innerhalb der EU bezüglich der strategischen Autonomie.

Mit „strategischer Autonomie“ ist die Forderung des Europäischen Rates gemeint, dass die EU eine „europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis“ schafft, um fähig zu sein, mit „Partnern zu handeln“. (S. 193) Die Autorinnen sehen in der EU mehrere Widersprüche und Probleme: Erstens befindet sich die EU seit 2006 in einem ständigen „Krisenbekämpfungsmodus“, wobei eine „Gesamtstrategie“ nicht zu erkennen ist. Zweitens hat sich die Abhängigkeit von den USA bei der Digitalisierung weiter erhöht. Drittens ist die „grüne Technologieführerschaft“ von europäischen auf chinesische Unternehmen übergegangen.

Durch den Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer und durch den russischen Krieg gegen die Ukraine haben sich „geopolitische Spannungen“ erhöht, was sich in verschärfter geoökonomischer Konkurrenz und Sanktionspolitik zeigt. Hinsichtlich der EU zeigen sich dabei Debatten um die Reduzierung von Abhängigkeiten und um Konzepte wie der „strategischen Autonomie“ und der „wirtschaftlichen Sicherheit“. Mit der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump hat die EU die Chance verpasst, so die Kritik der Autorinnen, eine eigenständige globale Strategie zu entwickeln, die weniger protektionistisch als die der USA ausgerichtet ist und auf Kooperation mit den Ländern des Globalen Südens setzt. Zudem ist der in der Geschichte der EU bisher größte Aufrüstungsprozess eingeleitet worden, wohl auch um Wachstumsprobleme zu kompensieren. (Vgl. S. 202)

Julia Eder und Laura Porak erklären in ihrem Beitrag präzise die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der EU seit 1970. Innereuropäische wie globale Probleme und Konflikte werden dabei sehr deutlich und klar angesprochen. Wenn die beiden Autorinnen in ihrer Kritik beklagen, dass der EU eine Gesamtstrategie fehlt – eine Kritik, die häufiger zu hören ist –, unterschätzen sie jedoch meiner Meinung nach die kapitalistische Konkurrenz der EU-Staaten untereinander. Denn trotz aller Betonung gemeinsamer Werte und Interessen sind die einzelnen Länder in der Konkurrenz untereinander zuerst um ihren kapitalistischen Standort bemüht, so dass dieser häufig einer Gesamtstrategie zuwiderläuft.

## INDIEN:

Jakob Graf vertritt in seinem Beitrag: *Indien als neuer Motor der Weltwirtschaft?* die These, dass es relativ unwahrscheinlich ist, dass Indien im Vergleich zu China zu einem neuen Motor der Weltwirtschaft wird. (Vgl. S. 206) Als Beleg für seine These führt er mehrere Gründe an: Zum einen hat sich die kapitalistische Weltwirtschaft verändert, so dass die Situation der Weltmärkte im Vergleich zu den 1990er Jahren, als China seine Triebkraft entwickelte, eine andere ist. Des

Weiteren ist die innere Verfassung der indischen Ökonomie dadurch gekennzeichnet, dass im kapitalistischen Sektor niedrige Beschäftigungszahlen zu verzeichnen sind, während dem „bedarfsökonomischen Sektor“ eine große Bedeutung für das Einkommen und die Beschäftigung der indischen Bevölkerung zukommt, der zudem gegenüber dem kapitalistischen Sektor in einem widersprüchlichen Verhältnis steht. Mit dem Begriff des bedarfsökonomischen Sektors meint der Autor marginalisierte landwirtschaftliche Betriebe und Kleinunternehmen, die durch unbezahlte Familienarbeit kleine Warenmengen produzieren und handeln. (Vgl. S. 214) Als dritten Grund für seine These nennt Jakob Graf, dass durch den Klimawandel ökologische Grenzen sichtbar werden und sich sozialökologische Konflikte ausbreiten, die ein „ungebremstes Wachstum des kapitalistischen Sektors und der Weltmarktintegration der indischen Wirtschaft“ verhindern. (S. 219)

Dem Autor gelingt es in seiner präzisen Analyse der indischen Ökonomie, deutlich zu machen, dass Indien im Vergleich zu China nicht die aufstrebende kapitalistische Weltmacht werden wird und so nicht als neuer Motor für die Weltwirtschaft zu sehen ist.

## VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE UND DIE SAHELZONE:

In einer weiteren regionalen Diagnose schreiben Frauke Bause, Dozentin für Politikwissenschaft an der Universität Kassel, und Samahir Elkurdi, die im Master-Studiengang *Global Political Economy and Development* an der Universität Kassel studiert, einen Artikel zu *Die Vereinigten Arabischen Emirate und die Sahelzone: Neue Dynamiken des Imperialismus*. Sie untersuchen und analysieren, welche Interessen die VAE in der Sahelzone verfolgen. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass sich die VAE zu einem wichtigen Investor und militärischen Akteur in ganz Afrika entwickeln. Sie gehen von der Annahme der organischen Verflechtung von Geopolitik und Geoökonomie in einem hierarchischen kapitalistischen Weltsystem aus. „Die inhärente Tendenz kapitalistischer Akkumulationsregime zu territorialer Expansion führt zu zwischenstaatlicher Rivalität. Unser theoretischer Ansatzpunkt ist daher der Imperialismus.“ (S. 222)

Die Finanzkrise von 2008ff. hat für die VAE die Anfälligkeit in besonderer Weise deutlich gemacht. Die Vorstellung eines Nexus State und der Zugang zu mineralischen Rohstoffen (vor allem Gold) zu Land und Wasser sollten Ernährungsunsicherheit herstellen und die Dollarabhängigkeit lösen – daher das wirtschaftliche und politische Bestreben der VAE, ihren geopolitischen und geoökonomischen Einfluss vor allem in der Sahelzone zu vergrößern. Die Interventionen sollten den politischen Islam bekämpfen, um vor allem die eigene dynastische Monarchie abzusichern. Im Sudan zielen die „subimperialen Ambitionen“ der VAE darauf, dessen Agrar-, Wasser-, Bergbau- und Erdgasressourcen zu kontrollieren und somit den regionalen Einfluss gegenüber dem Rivalen Saudi-Arabien und dem Iran zu stärken.

Der Sudan ist zu einem Schlachtfeld vieler regionaler Mächte geworden. Hierzu gehören die VAE, Saudi-Arabien, Russland und der Iran, die alle um die Ressourcen konkurrieren. An sich sind die Saudis und die Emirate regionale Verbün-



dete, vor allem gegen den Iran, allerdings haben sich in den letzten Jahren Interessenkonflikte ergeben. (Vgl. S. 237) Das zeigt sich besonders im Sudan, wo Saudi-Arabien die SAF (Sudanesische Streitkräfte) aus ähnlichen Gründen unterstützt wie die VAE die paramilitärische RSF (Rapid Support Forces), sodass sich ein „Stellvertreterkrieg“ (S. 234) entwickelte.

Besonders durch die RSF-Miliz sind brutalste sexualisierte Gewalttaten weit verbreitet, ebenso Plünderungen, Zwangsvertreibungen, das Niederbrennen zahlreicher Dörfer und der Einsatz von Hunger als Waffe, all dies Kriegsverbrechen mit Unterstützung aus den VAE: „Die VAE werden dabei als subimperiale Macht von Europa und den USA gestützt – auf Kosten der sudanesischen Souveränität, von Millionen von Vertriebenen und der Zerstörung des sozialen Gefüges des Landes.“ (S. 240)

Frauke Banse und Samahir Elkurdi gelingt es aufzuzeigen, weshalb die VAE zu einem bedeutenden Investor und militärischen Akteur, besonders im Bürgerkriegsgebiet Sudan, geworden sind. Die subimperiale VAE und ihre Expansion in der Sahelzone ist bisher politisch wie ökonomisch wenig erforscht. Umso mehr ist es erforderlich, dass durch den interessanten wie lehrreichen Beitrag der beiden Autorinnen ein besonderes Augenmerk auf diese Situation gelegt wird.

#### SÜDOSTASIEN: THAILAND UND MYANMAR:

Der Artikel von *Wolfram Schaffar*, Lehrstuhlinhaber für Entwicklungspolitik an der *Universität Passau*, und *Min Htin Kyaw Lat*, Doktorand an der *Universität Passau*, mit dem Thema *Neue Weltordnung und Künstliche Intelligenz in Südostasien: Zwischen Luxus-Konsum in Smart Cities und Zwangsarbeit in Betrugsfabriken* lenkt den Blick auf die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Thailand und Myanmar. Eine Analyse zu zwei Ländern, die im wissenschaftlichen Kontext bisher wenig Beachtung gefunden haben. Für die Autoren befinden sich Thailand und Myanmar wie viele Länder Südostasiens am Endpunkt eines Entwicklungszyklus, der dadurch gekennzeichnet ist, dass die liberalen Entwicklungen eines demokratischen Systems und einer rechtsstaatlichen Ordnung in der Wirtschaft gescheitert sind. Myanmar ist ein „fragmentierter Staat ohne zentrale Gewalt“, eingestuft als *Least Developed Country* (LDC), Thailand dagegen ist ein „OECD-Beitrittskandidat“. (S. 246)

Der gescheiterte Übergang in Thailand zu einem liberal-demokratischen System zeigt sich wirtschaftlich in *monopolkapitalistischen* Zügen. Politisch kann das Regime als Beispiel für einen *feudalisierten* Staat stehen mit dem Königshaus als Zentrum. Im Sinn einer materialistischen Staatstheorie erklären die Autoren, dass das feudale Moment nicht im Titel des Königs liegt, sondern in der Tatsache, dass es zu einer Fusion von ökonomischer und politischer Macht gekommen ist. (Vgl. S. 247f.) Die großen Kapitaleigner unter Führung des Königshauses haben die politische Macht monopolisiert.

In Myanmar stoppte der Militärputsch von 2021 nicht nur die Liberalisierung und Konsolidierung der zentralen Staatsgewalt, sondern entfachte auch erneut Konflikte in Regionen, die zuvor formell reguliert wurden. Es entstanden aufständische Volksverteidigungskräfte (*People's Defence Forces*,

PDF), ein bewaffneter Arm der Exilregierung, und zahlreiche bewaffnete ethnische Organisationen, die gegen die Junta kämpfen. „Gegenwärtig kontrolliert das Militär lediglich einen Korridor, der von Mandalay im Norden über die Hauptstadt Naypyidaw nach Yangon im Süden reicht. Dies hat zu einer weitreichenden Fragmentierung des Staates geführt [...]“ (S. 255) In weiten Teilen des Landes herrscht Bürgerkrieg.

Die KI als „disruptive und innovative Technologie“ entfaltet in beiden Ländern „ihren Charakter als extraktive und ausbeuterische Industrie“. (S. 261f.) In Thailand will die Elite, dass die KI-Industrie sich an den führenden Nationen China und den USA orientiert. In Myanmar werden in „Betrugszentren“ Menschen weltweit mit Hilfe der KI im industriellen Maßstab bestohlen. „Diese Industrieanlagen sind transnationale Räume, in die Menschen unterschiedlicher Herkunft angeworben, verschleppt und dazu eingesetzt werden, Menschen auf allen Kontinenten zu betrügen.“ (S. 262)

Auch in diesem Beitrag gelingt es den Autoren Wolfram Schaffar und Min Htin Kyaw Lat, einen wichtigen und aufschlussreichen Blick auf zwei Länder und deren Verhältnisse zu werfen, die ansonsten wenig Aufmerksamkeit erfahren. Auch hier eine lesenswerte Analyse.

#### LATEINAMERIKA:

Der abschließende Text des Buches von *Tobias Boos*, Senior Scientist am Institut für Politikwissenschaft der *Universität Wien*, und *Johannes M. Waldmüller*, Leiter der *Akademie für Gemeinwohl* in Wien, ist überschrieben mit *Globales Lateinamerika: Die Brutalisierung kapitalistischer Versprechen*. Die Autoren konstatieren, dass in Lateinamerika der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung schon lange Realität ist. Dies zeigt sich in der Einflussnahme kapitalistischer Weltmächte, die ein regionales Zusammenwachsen verhindern.

In dieser Region ist die USA nicht mehr der unumstrittene Hegemon, auch weil China hier an Bedeutung gewonnen hat und mittlerweile der wichtigste Handelspartner zahlreicher Länder ist, insbesondere auch von Brasilien. (Vgl. S. 268) Boos und Waldmüller argumentieren, dass in Lateinamerika „eine deutliche Brutalisierung und fortgeschrittene Verschmelzung von Staat und Markt feststellbar ist, wo Staatlichkeit selbst graduell zum primären Komplizen von Unrechtmäßigkeit wird“. (S. 272) Sie sehen in den jüngsten Entwicklungen einen Teil eines globalen Rechtstrends, wobei bei den rechten Kräften eine Radikalisierung festzustellen ist.

Es werden vier Tendenzen für Lateinamerika diagnostiziert, erstens eine Zunahme von Staatlichkeit, die einer *oligarchic-corporate* Logik folgt, die dazu führt, dass liberale Staatsvorstellungen weiter geschwächt werden. Zweitens konstatieren die Autoren eine Zunahme von Gewalt und Konflikten, die letztlich aufgrund von Energie- und Ressourcenfragen, z.B. zwischen Venezuela und Guayana, zu möglichen Kriegsszenarien und Grenzverschiebungen führen können. Drittens sind die Staaten Lateinamerikas geopolitisch gesehen integraler Bestandteil einer *oligarchic-corporate* Weltordnung, die u.a. durch die „rasant wachsenden illegalen Ökonomien der

Region, welche via Menschenhandel, Bergbau, Infrastruktur und Plantagenwirtschaft für den Export auch mit internationalem Finanzkapital bestens verwachsen ist“, deutlich wird. (S.281f.) Eine vierte und letzte Tendenz sehen die beiden Autoren in Lateinamerikas Bedeutung auch für „die Lösung planetarischer Probleme“. (S. 283)

Wenngleich meiner Ansicht nach die Autoren Boos und Waldmüller auf politische und wirtschaftliche Strukturprobleme einzelner Länder Lateinamerikas noch beispielhafter hätten eingehen können, so zeigt der Beitrag insgesamt doch eine aufschlussreiche Analyse der aktuellen Entwicklungen vor dem Hintergrund der sich massiv veränderten kapitalistischen Weltordnung. Dass die Autoren nicht auf die z.T. kriegerischen imperialistischen Einflussnahmen der USA in Panama und Venezuela und anderen lateinamerikanischen Staaten eingehen, ist der zeitlichen Abfassung des Artikels bzw. der Erscheinungsweise des Buches geschuldet.

Der vorliegende Sammelband der *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) aus dem *Verlag Westfälisches Dampfboot* wird dem Anspruch, komplexe nationale wie internationale Transformationsprozesse zu begreifen und sich den Herausforderungen einer zeitdiagnostischen Analyse zu stellen, in besonderer Weise gerecht. Die kapitalistische Produktionsweise und Ideologie, die eine Konstellation der multiplen Krise hervorbringen, werden scharfsinnig

analysiert. Dies beinhaltet auch die kritische Reflexion bestehender Begriffe und Konzepte. Neben dem Theorierteil des Buches zeigen die interessant zu lesenden regionalen Diagnosen die sich ändernden globalen Konstellationen des Kapitalismus in den gesellschaftlichen Transformationen verschiedener Staaten und Weltregionen. Dies ist umso mehr zu begrüßen, da hier auch Länder und Regionen behandelt werden, die im öffentlichen Diskurs eher seltener angesprochen werden. Insgesamt sind es sehr detaillierte und lehrreiche Analysen.

**Belina, Bernd / Demirović, Alex / Heeg, Susanne / Klauke, Sebastian / Sablowski, Thomas / Salih, Aisha (Hrsg.) 2026: Multiple Krise und neue Konstellationen des Kapitalismus. Elemente einer Bestandsaufnahme, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 291 Seiten, 30 Euro, ISBN 978-3-89691-140-7**



## „Der Rest und der Westen – Kapital und Macht in einer multipolaren Welt“

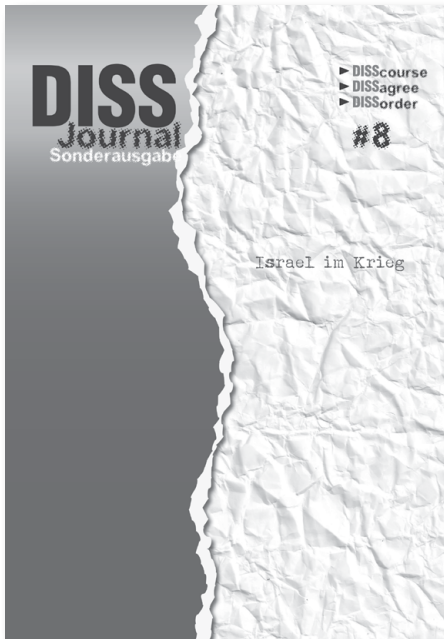
*Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup*

Demokratische Strukturen geraten ins Wanken, Kriege brechen aus, Tech-Giganten erhalten im Gefolge Donald Trumps immer mehr Macht und übernehmen kritische Infrastruktur, der industriell-militärische Komplex gewinnt durch die Militarisierung, nicht nur in den USA, immer mehr an Einfluss, geostrategische Verschiebungen zeigen sich weltweit – die globale Ordnung erodiert, sie ist im Umbruch.

Die Autoren Sandro Mezzadra, Professor für politische Theorie an der *Universität Bologna*, und Brett Neilson, Professor an der *Western Sydney University*, analysieren mit ihrem 2025 im Dietz Verlag erschienenen Buch *Der Rest und der Westen. Kapital und Macht in einer multipolaren Welt* die veränderten globalen Bedingungen im Kontext von Krieg, Krise und ökonomischer Transformation. „Inmitten von systematischem Chaos und Krieg zeichne sich eine Weltordnung ab, in der der ‚Westen‘ trotz seiner Macht und seines Reichtums nur noch ein Teil ist und nicht mehr der universelle Akteur,

der eine Art liberale und auf Regeln basierende internationale Ordnung orchestriert.“ (S. 9)

Den Autoren geht es dabei nicht nur um eine Analyse der Veränderungen, sondern auch darum, wie in einer entstehenden multipolaren Welt soziale Bewegungen, die mit unterschiedlichen Kontexten und Herausforderungen konfrontiert sind, miteinander agieren können, um ihre Ablehnung von Herrschaft und Ausbeutung gemeinsam zum Ausdruck bringen zu können. Der provozierende Titel des Buches *Der Rest und der Westen* ist die Umkehrung der Überschrift der Publikation des britischen Soziologen Stuart Hall *Der Westen und der Rest*. Laut Hall wurde der „Rest“ durch die Gewalt der Eroberung, der Kolonisierung und des Imperialismus in den „Westen“ eingefügt. (Vgl. S. 10) Für die Autoren Mezzadra und Neilson signalisiert der Titel ihres Buches die Transformationen des Kapitalismus, die zu Veränderungen der Verteilung von Macht und Reichtum geführt haben, die es zu analysieren gilt. „Darüber hinaus hat die Frage, was



### Israel im Krieg

DISS-Journal Sonderausgabe #8 (2024)

Von Jobst Paul

Im Moment, da dieses Sonderheft zum Nahostkrieg mit dem Titel *Israel im Krieg* erscheint, ist das Gefälle zwischen Hoffnungen und Befürchtungen weiter angewachsen. Nach nahezu elf Monaten ohne Perspektive auf ein Kriegsende und auf eine tragfähige Friedensordnung scheint einerseits die Chance auf Frieden – in Form von Pendeldiplomatie und Waffenstillstandsverhandlungen – greifbar geworden zu sein. Auf der anderen Seite nähren bedrohliche Zuspitzungen die Furcht vor einem *all out war* mit dem Iran und seinen Stellvertretern, während das Westjordanland zum weiteren Kriegsschauplatz zu werden droht.

Unser *Journal* kann gegenüber diesem existenziellen Hintergrund nur Bericht, Beobachtung und Kommentierung sein und dies selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Aber das Heft trägt eigene Spuren dieser vergangenen Monate. Zwar diente das Dokumentieren der Nachrichtenlage als sachliches Gerüst, aber es wurde auch zur ständigen Quelle von offenen, unerwarteten Fragen, von tiefen Unsicherheiten und oft von großer Betroffenheit. All dies dennoch zu ordnen, zu bearbeiten, aufzuarbeiten und in Richtung einer Orientierung zu formen, wurde schließlich zur Aufgabe des vorliegenden Sonderhefts, die danach auch über seinen Inhalt und seinen Aufbau bestimmte.

Das gedruckte Heft (144 Seiten) ist im DISS zu bestellen. Download: <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/08/Israel-im-Krieg.pdf>

ein Rest ist, wichtige Auswirkungen auf das Verständnis der gegenwärtigen Gestalt des Westens.“ Die Abgrenzung des Westens vom „Rest“ könnte diesen „auf unvorhersehbare Weise herausfordern und verändern“. (S. 13)

Den Autoren ist bewusst, dass die Begriffe eine Vielzahl von sozialen, kulturellen und politischen Formationen ausblenden. Sie sprechen von einer Krise der globalen Hegemonie der USA und begründen dies mit deren Schwäche, zu „führen“ und die globale Verteilung von Macht und Kapitalakkumulation zu leiten. Diese Krise verursache „radikale Herausforderungen“ nicht nur für die USA, sondern für den Westen insgesamt.

Einen direkten Hegemoniewechsel von den USA zu China sehen sie nicht. (Vgl. S. 14) Mit dem Begriff der Multipolarität wollen sie nicht auf ein Ideal verweisen, noch auf dessen übliche Verwendung in den internationalen Beziehungen und der Geopolitik, sondern auf eine Beschreibung der erheblichen Verschiebungen in der Verteilung von Macht und Wohlstand in der gegenwärtigen Welt. Die Autoren betonen ihre „kritische Haltung gegenüber einer Interpretation von Polen in rein territorialen Begriffen [...], als ob es möglich wäre, sie sauber auf eine Weltkarte zu projizieren.“ (S. 34)

Sie berufen sich in ihrer Analyse auf den Begriff der „lebendigen Arbeit“ von Karl Marx. Dementsprechend gehen sie in ihrem Buch von den „ausgebeuteten, enteigneten und unterdrückten Menschen“ aus, da deren Arbeit „weiterhin die Grundlage der Prozesse der Kapitalverwertung und -akkumulation bilden und deren Kämpfe die einzige Grundlage für die Vorstellung von einem Leben jenseits von Herrschaft des Kapitals sein können“. (S. 39) Damit umreißen sie ihre Intention auf unmissverständliche Weise. Die mächtigen nationalen wie internationalen Verschiebungen und Umbrüche, die multiplen Krisen, lassen sich den Autoren zufolge nur verstehen, wenn „systematisch die Funktionsweise des Kapitals“ untersucht wird, da ökonomische, ökologische, politische und geopolitische Prozesse dynamisch die Funktionsweise des Kapitalismus prägen. (Vgl. S. 41)

Hier lässt sich jedoch fragen, ob die Umbrüche in der machtpolitischen Struktur und der heutigen geopolitischen Dynamik nur allein auf die „Funktionsweise des Kapitals“ zurückgeführt werden können. Dann jedoch argumentieren die Autoren eine Seite weiter zurecht gegen eine „ökonomistische Auffassung des Kapitalismus“. Die Logik der Kapitalakkumulation hat zwar, wie sie sagen, ihre „Wurzeln im ökonomischen Bereich“, konstitutiv wirkt sie aber über diesen hinaus; sie ist entscheidend für das gesamte menschliche Leben und somit auch für die „Produktion von Subjektivität“. Damit bekommen Geschlecht und „Rasse“ eine entscheidende Rolle. (Vgl. S. 42)

Dem ist sicherlich zuzustimmen. Wenn die Autoren wenig später allerdings schreiben, dass Politik und Kultur vom Kapital „durchdrungen, geprüft und reorganisiert“ (S. 43) werden, stellt sich m. E. zumindest für die Politik wiederum die Frage, ob nicht auf der Grundlage der Produktionsverhältnisse auch autonome Bereiche der politischen Praxis in einem integrierten Ganzen der kapitalistischen Produktionsweise zu sehen sind.

Für die Autoren hat der Begriff der systemrelevanten Arbeit eine besondere Bedeutung, denn durch den pandemischen Notstand ist etwas offenkundig geworden, „was im zeitgenössischen Kapitalismus als Normalität gilt“. (S. 59) Die Pflegeberufe ragen hier im Besonderen heraus. Drei Viertel aller systemrelevanten Pflegekräfte sind Frauen, dies zeigen Studien. Zirkulation und Reproduktion, so eine der Hauptthesen des Buches, waren die wichtigsten Bereiche für die Definition „systemrelevanter Arbeit“ während der Pandemie.

Im Funktionieren des zeitgenössischen Kapitalismus spielen sie neue Rollen, indem sie dazu neigen, „Prozesse der Verwertung und Akkumulation

von Kapital zu steuern“. Damit wollen die Autoren, wie sie betonen, die industrielle Produktion nicht unterschätzen. (Vgl. S. 60) Sie beziehen sich auf Marx in der Kennzeichnung von Kapital als sozialer Beziehung, deren Reproduktion gleichzeitig die Reproduktion von Subjektivität bedeutet, also „die Reproduktion von Kapitalistinnen und Lohnarbeitern“. (S. 62) Ausbeutung und Unterdrückung kennzeichnen in ihrer Verflechtung die soziale Reproduktion. Ohne diese kann es, Mezzadra und Neilson zufolge, keine Zirkulation von Kapital geben. Zirkulation und Reproduktion sind ihrer Meinung nach entscheidend für ein neues Verständnis der Rolle der Produktion im heutigen Kapitalismus, da „ihre Dynamik tendenziell die Möglichkeiten der Produktion vorantreibt“. (S. 92)

# Rezension

Das bedeutet, dass Zirkulation und Reproduktion Bedingungen festlegen, unter denen die Produktion stattfindet. Bezüglich der Zirkulation heißt das, dass sie den Kapitalumschlag mit der physischen Bewegung von Waren, Menschen und Informationen verbindet. Bezüglich der Reproduktion heißt das, dass sie für die Kapitalzirkulation und -akkumulation die dafür notwendigen sozialen Ressourcen, Wissen und Arbeitskräfte bereitstellt. (Vgl. S. 93)

So hat beispielsweise die Logistik hohen Einfluss auf Zirkulation und Umschlagszeiten, indem sie Lieferketten und globale Räume ausweitet und zudem Arbeit und Arbeitsbedingungen verändert. Migrations- und Grenzpolitiken haben wiederum großen Einfluss auf das Arbeitskräfteangebot.

Bezüglich der traditionellen Rolle des Staates konstatieren die beiden Autoren, dass diese geschwächt und immer weniger in der Lage ist, positiv auf die soziale Reproduktion einzuwirken oder sich als Verwalter des Gesamtkapitals effektiv darzustellen. Damit beziehen sie sich auf die Regulation der Kapitalzirkulation und des Wettbewerbs zwischen den Interessen der verschiedenen Kapitalfraktionen. Zwar haben die Staaten die Kontrolle gesamtwirtschaftlich nicht vollständig verloren, sie sind aber den Autoren zufolge gezwungen, die Warenströme und die Zirkulation auf transnationaler Ebene kontrollieren zu wollen, was wiederum zu einer Verschärfung des Wettbewerbs in den Räumen der Globalisierung führt. (Vgl. S. 94)

Mit Bezugnahme auf Marx vertreten die Autoren die Ansicht, dass eine auf Äquivalenz und Gleichheit beruhende Zirkulation unmöglich ist und nur als Schein existiert, da die Zirkulation und ihr Instrument, das Geld, im Kapitalismus notwendigerweise auf Klassenverhältnisse und Widersprüche aufgebaut sind, die inhaltlich die Produktion bestimmen und beständig reproduziert werden. (Vgl. S. 95)

Das Verhältnis von Produktion und Zirkulation hat für die beiden Autoren eine zentrale Bedeutung. Die Aussage von Marx im *Kapital* (MEW Bd. 23, S. 178), dass die Zirkulation

keinen Wert schafft und der Mehrwert in der Produktion geschaffen wird, nehmen sie zum Anlass, über die neuen Rollen der Zirkulation nachzudenken und diese nicht als untergeordnet gegenüber der Produktion zu sehen. Produktion und Zirkulation haben einen Veränderungsprozess durchlaufen, wengleich die Zirkulation weiterhin als Oberfläche der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet werden kann.

Doch angesichts z. B. von Black-Box-Algorithmen und künstlicher Intelligenz und ihrer Bedeutung bei der „Organisation logistischer Kreisläufe“ muss über die Entstehung des Mehrwerts neu nachgedacht werden. (Vgl. S. 96) Die Autoren betonen, wiederum auf Marx bezogen (MEW, Bd. 24, S. 104), den Einheitsgedanken von Produktion und Zirkulation. Der Produktionsprozess werde als Vermittler des Zirkulationsprozesses bestimmt und umgekehrt. (Vgl. S. 98) Die Zirkulation spiele im heutigen Kapitalismus „eine entscheidende Rolle bei der Wertschöpfung, der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse und der Schaffung von Standards und Protokollen“.

Die Autoren begründen dies mit der Rolle der Logistik. Auch Marx habe der Transportindustrie eine große Bedeutung beigemessen und so, ihrer Ansicht nach, die Grenze zwischen Zirkulation und Produktion verwischt. Hierbei beziehen sie sich auf Aussagen von Karl Marx zur Transportindustrie: „Die Transportindustrie bildet einerseits einen selbständigen Produktionszweig, und daher eine besondere Anlagensphäre des produktiven Kapitals. Andererseits unterscheidet sie sich dadurch, daß sie als Fortdauer eines Produktionsprozesses *innerhalb* des Zirkulationsprozesses und *für* den Zirkulationsprozeß erscheint.“ (MEW, Bd. 24, S. 153)

Theoretische Veränderungen und Aktualisierungen sind für die Autoren notwendig, um, wie sie sagen, den „Geist von Marx“ auch heute noch „wiederzubeleben“. (S. 99) Entscheidend für sie ist, dass sich die Produktion in einem „Zangenriff“ von Zirkulation und Reproduktion befindet. Ihr zentraler Gedanke lautet zusammenfassend: „Die Verflechtung der Räume von Produktion, Reproduktion und Zirkulation verändert die räumlichen Konfigurationen der Prozesse der Verwertung und Akkumulation tiefgreifend.“ (S. 125)

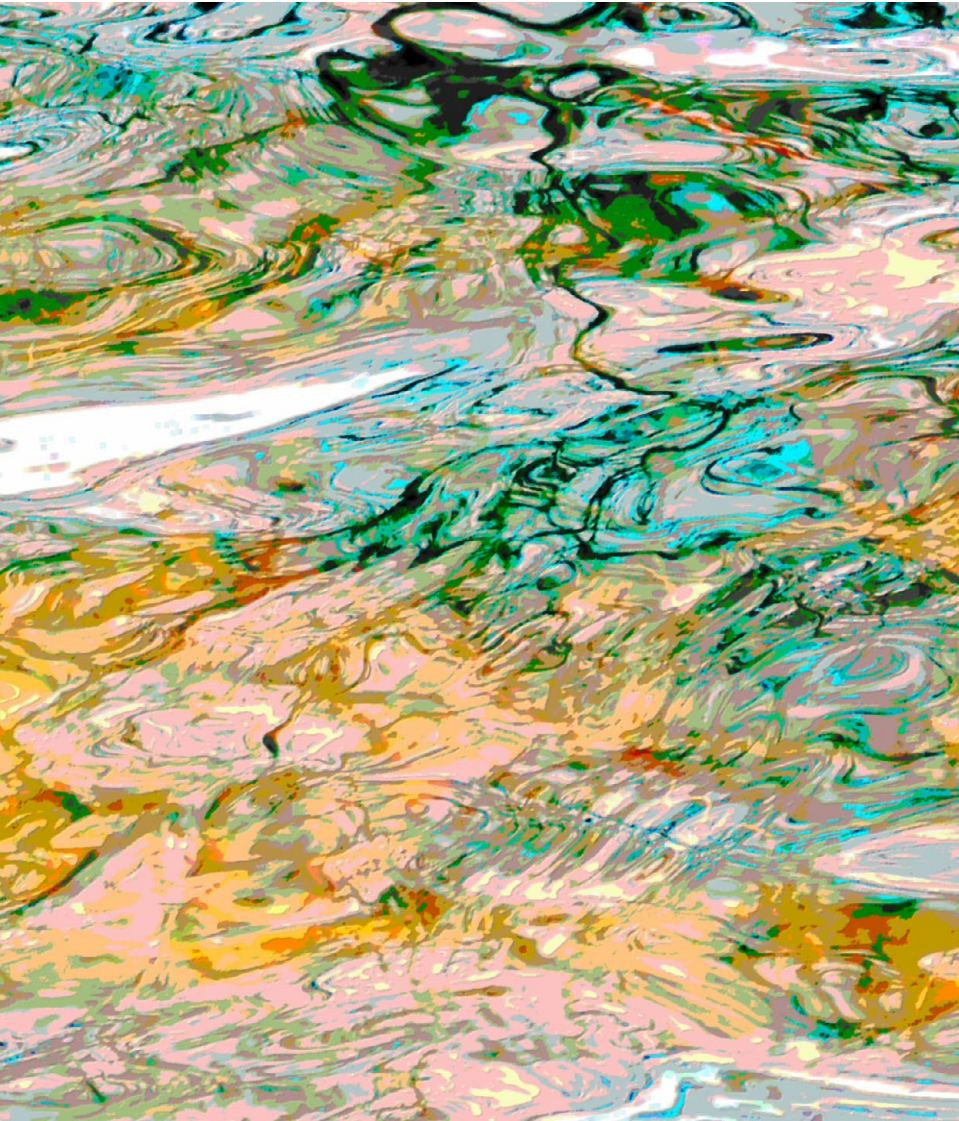
Nur kurz sei hier angemerkt, dass die hier angesprochene Auseinandersetzung um die Entstehung des Werts und der Wertgröße in der Produktion oder in der Zirkulation oder auch in beiden nicht neu ist. Ohne hier konkreter werden zu wollen, verweise ich auf die interessante und aufschlussreiche theoretische Kontroverse zwischen Barbara Lietz / Winfried Schwarz und Michael Heinrich in der *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (Z 125 - Z 133).

Der Krieg in der Ukraine, mit dem Russland den Autoren zufolge einen imperialen *Großraum* anstrebt, ein Begriff, den sie von Carl Schmitt übernehmen, hat die „zentrifugalen Tendenzen im Weltsystem beschleunigt und vertieft“. (S. 129) Dieser Aussage ist sicherlich zuzustimmen. Die Verfasser konstatieren eine Vermehrung von nicht gleichgewichteten Polen, sodass ein Zentrum nicht mehr sichtbar wird. Sowohl der „Rest“ als auch der „Westen“ sind jeweils nicht mehr als Einheit zu sehen, die sich binär gegenübersteht, da



sich neue Machtachsen, politisch wie ökonomisch, gebildet haben.

Hier bleiben die Autoren allerdings sehr allgemein, da konkrete Bestimmungen der neuen Machtachsen fehlen. Auch inhaltlich sind m.E. Zweifel angebracht. Gerade der Krieg in der Ukraine hat doch, jedenfalls bis zur zweiten Amtsperiode von Donald Trump, eine neue Geschlossenheit der westlichen NATO-Staaten gegen Russland gezeigt, wohingegen viele Länder des Globalen Südens dieser Front gegen Russland ablehnend bis neutral (vgl. die Abstimmungen in der UNO) gegenüberstanden und bis heute gegenüberstehen. Der Darstellung der Autoren über die Vision Putins



von einem russischen imperialen Großraum ist unbedingt zuzustimmen, auch der, dass es ein russischer völkerrechtswidriger Angriffskrieg war und ist. Bezüglich der Ursachen des Krieges werden jedoch die osteuropäischen Expansionen der NATO und deren Machtpolitik gegen Russland um Einflusszonen von den beiden Autoren kaum erwähnt.

Interessant dagegen ist die Analyse der beiden Autoren, die sie mit dem Begriff „politischer Kapitalismus“ verbinden. Sie sehen die Grenzen zwischen Politik und Ökonomie aufgrund der eindeutig politischen Konsequenzen von Kapitaloperationen nicht mehr klar festgelegt. Die Grenzen

bezeichnen sie als durchlässig. Sie begreifen diesen Begriff gegensätzlich zum Staatskapitalismus, da beim politischen Kapitalismus „kapitalistische Aktivitäten staatliche Transformationen vorantreiben, verschiedene globale Trennlinien und Spaltungen (von der internationalen Arbeitsteilung bis hin zu politischen und militärischen Bündnissen) neu konfigurieren und die Beziehungen verändern“. (S. 134)

Dieser Begriff gestattet, so die Autoren, dass der zeitgenössische Kapitalismus sinnvoll analysiert werden kann und aufschlussreich ist für die globale wirtschaftliche wie politische Positionierung von China und den USA. (Vgl. S. 135) Zumal sich der heutige Kapitalismus, trotz Kapitalakkumulation und Ausbeutung, in seiner Form vom bisherigen historischen Kapitalismus unterscheidet. Der Begriff „politischer Kapitalismus“ wird dem Soziologen Max Weber zugeschrieben. (Vgl. S. 165)

Wenn allenthalben, und so auch Mezzadra und Neilson, von einer Krise der Hegemonie der USA die Rede ist, also von einem relativen Niedergang der Macht der USA, plädieren sie für den interessanten Begriff der „Dominanz ohne Hegemonie“, den sie von Giovanni Arrighi übernehmen, der wiederum auf den Begriff des Historikers Ranajit Guha (*Subaltern Studies*) zurückgreift, um die Position der USA zu charakterisieren, die abhängig ist von einem Geld- und Kreditfluss aus den Ländern, die zu den Opfern der US-Dominanz gehören. (Vgl. S. 138) Auch der aktuelle Handels- und Zollkrieg der USA gegenüber vielen Staaten der Welt, den die Autoren nicht vorausahnen konnten, kann als Dominanz ohne Hegemonie bezeichnet werden.

Eine Analyse der globalen Lage ist ohne die seit Jahren herausragende Position Chinas, wirtschaftlich wie politisch, nicht möglich. Allerdings sehen Die Autoren keinen Wechsel der Hegemonieposition von den USA zu China. China hat die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 sehr effektiv bewältigt; es konnte große Ressourcen und Energien aufbieten und einen Prozess der ökonomischen Neuordnung

einleiten, um damit die Interdependenz zu den USA neu zu verhandeln. Mit der Organisation BRICS haben sich globale Veränderungen ergeben. (Vgl. S. 141)

Um den heutigen Imperialismus zu begreifen, müssen nach Meinung der Autoren die imperialen oder kontinentalen Staaten wie Russland, USA, China, aber auch Brasilien, Indien und die Türkei berücksichtigt werden. Bei der Analyse von Spannungen und Konflikten rund um die Entstehung einer multipolaren Welt spielt das Auseinanderfallen von Kapitalismus und Territorialismus eine wichtige Rolle. Es gibt nicht eine Form des Imperialismus, sondern verschiedene. Im Fall von Russland mit dem Einmarsch in die Ukraine ist

eine territoriale Logik des Imperialismus zu sehen, da ein Streben nach Großraum zu sehen ist, wengleich auch ökonomische Interessen vorhanden sind. (Vgl. S. 152)

Im Fall der USA definieren Mezzadra und Neilson eine „gegensätzliche Form des Imperialismus, die sich eher auf Kapitaloperationen als auf territoriale Ansprüche stützt“. (S. 153) Auch hier ist anzumerken, dass die zweite Amtsperiode des US-Präsidenten Trump, was die Autoren zum Zeitpunkt des Abfassens des Buches nicht wissen konnten, sehr wohl neben Handels- und Zollkriegen gegenüber der Welt auch territoriale Besitzansprüche geltend macht, so gegenüber Panama, Venezuela, Kanada und Grönland. Die am 9. Dezember 2025 veröffentlichte *National Security Strategy* macht den Einflussbereich der USA gegenüber der westlichen Hemisphäre, womit Nord- und Lateinamerika gemeint sind, wobei militärische Interventionen nicht ausgeschlossen sind, überaus deutlich.

US-Interventionen in Lateinamerika haben eine lange Geschichte. In Anlehnung an die Monroe-Doktrin von 1823 – US-Präsident James Monroe (1817 – 1825) hatte Lateinamerika zum Einflussbereich der USA erklärt – brüstet sich Donald Trump heute mit seiner neuen Donroe-Doktrin. Allerdings räumen die Autoren ein, dass anhand der vielen Kriege, die die USA geführt haben, „die territoriale Logik in diesem kapitalistischen Imperialismus nie fehlte“. (S. 153) Weshalb in der Bestimmung der Imperialismus-Staaten, Länder der EU, so auch Deutschland, gänzlich fehlen, bleibt jedoch rätselhaft.

Die Verfasser sehen den Imperialismus in einer multipolaren Welt von verschiedenen Faktoren angetrieben, die nicht auf die territoriale Logik reduziert werden können. Konkurrierende geopolitische und ökonomische Imperialismen auf kapitalistischer Grundlage spielen hier eine Rolle. Die geopolitischen und kapitalistischen Übergänge sind für die Autoren bei der Klärung des Begriffs von Imperialismus von großer Bedeutung. Sie sind der Meinung, dass sich durch die zunehmende Multipolarität der Antagonismus zwischen China und den USA auch ohne militärischen Konflikt nicht nur in Handels-, Informations- und Finanzkriegen zeigt, sondern auch in Kriegen um die Ökologie, die Ressourcen, um Geheimdienste, Sanktionen, Drogen und Medien.

Bei der Bildung von Polen sind nicht nur Staatsführung, internationale Beziehungen und militärische Vorbereitungen zu erwähnen: Am Beispiel Chinas und des Südchinesischen Meeres zeigt sich, dass vielfältige staatliche und nichtstaatliche Interessen am Werk sind, darunter heterogene Akteure wie die chinesische Küstenwache, nationale Ölgesellschaften, Provinzregierungen, Umweltbehörden, Fisch- und Schiffsinspektionen und das Hafenmanagement. (Vgl. S. 157) Einschränkend müsste hier m.E. allerdings darauf hingewiesen werden, dass im Falle eines internationalen Konflikts oder gar Krieges aus den heterogenen Akteuren ein homogener staatlicher Akteur wird. Den Bruch der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und den USA führen die Autoren zurecht auf die kapitalistische Konkurrenz zurück, die sich mit dem chinesischen Markt gebildet hat. (Ebd.) Sie bezeichnen den chinesischen Kapitalismus nicht nur als politisch, weil der Staat eine wichtige Rolle in der Wirtschaftstätigkeit spielt, sondern weil die kapitalistische Logik in Staat und Partei eingedrungen ist. Dem ist zuzustimmen. Zudem konstatieren sie die zunehmende Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Finanzialisierung und die Logistifizierung. (Vgl. S. 168) Die Autoren konzentrieren sich in ihrer Analyse auf globale Prozesse, die von unterschiedlichen kapitalistischen Formationen durchzogen werden. Der globale Kapitalismus wird zu einem vielfältigen Kapitalismus. (Vgl. S. 174)

Die Gegenüberstellung von *Demokratie* und *Autokratie* bezeichnen die Autoren als „politische Waffe“, um die Konkurrenz zwischen China und den USA zu verschärfen. Diese Konfrontation ist nicht geeignet, die gegenwärtigen weltpolitischen Herausforderungen zu erklären. Stattdessen plädieren sie für einen anderen „analytischen Rahmen“, den sie mit dem Begriff der „zentrifugalen Multipolarität“ entwerfen, d.h., die Auffassung von „Polen“ muss über einen

PROKLA  
BERTZ + FISCHER

ZEITSCHRIFT  
FÜR KRITISCHE  
SOZIALWISSENSCHAFT

### Schwerpunktthemen

- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwarts-kapitalismus? (1/2025)
- Nr. 219: Sozial-ökologische Bewegungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie (2/2025)
- Nr. 220: Arbeit. Raum. Kämpfe. (3/2025)
- Nr. 221: Politische Ökonomie des Fußballs (4/2025)
- Nr. 222: Modern Times: Emanzipation – Macht – Technik (1/2026)
- **Nr. 223: Kritik der Geoökonomie (2/2026)**

Jetzt auch im  
**Digital- und  
Sozial-Abo**  
ab 29,- Euro im Jahr  
\* und im Förder-Abo!

Einzelheft: € 15,-

### Probeheft anfordern!

Bertz + Fischer Verlag  
prokla@bertz-fischer.de  
www.bertz-fischer.de/prokla



„unilateralen territorialen Kontext erweitert werden“. (S. 176)

So greifen beispielsweise die Finanzmärkte und die digitalen Plattformen mehr oder weniger „gewaltsam in mehrere Territorien ein“. (S. 177) Operative Räume, in denen und wie Geschäfte gemacht werden, bieten den Autoren zufolge einen Ansatz, Prozesse zu untersuchen, die zur Herausbildung von Polen führen, von Polen, die jenseits von Staat und Territorium zu sehen sind. Einschränkend heißt das aber nicht, beide nicht mehr für relevant zu halten, sondern zu erkennen, dass Räume des Kapitals entstehen, die sich nicht auf die Nation reduzieren lassen, wenngleich diese dennoch durchdringen. „Pole entstehen durch Austauschprozesse und Infrastrukturinvestitionen, finanzielle Vereinbarungen sowie wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit, die den Aufbau eines *Großraums* vorwegnehmen [...]“. (S. 181)

Die russische territoriale Expansion gegenüber der Ukraine ist hier nicht die einzige und nicht die effektivste Variante. China und die USA verfügen über Fähigkeiten, operative Großräume zu schaffen, so beispielsweise China mit dem Projekt der „Digitalen Seidenstraße“ als Teil der umfassenderen Belt-and-Road-Initiative. (Ebd.) Diese Initiative von China verbindet finanzielle und infrastrukturelle Projekte über Kontinente hinweg, deren Wirkung aber nicht überall gleich ist.

Die vielfältigen Pole des heutigen politischen Kapitalismus überschneiden sich. Sie sind „Register der Macht“, deren räumliche Darstellungen veränderlich sind und sich mit Kapitaloperationen verschieben können. An territoriale Gegebenheiten und Konflikte sind sie nicht gebunden. (Vgl. S. 198)

Die Politik der Staaten und Großmächte wird Ansicht der Verfasser durch ein Geflecht von Kapitaloperationen ermöglicht und begrenzt. Mit dem Begriff des politischen Kapitalismus kann hinterfragt werden, was auch international unter Politik verstanden wird. Die Autoren folgen dem bekannten Begriff der „verborgenen Geopolitik“, um starre territoriale Annahmen der herkömmlichen Analysen aufzubrechen und konventionelle staatszentrierte Vorstellungen von Macht infrage zu stellen. (Vgl. S. 225) Sie wollen zu einer Analyse der Machtverhältnisse zwischen Klassen statt zwischen Staaten übergehen, sowohl innerhalb von Staaten als auch im Rahmen der Herausbildung von Polen.

Dabei beziehen sie sich auf die *Grundrisse* von Marx, der dort der „lebendige[n] Arbeit“ als dem „Nicht-Kapital“ eine bestimmende Rolle zugeschrieben hat. (S. 226) Kämpfe der feministischen Bewegungen und Aktivitäten für eine Klimagerechtigkeit sind hier ebenso zu erwähnen wie die Kämpfe der Bewegungen von Migrant\*innen bezüglich innerstaatlicher wie internationaler Grenzen. (Vgl. S. 229)

Bezüglich der Steuerung der Migration haben sich den Autoren zufolge Formen gebildet, die die kreative Kraft einschränken und darauf abzielen, „eine ausbeutbare, oft rassistische und feminisierte Arbeitskraft zu produzieren und

gleichzeitig die Räume für den rechtlichen Schutz von Geflüchteten einzuschränken“. (S. 232)

### FAZIT:

Sandro Mezzadra und Brett Neilson verhandeln in ihrem sehr lesenswerten Buch die Frage, wie Krieg, Kapital und globale Macht miteinander verwoben sind. Es ist eine interessante wie provokante Analyse der aktuellen Weltlage, provokant allein schon durch den Titel des Buches. Die Phase der unangefochtenen Hegemonie der USA, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte und nach dem Verfall der Sowjetunion 1989/90 eine weltweite Vorherrschaft gewann, ist an ihr Ende gekommen, ohne dass die aufstrebende Weltmacht China diese Rolle nach Ansicht der Autoren übernehmen könnte.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 hatte viel stärkere Auswirkungen für den Westen als für den „Rest“. Auch durch die Pandemie haben sich Europa und die USA nur langsam erholt. Die Autoren betonen die zentrale Rolle des Krieges in der Ukraine, der den Westen, hier die NATO, verstärkt geeint hat. Allerdings muss hier betont werden, dass die beiden Autoren bei der Abfassung ihres Buches die Auswirkungen der zweiten Amtszeit von Donald Trump nicht erahnen konnten, und so die anfängliche Einigkeit durch die aktuelle Politik der USA stark erodiert ist.

Die mächtigen nationalen wie internationalen Verschiebungen und Umbrüche, die multiplen Krisen, lassen sich, den Autoren zufolge, nur verstehen, wenn die Funktionsweise des Kapitals systematisch untersucht wird, da ökonomische, ökologische, politische und geopolitische Prozesse dynamisch die Funktionsweise des Kapitalismus prägen. Hier lässt sich jedoch fragen, ob die „Funktionsweise des Kapitals“ allein ausschlaggebend ist und nicht die relative Trennung von Staat und Ökonomie (Kapitalakkumulation und Mehrwertproduktion), die für den institutionellen Aufbau des kapitalistischen Staates spezifisch ist, in den Blick genommen werden muss.

Diesen Aspekt aus der Staatstheorie von Nicos Poulantzas haben die Autoren wohl auch deshalb nicht berücksichtigt, da sie mit dem Begriff des politischen Kapitalismus, den sie von Max Weber übernehmen, die Grenzen zwischen Politik und Ökonomie aufgrund der eindeutig politischen Konsequenzen von Kapitaloperationen nicht mehr klar festgelegt sehen.

Für Mezzadra und Neilson wird der neue Imperialismus in einer multipolaren Welt von verschiedenen Faktoren angetrieben, die nicht mehr auf die territoriale Logik reduziert werden können. Deshalb gibt es ihrer Ansicht nach mehrere konkurrierende geopolitische und ökonomische Imperialismen auf kapitalistischer Grundlage, wenngleich die territoriale Logik am Beispiel Russlands durchaus noch eine Rolle spielt. Imperialismus bestimmen sie als bewegliches Zusammenspiel von Kriegsdynamiken, logistischer Infrastruktur, Finanzmacht und geopolitischen Verschiebungen.

Dass der Imperialismus alter Schule mit der territorialen Expansion nicht nur am Beispiel Russlands noch eine wichtige



Rolle spielt, sondern auch am Beispiel der USA mit ihrer imperialistischen Politik gegenüber Panama, Venezuela, Kanada, Grönland, Iran und der westlichen Hemisphäre, konnten die beiden Autoren zum Zeitpunkt der Abfassung des Buches nicht wissen.

Das Buch von Sandro Mezzadra und Brett Neilson zeigt, wie Krieg, Krisen und kapitalistische globale Machtstrukturen miteinander verbunden sind und wie sich Verschiebungen zu einem multipolaren Kapitalismus ergeben. Deshalb ist das Buch zu empfehlen.

**Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett 2025: *Der Rest und der Westen. Kapital und Macht in einer multipolaren Welt*, Berlin, Dietz Verlag, 303 Seiten, 26,00 Euro, ISBN 978-3-320-02432-1**

*Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie.*

## Wie Diplomatie funktioniert(e)

### DIE RETTUNG DER WELT. ENTSPANNUNGSPOLITIK IM KALTEN KRIEG 1950-1991

*Lesetipp von Wilfried Schollenberger*

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat auch das linke Spektrum im weiteren Sinn polarisiert: Die einen meinen eingesehen zu haben, dass nur durch militärische Stärke Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gesichert werden können. Die anderen klammern sich an die Hoffnung auf „diplomatische Lösungen“, ohne genau angeben zu können, was sie darunter verstehen.

Dabei haben wir gerade in Europa in der jüngeren Geschichte, im „Kalten Krieg“, erlebt, wie der Ausbruch eines offenen Kriegs zwischen verfeindeten Militärblöcken vermieden wurde: durch Entspannungspolitik mit all ihren Höhen und

Rückschlägen. Wilfried Loth, emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen, hat dazu mit seinem 2016 erschienenen Buch „Die Rettung der Welt“ einen wichtigen Beitrag geliefert. Darin konzentriert er sich auf die Bemühungen um Entspannung und Deeskalation im Ost-West-Konflikt, die verhindert haben, dass der Kalte Krieg

in einer atomaren Katastrophe mündete. Dabei kann er auf die umfangreichen Archive des ehemaligen Ostblocks und des Westens zugreifen, die heute manches in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Angesichts der sich schon damals abzeichnenden Konfrontation mit Russland hofft er: „Auch wenn sich die Welt des 21. Jahrhunderts in vielerlei Hinsicht von der Blockkonfrontation des Kalten Krieges unterscheidet, kann der Blick auf die Deeskalationsstrategien im Kalten Krieg helfen, bei den Entscheidungen, die heute anstehen, nicht die Fehler von gestern zu wiederholen“ (S.316).

Kurz: Ausgesprochen lesenswert für alle, die nicht nur abstrakt nach „Diplomatie“ rufen wollen.

**Wilfried Loth**  
**Die Rettung der Welt**  
**Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950-1991**  
**Campus Verlag, Frankfurt 2016**  
**ISBN 978-3-593-50616-6**  
**375 Seiten, 29,95 € oder Antiquariat**  
**E-Book:**  
**978-3-593-43502-2 (PDF)**  
**978-3-593-43523-7 (EPUB)**

**Cover: Michael Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnen am 8. Dezember 1987 im Weißen Haus in Washington (D.C.) den IINF-Vertrag über die Beseitigung der atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen.**





# „Marx als Demokrat“

Lesetipp von Wolfgang Kastrup

In seinem neuen Buch *Marx als Demokrat oder: Das Ende der Politik* zeichnet der Autor Alex Demirović den Weg von Karl Marx als Demokrat nach. Dem anhaftenden Vorwurf, Marx sei Antidemokrat, da die Demokratie nur als Fassade bürgerlicher Herrschaft zu verstehen sei, tritt Demirović, apl. Prof. der Goethe-Universität in Frankfurt/M., Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Permanent Fellow des Centre for Social Critique, mit seinem Essay entgegen. Marx kritisiere die bürgerliche Demokratie, er habe die demokratische Idee kollektiver Selbstverwaltung aus den erstarrten bürgerlichen Institutionen befreien wollen.

Natürlich sei Marx kein liberaler Demokrat gewesen; als junger Mann sei er radikaler Demokrat gewesen. Für ihn sei die demokratische Verfassung der Kern aller Verfassungen. In späteren Jahren habe er sich von dieser Vorstellung abgewandt, da diese zu sehr den engen Bereich der Politik betone. Demokratie sei nicht der Kern aller Verfassungen, sondern vielmehr ein Instrument und Deckmantel bürgerlicher Herrschaft. Marx zeige kritisch, dass die liberaldemokratische Position die kapitalistische Ökonomie von der demokratischen Politik abspalte. Er habe die Überzeugung gewonnen, „dass der Repräsentativstaat und seine demokratische Verfassung nicht geeignet seien, die demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens herzustellen.“ (S. 27)

Der Staat hebe die Unterschiede der Menschen von Geburt, Stand, Bildung und Beschäftigung nicht auf, sondern neutralisiere sie und existiere auf deren Grundlage. Die bürgerliche Demokratie billige das allgemeine Wahlrecht zu, Parteienvielfalt und Aspekte eines Wohlfahrtsstaates seien vorhanden. Sie dienten jedoch weniger der Mitbestimmung der Menschen, sondern der Festigung des kapitalistischen Systems. Die bürgerliche Demokratie integriere notwendige gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen; sie zeige dadurch ihre Stabilität und Dynamik. Das Freiheitsversprechen der bürgerlich-liberalen Demokratie bestehe „im Menschenrecht auf Privateigentum, also im Recht, willkürlich, unabhängig von der Gesellschaft, das eigene Vermögen eigennützig zu verwenden, zu Lasten anderer und der Allgemeinheit zu vermehren und zu genießen.“ (S. 33)

Demirović betont, dass Freiheit und Gleichheit „notwendige Ideologeme“ seien, um den Lohnarbeiter zum modernen Lohnarbeiter zu machen, der freiwillig

Arbeitsverträge unterzeichnet, in denen er sein Arbeitsvermögen als Ware verkauft, denn es ist das Einzige, was er anbieten könne. Die Ausbeutung erscheine als „systemischer Sachzwang“, dem der Kapitalist wie der Arbeiter in gleicher Weise unterworfen sei. (Vgl. S. 63) Herrschende und Subalterne seien unter demokratiepolitischem Aspekt als freie und gleiche Bürger „Statusgleiche“. (S. 64) Folglich werden auch der Klassenantagonismus und die Klassenspaltung negiert und mit einer demokratischen Gesellschaft als unvereinbar erklärt.

Besondere Beachtung habe Marx der Pariser Kommune von 1871 geschenkt. Er habe sie als „größte Revolution unseres Jahrhunderts“ bezeichnet, ein geglücktes Beispiel kollektiver Selbstregierung. Die Kommunarden hätten leerstehende Wohnungen an Bedürftige verteilt und erste Ansätze der Selbstverwaltung von Fabriken erprobt. Die Gesellschaft habe selbst und für sich selbst gehandelt und den Staat in die Gesellschaft zurückgenommen.

Demirović betont in seiner Schlussbemerkung, dass die Demokratie „Selbstgesetzgebung des Volkes“ sein soll, die Menschen also selbst über ihre Verhältnisse bestimmen. „Doch die Demokratie wird immer wieder ausgehöhlt, unterlaufen, ausgesetzt durch mächtige bürgerliche Gruppen. Viele demokratische Verfassungen werden der Allmacht Gottes untergeordnet.“ (S. 77) Die Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft könnten nur überwunden werden, wenn die kapitalistischen Verhältnisse, die diese Widersprüche erzeugen, verändert werden. Dazu bedürfe es der gemeinsamen Aktivität der Menschen. „Dies gilt auch für die Demokratie, die weltimmanent zu sein beansprucht [...]“ (S. 78)

Alex Demirović gelingt es in seinem Essay in sehr eindrucksvoller Weise zu verdeutlichen, dass bei Marx Freiheit, Gleichheit und Herrschaft zusammengedacht werden müssen. Die Ambivalenzen der Demokratie, ein Mittel der Befreiung und zugleich Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse zu sein, werden von dem Autor sehr stringent herausgearbeitet. Dabei werden auch die Wandlungen von Karl Marx' Demokratieverständnis vor dem Hintergrund der politischen Kämpfe seiner Zeit und seiner ökonomischen Analysen klar beleuchtet, bis hin zu der Vorstellung, dass in einer befreiten Gesellschaft Politik überflüssig wird. Zu seinem Essay ergänzt Demirović ca. 100 Seiten themenbezogene relevante Textauschnitte Marx'scher Werke zu dem Verhältnis von Freiheit, Gleichheit und Herrschaft, die auch als Schulungsmaterial verwendet werden könnten.

**Demirović, Alex 2025: *Marx als Demokrat oder: Das Ende der Politik*, Berlin, Dietz Verlag, 192 Seiten, 16 Euro, ISBN 978-3-320-02410-9**

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie.



# „Wozu noch kritische Wissenschaft“

Lesetipp von Wolfgang Kastrup

Dies soll die Leitfrage des vorliegenden Sammelbandes *Wozu noch kritische Wissenschaft*, herausgegeben von Marcus Hawel, Stefan Kalmring und Nina Schlosser, sein. Es ist der Abschlussband des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus der Reihe „Work in Progress. Work on Progress.“ Die Leitfrage soll nicht nur ein guter Leitfaden für die verschiedenen Artikel des Buches sein, sondern, so die Herausgeber\*innen, die „zentrale Grundfrage eines linken Politikverständnisses“. Kritische Theorie sei als „kritische Weltinterpretation“ aus linken Debatten nicht mehr wegzudenken. (S. 7)

Auf die Frage nach dem Fehlen eines Fragezeichens im Buchtitel bzw. der Leitfrage antworten die drei Herausgeber\*innen,

dass das Setzen des Fragezeichens fatalistisch wirken könnte, so dass ohne Fragezeichen das Konstruktive deutlich werde. „Andererseits soll das Fehlen des Fragezeichens aber auch provozieren, als handelte es sich diesbezüglich in der Gegenwart schon gar nicht mehr um eine Frage der Selbstbehauptung von kritischer Wissenschaft.“ (S. 8)

Über diese Begründung bezüglich einer ‚fragezeichenlosen‘ Stoßrichtung der Aussage über kritische Wissenschaft kann man allerdings geteilter Meinung sein, denn auch mit Fragezeichen kann ich keinen Fatalismus in der Formulierung erkennen. Diese Bemerkung soll aber die Qualität des vorliegenden Sammelbandes nicht schmälern. Denn es geht darum, kritische Wissenschaft

gegen den neoliberalen Mainstream in der Kulturindustrie und gegen die positivistische Wissensproduktion zu behaupten. In der Einleitung wird zu Recht darauf hingewiesen, dass Wissenschaft linksseitig engagiert und normativ sein darf, „ohne sich den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit gefallen lassen zu müssen. Sie muss sich vor allem davor bewahren, Herrschaftsinteressen zu befriedigen.“ (S. 9) Es gehe nicht nur um ein Begreifen der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern immer auch um ein Verändern. Prozesse, die nie abgeschlossen seien. Daher auch die Formulierung: „work in progress und work on progress“.

Dem Anspruch, kritische Wissenschaft gehaltvoll zu leisten, wird der Sammelband in besonderer Weise gerecht. Das Buch ist in zwei Abschnitte gegliedert: Den ersten Teil bilden sieben Aufsätze, die sich mit der Selbstbetrachtung kritischer Wissenschaft beschäftigen. Im zweiten Teil widmen sich verschiedene Autor\*innen der Praxis kritischer Wissenschaft auf unterschiedlichen Themenfeldern (sechs Beiträge). Es ist zu wünschen, dass das Buch viele Leser\*innen erreicht.

Abschließend ein sehr aufschlussreiches und prägnantes Zitat von einem der Autoren des Sammelbandes, das die Notwendigkeit kritischer Wissenschaft deutlich macht:

„[...] Es muss auch bedacht werden, dass Wissenschaften von innen heraus Teil von Herrschaft sind, indem sie der Kapitalproduktion, der Herrschaftsorganisation dienlich sind. Sie erfüllen eine organische Wissensfunktion in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit und arbeiten bürgerliche Konzepte aus. Es gibt also Klassenkämpfe in der Theorie und den Wissenschaften. Das betrifft die Forschungsthemen, die Fachgebiete, den Lehrkanon, die Arbeits- und Kommunikationsverhältnisse.“ (Alex Demirović: *Im Blindflug*, S. 74)

Hawel, Markus / Kalmring, Stefan / Schlosser, Nina (Hrsg.) 2025: *Wozu noch kritische Wissenschaft*. Abschlussband aus der Reihe Work In Progress. Work On Progress. Eine Veröffentlichung des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg, VSA: Verlag, 230 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-96488-244-8

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie.

## Lesetipps

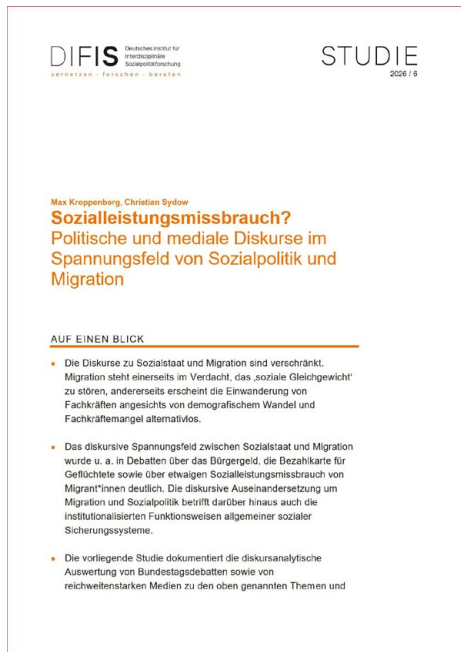




## DIFIS-STUDIE 2026/6: SOZIALLEISTUNGSMISSBRAUCH?

### POLITISCHE UND MEDIALE DISKURSE IM SPANNUNGSFELD VON SOZIALPOLITIK UND MIGRATION

Max Kroppenberg, Christian Sydow  
DIFIS, Duisburg/Bremen, Juli 2026



Die Studie untersucht die Verschränkung der Diskursstränge zu Migration und Sozialstaat am Beispiel aktueller Debatten im Deutschen Bundestag zu Fragen des Missbrauchs sozialer Leistungen sowie deren Rezeption in reichweitenstarken Medien. Dazu wird zunächst kurz das administrative Wissen zu Sozialleistungsmissbrauch dargestellt und anschließend wird anhand bestehender Forschungsliteratur der Diskursverlauf seit den 1950er-Jahren entlang der wichtigsten Entwicklungen nachgezeichnet. Es folgt eine exemplarische

Aussagenanalyse von Bundestagsdebatten zu den Themen Bürgergeld, Bezahlkarte für Geflüchtete sowie zu Sozialleistungsmissbrauch bzw. Vaterschaftsbetrug. Anschließend werden die Leitmedien FAZ, SZ und taz sowie die Bild in Bezug auf die genannten Themen ausgewertet.

Im Ergebnis zeigt sich aktuell eine Polarisierung im Sagbarkeitsfeld zwischen ‚belastender Fluchtmigration‘ und ‚nützlicher Fachkräftemigration‘. Der Diskurs ist geprägt durch Bilder von Entgrenzung und Denormalisierung. Aussagen zu ‚ausländischem‘ Leistungsmissbrauch werden dabei strategisch aufgerufen. Positive Bezugnahmen auf Migration erfolgen vornehmlich in Bezug auf Fachkräfte.

Die Studie wurde im Auftrag des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS) von Mitarbeitern des DISS erstellt.

#### Download:

<https://difis.org/publikationen/publikation/134>



Ismail Küpeli

Graue Wölfe – Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland

ISBN: 978-3-89771-635-3

Unrast-Verlag | Mai 2025

136 Seiten | 14,00 €

Der türkische Rechtsextremismus, hierzulande unter dem Namen ›Graue Wölfe‹ oder als Ülkücü-Bewegung bekannt, ist mit etwa 12.000 Anhänger\*innen die zweitgrößte extrem rechte Bewegung in Deutschland. Die Ideologie des türkischen Rechtsextremismus ist zutiefst geprägt von autoritären, nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und queerfeindlichen Elementen. Ebenso auffällig ist das Verschwörungdenken im türkischen Rechtsextremismus, das mit zahlreichen Feindbildkonstruktionen unter anderem gegen Armenier, Juden, Kurden und allgemein gegen den Westen einhergeht. In den letzten Jahren hat insbesondere der israelbezogene Antisemitismus innerhalb des türkischen Rechtsextremismus an Relevanz und Intensität zugenommen, wie die antiisraelischen Mobilisierungen seit dem 7. Oktober 2023 zeigen.

Küpeli beleuchtet die Geschichte, Ideologie, Akteure und Netzwerke der türkischen extremen Rechten, stellt aber auch antifaschistische Gegenstrategien vor.

# „Deutsch Denken!“

## REGIERUNGSPROGRAMM DER AFD – SACHSEN-ANHALT 2026

„Die Landesregierung betreibt unter dem Titel „moderndenken“ eine Imagekampagne, die versucht, aus dem Bauhaus die Identität des Landes Sachsen-Anhalt abzuleiten. Dabei war gerade die Bauhaus-Architekturschule immer bestrebt, jedes Anzeichen von nationaler Verwurzelung zu vermeiden. Die moderndenken-Kampagne treibt so die Politik der Identitätslosigkeit auf die Spitze. [...] Dass eine Landesregierung [...] zu keinem anderen Stoff als einer umstrittenen Architekturschule greift, ist selbst schon ein deutliches Zeichen der Identitätsstörung, die wir kritisieren und die wir heilen werden. Unsere Kampagne #deutschdenken wird die Glanzpunkte deutscher Geschichte, die Sachsen-Anhalt zu bieten hat, verknüpfen und selbstbewusst herausstellen.“

Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt 2026, S. 46

# „Wider den undeutschen Geist!“

## BÜCHERVERBRENNUNG 1933 IN HALLE/SAALE

### Plus der Stadt Halle

#### Zum Muttertag 1933.

Der zweite Sonntag im Mai gehört seit einer Reihe von Jahren den Müttern. Trotzdem die Anregung dazu vom Auslande zu uns gekommen ist, haben wir sie mit dem deutschen Gemüte ergriffen und mit deutscher und christlicher Innerlichkeit angefaßt.

Der diesjährige Muttertag fällt auf den Sonntag Kantate, den Singesonntag unserer evangelischen Kirche. Hat uns das nicht etwas besonderes zu sagen? Das erste Lied hörten wir von unserer Mutter in der deutschen Muttersprache. Mit dem ersten Liede sang sie uns die Liebe zu Glauben und Heimat ins Herz.

Vielleicht war es ein Wiegenlied, zart und fein und tief, wie es uns Joh. Brahms, der Schöpfer des Deutschen Requiem, vertonte, dessen 100. Geburtstag wir am 7. Mai begangen haben.

Vielleicht war es ein Kinderlied und Kindergebet, bei dem die frohigen Wünsche bald stille wurden: „Lieber Gott nun schlaf ich ein, schide mir ein Engelchen, laß es an dem Bettchen stehn und nach meinem Herzen sehn, daß es werde fromm und rein, wie es muß im Himmel sein.“

Oder auch das Abendlied und Abendgebet: „Breit aus die Flügel beide, o Jesu, meine Freude, und nimm dein Kissen ein ein, will Satan mich verführen, so laß die Engelchen singen, dies Kind soll unversehrt sein.“ Oder ein Morgenlied, ein Weihnachtslied, ein schlüchter Kindervers. Aber du hörst noch den Klang, das Wort und den Ton deiner Mutter.

Unerlöschlich ist der Strahl der Muttersprache. Unerlöschlich der Jungbrunnen des deutschen Liedes und seiner Worte, des evangelischen Choral. Aus dem Geheimnis von Mutter und Kind wird der Weltfriede und leuchtet als die Sonne in seiner Mutter Schoß. Von Gottes Treue rühmen wir:

### Reinigung durch fühnende Flammen.

#### Feierliche Verbrennung undeutschen Schrifttums vor der Universität.

Wuntes Mißbegewirr auf dem Universitätsplatz und das Braun der SA, wie vielfach auch der seldgraue Hod. Vom Universitätsgebäude weht das Hakenkreuzbanner herab. Inmitten des Platzes erhebt sich ein Scheiterhaufen, Holzblöcke, umgeben von Büchern und Schriften, über denen zwei Bilder von Lenin und Palmann sowie von anderen Größen des Marxismus und Liberalismus „prangen“. Links und rechts vom Vornportal des Hauptgebäudes haben sich die Chargierten mit den Fahnen der Korporationen gruppiert. Neben der mehr als tausendköpfigen Zuschauerchar und all den Ständen

Sirischfeld... Feuerstraße sagt der Sprecher dazu, wie ihrer einen auch unser neuer Polizeipräsident.

Anschließend hält Oberbürgermeister Dr. Dr. Weidemann eine Ansprache. Er erklärt, wie die Verbrennung hier als Symbol aufzufassen sei als ein Zeichen bewakter Abwendung des neuen jungen Deutschland vom charakterlosen Egoismus der Vergangenheit. Das gerade habe am ärgsten an jeden nationalen Mann gereiffen, das solche Verbrecher an der deutschen Volkseele früher nicht als das bezeichnet werden durften, was sie waren. Er hebt jetzt aus Nietches „Zarathustra“



ten haben sich als Ehren Gäste eingefunden Rektor Dr. Sieve, Oberbürgermeister Dr. Weidemann und Polizeipräsident

einige Sätze aus dem Kapitel „Vom Gefindel“ und schließt mit den Worten, daß man sich endgültig losjage vom Ungeit des volks-

### Der Polizeibericht meldet:

War der Schwiegerpapa gegen die Heirat? Heute morgen gegen 0.15 Uhr verurichte ein Mann sich in selbstmörderischer Absicht am Bahnhöbergang Artilleriestraße vor einem Eisenbahnzug zu werfen. Er wurde von Passanten daran gehindert und der Bahnpolizei übergeben, die ihn zur Bahnhofswoche brachte. Von dort holte ihn gegen 1 Uhr seine Verlobte ab. Als Grund für sein Vorgehen gab der Lebensmüde Zwangsenteilen mit seinem Schwiegerwater an.

### Prügelei an der Stätte des Friedens.

Gestern morgen, so gegen 9 Uhr, versammelten sich fünf Familienmitglieder auf dem Zindriedhof vor der Grabstätte eines lieben Verstorbenen. Man debattierte hin, man debattierte her, wem die Instandhaltung des Grabes übertragen werden solle. Da sich die fünf Verwandten infolge politischer Meinungsverschiedenheiten nicht einigen konnten, so war an eine friedfertige Lösung der Frage nicht zu denken, zumal zwei von ihnen Kommunisten, die anderen drei Nationalsozialisten waren. Die Kommunisten mühten über ihre „gewesene“ Partei wenig erkleckliche Beschuldigungen hören. Das Wort „Mißpartei“ war noch das gelindeste. Den Worten folgten Tätlichkeiten und im Nu war an dieser Stätte des Friedens eine schöne Prügelei im Gange. Die Polizei nahm sich der Friedensstörer an.

### Ebblücher Unfall eines Radfahrers.

Ede Herrenstraße – Gallorenring geriet gestern mittag gegen 12 Uhr ein Radfahrer, der Lehrling Delmuth Dr. Iga Iffu, unter einen Paketwagen der Reichspost. Der Radfahrer fuhr, um ein Gefährt zu überholen, auf der linken Seite und beim Herannahen des Paketwagens plötzlich schief nach rechts herüber und direkt vor den Wagen. Er kam unter die Räder und wurde mit schweren Ducthunden und Rippenbrüchen ins Elisabethrankenhaus gebracht. Dori erlag er etwa zwei Stunden später bei vollem Bewußtsein seinen schweren Verletzungen.

### Wahl des Gemeindevorsethers

in Wörmlich-Bülberg.

Saale-Zeitung am 13. Mai 1933: Bericht von der Bücherverbrennung auf dem Universitätsplatz in Halle (Foto: Stadtarchiv Halle)